



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Frohe Weihnachten Ihnen allen
und alles Gute fürs Neue Jahr!

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

nach Erreichen meines Pensionsalters hatte ich mich entschlossen, mit Ende Oktober unsere tagesaktuellen Seiten einzustellen. Doch werde ich, wenn auch in reduzierter Form, das „Österreich Journal“ pdf-Magazin noch eine zeitlang weiter produzieren. 2020 wird es daher sechs bis acht Mal erscheinen.

Die Termine finden Sie dann auf <http://www.oesterreichjournal.at>

Nun bleibt mir nur noch, Ihnen und den Ihren wunderschöne Weihnachten und alles erdenklich Gute fürs Neue Jahr zu wünschen!

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 190

50 Jahre Südtirol-Paket	3	Neubau eines Spitals	63
Hoher Besuch aus Belarus	7	Erinnerung lebendig halten	
Hoher Besuch aus Malta	11	für eine friedliche Zukunft	65
Otto Wagner. Maître de l'Art nouveau viennois	13	Leitbild für ältere Generation	66
US-Unterstützung in den Nachkriegsjahren bleibt unvergessen	14	Eisenstadt: Gemeinderat beschließt Budget 2020	68
Humanitäres Engagement in Afrika wird fortgesetzt	15	Bio-Innovationspreis verliehen	70
Delegation aus Usbekistan bei Bundesratspräsident Karl Bader	16	Raaberbahn: Grund zum Feiern	71
UN-Menschenrechtsrat 2020: erstmals Vorsitz für Österreich	18	25 Jahre Esterhazy Stiftungen	72
PaN-Preis 2019 des BMEIA	19	Stefan Ottrubay geehrt	73
Die Ephrussi. Eine Zeitreise.	22	Persönlichkeiten ausgezeichnet	73
30 Jahre KKA – 10 Jahre OeAD	23	Forschung im Burgenland	74
Bad Ischl wird Europäische Kulturhauptstadt 2024	24	20 Jahre »Best of Cabaret«	75
EU-Kommissar befürwortet Burgenland-Modell!	28	-----	
Grenzübergreifendes Energieprojekt	29	Österreich kämpft 2020 gegen Schwäche der Weltwirtschaft	76
30 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs	30	Tourismusanalyse Sommersaison	78
OÖ auf dem Weg zur internationalen Top-Region für Medizintechnik	31	Positives reales Wachstum des Bruttoregionalprodukts	80
Salzburger Ehrenschatz für Paris Lodron in Trentino	33	Bevölkerungsprognose 2019	82
Hessen und Steiermark	34	ORF-Friedenslicht	83
Spenden gegen Armut in Bolivien	35	Christkindlmarkt am Rathausplatz	84
Inklusion und S-Bahn Bodensee	36	Das schenken ÖsterreicherInnen	85
EU-Projekt »Smarter Together«	37	Wein: Der Jahrgang 2019	88
Wien im Vorstand von EURO CITIES	38	90. Geburtstag von Eric Kandel	90
»100 Jahre Salzburger Festspiele«	39	Hohe Ehrung für George Soros	93
60 Jahre PaN im Wiener Rathaus	40	90er von Arnulf Rainer	94
PaN – Partner aller Nationen wird	47	40 Jahre IGGÖ	96
Arthur von Rosthorn-Medaille	50	Bischofsweihe in Klagenfurt	97
48 National Day – UAE	51	Christen und Juden im Burgenland	98
Längste Brettljause der Welt	52	Der Blick in das Grab	100
Demokratie Monitor 2019	53	Heiliger Hügel – faszinierende Funde	103
Finanzministerium erwartet gesamtstaatlichen Überschuss	56	Weltrekord-Material macht aus Wärme Elektrizität	105
Ostregion: Die nächsten 15 Jahre auf Schiene	58	Ultraschneller Nano-3D-Drucker	106
»Burgenland Journal«		Gustav Mahler Privatuniversität	107
Budget 2020: Rekord-Investitionen im Burgenland	61	Die Frauen der Wiener Werkstätte	109
		War Albrecht Dürer in Wien?	112
		»Lady Bluetooth. Hedy Lamarr«	114
		Barbara Krafft Porträtistin der Mozartzeit	116
		Bruno Haberzettl Karikaturen	118



50 Jahre Südtirol-Paket

3



Europäische Kulturhauptstadt Bad Ischl

24



60 Jahre PaN im Wiener Rathaus

40



Der Blick in das Grab

100



Die Frauen der Wiener Werkstätte

109

Impressum

Eigentümer und Verleger:
Österreich Journal Verlag;
A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1
Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber
und Chefredakteur: Michael Mössmer
Fotos Seite 1: <https://www.bilderbox.biz>;
Fotos Seite 2: HBF / Peter Lechner,
www.badischl.at; PaN / Florian Wieser; KHM-
Museumsverband; MAK

50 Jahre Südtirol-Paket

50 Jahre nach der Annahme des »Südtirol-Pakets« nahmen Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Italiens Präsident Sergio Mattarella an einem Festakt auf Schloß Tirol bei Meran teil.



Foto: HBF / Peter Lechner

Beim Festakt auf Schloß Tirol bei Meran (v.l.): Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella

Bundespräsident Alexander Van der Bellen vertrat am 23. November beim Festakt zur Erinnerung an die hundert Jahre Vertrag von Saint-Germain und das halbe Jahrhundert seit Paketabschluß auf Schloß Tirol Südtirols Schutzmacht Österreich, um mit Landeshauptmann Arno Kompatscher und dem italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella gemeinsam mit den über 150 anwesenden Ehrengästen der „Annahme des Südtirol-Pakets“ am 23. November 1969 zu gedenken.

Kompatscher: Die Autonomie ist ein gemeinsames Gut

In seinem Rückblick hob Südtirols Landeshauptmann die wichtigsten Eckpunkte der Geschichte Südtirols seit 1919 hervor. Dabei bezeichnete er die „Paketnacht“ vor genau 50 Jahren als „eine Sternstunde der Demokratie“. „Die Ernsthaftigkeit und innere Überzeugung, aber auch der Respekt vor

der jeweils anderen Meinung und das Annehmen und Mittragen des Ergebnisses, das im historischen Handschlag zwischen Silvius Magnago und Peter Brugger seinen bildlichen Ausdruck fand, können uns Nachgeborenen Vorbild und Lehre sein“, betonte Kompatscher.

Autonomie weiterentwickeln

„Die Südtirol-Autonomie ist uns nicht in den Schoß gefallen!“, unterstrich der Landeshauptmann in seiner Rede. „Sie ist das Ergebnis von zähen Verhandlungen.“ Die Autonomie müsse auch heute ständig weiterentwickelt und an neue Erfordernisse angepaßt werden. Er zeigte sich gegenüber den beiden Staatsoberhäuptern zuversichtlich, daß es möglich sein werde, in der bewährten Praxis des bilateralen Einvernehmens zwischen Italien und Österreich auch künftig die nötigen Anpassungs- und Erneuerungsmaßnahmen umzusetzen.

„Ebenso bin ich zuversichtlich, daß auch wir selbst noch bestehende Kontroversen in unserem Land, die für das friedliche Zusammenleben hinderlich sind, überwinden können, wenn wir dies in einem respektvollen Dialog miteinander tun. Auf diese Weise wird es uns gelingen, Südtirols Autonomie auch in Zukunft als wirksames Schutz- und Entwicklungsinstrument zu bewahren, welches es uns weiterhin erlaubt, die Identitäten zu stärken und gleichzeitig den Mehrwert der vorhandenen Vielfalt zu nützen“, zeigte sich Kompatscher optimistisch.

„Südtirol steht heute dank seiner Autonomie kulturell und wirtschaftlich gut da“, es habe sich bestätigt, daß die Schutzinstrumente wie Gleichstellung der Sprachen, Stellenproporz, muttersprachlicher Unterricht allen drei Sprachgruppen die notwendige Gewißheit geben, nicht übervorteilt zu werden. Dieser Schutz und diese Sicherheit seien die solide Basis für ein Aufeinanderzugehen,

Österreich, Europa und die Welt

das aus einem friedlichen Nebeneinander ein sich wertschätzendes Miteinander werden lasse, unterstrich der Landeshauptmann.

Aus Vergangenem Lehren ziehen

„Diese positive Entwicklung wird aber nachhaltig gestört, ja aufs Spiel gesetzt, wenn es immer wieder ein Zündeln und gegenseitiges Provozieren gibt“, merkte Kompatscher an. „Wenn derzeit noch nicht gänzlich zur Zufriedenheit gelöste Fragen, wie beispielsweise die Toponomastik oder der Umgang mit Symbolen der belasteten und belastenden Vergangenheit dafür verwendet werden, Trennendes vor das Verbindende zu stellen, Mißgunst und Haß zu schüren, Feindbilder zu kreieren und um radikale Justament-Standpunkte zu vertreten, dann haben wir aus unserer Geschichte nichts gelernt. Positive Entwicklungen und Lösungen hat es für Südtirol immer nur gegeben,



Foto: LPA / Peter Daidos

Landeshauptmann Arno Kompatscher hat in seiner Rede auf Schloß Tirol das friedliche Zusammenleben und einen respektvollen Dialog angemahnt.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „Österreich wird auch in Zukunft an der Seite Südtirols stehen.“

wenn nicht das Recht des Stärkeren, physische oder verbale Gewalt, sondern Dialog, Verständigungswillen, Respekt und Kompromißbereitschaft herrschten.“ Der Landeshauptmann wünschte sich, daß „Südtirol, aus Verganem seine Lehren zieht und zuversichtlich nach vorne blickt.“ Und er betonte weiter, daß die Autonomie Südtirols keine Territorialautonomie, sondern eine Autonomie zum Schutze der deutsch- und ladinischsprachigen Volksgruppen sei. „Gleichzeitig ist sie unser gemeinsames Gut, das keine Volksgruppe für sich zu vereinnahmen hat“, so Kompatscher. „Die Autonomie ist ein gemeinsames Haus, in dem nicht die einen Hausherrn und die anderen bloß Gäste sind.

Die große politische Herausforderung, der wir gemeinsam gegenüberstehen und der wir uns zu stellen haben, ist es, Schritte nach menschlichem Maß zu setzen und politische Entscheidungen nachvollziehbar zu machen, ohne dabei dem banalen Populismus Tür und Tor zu öffnen“, schloß Kompatscher und übergab das Wort an Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Van der Bellen: Südtirol ist für mich eine Herzensangelegenheit

„Südtirol ist ein weltweites Vorzeigemodell des gelebten Minderheitenschutzes“, erklärte der Bundespräsident in seiner Rede. Es sei ein „blühendes, friedliches Land, ein

ganz besonderes Land“, so Van der Bellen. Dies gelte auch für ihn persönlich – schließlich sei er im Kaunertal nahe der Grenze zur autonomen Provinz aufgewachsen. „Südtirol ist für mich eine Herzensangelegenheit“, meinte das Staatsoberhaupt.

„Österreich wird auch in Zukunft an der Seite Südtirols stehen“, betonte Van der Bellen die Schutzfunktion des Landes und gleichzeitig die „gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit“ mit Italien. Ein Zeichen dafür sei auch das Treffen mit seinem Amtskollegen anlässlich „50 Jahre Südtirol-Paket“ und 100 Jahre Friedensvertrag von Saint-Germain mit der Abtrennung Südtirols von Österreich. „Das Paket war entscheidend für die moderne Autonomie Südtirols.“ Gemeinsam sei es gelungen, die zerstörerischen Kräfte des Gegeneinanders zu überwinden und Südtirol zu dem „blühenden und friedlichen Land“ zu machen, das es heute ist. Für ihn stellt das Paket einen Wendepunkt dar: „Die Südtirol-Politik wendete sich vom Konflikt, der auch mit Gewalt ausgetragen wurde, hin zum Gespräch und zum ehrlichen Bemühen um Lösungen.“

Spaltung überwinden

Van der Bellen ging in seiner Rede auf die Konsequenzen des Vertrags von St.-Germain vor 100 Jahren und auf die „menschenverachtenden Regime der Faschisten und Nationalsozialisten“ ein, die der „Bevölkerung unsägliches Leid bereitet haben“, sowie auf die Optionsregelung von Hitler und Mussolini von vor 80 Jahren, die die Menschen gegeneinander aufgebracht und die Gesellschaft gespalten habe.

Österreich, Europa und die Welt

Zusammenspiel kooperativer Kräfte

Mehrfach betonte Van der Bellen in diesem Zusammenhang, daß „tragfähige Lösungen nur durch das mutige Zusammenspiel der kooperativen Kräfte möglich“ seien und „die Suche nach Gemeinsamkeit zum Erfolg“ führe. Dies gelte für die Angehörigen aller Sprachgruppen, für Politikerinnen und Politiker des Landes ebenso wie für die Repräsentanten Italiens und Österreichs.

Vorzeigemodell eines gelebten Minderheitenschutzes

Ein neues Kapitel eröffnete 1946 – so Van der Bellen – das Gruber-Degasperi-Abkommen mit seinem multilateralen Rahmen. Die Streitbeilegung von 1992, Österreichs Schengen-Beitritt, der Euro und die Europa-region zählte der Bundespräsident als Etappen der Annäherung auf, die Südtirol zu dem gemacht hätten, was es heute ist, „ein international anerkanntes Vorzeigemodell eines gelebten Minderheitenschutzes“.

Eigenständige Entwicklung Südtirols garantieren

„Die wesentliche Funktion der Autonomie ist und bleibt der Schutz der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung; sowie ihrer sprachlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen“, erklärte



Foto: Presidenza della Repubblica Italia

Staatspräsident Sergio Mattarella unterstrich die Vorbildfunktion der Südtirol-Autonomie: Sie sei international beispielgebend.

Van der Bellen. Dabei bezeichnete er es als gemeinsame Verantwortung Österreichs und Italiens, die eigenständige Entwicklung Südtirols zu garantieren, zum Schutz der Sprache, Kultur und Tradition.

und zwar „Gemeinsam, im gegenseitigen Respekt und indem wir das Einende vor das Trennende stellen!“

Mattarella: Steinige Umsetzung der Autonomie

Der Gedenktag biete Gelegenheit, um auf wichtige historische Eckpunkte für Südtirol und für die Beziehungen zwischen Italien und Österreich zurückzublicken, betonte Ita-

Das Einende vor das Trennende stellen

Aufgabe sei es, diese „Autonomie weiterzuentwickeln und den aktuellen Lebensbedingungen und Bedürfnissen anzupassen“,



Foto: HBF / Peter Ledner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede auf Schloß Tirol

Österreich, Europa und die Welt

liens Staatspräsident Sergio Mattarella. „Erstmal umfaßte vor 100 Jahren das italienische Königreich auch Gebiete mit nichtitalienischer Bevölkerung. Die damals gegebenen Versprechen zum Schutz der deutschen Sprache und Kultur stießen in der Umsetzung auf wachsende Hindernisse und blieben großteils unerfüllt“, erinnerte Mattarella.

Der Staatspräsident spannte den historischen Bogen von der schwierigen Zwischenkriegszeit über das Aufkommen des faschistischen Regimes und die damit verbundenen „untolerierbaren Angriffe auf die individuellen und kollektiven Minderheitenrechte“ bis hin zu der von zwei Diktaturen auferlegten Option, bei der die Bevölkerung vor die Wahl gestellt wurde, entweder Deutsche im Reich oder Italiener in Italien zu werden. Mattarella erinnerte an das Gruber-Degasperi-Abkommen, das nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs Ausdruck eines neuen Italiens war. Er bezeichnete die Umsetzung der Autonomie als einen „komplexen, steinigen Weg, der dunkle Zeiten durchquert hat“, dabei denke er an die Zeit der Anschläge. „Überwogen hätten jedoch“, so Mattarella weiter, „die Zeiten intensiver Zusammenarbeit.“ Als Schlüsselereignis nannte der italienische Staatspräsident die vierte außerordentliche Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei am 22. November vor 50 Jahren, mit der dabei schwer errungenen Entscheidung für das Südtirol-Paket.

Vielfalt ist Reichtum Europas

In diesem Sinne zeigte sich Mattarella überzeugt, daß nur der Weg der Zusammenarbeit erfolgreich und friedentiftend sein könne. Die guten Beziehungen zwischen Italien und Österreich und auch seine persönlichen zum derzeitigen österreichischen Bundespräsidenten seien eine wichtige Voraussetzung, um in diese Richtung weiterzugehen. Die Zusammenarbeit stehe auch im Einklang mit dem Projekt Europa, das beide Länder mit Überzeugung mittragen.

„In unserer großen europäischen Gemeinschaft stellt jedes Volk eine Minderheit dar, die zum großen Ganzen beiträgt, Vielfalt zu vereinen. Im Lauf der Jahrhunderte haben sich Identitäten, Traditionen und Lebensweisen etabliert, die es zu respektieren und schützen gilt. Ihre Vielfalt ist der große Reichtum Europas“, unterstrich der Staatspräsident. Er zeigte sich fest davon überzeugt, daß Südtirol dazu beigetragen habe und dazu beitragen werde. „Dieses Land, die Südtiroler deutscher, italienischer und ladinischer Muttersprache, repräsentieren das, was sich Lan-



Am Bozner Ansitz Stillendorf wurde des Südtiroler Lehrers Franz Innerhofer vor dessen Gedenktafel gedacht.



Die beiden Staatsoberhäupter legten an der Mauer des Bozner Durchgangslagers während der Nazi-Zeit einen Kranz nieder.

deshauptmann Kompatscher gewünscht hat: ein kleines Europa im Herzen Europas“, mit diesen Worten beendete der Staatspräsident seine Ansprache.

Geschichtsträchtiges Gedenken

Nach dem Festakt reisten Mattarella und Van der Bellen nach Bozen weiter. Dort kam es zu zwei kurzen geschichtsträchtigen Gedenken: Am Bozner Ansitz Stillendorf wurde des Südtiroler Lehrers Franz Innerhofer vor dessen Gedenktafel gedacht. Dieser war am „Blutsonntag“, dem 21. April 1921, beim Versuch, einen Schüler zu beschützen, von

faschistischen Schlägern erschossen worden. Noch nie hatte ein italienischer Staatspräsident zuvor einem Südtiroler Opfer des Faschismus die Ehre erwiesen.

Und schließlich legten die beiden Staatsoberhäupter an der Mauer des Bozner Durchgangslagers während der Nazi-Zeit einen Kranz nieder. Zum ersten Mal setzten die beiden Präsidenten von Italien und Österreich gemeinsam ein solches Zeichen. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

<http://www.provinz.bz.it/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Autonomie_S%C3%BCdtirols

Quellen: apa/prk, lpa/ea

Hoher Besuch aus Belarus

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Staatspräsident Aleksandr Lukashenko loben bilaterale Beziehungen – Arbeitsgespräch von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und ParlamentarierInnen



Foto: HBF / Peter Lechner und Carina Karlovits

Aleksandr Lukashenko (r.) wurde von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit militärischen Ehren im Inneren Burghof empfangen

Kranzniederlegung am Denkmal der Roten Armee

Nach seiner Ankunft am Flughafen Wien am 12. November legte Präsident Alexander Lukaschenko am Wiener Schwarzenbergplatz einen Blumenkranz am Denkmal der Roten Armee nieder. An der Zeremonie nahmen Mitglieder der offiziellen belarussischen Delegation, der Botschafter der Russischen Föderation, Dmitri Ljubinski, und weitere GUS-Botschafter in Österreich teil. Die Österreichisch-Weißrussische Gesellschaft (ÖWG) beteiligte sich daran mit 15 Personen.

Der Ständige Vertreter Rußlands bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch, sagte im Gespräch mit der „Presse“, er halte es für einen symbolischen Akt, daß Alexander Lukaschenko seinen Besuch in Wien mit der Ehrung sowjetischer Soldaten begonnen habe. „Das zeugt davon, welch hohen Respekt



Foto: Österreichisch-Weißrussische Gesellschaft

Die Delegation der Österreichisch-Weißrussischen Gesellschaft mit der österreichischen Botschafterin in Minsk, Aloisia Wörgetter, am Denkmal der Sowjetischen Armee

Österreich, Europa und die Welt

er vor diesem russischen Denkmal und vor allen Opfern hat. Wir danken dem Staatschef dafür, daß er seinen offiziellen Besuch in Österreich mit diesem Erinnerungsakt beginnt. Für Rußland und Belarus, die bei den Kämpfen um Wien sehr viele Menschen verloren haben, ist das eine Zeremonie von hohem Gedenkwert.“

Das Denkmal der Roten Armee wurde zur Erinnerung an die rund 17.000 bei der Schlacht um Wien gefallenen sowjetischen Soldaten errichtet und am 19. August 1945 in Anwesenheit von Staatskanzler Karl Renner und Staatssekretär Leopold Figl eingeweiht.

Alexander Van der Bellen empfängt Alexandr Lukashenko mit militärischen Ehren im Inneren Burghof

Aleksandr Lukashenko wurde von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit militärischen Ehren im Inneren Burghof empfangen. Es handelte sich um seinen ersten offiziellen Besuch in einem EU-Land seit dem Ende der EU-Sanktionen, die 2016 nach der Freilassung politischer Gefangener aufgehoben wurden.

Für Lukashenko sei die Reise „hauptsächlich symbolisch“, wie der politische Analytiker Artjom Schrajman im Gespräch mit der Austria Presseagentur (APA), sagte. Warum gerade Wien als Zugangstor gewählt wurde, erklärt er so: „Österreich hat immer sehr pragmatische Beziehungen mit allen östlichen Nachbarn gepflegt, auch gegenüber Belarus.“ Österreich habe sich etwa immer



Foto: HBF / Peter Lechner und Carina Karlovits

Alexander Van der Bellen (r.) führte ein Vier-Augen-Gespräch mit Aleksandr Lukashenko.

für die Aufhebung der EU-Sanktionen ausgesprochen. Österreich ist außerdem – nach Rußland – der zweitgrößte Investor in Belarus.

Alexander Van der Bellen führte ein Vier-Augen-Gespräch mit Aleksandr Lukashenko. Themen waren die Erinnerungspolitik – also der Erhalt des Gedenkortes Maly Trostenez – und bilaterale Fragen. In der NS-Vernichtungsstätte Maly Trostenez in der Nähe der Hauptstadt Minsk waren zwischen 1942 und 1944 mehr als 10.000 österreichische Jüdinnen und Juden ermordet worden. Van der Bellen war – gemeinsam mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier – im Juni 2018 bei der Einweihung der

zweiten Ausbauphase des Mahnmalkomplexes und der Grundsteinlegung für das österreichische Denkmal zu Besuch in Minsk gewesen.^{*)} Im Rahmen der Visite hatte der Bundespräsident damals Lukaschenko nach Österreich eingeladen.

Van der Bellen und Lukashenko haben die bilateralen Beziehungen gelobt. Lukashenko sprach in einer gemeinsamen Pressekonferenz davon, daß Österreich ein „äußerst wichtiger und zuverlässiger Partner“ sei.

Van der Bellen ergänzte: „Österreich ist der zweitgrößte Investor in Belarus. Uns ist

^{*)} Siehe unseren Bericht in der „Österreich Journal“-Ausgabe 176 vom 5. Juli 2018, Seiten 14 bis 16.
<https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-176/61068874>



Foto: HBF / Peter Lechner und Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Präsident Alexander Lukaschenko mit ihren Delegationen in der Präsidentschaftskanzlei – ganz links im Bild: Außenminister Alexander Schallenberg

Österreich, Europa und die Welt

sehr daran gelegen, diese guten Wirtschaftsbeziehungen weiter zu vertiefen.“ Kooperationen gebe es schon seit der Sowjetzeit, etwa in der Stahlindustrie, nun auch im Bankwesen und im Mobilfunk. Österreichische Unternehmen hätten „großes Interesse“ an Weißrußland. Laut Lukashenko lag das Investitionsvolumen im Vorjahr bei 300 Millionen US-Dollar.

Der Bundespräsident hob hervor, daß der Besuch Lukashenkos der erste offizielle in einem EU-Land seit vielen Jahren sei und „keine Selbstverständlichkeit“. Er lobte Lukashenko, selbst zur Annäherung von Belarus an Europa und zu einer Entspannung im Verhältnis beigetragen zu haben.

„Es ist unvermeidlich, daß unter befreundeten Nationen auch Meinungsverschiedenheiten bestehen“, sprach Van der Bellen die Todesstrafe an, die ein Hindernis sei, warum Belarus nicht Mitglied des Europarats sein könne. „Österreich empfiehlt, ein Moratorium anzudenken.“ Lukashenko sagte, die Todesstrafe sei durch ein Referendum eingeführt worden und könne nur mit einem solchen wieder abgeschafft werden. Die Stimmung im Land habe sich aber nicht geändert. Mit Brüssel sei eine Roadmap vereinbart worden. „Wir bewegen uns in diese Richtung.“

Van der Bellen dankte – wie eingangs erwähnt – Lukashenko für seine Unterstützung für die Gedenkstätte in Maly Trostenez. In diesem Ort seien während des Zweiten Weltkriegs 10.000 Menschen aus Österreich von den Nazis ermordet worden. „Nur in Auschwitz wurden mehr Österreicher umgebracht.“

Lukashenko wiederum dankte Van der Bellen dafür, daß jedes Jahr Tschernobyl-Kinder zu einem mehrwöchigen Urlaub nach Österreich eingeladen werden. Er lobte die Initiative für Kinder aus Gebieten in Weißrußland, die beim Reaktorunfall in Tschernobyl im Jahr 1986 besonders stark verstrahlt wurden. Diese Wohltätigkeit, die schon seit 25 Jahren umgesetzt werde, sei eine „wichtige Komponente“.

Gemeinsamkeiten sahen die Staatsoberhäupter etwa in der geopolitischen Rolle ihrer Länder. Lukaschenko betonte: „Wir schätzen die Wiener Bemühungen, Brücken zu schlagen und Spannungen abzubauen.“ Minsk verfolge die gleichen Ziele. Van der Bellen lobte die Rolle von Minsk als Gastgeber der Ukraine-Verhandlungen und der gleichnamigen Friedensvereinbarung. Hier seien Leute am Werk, „die etwas verstehen von Brückenbauen“. „Belarus hat sich sehr verdient



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Präsident Belarus Aleksandr Lukashenko und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.)

gemacht. Österreich unterstützt diese Bemühungen, auch im Rahmen der OSZE.“

Weißrußland wiederum, so Lukashenko, unterstütze die Bewerbung Österreichs für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2027/28 sowie auch die Klimainitiativen Van der Bellens.

Lukashenko ließ es sich nicht nehmen, Van der Bellen persönlich anzusprechen: „Ich möchte sagen, Herr Präsident, vielleicht nicht heute, morgen aber ganz sicher übermorgen werden Sie stolz sein, daß Sie einst nach Belarus gefahren sind, sich dieses Land angesehen haben, sich davon überzeugt haben, daß dieser Staat Europa nicht fremd ist. Und Sie dort gesagt haben, daß in diesem Land Menschen mit Würde leben“, betonte Lukaschenko in seinem Einleitungsstatement. „Sie werden das nie bedauern. Belarus ist das Zentrum Europas, das ist ein europäisches Land und seine Politik ist auf eine ausschließlich friedliche und wechselseitig nützliche Nachbarschaft nicht nur mit Rußland ausgerichtet, sondern auch mit der Ukraine, Polen, den Staaten des Baltikums und auch mit alten, bewährten Freunden wie Ihr herrlicher und reicher Staat.“

Arbeitsgespräch mit NR-Präsident Sobotka und ParlamentarierInnen

Im Zentrum des Arbeitsgesprächs mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka standen vor allem die Ausweitung der parlamentarischen und bilateralen Verbindungen sowie die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Neben dem Nationalratspräsidenten nahmen an dem Gedankenaustausch auch die Abgeordneten Reinhold (ÖVP), Harald

Troch (SPÖ), Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne), Helmut Brandstätter (NEOS) sowie Bundesrat Michael Bernard (FPÖ) teil.

„Mit dem heutigen Besuch von Präsident Lukashenko im Hohen Haus und dem informativen Austausch mit Mitgliedern aller Fraktionen ist der Grundstein für eine Intensivierung des Dialogs auf parlamentarischer Ebene gelegt worden“, betonte Sobotka. Im Gespräch wurden von den Abgeordneten auch Themen wie die Menschenrechtssituation in der Republik Belarus, das Verhältnis zur EU und die Lage in der Region insgesamt angeschnitten. Ein Fokus des Interesses waren die bevorstehenden Parlamentswahlen in Belarus, wohin Österreich im Rahmen einer OSZE-Delegation WahlbeobachterInnen schicken wird.

„Unsere beiden Länder sind unter anderem seit der Katastrophe von Tschernobyl vor über 30 Jahren auf einer zwischenmenschlichen Ebene verbunden. Damals wie heute leistet Österreich humanitäre Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung des Landes auf mehreren Ebenen“, hielt Sobotka fest. Präsident Lukashenko bedankte sich für die Hilfe, die Österreich seinem Land seit vielen Jahren bietet, und hob die guten wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder hervor, die bereits lange zurückreichen.

Sobotka: Parlamentarische Beziehungen können Dialog fördern

Im Zentrum des Arbeitsgesprächs stand vor allem die Ausweitung der bilateralen und parlamentarischen Verbindungen. Österreich und Belarus sind durch Kooperationen auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultu-

Österreich, Europa und die Welt

reller und gesellschaftlicher Ebene verbunden. Im Vorfeld des Treffens mit Lukashenko hatte der Nationalratspräsident bereits darauf hingewiesen, daß er sich auch für eine weitere Annäherung im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der Europäischen Union einsetzen werde. Österreich nehme seine Rolle als Brückenbauer seit jeher ernst und wolle die zwischen Belarus und Österreich bestehenden bilateralen Beziehungen künftig intensivieren, erklärte Sobotka. Eine gute Möglichkeit wäre aus seiner Sicht eine Ausweitung der Beziehungen auf parlamentarischer Ebene. Die Einsetzung einer parlamentarischen Freundschaftsgruppe stelle eine denkbare Option zur Intensivierung des Dialogs dar. Präsident Lukashenko sagte, er sei aufgeschlossen für diese Vorschläge. Nach Abschluß der Parlamentswahlen in Belarus werde sich zweifellos die Gelegenheit bieten, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch auf parlamentarischer Ebene zu vertiefen. Er lade die Abgeordneten ein, Belarus zu besuchen und sich selbst ein Bild der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu machen.

*Gedenkstätte Maly Trostenez
wichtig für gemeinsames Erinnern*

Sobotka hob im Gespräch auch die gemeinsamen Anstrengungen, die Österreich und Belarus bereits im Bereich der Erinnerungskultur unternommen haben, hervor. 2019 wurde in der Gedenkstätte Maly Trostenez nahe Minsk das Mahnmal „Massiv der Namen“ für die aus Österreich deportierten NS-Opfer enthüllt. „Die Gedenkstätte Maly Trostenez markiert jenen Ort, an dem während des Zweiten Weltkriegs zehntausende Menschen von den Nationalsozialisten ermordet wurden, darunter fast 10.000 ÖsterreicherInnen jüdischer Herkunft. Mit dem Mahnmal ‚Massiv der Namen‘, das erfreulicherweise unter anderem aus Mitteln des Nationalfonds finanziert wurde, konnte ein Ort geschaffen werden, an dem dieser und aller weiteren Opfer des NS-Regimes gedacht wird“, erklärte Sobotka.

Weiters hob der Nationalratspräsident nachdrücklich die Relevanz eines aktiven Kampfes gegen den nach wie vor bestehenden Antisemitismus hervor. Dieser Kampf erfordere unter anderem eine lebendige Erinnerungskultur und aktive Maßnahmen für junge Menschen, wie beispielsweise die Initiative „Bildung gegen Vorurteile“, die als eine Maßnahme von der von Nationalratspräsident Sobotka beauftragten Antisemitismusstudie abgeleitet wurde: „Wir müssen ge-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Österreichische Delegation mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (3.v.l.) und die Delegation aus der Republik Belarus mit Präsident Aleksandr Lukashenko (3. v.r.)



Foto: Österreichisch-Weißrussische Gesellschaft

v.l.: Aloisa Wörgetter, österreichische Botschafterin in Belarus, in der Hofburg mit Irina Tsymbal, Primaballerina des Staatsopernballetts, Peter Bachmaier, Präsident der ÖWG, und Maria Hetzer, Leiterin der Aktion „Erholung für Kinder aus Belarus“

meinsam im Sinne der nächsten Generationen daran arbeiten, langfristig ein friedliches Zusammenleben aller sicherzustellen.“

Österreichisch-Weißrussische Gesellschaft

Anlässlich des Mittagessen, das Bundespräsident Alexander Van der Bellen nachher für Präsident Lukaschenko gab, überreichte der Präsident der Österreichisch-Weißrussischen Gesellschaft, Peter Bachmaier, eine Informationsbroschüre der ÖWG auf Russisch. Bachmaier erklärte dem Präsidenten: „Wir unterstützen die Souveränität von Belarus und den sozialen Volksstaat!“

Maria Hetzer wurde von Präsident Lukaschenko herzlich begrüßt. Sie ist Vorstandsmitglied der ÖWG und organisiert seit mittlerweile 25 Jahren die engagierte Hilfsak-

tion „Erholung für Kinder aus Belarus“, die durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl beeinträchtigt sind. Hunderte Kinder hatten so die Möglichkeit, sich in Österreich zu erholen. Der Präsident bedankte sich für diese großartige humanitäre Aktion, die ihm seit langem bekannt sei.

Die ÖWG wurde 2006 als überparteilicher Verein gegründet, tritt für ein souveränes, sozio-ökonomisch selbstbestimmtes Weißrußland/Belarus ein und unterstützt dessen eigenständigen, sozial- und volks-orientierten Entwicklungsweg. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

<https://www.parlament.gv.at/>

<http://www.oewg.org/>

<https://www.dachverband-pan.org/>

<http://www.tschernobyl-kinder.at/>

Quellen: APA/PRK, Parlamentskorrespondenz, ÖWG

Hoher Besuch aus Malta

Maltas Präsident George Vella trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein – Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Der Präsident der Republik Malta, George Vella, hat sich anlässlich seines Staatsbesuchs in Österreich am 15. November ins Goldene Buch der Stadt Wien eingetragen. Der Präsident wurde von Wiens Bürgermeister Michael Ludwig im Rathaus empfangen.

Bei seiner Ansprache betonte Ludwig die langjährigen Beziehungen zwischen Malta und Österreich. Zusammenarbeit und Kooperation seien im vereinten Europa wichtig – nicht nur zwischen Ländern, sondern auch auf Stadt-Ebene. Ludwig verwies auf die vielen Gemeinsamkeiten zwischen Malta und Österreich sowie der maltesischen Hauptstadt Valletta und Wien – beide Länder beziehungsweise Städte seien Drehscheibe und Verbindungsglied: Österreich und Wien zwischen Ost- und Westeuropa, Malta zwischen dem europäischen Raum und Nordafrika.



Foto: PID / C. Jobst

Beim Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Wien (v.r.): Maltas Präsident George Vella mit Gattin Miriam und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig

Verschiedene Vernetzungen

Das Stadt-Oberhaupt von Wien und das Staatsoberhaupt Maltas verwiesen auch auf die kulturelle Vernetzung von Gastgeber und Gast: Derzeit wird in einer Sonderausstellung „Caravaggio und Bernini“ im Kunsthistorischen Museum Wien*) das Caravaggio-Werk „Die Enthauptung Johannes des Täufers“ aus der St. John's Co-Kathedrale in Valletta als Leihgabe zu sehen. Eine weitere Verbindung zwischen Wien und Malta ist die vom ehemaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky in den 1970er-Jahren gegründete „Malta School of Music“ in der Hauptstadt des Mittelmeerraumes.

Die Zusammenarbeit zwischen Malta und Österreich sowie Wien soll im Rahmen der Europäischen Union erweitert und über Kultur und Wirtschaft hinaus vertieft werden, betonten Ludwig und Vella.



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf mit dem Präsidenten der Republik Malta George Vella in der Präsidentschaftskanzlei zu einem Arbeitsgespräch zusammen.

Treffen mit dem Bundespräsidenten

Im Anschluß an den Termin im Rathaus stand ein Arbeitsgespräch zwischen Bundespräsident Alexander van der Bellen und dem Maltesischen Staatsoberhaupt George Vella in der Hofburg am Programm. Die Schwerpunktthemen beim Gespräch waren die

guten bilateralen Beziehungen, der verstärkte Austausch im wissenschaftlichen Bereich, die Zukunft der Europäischen Union, die Klimakrise und Migration.

Besuch der Maltesischen Krippe

Am Abend wird hat Vella gemeinsam mit Ludwig die Maltesische Krippe am Weihnachtsmarkt im Alten AKH besichtigt – die lebensgroßen Figuren sind Ausdruck malte-

sischen Kunsthandwerks und erstmals in Österreich zu sehen.

Nach der erfolgreichen Präsentation der traditionellen maltesischen Krippe in den letzten Jahren an prominenten Orten wie dem Vatikan und dem Krippenplatz in Bethlehem wird die traditionelle maltesische Krippe in diesem Jahr in Wien ausgestellt.

Das Maltesische Kulturministerium hat in Zusammenarbeit mit der maltesischen Bot-

*) Siehe unseren Bericht in der „Österreich Journal“-Ausgabe 187 vom 7. August 2019, Seiten 91 bis 95.
<https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-187/62772364>

Österreich, Europa und die Welt

schaft in Wien und dem Büro der Malta Tourism Authority in Österreich Vorbereitungen getroffen, um diesen traditionellen Teil der maltesischen Kultur in einem der meistbesuchten Weihnachtsdörfer Europas zu präsentieren.

Die Krippe zeigt eine traditionelle maltesische Krippe in größerem Format mit handgefertigten lebensgroßen Figuren des gozitanischen Künstlers Manwel Grech. Die neue Krippenstruktur wurde an die Umgebung angepaßt, in der sie präsentiert wird. Sie wurde von Jennings Falzon und Norman Hill entworfen und hergestellt. Beide arbeiteten unter der Leitung der maltesischen Kulturdirektion.

Die offizielle Einweihung fand am Abend in Anwesenheit des maltesischen Präsidenten George Vella und seiner Frau statt. Ebenfalls anwesend bei der Einweihung waren Maltas Kulturminister Owen Bonnici und der Bürgermeister von Wien, Michael Ludwig.

Während der offiziellen Einweihung präsentierte KorMalta – der Nationalchor – ein musikalisches Programm mit traditionellen maltesischen Liedern.

Die Malta – Österreich-Freundschaftsgesellschaft

Michael Tmej, Präsident der Malta-Österreich-Gesellschaft PaN hatte die Gelegenheit, während des Besuchs mit Präsident Vella persönlich zu sprechen. Dabei standen die Aktivitäten der Malta-Österreich-Gesellschaft



Foto: PID / C. Jobst

Die Heilige Familie der maltesischen Krippe – Ausschnitt aus dem Bild unten

im Vordergrund: „Sehr zu unserer Freude hat Herr Präsident Vella die Bedeutung der Freundschaftsgesellschaft und deren Aktivitäten ausdrücklich positiv bewertet. Neben den sehr positiven Kontakten auf politischer Ebene sieht auch Herr Präsident Vella die Bedeutung von vielfältigen Verbindungen zwischen den beiden Ländern als wichtig an, seitens unserer Gesellschaft konnte ich dem Präsidenten über diverse Aktivitäten berichten. Weitere Vorstandsmitglieder unserer Gesellschaft hatten ebenfalls

die Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit dem Präsidenten“, so Tmej.

„Für die Malta-Österreich-Gesellschaft war es eine angenehme und ehrenvolle Begegnung und eine Bereicherung der bereits bestehenden, exzellenten Kontakte mit der gesamten Botschaft der Republik Malta, vor allem mit der Botschafterin H.E. Natasha Meli Daudey und mit dem österreichischen Botschafter für Malta, Andreas Stadler. ■

<http://www.wien.gv.at/>

<https://www.dachverband-pan.org/>



Foto: PID / C. Jobst

Die lebensgroße, imposante maltesische Krippe mißt 6,5 mal 4,5 mal 5,5 Meter und ist Ausdruck höchsten Kunsthandwerks

Otto Wagner. Maître de l'Art nouveau viennois

Wien Museum zeigt bis 16. März 2020 Otto Wagner in Paris – Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein bei der Eröffnung in der Cité de l'architecture et du patrimoine



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein in der Ausstellung „Saison Viennoise“ im Architekturmuseum Cité de l'architecture & du patrimoine in Paris

Nach dem großen Erfolg von „Vienna on the Path to Modernism“ in Tokio und Osaka ging nun eine weitere Ausstellung des Wien Museums auf Reisen: Otto Wagner ist unter dem Titel „Otto Wagner. Maître de l'Art nouveau viennois“ vom 13. November 2019 bis 16. März 2020 in der Cité de l'architecture et du patrimoine in Paris zu sehen.

Es ist die erste Einzelausstellung zu Otto Wagner in Frankreich. Sie zeigt ihn als weltweit bedeutendsten Architekten an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, als wichtigsten Vertreter der Moderne, dessen Wirken bis in die politische, wirtschaftliche und soziale Gegenwart Österreichs reicht.

Mit fast 100.000 BesucherInnen war Otto Wagner die erfolgreichste Ausstellung der letzten Jahre. Zum 100. Todestag Wagners präsentierte das Wien Museum 2018 das Gesamtwerk des „Weltstadtarchitekten“ in einer umfassenden Großausstellung. Die Ausstellung setzte Wagners Schaffen in Beziehung zu seinen Wegbegleitern und Gegnern, beleuchtete das künstlerische, kulturelle und politische Umfeld und machte die internationale Strahlkraft des Architekten anhand von einzigartigen Objekten – kostbaren Zeichnungen, Modellen, Möbeln, Gemälden und persönlichen Gegenständen – anschaulich.

Dabei ging es nicht nur darum, eine faszinierende Künstlerpersönlichkeit und ihr

Werk zu zeigen, sondern auch um die brennende Aktualität grundsätzlicher Fragen, die von Wagner aufgeworfen wurden: Vom kulturellen Stellenwert der Architektur über die Kunst im Städtebau bis hin zur konsequenten Verbindung von rigider Funktionalität, höchster Qualität und vollendeter Ästhetik – von der Gabel bis zur Großstadt.

„Otto Wagner. Maître de l'Art nouveau viennois“ entstand in Kooperation mit dem Wien Museum. Das kuratorische Team be-

steht aus Hervé Doucet (Universität Strasbourg), Andreas Nierhaus (Wien Museum), Eva-Maria Orosz (Wien Museum) und Émilie Regnault (Cité de l'Architecture). Gemeinsam mit Meisterzeichnungen der Albertina – Trésors de l'Albertina. Dessins d'architecture – bildet die Otto Wagner Ausstellung die Saison Viennoise.

<http://www.wienmuseum.at/>

<https://www.citedelarchitecture.fr/>

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/>



Foto: BKA / Andy Wenzel

US-Unterstützung in den Nachkriegsjahren bleibt unvergessen

Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein bei den Feierlichkeiten der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft in Wien



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.l.: ÖAG-Generalsekretär Rainer Newald, Botschafter Trevor D. Traina, Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein und ÖAG-Präsident Philipp Bodzenta

Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein hat am 19. November an den Feierlichkeiten zur Neuaufstellung der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft (ÖAG) teilgenommen. „Es ist für mich eine besondere Freude, die Neuaufstellung der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft zu begehen, die sich seit 1946 der Förderung der österreichisch-amerikanischen Beziehungen widmet. Gerade im Jahr 2019, in welchem historischen Meilensteinen wie etwa dem Fall der Berliner Mauer oder die EU-Erweiterung gedacht wird, erinnern wir uns daran, daß die europäische Integration ohne die tatkräftige amerikanische Unterstützung in der Nachkriegszeit nicht möglich gewesen wäre“, sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Rede.

Diese Tatsache verdeutliche auch eine der Kernaufgaben der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft in den Anfangsjahren, als primär die Auslieferung von CARE-Paketen organisiert worden sei. Sie selbst sei in den Nachkriegsjahren geboren, so Bierlein, und sie erinnere sich noch gut an die „widrigen Umstände“. Die Gründung des für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft so wichtigen Marshall Fonds und die Unterstützung der USA für die österreichische Bevölkerung in jenen Jahren würden „unvergessen“ bleiben. „Diese Unterstützung ist auch Symbol für die tiefe Freundschaft und die starken Bande zwischen unseren beiden Ländern. Die engen Wirtschaftsbeziehun-

gen, der rege Besuchsaustausch, der verstärkte politische Dialog sowie nicht zuletzt der intensive und erfolgreiche kulturelle Austausch legen davon Zeugnis ab“, betonte die Bundeskanzlerin.

Diese enge Freundschaft ermögliche es, auch in herausfordernden Zeiten zueinander zu stehen und einen „offenen Dialog“ miteinander pflegen zu können. Auch wenn es in gewissen Fragen unterschiedliche Ansätze gebe, so würden beide Länder „für dieselben Ziele eintreten: für die Förderung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand“, so Bierlein. „Auf diese Gemeinsamkeiten dürfen wir nicht vergessen. Ich appelliere an uns alle, stets das Miteinander in den Vordergrund zu stellen. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir die aktuellen globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen können.“

Abschließend erklärte die Bundeskanzlerin, daß die USA ein guter Freund und ein wichtiger Partner für Österreich seien und es auch bleiben. „Es ist wichtig, daß wir uns stets darauf besinnen, wie eng wir einander verbunden sind. Die Arbeit der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft und der Einsatz ihrer engagierten Mitglieder leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag. Ich bin zuversichtlich, daß diese Aktivitäten auch in Zukunft Freundschaft, Inspiration und gegenseitiges Verständnis stiften werden. Ich wünsche der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft alles erdenklich Gute und größt-

möglichen Erfolg.“

Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Österreich, Trevor D. Traina, wies anläßlich der Eröffnung der renovierten Räumlichkeiten der Gesellschaft in Wien auf die Bedeutung bilateraler Beziehungen auf persönlicher Ebene und die wichtige Rolle der ÖAG hin: „Die engen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich wären ohne die zwischenmenschlichen Beziehungen, die Organisationen wie die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft fördern, nicht möglich. Ich bin zuversichtlich, daß die ÖAG weiterhin die nächste Generation fördern wird, die die österreichisch-amerikanischen Beziehungen in das 21. Jahrhundert lenken wird.“

Die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft

Die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft wurde 1946 gegründet und ist die älteste zwischenstaatliche Gesellschaft Österreichs. In den Nachkriegsjahren bestand ihre Aufgabe darin, die Auslieferung der CARE-Pakete an die österreichische Bevölkerung zu organisieren. Heute dient sie als Plattform zur Vertiefung der wechselseitigen Beziehungen und des interkulturellen Austauschs zwischen den USA und Österreich. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

<https://www.oag.at/>

<http://www.dachverband-pan.org/>

Humanitäres Engagement in Afrika wird fortgesetzt

Ministerrat beschließt 1,4 Mio. Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds für humanitäre Hilfe in Äthiopien und Burkina Faso

Im Ministerrat vom 27. November beschloß die Bundesregierung die Auszahlung humanitärer Mittel in Höhe von insgesamt 1,4 Millionen Euro. 900.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds werden für Hilfsaktivitäten in Äthiopien bereitgestellt, eine weitere halbe Million Euro soll zur Linderung der humanitären Notsituation nach Burkina Faso fließen. In beiden Ländern werden die Mittel dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zur Sicherstellung der humanitären Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

„Die Auswirkungen des Klimawandels und Konflikte in der Region belasten Äthiopien weiterhin schwer. Wir müssen jetzt handeln um Entwicklungserfolge abzusichern und Migrationsursachen vor Ort zu bekämpfen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Äthiopien ist eines der vom Klimaphänomen El Niño am stärksten betroffenen Länder. Zwei aufeinanderfolgende Dürreperioden führten das Land an den Rand einer Hungersnot. Ethnische Spannungen führen überdies zu anhaltender Gewalt, laut Angaben des Humanitären Büros der Europäischen Kommission (ECHO) wurden beinahe drei Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen. Äthiopien ist auch massiv von den Konflikten in der Region betroffen, fast eine Million Flüchtlinge aus den angrenzenden Staaten kamen ins Land. Mit den dem IKRK zur Verfügung gestellten Mitteln unterstützt Österreich die Versorgung der betroffenen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Haushaltsutensilien und Zugang zu Trinkwasser.

Eine halbe Million Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds wird dem IKRK zur Linderung der humanitären Notsituation in Burkina Faso zur Verfügung gestellt.

„Wir unterstützen das Internationale Komitee vom Roten Kreuz beim Aufbau von Wasserversorgung, Gesundheitsdiensten und Anstrengungen zum Schutz der Zivilbevölkerung in unserem Schwerpunktland Burkina Faso. Wir leisten damit auch einen Beitrag, um den notleidenden Menschen vor Ort eine Perspektive zu bieten. Österreich setzt



Foto: BKA / Regina Agner

Außenminister Alexander Schallenberg

sein humanitäres Engagement konsequent fort“, so der Außenminister.

Burkina Faso zählt zu den zehn ärmsten Ländern weltweit. Die Probleme sind vielfältig, die humanitäre Lage verschlechtert sich rapide. In weiten Teilen des Landes wurde der Ausnahmezustand verhängt, die Konflikte im angrenzenden Mali und Niger sorgen für steigende Unsicherheit und eine

dramatische Zunahme der Zahl der Vertriebenen. Im Jahr 2018 kam es zur bedrohlichsten Nahrungsmittelknappheit der jüngeren Vergangenheit. Auch Burkina Faso leidet unter den Folgen des Klimawandels, lange Dürreperioden und akute Wasserknappheit bedrohen die Ernährungssicherheit der Bevölkerung.

<https://www.bmeia.gv.at>



Foto: IFRC / Olivier Girard

Eine zerstörte Plantage in Burkina Faso



Foto: ÖRK / Monique Broeshart

Essensverteilung durch das Rote Kreuz im äthiopischen Wolayita

Delegation aus Usbekistan

Bundesratspräsident Karl Bader begrüßt Alisher Kurmanov – Bericht über Fortschritte bei Reformprozeß und regionaler Kooperation in Zentralasien

Bundesratspräsident Karl Bader empfing am 3. Dezember den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des usbekischen Senats Alisher Kurmanov und den stellvertretenden Außenminister von Usbekistan Dilshod Akhatov in der Wiener Hofburg. Im Mittelpunkt der Aussprache standen vor allem der Ausbau der guten bilateralen Beziehungen sowohl auf parlamentarischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene, die bevorstehenden Wahlen in Usbekistan sowie die Vertiefung der Kooperation zwischen den einzelnen zentralasiatischen Staaten.

Der Bundesratspräsident hob insbesondere die enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und Usbekistan im Rahmen der parlamentarischen Versammlung der OSZE hervor. Er hoffe, daß bei der nächsten Wintertagung im Februar 2020 wieder eine usbekische Delegation teilnehmen werde. Außerdem würde sich Bader darüber freuen, Senatspräsidentin Tanzila Norboeva bei der 5. Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen der Interparlamentarischen Union, die im August 2020 erstmals in Wien stattfinden wird, begrüßen zu können. Positiv bewertete Bader den von Präsident Shavkat Mirziyoyev eingeleiteten Reformprozeß, der aus seiner Sicht alternativlos für Usbekistan und ein „Erfolgsrezept für die Zukunft“ sei. Auch die Fortschritte im Hinblick auf die Verhandlungen mit der EU über ein neues Abkommen seien äußerst begrüßenswert.

Alisher Kurmanov berichtete über die aktuelle Situation in Usbekistan und insbesondere über die zahlreichen Reformbemühungen seines Landes. Bei der Durchführung der Parlamentswahlen am 22. Dezember dieses Jahres werde man großen Wert darauf legen, daß alle internationalen Standards eingehalten werden, bekräftigte er. Es werde sich zeigen, daß Usbekistan einen echten demokratischen Prozeß hin zu einem modernen und offenen Staat eingeleitet habe, in dem freie Meinungsäußerung und Gewaltenteilung keine Schlagworte sind. Ein wichtiger Teil davon sei auch die Stärkung der Rolle des Parlaments, weshalb man den Austausch mit anderen Ländern, die als Vorbilder dienen können, für wichtig erachte.

Kurmanov informierte Bundesratspräsident Bader auch über die Fortschritte im Be-



Dilshod Akhatov, Leiter der Usbekischen Delegation, und Bundesratspräsident Karl Bader (r.)



Bei der Aussprache – linke Tischhälfte: Usbekische Delegation unter der Leitung von Dilshod Akhatov (2. v.l.), rechte Tischhälfte: Österreichische Delegation unter der Leitung von Bundesratspräsident Karl Bader (2. v.r.)

reich der Kooperation auf regionaler Ebene, die vor kurzem in einem Konsultationstreffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter gipfelten. Es habe dabei eine ganz neue Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit geherrscht, betonte der Gast aus Usbekistan. Aus diesem Grund konnten unter den Staaten auch Einigungen in vielen

Fragen – von der Wassernutzung, dem Abbau von Handelsbarrieren, dem Austausch auf polizeilicher Ebene bis hin zur Schaffung einer interparlamentarischen Freundschaftsgruppe – erzielt werden. ■

<https://www.parlament.gv.at>

<https://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/index.shtml>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg beim OSZE-Ministerrat in Bratislava

Auf Einladung des slowakischen OSZE-Vorsitzes nahm Außenminister Alexander Schallenberg am 5. Dezember am 26. Ministerrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Bratislava teil. Angesichts dringender sicherheitspolitischer Herausforderungen in der Region, allen voran der Krise in und um die Ukraine, betonte der österreichische Außenminister die Notwendigkeit einer handlungsfähigen OSZE: „Wir brauchen dringend Fortschritte bei der Lösung der ungelösten Konflikte und müssen uns mit geeinten Kräften der steigenden Tendenz der Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte entgegenstellen. Eine solche internationale Zusammenarbeit und Konsensfindung erfordert politischen Mut und Weitblick, sowie manchmal auch die Bereitschaft, den ersten Schritt zu wagen“, so der Außenminister.

Am Rande des OSZE-Ministerrates führte Schallenberg zudem eine Reihe von bilateralen Arbeitsgesprächen mit seinen Amtskollegen aus Albanien, Montenegro und Nordmazedonien sowie mit dem neuen EU-Außenbeauftragten Josep Borrell. Im Zentrum der Gespräche stand dabei die voll-



Foto: BMEIA / Dragan Tatic

Außenminister Alexander Schallenberg (l.) mit EU-Außenbeauftragtem Josep Borrell

ständige Integration der Westbalkan-Staaten in die Europäische Union. Außenminister Alexander Schallenberg bekräftigte: „Österreich ist fest entschlossen, den Beitrittspro-

zeß voranzutreiben und die Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien unverzüglich aufzunehmen. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

Schallenberg beim letzten Rat für auswärtige Beziehungen

Im Rahmen der letzten Tagung des Rates im Jahr 2019 sprachen die EU-Außenministerinnen und EU-Außenminister über aktuelle außenpolitische Fragestellungen sowie strategische Überlegungen für das kommende Jahr. Neben dringenden Themen, wie der Situation in Bolivien, Iran (JCPOA) und Libyen, berieten die MinisterInnen über eine neue umfassende EU-Strategie für Afrika sowie über Pläne für einen effizienteren Mechanismus zur Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen.

Zudem diskutieren die AußenministerInnen und -minister die Arbeitsmethoden des Rates für Auswärtige Angelegenheiten. Der Hohe Vertreter Josep Borrell gab einen Ausblick auf die nächsten Jahre seiner eben begonnenen Amtsperiode und plädierte dabei für einen häufigeren Einsatz der „Sprache der Macht“.

Dabei betonte auch Außenminister Schallenberg: „Es geht darum, daß wir die Mechanismen und Instrumente, die wir haben in den Verträgen, auch wirklich nutzen. Wir reden doch schon seit vielen Jahren, daß wir vom ‚Global Payer‘ zum ‚Global Player‘ werden wollen.“



Foto: BMEIA / Dragan Tatic

Außenminister Alexander Schallenberg (l.) und der neue EU Erweiterungskommissar Oliver Varhelyi beim erstem Rat für auswärtige Angelegenheiten unter neuem Vorsitz

Im Vorfeld des Rates trafen Schallenberg und weitere EU-AußenministerInnen auf die Vertreter Nordmazedoniens und Albaniens. Bestätigt wurde dabei einmal mehr das gemeinsame Bekenntnis zur EU-Perspektive

der beiden Westbalkanstaaten. „Wir haben ein kleines Zeitfenster, das wir nutzen sollten, bis zum nächsten Frühjahr“, so der Außenminister abschließend. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

UN-Menschenrechtsrat 2020: erstmals Vorsitz für Österreich

Außenminister Alexander Schallenberg gratuliert Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger zur Wahl als Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates in Genf

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte die Entscheidung des UN-Menschenrechtsrates in Genf vom 6. Dezember 2019, Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger zu seiner Präsidentin für das Jahr 2020 zu ernennen.

„Die Wahl ist ein großer Vertrauensbeweis der Staatengemeinschaft in die Tätigkeit unserer Ständigen Vertreterin bei den Vereinten Nationen in Genf. Sie ist auch ein Zeichen der Anerkennung für das jahrzehntelange und unermüdliche österreichische Engagement für Menschenrechte innerhalb der Vereinten Nationen“, zeigte sich der Außenminister über die Entscheidung erfreut.

Die österreichische Kandidatin wurde von der „Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten“ (WEOG) für die Präsidentschaft des höchsten Menschenrechtsorgans der Vereinten Nationen nominiert und in weiterer Folge vom Menschenrechtsrat zu seiner neuen Präsidentin gekürt.

„Zu ihrer Wahl gratuliere ich Elisabeth Tichy-Fisslberger herzlich und wünsche ihr für diese wichtige Aufgabe, die sie erst als zweite Frau in dieser Funktion ausüben wird, alles Gute“, so der Außenminister.

In Hinblick auf den Internationalen Tag der Menschenrechte, der am 10. Dezember begangen wird, unterstrich Außenminister Alexander Schallenberg zudem die zentrale Bedeutung der Menschenrechte für die österreichische Außenpolitik: „Auch 70 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist deren Durchsetzung – trotz aller Erfolge – leider noch weit von einer weltweiten Realität entfernt. Das erleben wir tagtäglich neu, wenn uns Bilder und Berichte schwerer Menschenrechtsverletzungen aus aller Welt erreichen. Damit dürfen wir uns aber nicht abfinden. Jeder Staat ist aufgerufen für eine Verbesserung dieser Situation – im Inneren wie nach Außen – zu sorgen. Österreich setzt daher sein Engagement für Menschenrechte konsequent fort, insbesondere zum Schutz von Frauen und Kindern, Journalisten und Minderheiten. Österreich unterstützt die Förderung rechtsstaatlicher Strukturen und setzt sich weiter gegen die



Foto: UN Photo by Violaine Martin

Elisabeth Tichy-Fisslberger, Botschafterin und Ständige Vertreterin Österreichs im Büro der Vereinten Nationen in Genf – in diesem Bild anlässlich der Podiumsdiskussion „Medien für Demokratie: Journalismus und Wahlen in Zeiten der Desinformation“ zur Weltpressefreiheit im Mai 2019 in Genf.

Straflosigkeit, insbesondere bei schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, ein.“

Botschafterin Tichy-Fisslberger erklärte zu ihrer Ernennung: „Wir müssen uns von den Auswirkungen des Rates vor Ort leiten lassen – für die Menschen, die leiden, deren Rechte verletzt werden, deren Freiheiten nicht respektiert werden oder deren Rechte verletzt werden Bedürfnisse werden nicht erfüllt – und für diejenigen, die sie verteidigen – manchmal auf die Gefahr ihres eigenen Lebens.“ Und sie ergänzte: „Vergessen wir nicht für einen Moment, daß dieser Rat die beste Hoffnung für viele Menschen ist, insbesondere für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die Unterdrückten, die Armen, die unter Konflikten, Krisen und Terror leiden.“

Elisabeth Tichy-Fisslberger

Botschafterin Tichy-Fisslberger ist seit Dezember 2017 Ständige Vertreterin Österreichs im Büro der Vereinten Nationen in Genf. Vor ihrer Ernennung nach Genf war sie von 2007 bis 2017 Generaldirektorin für

Recht und Konsular beim Bundesministerium für Europa, Integration und auswärtige Angelegenheiten.

Die Botschafterin trat 1988 in den österreichischen diplomatischen Dienst ein und ist seit langem in verschiedenen Bereichen der europäischen Politik tätig. Bevor sie in den österreichischen diplomatischen Dienst eintrat, arbeitete sie für die Europäische Kommission in Brüssel. Zu den Auslandspostings gehörten Dublin, London und ein langer Aufenthalt in Brüssel.

Tichy-Fisslberger ist seit 2009 die erste österreichische nationale Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie Präsidentin der österreichischen Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels. Seit 2002 ist sie Dozentin an der Universität Wien und seit 2006 auch an der Diplomatische Akademie, Wien.

Botschafterin Tichy-Fisslberger hat einen Abschluß in Jura und Sprachen (Französisch, Spanisch) der Universität Wien. Sie spricht fließend Englisch und Italienisch. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

<https://www.ohchr.org/>

PaN-Preis 2019 des Außenministeriums

Der seit dem Jahr 2006 vergebene Preis des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres für »Partner aller Nationen-PaN« ging heuer an die Österreichisch-Thaiändische Gesellschaft-PAN



Foto: BMEIA / Mahmoud

v.l.: Botschafter Stefan Vavrik, Franz Vtelensky (Vorstand Thai-Gesellschaft), Botschafterin Teresa Indjein, Thai-Gesandtin Thitiporn Chirawadi, PaN-Präsident Hermann Mückler, die Präsidentin der Österreichisch-Thaiändischen Gesellschaft-PaN Kathrin Jindra-Geiszler, PaN-Vorständin Petra Schneeberger, Honorarkonsul Jürgen Piffer, PaN-Vorständin Greet Machek-Voss und PaN-Generalsekretär, Friedrich Köpft (Vorstand Thai-Gesellschaft), PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Bereits zum 14. Mal vergab das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres den vom Dachverband aller Österreichisch-Ausländischen Grundschaftsgesellschaften initiierten PaN-Preis an eine der 127 im Dachverband-PaN inkorporierten bilateralen PaN-Gesellschaften.

Diesmal fiel die Wahl auf die Österreichisch-Thaiändische Gesellschaft-PAN, wobei einerseits das 150 Jahr Jubiläum der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Thailand und andererseits die vielfachen Aktivitäten im Sinne der Völkerverständigung und des friedvollen Miteinanders der seit 1983 im Dachverband-PaN beheimateten Österreichisch-Thaiändische-PAN ausschlaggebend für die Nominierung waren.

Den Festakt im dicht gedrängten „Alois Mock Saal des BMEIA eröffnete Botschafter



Foto: BMEIA / Mahmoud

Botschafterin Teresa Indjein bei ihren Begrüßungsworten im Alois Mock Saal des BMEIA

Österreich, Europa und die Welt

Stephan Vavrik, welcher auch mit seinem Team für den perfekten Ablauf des Festaktes verantwortlich zeichnete.

Die Grußworte des Dachverbandes vermittelte PAN-Präsident Hermann Mückler, indem er auch auf die großartigen Leistungen der 127 bilateralen Freundschaftsgesellschaften für das friedvolle Miteinander seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und insbesondere die der Österreichisch-Thai-ländischen Gesellschaft-PaN verwies.

Der Dachverband-PaN feierte mit Landeshauptmann Michael Ludwig Ende November im Festsaal des Wiener Rathauses im Beisein von 500 geladenen Gästen sein 60-jähriges Bestandsjubiläum (siehe unseren Bericht auf den Seiten 40 bis 46), verkündete Mückler mit nochmaligem Dank an alle die zur Erfolgsgeschichte dieses großartigen Netzwerkes von PaN beigetragen haben.

Begeisterung löste die Tanzgruppe „Siam Heritage“ mit ihren traditionellen Tänzen aus.

Höhepunkt war natürlich die mit 2000 € dotierte Vergabe des PAN-Preises des BMEIA durch Botschafterin Teresa Indjein an Kathrin Jindra-Geiszler, Präsidentin der Österreichisch-Thai-ländischen Gesellschaft-PaN.

Würdigung durch Botschafterin Indjein

Einleitend würdigte die Botschafterin die völkerbindende Tätigkeit der Freundschaftsgesellschaften im Rahmen von PaN und anlaßbezogen die der Österreichisch Thai-ländischen Gesellschaft im Besonderen. Sie brachte einen eindrucksvollen Querschnitt über die Veranstaltungen, die das BMEIA anlässlich des 150-jährigen Jubiläums sowohl in Thailand als auch in Österreich organisierte. Dabei dankte sie auch der Anwesenden Vertreterin der thailändischen Botschaft für die gute Zusammenarbeit – und die nicht nur in diesem Jubiläumsjahr.

Nach der Übergabe des PAN-Preises an Kathrin Jindra-Geiszler dankte diese dem Ministerium und dem Dachverband-PaN für die Unterstützung und die Preisvergabe an ihre Gesellschaft. Gleichzeitig versprach sie, diesen Preis für völkerverbindende Maßnahmen im Sinne der Vereinsstatuten zu verwenden.

Mit dem Musikstück „Magic Beams“ und „Oh I Day“ endete der Festakt und Botschafter Stephan Vavrik konnte die Festgäste zu einem den Festakt abrundenden Stehempfang einladen.

<https://www.bmeia.gv.at>

<http://www.thaigesellschaft.at/>

<http://www.dachverband-pan.org/>



PaN-Präsident Hermann Mückler wies auf die großartigen Leistungen der 127 bilateralen Freundschaftsgesellschaften hin, die unter dem Dachverband PaN vereint sind



v.l.: PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbauz, Botschafterin Teresa Indjein, Thai-Gesandtin Thitiorn Chirasawadi, Kathrin Jindra-Geiszler, Präsidentin der Österreichisch-Thai-ländischen Gesellschaft-PaN, und PaN-Präsident Hermann Mückler bei der Überreichung des PaN-Prei-



Ein Bild von der Darbietung des Kinnary-Tanzes von „Siam Heritage“

Alle Fotos: BMEIA / Mahmoud

Neue elektronische Behördenpost

Digital, mobil und ohne Spam – die elektronische Zustellung wurde runderneuert

E-Government bringt die Serviceangebote der Behörden zu den Österreicherinnen und Österreichern – unabhängig von Ort und Uhrzeit. Ein wesentlicher Bestandteil des E-Government ist die elektronische Zustellung von Behördendokumenten. Seit 1. Dezember 2019 ist sie als „eZustellung NEU“ in einer neuen, noch benutzerfreundlicheren Version für Privatpersonen und Unternehmen in Betrieb.

Alle Nachrichten an einer Stelle

Die wichtigste Änderung ist die Einführung eines zentralen Postfaches mit dem Namen „MeinPostkorb“, mit dem alle elektronischen behördlichen Nachrichten an einer Stelle abgeholt werden können. Privatpersonen können die eZustellung unter der Webadresse <https://www.oesterreich.gv.at/> oder über die Handy-App „Digitales Amt“ aktivieren und ihre Behördenpost an der gleichen Stelle in „MeinPostkorb“ abrufen. Für Unternehmen steht „MeinPostkorb“ im angemeldeten Bereich des Unternehmensserviceportals (USP) unter <https://www.usp.gv.at/> zur Verfügung. Um die digitale Post lesen zu können, benötigt man weiterhin eine Handysignatur oder eine Bürgerkarte. Wie diese beantragt werden können, erfährt man unter <https://www.handy-signatur.at/> bzw. <https://www.buergerkarte.at/>

Verpflichtung zur Teilnahme an der eZustellung

Mit 1. Jänner 2020 kommt die zweite wesentliche Neuerung: Ab diesem Zeitpunkt haben laut E-Government-Gesetz alle Bürgerinnen und Bürger das „Recht auf elektronischen Verkehr“ für alle Angelegenheiten, die in der Gesetzgebung Bundes-sache sind. Damit kann für diese Angelegenheiten von der Behörde gefordert werden, daß elektronisch zugestellt wird. Ausnahme sind jene Fälle, bei denen eine elektronische Zustellung nicht möglich ist, wie z.B. bei Reisepässen.

Für österreichische Unternehmen sieht das E-Government-Gesetz zusätzlich vor, daß sie als Empfänger an der elektronischen Zustellung teilzunehmen verpflichtet sind. Seit 1. Dezember müssen Unternehmen also damit rechnen, elektronische Zusendungen oder Zustellungen von Behörden über „MeinPostkorb“ im Unternehmensserviceportal zu erhalten. Dazu muß im USP ein Postbevollmächtigter eingetragen und eine Benachrichtigungsadresse hinterlegt werden. Sie haben auch die Möglichkeit, mittels einer elektronischen Schnittstelle behördliche Nachrichten automatisch abzuholen. Für Teilnehmer am elektronischen Rechtsverkehr (ERV) kann darüber hinaus eine Weiterleitung in den ERV aktiviert werden. Bei Urlaubsabwesenheiten kann für bis zu 28 Tage eine elektronische Abwesenheit eingetragen werden.

Für Privatpersonen ist die Teilnahme weiterhin freiwillig.

Österreich im Spitzenfeld des E-Governments

Mit der Umsetzung der neuen §§ 1a und 1b EGovG erfüllt Österreich die Vorgaben der EU für die behördliche Kommunikation - standardmäßig digital - und setzt mit seiner technischen Lösung für diese digitale behördliche Dienstleistung erneut zukunftsweisende Maßstäbe. Damit ist Österreich abermals im Spitzenfeld der EU-Staaten präsent. Behördliche Nachrichten können ohne gelben Zettel und ohne SPAM-Mails, sicher und zentral an einer Stelle empfangen werden.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://www.bmdw.gv.at/eZustellungNEU> oder

<https://www.wko.at/service/wirtschaftsrecht-gewerberecht/elektronische-zustellung.html>

Ein Beitrag des Büros für Digitale Anwendungen in der konsularischen Bürgerinnenbetreuung Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ✓

 **Bundesministerium
Europa, Integration
und Äußeres**

Die Ephrussis. Eine Zeitreise.

Historische Ausstellungseröffnung im Jüdischen Museum Wien

Das Jüdische Museum Wien, ein Museum der Wien Holding, eröffnete am 6. November in Anwesenheit von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und einer unüberschaubaren Gästeschar die neue Ausstellung „Die Ephrussis. Eine Zeitreise“. Die Schau präsentiert die Geschichte der berühmten Ringstraßen-Familie Ephrussi und zeigt die 157 Netsukes, die dem Museum von der Familie als Dauerleihgabe übergeben wurden.

Historische Ausstellungseröffnung

Direktorin Danielle Spera begrüßte die zahlreichen Gäste der Ausstellungseröffnung und betonte die Besonderheit des Abends: „Zum ersten Mal seit 1938 kommen Mitglieder der Familie Ephrussi aus aller Welt in Wien zusammen. Ein ganz besonderes Ereignis, daß das Jüdische Museum Wien 41 Nachkommen der Wiener Ephrussis in Wien willkommen heißen darf, allen voran Victor de Waal, der seine Erinnerungen an das Palais Ephrussi mit uns für die Ausstellung teilt.“

Die KuratorInnen Gabriele Kohlbauer-Fritz und Tom Juncker gaben einen Überblick zur Ausstellung, die das private Familienarchiv der Ephrussis, die weltberühmten Netsukes und hochkarätige Werke impressionistischer Maler vereint.

Grußworte zur Ausstellungseröffnung wurden von Andreas Fleischmann, Vorstandsdirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG, Michael Spiss, Direktor Raiffeisen Capital Management und Sigrid Oblak, Geschäftsführerin Wien Holding gesprochen. Oblak betonte: „Das Jüdische Museum Wien überzeugt immer wieder mit eindrucksvollen neuen Ausstellungen. Mit ‚Die Ephrussis – Eine Zeitreise‘ wird dem Publikum ein interessanter Einblick in die Geschichte und das Leben einer der wichtigsten europäisch-jüdischen Familien des 19. und 20. Jahrhunderts ermöglicht.“

Veronica Kaup-Hasler, Amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft verwies auf die Verantwortung der Stadt Wien gegenüber ihrer Geschichte: „Edmund de Waal hat in seinem Buch ‚Der Hase mit den Bernsteinaugen‘ zu Recht auf die Verantwortung hingewiesen, die sich aus der Erinnerung ergibt. Die Stadt Wien hat sich dieser



Foto: PID / Alexander Ch. Wulz

v.l.: Edmund de Waal, Danielle Spera, Direktorin Jüdisches Museum Wien, Doris Schmidauer und Bundespräsident Alexander Van der Bellen nach der Eröffnung der Ausstellung im JMW

Verantwortung stets gestellt, sei es in der Restitution, in der kontinuierlichen Förderung jüdischer Kultur oder in der beständigen Erinnerungsarbeit.“

Bundespräsident Van der Bellen hielt Eröffnungsrede

Die feierliche Eröffnungsrede hielt Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „Mit dem Familienarchiv Ephrussi erhält Wien einen wahren Schatz und noch viel mehr. Es bekommt ein Stück seiner eigenen Geschichte aus den hellsten und dunkelsten Zeiten zurück.“

Eine emotionale und zutiefst berührende Rede von Edmund de Waal machte den Abend zu einem historischen: „Wir sind hier keine Opfer. Wir restituieren unsere Geschichte, wir bringen die Geschichte einer Wiener Familie zurück nach Wien. Heute Abend bringen wir zum Ausdruck, daß wir nach wie vor zu Wien gehören. Geschichte ist nie abgeschlossen, sie ist kompliziert und sie ist jetzt.“

Zahlreiche Eröffnungsgäste

Neben den Mitgliedern der Familie Ephrussi waren Gäste wie Bundesministerin Brigitte Zarl, Leigh Turner, britischer Botschafter, Andor Nagy, ungarischer Botschafter, Francois Saint Paul, französischer Bot-

schafter, Dmitrij Ljubinskij, russischer Botschafter, Stefan Ottrubay, Esterhazy Betriebe GmbH, Monika Sommer, Direktorin Haus der Geschichte, Max und Sissy Strauss, Serge Falck, Wolfgang Fleischhacker, Rektor der Medizinischen Universität Innsbruck, Gottfried Gusenbauer, Direktor Karikaturmuseum Krems, Christian Kircher, Bundestheater Holding, Teresa Stoitsits, Sepp Rieder anwesend und zeigten sich beeindruckt von der facettenreichen Ausstellung im Museum in der Dorotheergasse.

Die Geschichte einer Familie

Die Schau zeichnet den Weg der Familie Ephrussi, ihren freiwilligen sowie unfreiwilligen Reisen zwischen Rußland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Spanien, den USA, Mexiko, Japan und anderen Ländern nach. Anhand von ausgewählten Objekten, Dokumenten und Bildern wird der wirtschaftliche und gesellschaftliche Werdegang einer europäisch-jüdischen Familie dargestellt, deren Nachfahren heute durch Flucht und Vertreibung in der ganzen Welt verstreut leben.

„Die Ephrussis. Eine Zeitreise“ ist von 6. November 2019 bis 8. März 2020 im Jüdischen Museum Wien, einem Museum der Wien Holding, zu sehen.

<http://www.jmw.at/>

30 Jahre KKA – 10 Jahre OeAD

Zusammenführung der beiden Kompetenzzentren ab 1. Jänner 2020

Anlässlich von 30 Jahre KulturKontakt Austria (KKA) und 10 Jahre OeAD-GmbH (Österreichischer Austauschdienst-GmbH) fand am 18. November im Reaktor Wien eine große gemeinsame Festveranstaltung statt. Iris Rauskala, Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung dankte beiden Kompetenzzentren für die wertvolle Arbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und ging auf die Weichenstellung für den Verein KKA und die Positionierung der OeAD-GmbH ab 1. Jänner 2020 ein. Die OeAD-GmbH wird als eine Organisation der Republik Österreich die Entwicklung des Bildungs- und Wissenschaftsstandorts Österreich mit einem erweiterten Portfolio unterstützen. „Mit der Integration von KulturKontakt Austria wird das Portfolio der OeAD-GmbH im vortertiären Bereich erweitert und abgerundet und die OeAD-GmbH wird ihre Position als Kompetenzzentrum für die Entwicklung von Bildungsinnovationen und internationalem Austausch entlang der gesamten Bildungskette ausbauen“, so die Bildungsministerin. „Der Mehrwert liegt in der Wirksamkeit: Gebündelte Angebote für Stakeholder in der Kultur- und Wissenschaftsvermittlung, in der Erwachsenenbildung und in der Förderung von Mobilität und internationalen Kooperationen tragen ebenso dazu bei wie ein konzertierter, gemeinsamer Auslandsauftritt mit den vielfältigen Kooperationsangeboten Österreichs. Damit wird der Bildungs- und Wissen-



v.l.: Elmar Pichl (BMBWF), Hanspeter Huber (BMBWF), Iris Rauskala (Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung), Barbara Weitgruber (BMBWF) und Jakob Calice (OeAD)

schaftsstandort Österreich und die internationale Position Österreichs gestärkt.“

Jakob Calice, Geschäftsführer der OeAD-GmbH und Direktor von KKA, betonte: „Es gibt eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten zwischen KulturKontakt Austria und den Tätigkeitsfeldern der OeAD-GmbH – sowohl im Bereich der internationalen Bildungskooperation wie auch im Bereich der Kulturvermittlung und der Wissenschaftsvermittlung. Von der Zusammenführung beider Institutionen profitieren letztlich nicht nur die Arbeitsfelder im neuen großen Kompetenzzentrum OeAD selbst, sondern auch alle unsere Partnerinnen und Partner.“

Über 300 VertreterInnen der Bildungsministerien, Berufsbildungsagenturen und Wirtschaftskammern aus Südosteuropa, des BMBWF, der Bildungsdirektionen, RektorInnen und VertreterInnen der Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen, DirektorInnen von Kunst- und Kulturinstitutionen, der österreichischen Wirtschaftskammer, der Wirtschaft, der Austrian Development Agency und viele weitere PartnerInnen aus Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur tauschten sich beim Festakt in Wien aus.

<https://oead.at/>

<https://www.kulturkontakt.or.at/>



Ein Blick auf die große Festveranstaltung im Reaktor Wien

Bad Ischl wird Europäische Kulturhauptstadt 2024

Die oberösterreichische »Kaiserstadt« teilt sich den Titel mit Tartu (Estland) und Bodø (Norwegen) – St. Pölten wird Kulturlandeshauptstadt 2024



Vom »Stadtberg« Siriuskogel bietet sich ein beeindruckender Blick auf die Kaiserstadt Bad Ischl.

Nach dreijähriger Vorbereitungszeit und einem intensiven Auswahlprozeß durch eine europäische Jury hat Juryvorsitzende Cristina Farinha im Beisein von Kunst- und Kulturminister Alexander Schallenberg und Martin Selmayr von der Europäischen Kommission am 12. November im Rahmen einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt die Entscheidung verkündet, daß „Bad Ischl – Salzkammergut 2024“ – so der offizielle Name der Bewerbung – im Jahr 2024 den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ tragen wird. Neben dem österreichischen Austragungsort wurden bereits Tartu (Estland) und Bodø (Norwegen) als weitere Kulturhauptstädte 2024 auserkoren.

Gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte erleben

Seit dem Start im Jahr 1985 hat sich die Initiative der Europäischen Kulturhauptstäd-

te zu einem der ehrgeizigsten Kulturprojekte und einer der meistgeschätzten Aktivitäten der EU entwickelt. Ihr Ziel ist wichtiger denn je: Die EuropäerInnen sollen die Möglichkeit erhalten, mehr über die Kultur anderer Länder Europas zu erfahren, gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte zu erleben und ein Gefühl der Zugehörigkeit zur europäischen Gemeinschaft zu spüren.

Dazu Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport: „Österreich wird 2024 erneut Gastland einer Europäischen Kulturhauptstadt sein. Nach Graz 2003 und Linz 2009 wird nun Bad Ischl ein Jahr lang im Rampenlicht stehen. Wir werden in der Stadt und im Salzkammergut zahlreiche kulturelle Aktivitäten erleben, die neue Zielgruppen erreichen und Kulturschaffenden vor Ort helfen werden, sich international auszurichten. Der Titel ‚Europäische Kulturhauptstadt‘ bietet die großartige

Gelegenheit, die Kultur und das kulturelle Erbe in der Region in den Mittelpunkt zu rücken. Besucher aus Europa und der ganzen Welt werden die Region und ihren kulturellen Reichtum entdecken und die Vielfalt der Kulturen unseres Kontinents erleben können. Bad Ischl und das Salzkammergut werden sicherlich auch langfristig einen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Nutzen aus dem Titel ‚Kulturhauptstadt Europas‘ ziehen.“

Hintergrund

Für 2024 werden auf Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates drei europäische Kulturhauptstädte ernannt: eine in Österreich, eine in Estland und eine in einem EFTA-/EWR-Staat, einem Kandidatenland oder einem potentiellen Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft. In der letztgenannten Kategorie setzte sich am 24./25. September in

Österreich, Europa und die Welt

Brüssel die Stadt Bodø (Norwegen) durch. Die Endauswahl in Estland fand am 28. August in Tallinn statt, wobei Tartu das Rennen machte.

In Österreich forderte das Bundeskanzleramt interessierte Städte im Juni 2017 zur Bewerbung auf. Bis zum Ablauf der Frist am 31. Dezember 2018 kamen dem drei Städte nach: Bad Ischl, Dornbirn und St. Pölten. Die Vorauswahl fand am 30./31. Jänner 2019 statt, und die drei Städte gelangten in die nächste Runde. Sie hatten bis zum 13. Oktober 2019 Zeit, ihre Bewerbungen zu konkretisieren, und wurden anschließend am 10. und 11. November zur Endauswahl nach Wien eingeladen.

Die Anträge wurden von einem Gremium aus zwölf unabhängigen ExpertInnen geprüft, wobei zwei ExpertInnen von den zuständigen österreichischen Behörden nominiert wurden und zehn von den EU-Institutionen (Europäisches Parlament, Rat, Kommission und Ausschuß der Regionen).

Folgende sechs Kriterien spielen bei der Entscheidung eine Rolle: (i) Langzeitstrategie, (ii) kulturelle und künstlerische Inhalte, (iii) europäische Dimension, (iv) Einbindung der Gesellschaft, (v) Verwaltung und (vi) Umsetzungsfähigkeit.

Nach Plovdiv (Bulgarien) und Matera (Italien) in diesem Jahr werden nächstes Jahr Rijeka (Kroatien) und Galway (Irland) Europäische Kulturhauptstädte sein. 2021 kommen dann Elefsina (Griechenland), Timișoara (Rumänien) und Novi Sad (Serbien, EU-Beitrittskandidat) zum Zug, 2022 Kaunas (Litauen) und Esch-sur-Alzette (Luxemburg). 2023 wird Veszprém (Ungarn) eine der Kulturhauptstädte Europas sein.

Die Kulturhauptstädte gehen auf eine Initiative der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri aus dem Jahr 1985 zurück. Ziel ist es, die kulturelle Vielfalt in Europa zu fördern, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben und den Beitrag der Kultur zur langfristigen Entwicklung der Städte und Regionen zu stärken.

Landeshauptmann Stelzer: Land OÖ wird die Region dabei unterstützen

„Die Organisatoren von ‚SKGT 2024‘ haben alle Hausaufgaben der Kommission erfüllt – und das mit Erfolg! Ich gratuliere Bürgermeister Hannes Heide und dem ganzen Team zum Titel ‚Kulturhauptstadt 2024‘! Hinter einer Bewerbung wie dieser stecken viel Zeit, Engagement und Herzblut – das Ergebnis sind zahlreiche Ideen, die die Gemeinden in der Region näher zusammen rük-



Kunst- und Kulturminister Alexander Schallenberg bei der Bekanntgabe der Europäischen Kulturhauptstadt 2024 in Österreich.



Der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr



Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Markus Achleitner kündigten die Unterstützung des Landes für die Region an.

Österreich, Europa und die Welt

ken lassen. Diese Dynamik und Chance für die Region und ganz Oberösterreich gilt es mitzunehmen. Das Land OÖ wird die Region dabei unterstützen und ich freue mich darauf, was uns 2024 im Salzkammergut erwarten wird.“

Landesrat Achleitner: Neue Chancen für das Salzkammergut

„Herzliche Gratulation in das Salzkammergut, das seine Gäste im Jahr 2024 als Europäische Kulturhauptstadt begrüßen wird“, freut sich Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Markus Achleitner mit dem Salzkammergut und mit Bad Ischl an der Spitze über die erfolgreiche Bewerbung. „Damit eröffnen sich auch für den Tourismus im Salzkammergut vollkommen neue Chancen, der schon in seiner Anfangszeit von der Kultur sehr stark geprägt wurde“, erinnert der Landesrat an die Tradition der Sommerfrische, die mit dem nunmehrigen Zuschlag neu aufgerufen werden soll.

Aktuell suchen UrlauberInnen im Salzkammergut vor allem Erholung, Natur und Aktivität. Mit dem Zuschlag kann eine neue Zielgruppe angesprochen werden und das Salzkammergut rückt noch stärker in das internationale Rampenlicht. „Das Kulturhauptstadtjahr 2024 wird eine einmalige Chance, um das Netzwerk Kultur und Tourismus zu stärken, diese wollen wir bestmöglich nutzen“, erklärt Achleitner.

Wie langfristig und nachhaltig ein Kulturhauptstadtjahr für eine Stadt und Region wirkt, zeigt sich für Landesrat Achleitner anhand von Linz: „Auch zehn Jahre später sind die Spuren des Kulturhauptstadtjahres ‚Linz 09‘ lebendig und viele Initiativen wären ohne diesen Anstoß nicht möglich gewesen“, ist der Landesrat überzeugt.

LH Schützenhöfer und LR Drexler gratulieren zu sensationellem Erfolg

Die Region Bad Ischl-Salzkammergut unter starker Beteiligung der steirischen Salzkammergut-Gemeinden Altaussee, Bad Aussee, Grundlsee und Bad Mitterndorf ist Europäische Kulturhauptstadtregion 2024! Steiermarks Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Kulturlandesrat Christopher Drexler drücken ihre Riesenfreude über diese Entscheidung aus und darüber, daß die Bemühungen des Landes Steiermark Früchte getragen haben. Sie gratulieren allen Verantwortlichen: „Wir freuen uns riesig über diese Entscheidung. Teil der Europäischen Kulturhauptstadt 2024 zu sein ist eine ganz große Chance und ein Meilenstein für die Kultur-



Steiermarks Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (l.) und Kulturlandesrat Christopher Drexler freuen sich, daß die Kulturhauptstadt im Jahr 2024 wieder in die Steiermark kommt.



Bürgermeister Matthias Stadler und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gaben bekannt, daß St. Pölten 2024 „Landeskulturhauptstadt“ wird.

und Regionalentwicklung. Nach Graz 2003 kommt die Europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2024 mit all ihren wertvollen Impulsen wieder in die Steiermark!“

St. Pölten wird Landes-kulturhauptstadt 2024

Kurz nach der Bekanntgabe der Entscheidung, daß Bad Ischl den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2024“ erhält, wurden beim Mitbewerber St. Pölten die Weichen für die Zukunft gestellt. VertreterInnen von Stadt, Land und aus dem Bewerbungsbüro „St. Pölten 2024“ zeigten sich einhellig von der Notwendigkeit überzeugt, die positive Dynamik der Bewerbungsphase weiterzuführen und die inhaltlichen Kernprojekte des Konzepts in

Form eines Kunst- und Kulturschwerpunkts im Jahr 2024 in jedem Fall umzusetzen. An der gemeinsamen Vision von St. Pölten als Modell einer innovativen europäischen Mittelstadt der Zukunft unter dem Motto „Europa daheim – Distanzen verringern“ wird ebenfalls festgehalten. Alle Beteiligten, die schon bisher an einem Strang gezogen haben, sind hochmotiviert, an den Ergebnissen der intensiven Prozesse der letzten Jahre anzuschließen. Daher wurde das Büro „St. Pölten 2024“ mit der Einleitung der nächsten Schritte beauftragt.

Die Projekte für „St. Pölten 2024“ werden ab sofort in zwei Etappen realisiert: Die Umsetzung der kulturellen Infrastrukturprojekte hat begonnen – vom KinderKunstLabor,

Österreich, Europa und die Welt

der ehemaligen Synagoge, LAMES/Sonnenpark, der Erweiterungs- und Optimierungsmaßnahmen des Stadtmuseums bis hin zum Festspielhaus St. Pölten und der Neugestaltung des Domplatzes. Bereits in den nächsten Wochen sollen im Gemeinderat und in der NÖ Landesregierung bzw. im NÖ Landtag diesbezüglich die nächsten Beschlüsse gefaßt werden, denn diese Projekte sollen bis 2024 fertig gestellt sein. Der finanzielle Fahrplan wurde im Bewerbungsverfahren bereits grundsätzlich beschlossen. In einem zweiten Schritt wird bis Ende des ersten Halbjahres 2020 die Programmstrategie des Kulturschwerpunktes in St. Pölten 2024 fertig ausgearbeitet sein.

Für die MitarbeiterInnen des Büros „St. Pölten 2024“ gilt das Motto, daß die positive Dynamik des Bewerbungsprozesses für die Realisierung der geplanten Projekte genutzt werden soll. „Wir sind dankbar für die Wertschätzung, die unserer Arbeit entgegengebracht wird, und werden nun den Plan für 2024 konkretisieren und umsetzen. Dieser wird zwar redimensioniert, aber von derselben Qualität geprägt sein wie das Programm

Foto: NÖ Kulturlandeshauptstadt St. Pölten GmbH



Das Bewerbungsteam für „St. Pölten 2024“ (v.l.): Michael Duscher, Carolin Riedelsberger, Susanne Gugerell, Jakob Redl und Albrecht Großberger

im abgegebenen Bewerbungsbuch“, erklären Michael Duscher und Albrecht Grossberger, die beiden Geschäftsführer des Büros „St. Pölten 2024“.

<https://www.bad-ischl.ooe.gv.at/>
<https://badischl.salzkammergut.at/>
<https://www.st-poelten2024.eu/>
<https://ec.europa.eu/austria/>



Foto: Niederösterreich Werbung/ Robert Herbst

Der weihnachtliche Hauptplatz der künftigen Kulturlandeshauptstadt 2024 St. Pölten

EU-Kommissar befürwortet Burgenland-Modell!

Landesrat Christian Illedits präsentiert Anstellungsmodell für pflegende und betreuende Angehörige vor Beschäftigungs- und Sozialkommissar Schmit

Im Rahmen einer Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 5. Dezember lud Nicolas Schmit, neuer EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziales, ausgewählte RepräsentantInnen aus der gesamten Europäischen Union zu einer Aussprache. Soziallandesrat Christian Illedits, Vertreter des Burgenlandes, präsentierte dabei das Anstellungsmodell für pflegende bzw. betreuende Angehörige – und fand Anklang bei Schmit. Es handle sich um ein interessantes Projekt das weiterzuverfolgen sei, so der EU-Kommissar. Auch im Europäischen Parlament führte Illedits bereits erste Gespräche. Angesichts des hohen Interesses – beinahe jede Region ist bereits mit dem Thema Pflege und Betreuung konfrontiert – setzt er auf allen Ebenen an: Im kommenden Jahr wird er eine Initiative im Ausschuss der Regionen setzen, zudem suche man diesbezüglich Gespräche mit den zuständigen KommissarInnen für Demografie sowie Gleichstellung.

Pflege und Betreuung sind gesellschaftliche Schlüsselthemen der Zukunft. Dank der steigenden Standards nimmt das Alter der Bevölkerung im Burgenland, Österreich und ganz Europa zu. Mehr als 510 Mio. Menschen leben heuer in der Europäischen Union, rund 20 Prozent der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind 65 Jahre alt oder älter. Im Burgenland werden im Jahr 2030 rund 37.000 Menschen mindestens 75 Jahre alt sein.

Kommissar Schmit betonte den Stellenwert von Pflege und Betreuung für den Arbeitsmarkt. „Um das Angebot an Pflegeleistungen, insbesondere die Verfügbarkeit qualifizierter Kräfte sicherzustellen braucht es Maßnahmen. Hier müssen wir europäisch denken – es ist davon auszugehen, daß mit steigendem Bedarf an Pflegekräften auch die Arbeitskräftemobilität innerhalb Europas, aber auch aus Drittstaaten, zunimmt,“ so Landesrat Illedits.

Im Rahmen der Europäischen Säule Sozialer Rechte hat die Europäische Kommission das Recht auf bezahlbare und hochwertige Langzeitpflegedienste, insbesondere häusliche Pflege und wohnortnahe Dienstleistun-



Burgenlands Soziallandesrat Christian Illedits (l.) mit dem neuen EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziales, Nicolas Schmit

gen festgelegt. Das Burgenland hat den „Zukunftsplan Pflege“ entwickelt, der auf Basis einer systematischen Bedarfserhebung, Pflege und Betreuung im Burgenland langfristig absichern soll und innovative Maßnahmen enthält.

„Wir haben ein neues Anstellungsmodell geschaffen: Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen und betreuen, können sich bei einer gemeinnützigen Tochtergesellschaft des Landes Burgenland anstellen lassen – gegen eine faire Entlohnung und sozialrechtliche Absicherung,“ so der Landesrat. 54 Personen wurden seit 1. November bereits angestellt, mit dem nächsten Monatsersten werden es rund 80 sein.

„Das nationale und europäische Interesse ist enorm. Das Anstellungsmodell verspricht das nächste europäische Best Practice-Modell aus dem Burgenland zu werden,“ so der Landesrat.

Zukunftsplan Pflege

Kernstück des Zukunftsplans Pflege ist das Anstellungsmodell für pflegende bzw. betreuende Angehörige. Seit 1. Oktober 2019 können pflegende Angehörige nach diesem Modell in ein Angestelltenverhältnis bei der

PSB, einer Tochter der KRAGES, eintreten. Die Entlohnung beträgt 1.700 Euro netto bei einer 40 Stunden-Anstellung, möglich ab Pflegegeldstufe fünf. Die Anstellung garantiert sozialrechtliche Absicherung und ermöglicht es den pflegenden und betreuenden Personen, Anrechnungszeiten für die Pension zu sammeln. „Wir lassen den Worten Taten folgen. Mit dem Anstellungsmodell sind pflegende bzw. betreuende Angehörige voll sozialversicherungsrechtlich abgesichert und erhalten ein Einkommen. Denn Arbeit bedeutet auch Würde,“ unterstreicht Illedits.

Nach Erstgesprächen mit den Pflege- und SozialberaterInnen kann der Antrag auf Anstellung bei der PSB gestellt werden. Abschließend wird jeder Antrag durch die Sozialabteilung im Amt der Burgenländischen Landesregierung geprüft und genehmigt. Die Pflege- und SozialberaterInnen stehen als Ansprechpartner an allen burgenländischen Bezirkshauptmannschaften zur Verfügung und kümmern sich um die individuellen Anliegen und Anfragen. Sie beraten die Betroffenen und finden für jede und jeden die passende Lösung. ■

<https://www.burgenland.at/>
<https://cor.europa.eu/>

Grenzübergreifendes Energieprojekt

Nachhaltige Aktivitäten zur Steigerung der Energieeffizienz in slowenischen und kärntnerischen Gemeinden umgesetzt

Zur Abschlußkonferenz des Energieprojektes NEKTEO (Nachhaltige Energie für Kommunen – Trajnostna energija za občine) wurde am 27. November ins Klagenfurter Konzerthaus geladen. Im Rahmen der Veranstaltung wurden die Highlights der dreijährigen Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Slowenien auf dem Gebiet der Energieeffizienz, der Erneuerbaren Energie sowie des Energiesparens präsentiert.

„Das grenzübergreifende EU-Interreg-Projekt zwischen Kärnten und Slowenien wurde im Februar 2017 gestartet und läuft noch bis Ende Jänner 2020. Zum Ziel hatte es, nachhaltige Aktivitäten und bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Gemeinden umzusetzen und den Umstieg auf erneuerbare Energie zu forcieren“, informierte Landesrätin Sara Schaar, die gemeinsam mit Christian Goritschnig (Umweltabteilung des Landes), Rajko Leban (Direktor Energieagentur GOLEA Goriška, Nova Gorica) und Stadtrat Frank Frey (Umweltreferent Klagenfurt) in einer Pressekonferenz Bilanz zog.

Insgesamt nahmen 36 Pilotgemeinden in Kärnten und Slowenien am Projekt NEKTEO teil, das Land Kärnten (Abteilung Umwelt, Energie und Naturschutz) war Lead-Partner, die Energieagentur GOLEA Goriška, die Entwicklungsagentur Sora Gorenjska, der Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee sowie die Stadtgemeinde Nova Gorica zählten zu den weiteren Projektpartnern. Die Gesamtkosten des Projektes betragen 1,4 Mio. Euro, wobei 1,2 Mio. Euro vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kommen.

„Herzstück des Projektes sind die 55 Energieschauplätze, die aus allen Teilnehmergemeinden ausgewählt wurden und ein grenzüberschreitendes Best-Practice-Netzwerk bilden“, führte Schaar aus. Ausgestattet mit interaktiven Schautafeln dienen die Energieschauplätze – 26 in Slowenien und 29 in Kärnten (plus 13 Adressen weiterer sehenswerter Schauplätze) – der Information und sind auch in einem umfassenden, anschaulichen Katalog erfasst. Die informative



LRin Sara Schaar zog mit StR Frank Frey (Klagenfurt), Rajko Leban (Nova Gorica) und Christian Goritschnig (Umweltabteilung Land Kärnten) nach drei Projektjahren Bilanz.

Broschüre ist an jedem Energieschauplatz sowie bei den 36 NEKTEO-Gemeinden erhältlich und steht im Internet unter als Download zur Verfügung.

„Ein weiterer und auch wichtiger Teil des Projektes war der NEKTEO-Botschafter, eine mobile Bildungsstation in Form eines Anhängers, der Gemeinden und Volksschulen in Kärnten und Slowenien besuchte, um vor allem Kindern und Jugendlichen spielerisch – in Form von Experimenten – die Themen erneuerbare Energie, Mobilität und Energieeffizienz näher zu bringen“, informierte Schaar. Insgesamt kam der NEKTEO-Botschafter bei bisher 39 Kärntner Volksschulen zum Einsatz und betreute dabei 1.235 SchülerInnen und 155 LehrerInnen. Auch im Rahmen der diesjährigen Herbstmesse wurde die Bildungsstation präsentiert.

Ein weiterer Schwerpunkt von NEKTEO war das Thema Energiesparen. „Es wurde eine eigene Webseite eingerichtet, die Gemeinden und Landesbediensteten ein Energiespartool zur Verfügung stellte. Dieses diente der Bewußtseinsbildung im Umgang mit Energie und Mobilität im Büro und auch im Alltag“, informierte Goritschnig.

Weiters wurden 24 Energie-Monitoring-Systeme installiert, die laufend Energiekenndaten – Wärme, Strom und Wasser –

registrieren und live auf den Monitoren in den Gebäuden (wie z.B. im Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt) präsentieren. „Auch hier ging es darum, ein Bewußtsein für den laufenden Energieverbrauch zu schaffen und in weiterer Folge einen verantwortungsvolleren Umgang mit unseren Ressourcen zu bewirken“, hob Frey hervor.

Ein wichtiges Ziel von NEKTEO war es auch, eine Einsparung von fünf Prozent beim Energieverbrauch in der öffentlichen Verwaltung gegenüber dem Ausgangsjahr 2016 zu erreichen. „Dieses Ziel wurde sogar übertroffen. So konnte bei den gemeindeeigenen Gebäuden von 2016 bis 2018 eine Energieeinsparung von insgesamt knapp zehn Prozent erzielt werden“, berichtete Schaar.

Besonders gut angenommen wurden auch die insgesamt vier Fachexkursionen in Kärnten und Slowenien, bei dem Energieschauplätze und fachspezifische Einrichtungen besucht wurden. „Ein Programm zur Weiterbildung von öffentlich Bediensteten zu Energiebeauftragten in ihren Gemeinden rundete das Projekt ab und sorgt überdies für eine Nachhaltigkeit über das Projektende hinaus“, berichtete Goritschnig. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

<http://www.nekteo.eu/>

<http://www.si-at.eu/de2/>

30 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs

Gedenkveranstaltung an der niederösterreichisch-tschechischen Grenze – LH Mikl-Leitner: Niederösterreich hat es verstanden, dieses historische Ereignis zu nutzen



Foto: NLK / Filzwieser

Außenminister Alexander Schallenberg, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, der tschechische Außenminister Tomáš Petříček, Südmährens Kreishauptmann Bohumil Šimek und TeilnehmerInnen der Gedenkveranstaltung besichtigen die Reste des einstigen Eisernen Vorhangs

Der Fall des Eisernen Vorhangs ist ein historisches Ereignis gewesen, das den gesamten Kontinent und auch Niederösterreich nachhaltig verändert hat. Niederösterreich hat es verstanden, dieses historische Ereignis zu nutzen“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 29. November an der niederösterreichisch-tschechischen Grenze bei Hardegg. Auf der Thaya-Brücke zwischen dem sudmährischen Cizov und dem niederösterreichischen Hardegg fand aus Anlaß des 30. Jahrestages der Beseitigung des Eisernen Vorhangs an der Grenze zwischen Österreich und der damaligen Tschechoslowakei eine Gedenkveranstaltung statt. Gemeinsam besuchten Mikl-Leitner, der tschechische Außenminister Tomáš Petříček, Außenminister Alexander Schallenberg und der Kreishauptmann von Südmähren, Bohumil Šimek, die Reste des einstigen Eisernen Vorhangs bei Cizov.

Mikl-Leitner: Niederösterreich wurde zum Tor in das neue, größere Europa

„Der heutige Tag steht ganz im Zeichen der Nachbarschaft und der Freude, des

Respekts und der Ehrfurcht“, so Mikl-Leitner. Die Grenzregion sei heute verbunden durch Natur, Straßen, Rad- und Wanderwege. „Niederösterreich wurde zum Tor in das neue, größere Europa und schrieb eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht.“ Das Miteinander sei wie auch Friede, Freiheit und Demokratie jedoch keine Selbstverständlichkeit und müsse immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Umso wichtiger sei es „alles zu tun“, um am gemeinsamen Europa weiterzubauen.

Die Landeshauptfrau sprach sich dafür aus, den Westbalkanstaaten den Weg in die Europäische Union zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen.

Schallenberg: Menschliche Sternstunde

Außenminister Alexander Schallenberg bezeichnete den Eisernen Vorhang als „Grenze des Schmerzes“, zwei Regionen mit einer langen gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Geschichte wären damit über Jahrzehnte getrennt gewesen. Das Jahr 1989 sei eine „menschliche Sternstunde“ gewesen, diesen Mut und diese Weitsicht brauche es

auch heute. Schallenberg sprach sich ebenfalls für die Aufnahme der Westbalkanstaaten in die EU aus, damit könnte der „letzte Akt der Trennung beendet werden“.

Petříček: Großes Stück zurückgelegt

Der Eiserne Vorhang habe zwei Welten getrennt, so der tschechische Außenminister Tomáš Petříček, der an die Durchtrennung im Jahr 1989, an die Aufhebung der Visumpflicht und die funktionierende Partnerschaft mit Österreich und Niederösterreich erinnerte. In den vergangenen 30 Jahren habe man ein „großes Stück“ zurückgelegt. Die Zukunft hänge davon ab, was „wir gemeinsam schaffen“.

Šimek: Dank an Niederösterreich

Für Bohumil Šimek, Kreishauptmann von Südmähren, hat der Eiserne Vorhang das getrennt, „was über Jahrhunderte zusammengehört hat“. Er dankte Niederösterreich für die intensiven internationalen Beziehungen zu Südmähren. ■

<http://www.noel.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Eiserner_Vorhang

Auf dem Weg zur internationalen Top-Region für Medizintechnik

»Medical EDUcation in Surgical Aneurysm clipping« – hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich das Potential, den Standort Oberösterreich bei Medizintechnik, Forschung, Ausbildung und Innovation in die Weltelite zu katapultieren.

MEDUSA ist ein hybrider neurochirurgischer Simulator: Er verbindet die reale und virtuelle Welt und schafft damit vielseitige, realistische Trainingsmöglichkeiten für NeurochirurgInnen und MedizinstudentInnen. Hochkomplizierte Operationen am Gehirn lassen sich künftig im Vorfeld simulieren. Mittelfristig soll aus diesem vom Land OÖ ausgeschriebenen Leitprojekt Medizintechnik ein international führendes Simulations- und Kooperationszentrum entstehen. Durch die damit verbundene Sogwirkung profitieren die Wirtschaft und Forschungseinrichtungen in Oberösterreich.

MEDUSA führte zu einer strategischen Vernetzung von sieben Forschungseinrichtungen und sechs Unternehmen und zeigt damit, welches Know-how in Oberösterreich vorhanden ist.

Turbo für Medizintechnik in Oberösterreich

Der Life Science- und Medizintechnik-Sektor entwickelt sich in Österreich sehr positiv: Die Branchenumsätze haben 2018 einen Rekordwert von über 22 Milliarden Euro erreicht, das entspricht bereits 6,1 Prozent des heimischen BIP. Mehr als 900 Unternehmen beschäftigen derzeit knapp 55.500 MitarbeiterInnen. Alleine die Unternehmen des Medizintechnik-Clusters geben 200 Mio. Euro jährlich für Forschung und Entwicklung aus, was einer hohen F&E-Quote von 4,3 Prozent entspricht. Die Medizinprodukte-Branche umfaßt in Oberösterreich 60 Unternehmen mit rund 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Unternehmen erzielen insgesamt einen Umsatz von 2,6 Milliarden Euro pro Jahr.

„Beim Life Science und Medizintechnik-Bereich weist Oberösterreich neben Wien eine hohe Dichte an Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Ausbildungsmöglichkeiten auf. Ein Paradebeispiel für die Chancen und Möglichkeiten, die sich durch die Digitalisierung im Gesundheitswesen ergeben, ist Medical EDUcation in Surgical Aneurysm clipping (MEDUSA). Dieses



Foto: Land OÖ / Lisa Schaffner

v.l.: Michael Giretzlehner, Head of Research Department, RISC Software, Gesundheits-Landesrätin LH-Stv.in Christine Haberlander, Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner und Univ.-Prof. Andreas Gruber, Vorstand der Universitätsklinik für Neurochirurgie

Leitprojekt wird ein Turbo für die Medizintechnik in Oberösterreich sein“, erklärt Wirtschafts- und Forschungs-Landesrat Markus Achleitner.

„Das vom Land OÖ ausgeschriebene und mit 2,3 Millionen Euro dotierte Leitprojekt Medizintechnik soll das Bundesland Oberösterreich als Standort für Medizintechnik stärken und die oö. MedTech-Branche international ins Rampenlicht rücken“, betont der Landesrat. Das Konzept des MEDUSA-Projektes ist darauf ausgelegt, einen Mehrwert für ChirurgInnen und PatientInnen zu schaffen, einen nachhaltigen und signifikanten Wissenszuwachs im Bereich chirurgischer Simulation zu fördern und letztlich innovative Produkte „Made in Upper Austria“ in einem stark wachsenden, globalen Markt zu platzieren.

Das Leitprojekt ist Teil der Initiative „MED UP – Medical Upper Austria“ des Landes OÖ und wurde im Rahmen des strategischen Wirtschafts- und Forschungsprogramms „Innovatives OÖ 2020“ ins Leben gerufen. MED UP vereint Wirtschaft, Forschung, Gesundheit und Bildung in Ober-

österreich. Der Medizintechnik-Cluster der oö. Standortagentur Business Upper Austria koordiniert die Initiative. „Mit dem Leitprojekt MEDUSA sollen wesentliche Vorteile für Medizin, Forschung, Bildungseinrichtungen und damit auch für die Wirtschaft erreicht werden“, hebt Achleitner hervor.

Leuchtturmprojekt für weltweite Sichtbarkeit des MedTech-Standortes OÖ

Die geplanten Ergebnisse haben eine weitreichende Hebelwirkung. MEDUSA soll zur Etablierung eines OÖ Simulations- und Kooperationszentrums führen. Kerntechnologien werden in zukünftige Medizinprodukte, wie chirurgische Planungs- und Navigationssysteme transferiert, die den erreichbaren Markt erweitern. Dieses herausfordernde Vorhaben ist aufgrund moderner Technologien, aber vor allem durch die exzellente Expertise des Konsortiums möglich. „Die Kernkompetenzen aus Neurochirurgie, Neurowissenschaften, Künstlicher Intelligenz, Medizintechnik, Materialwissenschaften und nicht zuletzt der medizinischen Zulassung, schaffen ein Leuchtturmprojekt, das den Wirt-

Österreich, Europa und die Welt

schaftsstandort OÖ global sichtbar macht und in zukunftssträchtigen und profitablen Märkten etabliert. Wir werden mit MEDUSA auch ein Endprodukt haben, das sich am Weltmarkt verkaufen lässt. Namhafte internationale Konzerne haben bereits ihre Fühler ausgestreckt und Interesse gezeigt“, so Landesrat Achleitner.

Strategische Bedeutung

„Gesundheit, Wissenschaft und Wirtschaft finden sich in der MedTech-Branche positiv zusammen. Oberösterreich hat das Potential rechtzeitig erkannt und bereits 2002 den heutigen Medizintechnik-Cluster gegründet. Gesundheitsvorsorge ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Der Medizintechnik-Sektor ist somit von strategischer Bedeutung“, betont Gesundheitslandesrätin LH-Stv.in Christine Haberlander.

MEDUSA schafft eine weltweit bisher einzigartige innovative Trainings- und Planungsplattform für Neurochirurgen: „MEDUSA beschreitet innovative Wege in der medizinischen Aus- und Weiterbildung mit dem Ziel größtmöglicher Patientensicherheit. Die Ergebnisse des Projekts werden uns bei der Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen des modernen Gesundheitssystems helfen“, so Haberlander.

„Durch dieses Projekt profitiert auch der Universitätsstandort Linz, denn Wissenschaft und Gesundheit werden nicht mehr voneinander getrennt gesehen. Es ist erfreulich, daß wir dieses Leitprojekt in Linz haben. Durch die enge Verbindung mit der Wirtschaft haben wir einen Standortvorteil im Vergleich mit anderen Universitätsstandorten. Dieses Projekt bietet somit den Studierenden in Linz einen Vorteil für das Fachgebiet Neurochirurgie“, erklärt Haberlander.

Die Rahmenbedingungen sind optimal: Die Universitätsklinik für Neurochirurgie am Kepler Uniklinikum erfüllt als einzige Neurochirurgie in Oberösterreich den Versorgungsauftrag für ca. 1,4 Millionen EinwohnerInnen und ist (98 Betten) die größte neurochirurgische Universitätsklinik im deutschsprachigen Raum.

Konsortium vereint Forschung, Bildung und Wirtschaft

Die Forschungsabteilung Medizin-Informatik der RISC Software GmbH ist Konsortialführer des mit 2,3 Millionen Euro dotierten Leitprojektes. Dem Konsortium gehören folgende Projektpartner an: RISC Software GmbH – Unit Medizin Informatik (Konsor-

tialführer), Universitätsklinik für Neurochirurgie am Kepleruniversitätsklinikum, FH-OÖ Forschungs- und Entwicklungs GmbH – Forschungsgruppe ReSSL, Johannes Kepler Universität – Institute of Polymer Product Engineering (IPPE), JKU – Institut für Polymerwissenschaften (IPW), AMC alpha medical concepts e.U., CortEXplore GmbH, EVO-tech GmbH, LIFEtool GmbH, eulerian solutions e.U., Netural GmbH, Profactor GmbH und R'n'B Medical Software Consulting GmbH.

Leitprojekt schafft Wissensvorsprung

Während in der Luftfahrt ein verpflichtendes, initiales als auch wiederkehrendes Trainingsprogramm am Simulator etabliert ist, ist in der Medizin noch kein obligatorisches Simulatortraining vorgesehen. Ziel des MEDUSA-Konsortiums ist, eine revolutionäre Trainings- und Planungsplattform für Neurochirurgen zu schaffen, die neue Standards in der medizinischen Ausbildung und Simulation setzt, um Patientenleben zu schützen. Ein hybrider neurochirurgischer Simulator soll die reale und virtuelle Welt miteinander verbinden, um vielseitige und realistische Trainingsmöglichkeiten zu schaffen und auch helfen, Operationen genau zu planen. ChirurgInnen können den künstlich gefertigten Schädel eines PatientInnen haptisch fühlen und innere, ansonsten nicht sichtbare anatomische Strukturen in Form von virtuell erzeugten Hologrammen sehen.

„Operative Eingriffe am Gehirn sind äußerst schwierig und oft nur mit Hilfe von Hochtechnologie sowie außergewöhnlichen kognitiven und motorischen Fähigkeiten von Neurochirurgen möglich“, betont Michael Giretzlehner, Leitung Forschungsabteilung Medizin-Informatik der RISC Software GmbH. MEDUSA ist ein Zusammenspiel zahlreicher Unternehmen, Forschungseinrichtungen und dem Neuromed-Campus des Kepler-Uniklinikums. Wie bei einem Puzzle mußten die passenden Partner gefunden werden. „Bereits beim ersten Workshop war klar, daß es für alle Beteiligten paßt. Eines unserer Erfolgskriterien ist: Niemand muß sich verbiegen“, so Giretzlehner. „Wir wissen, daß wir bereits jetzt international auf dem Radar auftauchen“, betont er die Bedeutung des Projekts, dessen Realisierung noch rund vier Jahre in Anspruch nehmen dürfte.

Medizin auf höchstem Niveau

Millimeter können entscheiden, ob ein/e PatientIn wieder gesund wird oder künftig

mit Beeinträchtigungen leben muß. Im Extremfall geht es um Leben und Tod. Präzision ist in der Neurochirurgie das entscheidende Kriterium.

Operative Eingriffe am Gehirn sind äußerst schwierig und oft nur mit Hilfe von Hochtechnologie sowie außergewöhnlichen kognitiven und motorischen Fähigkeiten von Neurochirurgen möglich. MedizinerInnen aus Österreich zählen zu den besten der Welt, die Universitätsklinik für Neurochirurgie am Kepler Universitätsklinikum in Linz ist das führende Kompetenzzentrum des Landes.

Vorstand Univ.-Prof. Andreas Gruber ist mit seinem Forschungsteam beim Projekt „MEDUSA“ aus medizinischer Sicht federführend: „Unser Simulator kann – im Gegensatz zu einem System aus Kanada – auch Gefäße darstellen. Das ist revolutionär, wenn man bedenkt, daß die Firma aus Übersee immerhin Greifarme für das Space Shuttle herstellt. Bei aller Wertschätzung: Aber hier haben wir eindeutig die Nase vorne“, betont Gruber.

Zeitersparnis und weniger Komplikationen

Für PatientInnen bedeutet MEDUSA natürlich noch mehr Sicherheit, daß die Operation erfolgreich verläuft. „Wir werden die Möglichkeit haben, den Eingriff im Vorfeld zu simulieren, weil wir das Gehirn mit allen Gefäßen und Strukturen im Modell Eins zu Eins abbilden können“, so Gruber.

Bei der operativen Versorgung von Aneurysmen gibt es zwei Methoden: Bei Coiling werden über einen Mikrokatheter kleine Platinspiralen in das Aneurysma geschoben und dort abgelöst. Das betrifft allerdings nur leichtere Fälle. Sonst muß der Schädel eröffnet werden und das Aneurysma mit einem Clip versorgt werden. Dafür gibt es rund 200 verschiedene Clipformen.

„Wenn wir uns im Vorfeld der Operation mit einer Abbildung des Gehirns ein genaues Bild verschaffen können, spart dies beim Eingriff enorm viel Zeit und reduziert auch die Komplikationsrate. Vorrangiges Ziel ist die Patientensicherheit. Wir wollen erstklassige Neurochirurgen in kürzester Zeit in einer sicheren und realistischen Umgebung ausbilden. Um komplexe Operationstechniken zu beherrschen, sind oft 25 Jahre Praxiserfahrung auf höchstem Niveau notwendig“, betont Gruber. ■

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.kepleruniklinikum.at/>
<https://risc-software.at/>

Salzburger Ehrensallut für Paris Lodron in Trentino

Schützen und Musiker aus Österreich und Italien ehrten den großen, gemeinsamen »Sohn« – Großer Festakt zum 400jährigen Jubiläum



Foto: MoniQue foto

Festakt in Villa Lagarina (Trient) mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer, sein Pendant in Trient, Maurizio Fugatti, Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, ihr Pendant in Trient, Walter Kaswalder, Villa Lagarinas Bürgermeisterin Romina Baroni, Alt-Erzbischof Alois Kothgasser

Salisburgo. Das hört man in der Autonomen Provinz Trient häufig, die gemeinsame Geschichte und vor allem Fürsterzbischof Paris von Lodron, der aus Villa Lagarina stammte, verbinden. Der Vollender des Salzburger Doms und Gründer der Universität wurde vor exakt 400 Jahren zum Fürsterzbischof Salzburgs gewählt. Das wurde am 10. November mit einem großen Festakt in und vor der Kirche Santa Maria Assunta gefeiert. „Wir haben eine gemeinsame Vergangenheit und eine gemeinsame Zukunft, dieser gemeinsame Festakt bringt uns noch näher“, gab Landeshauptmann Wilfried Haslauer den Weg vor. Sein Pendant in Trient, Maurizio Fugatti, Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, ihr Pendant in Trient, Walter Kaswalder, Villa Lagarinas Bürgermeisterin Romina Baroni, Alt-Erzbischof Alois Kothgasser und Abordnungen der Schützen aus Salzburg unter dem Kommando von Obrist Franz Meißl sowie die Trachtenmusikkapelle Kleinarl verliehen der historischen Freundschaft zwischen Salzburg und Trient neuen Schwung.

Haslauer: Viele Gemeinsamkeiten

Salisburgo und Trentino, Salzburg und Trient sind aber nicht nur durch Paris von Lodron verbunden. „Wir sind uns sehr nahe,

fast dieselbe Größe, ähnliche Städte, ich möchte fast sagen, es ist eine Schicksalsgemeinschaft, die uns verbindet“, so Haslauer beim großen Festakt. Und er fügte hinzu: „Außerdem sind beide Regionen in der Arge Alp, deren Vorsitz wir vor kurzem übernommen haben, auch hier vertreten wir die Interessen und Anliegen gemeinsam.“

Berührende Kranzniederlegung

Der Landeshauptmann legte am Grab der Familie Lodron einen Kranz nieder, umrahmt wurde die Feier im Anschluß an die Heilige Messe von der Trachtenmusikkapelle Kleinarl. „Ein Moment, den ich sicher nicht vergessen werde“, so Haslauer.

Geschenke erhalten die Freundschaft

Die Salzburger Delegation kam nicht mit leeren Händen, mit ihm Gepäck war eine Gedenktafel für Paris von Lodron, gefertigt von Steinmetzmeister Erich Reichl und aus Untersberger Marmor, die feierlich enthüllt wurde. Sie wird sozusagen als ein weiteres Stück Salzburg in Trient verbleiben und ein sichtbarer Beweis für die Verbundenheit sein. Dabei wird es aber nicht bleiben, beide Regionen beginnen nun eine engere Zusammenarbeit. Die hatte offiziell 1982 ihren Anfang, als sie Landeshauptmann Wilfried

Haslauer sen. und der damalige Präsident Flavio Mengoni besiegelten, und lebt nun wieder auf.

Musik und Ehrensallut aus Salzburg

Vor jener Kirche, Santa Maria Assunta, die dem Salzburger Dom innen sehr ähnlich sieht, weil hier ebenfalls Paris von Lodron und Salzburger Baumeister am Werk waren, marschierten die Bauernschützen St. Johann im Pongau, die Festungsprangerstutzenschützen Hohensalzburg und die Trachtenmusikkapelle Kleinarl sowie die Fahnenabordnungen aus den Bezirken gemeinsam mit ihren italienischen Kollegen auf. „Eine besondere Ehre für uns – und das in einem so schönen Ambiente“, waren sich die teilnehmenden Vereine einig.

Großer Festakt auch im Dom

Die Feierlichkeiten zu 400 Jahre Paris von Lodron als Fürsterzbischof gingen in Salzburg weiter. Im Dom wurde dem „Beschützer“ von Salzburg im 30jährigen Krieg, so wird Paris von Lodron auch genannt, dem Gründer der Universität und dem Vollender des Doms, in ebendiesem mit einem großen Festakt des Landes Salzburg gedacht. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

Hessen und Steiermark

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bei Ministerpräsident Volker Bouffier – Zusammenarbeit bei Künstlicher Intelligenz

Gemeinsam mit dem Land Hessen will die Steiermark in Zukunft die Chancen der Digitalisierung verstärkt nutzen, sie für und mit den Menschen gestalten und insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) enger zusammenarbeiten. Dazu unterzeichneten Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier am 13. November an der Technischen Universität Darmstadt eine Absichtserklärung. Diese legt fest, daß man sich künftig bei der Förderung der Exzellenz im Bereich Künstlicher Intelligenz in Forschung und Anwendung sowie der Digitalisierung der Verwaltung stärker austauschen werde.

„Hessen und die Steiermark sind seit vielen Jahren eng verbunden und lernen voneinander in vielen Themengebieten. Alle Partner profitieren von der länderübergreifenden Kooperation. Sie gibt wichtige Impulse. Wir freuen uns, daß wir diese Beziehung mit dem heutigen Besuch noch vertiefen konnten“, so Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer



Foto: Pentamedia / Kalcher

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Ministerpräsident Volker Bouffier betonten, daß die Steiermark und Hessen künftig gemeinsam die Chancen der Digitalisierung verstärkt nutzen wollen.

ventionsland Nummer 1 bleibt. Unser Fokus auf Bildung und Wissenschaft stärkt den

Technischen Universitäten Graz und Darmstadt wie auch die Fraunhofer-Institute in Graz und Darmstadt pflegen beispielsweise einen regen Austausch.

„Die Kooperation zwischen Hessen und der Steiermark hat sich bewährt. Sie kommt bei der Gestaltung von Zukunft beiden Seiten zugute und es ist sinnvoll, sie noch auszuweiten“, sagte Ministerpräsident Volker Bouffier.

Die Steiermark ist dabei als Zentrum des europäischen Forschungs-Hubs Silicon Austria Labs (SAL) – in dessen Umfeld ein Forschungszentrum für Electronic Based Systems an der Technischen Universität Graz errichtet wird – eine treibende Kraft. Ergänzend dazu und in unmittelbarer Nähe zum neuen Cybersecurity Campus Graz wird das neue „TU Graz DATAHOUSE“ die Dynamik in der Grundlagenforschung, in der angewandten Forschung und in den Gründungszentren weiter stimulieren und ein kreatives Biotop für die Datenwissenschaften bilden. Zur Stärkung des Wissens- und Innovationstransfers werden auch an der Universität Graz und am neuen Campus der Medizinischen Universität Graz entsprechende Impulszentren errichtet. ■

<http://www.steiermark.at/>

<https://www.feei.at/leistungen/informations-service/silicon-austria-labs>



Foto: Pentamedia / Kalcher

Schützenhöfer und Bouffier (v.r.) bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung an der Technischen Universität Darmstadt.

und der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier anlässlich der Unterzeichnung der Absichtserklärung.

„Die Steiermark ist in Österreich und im europäischen Vergleich bei Forschung und Entwicklung führend. Internationale Partnerschaften wie jene mit Hessen sorgen dafür, daß die Steiermark auch weiterhin das Inno-

steirischen Erfolgsweg und sorgt für Arbeit und Wohlstand“, so Schützenhöfer.

Mit dem Land Hessen arbeitet die Steiermark seit mehreren Jahren in bewährter Form zusammen, vor allem bei Wissenschafts- und Forschungsthemen bestehen enge Kooperationen. Die Karl-Franzens-Universität Graz und die Goethe-Universität Frankfurt, die

Spenden gegen Armut in Bolivien

Tiroler Adventsammlung von »Bruder und Schwester in Not«



Foto: Land Tirol / Pichler

Besuch vom Nikolaus (v.l.): LHStvin Ingrid Felipe, LRin Gabriele Fischer, Projektreferentin Sandra Schett, interimistische Leiterin von „Bruder und Schwester in Not“ Magdalena Wiesmüller, LH Günther Platter, LRin Patrizia Zoller-Frischaut, LHStv Josef Geisler und LAD Herbert Forster

Auch heuer hat die Stiftung „Bruder und Schwester in Not“ der Diözese Innsbruck den Nikolaustag zum Anlaß genommen, der Landesregierung einen Besuch abzustatten und dabei auf die Adventsammlung – die insgesamt 59. – aufmerksam zu machen. Dieses Jahr werden Spenden für die Armutsbekämpfung in Lateinamerika und Ostafrika gesammelt. Das Hauptprojekt nimmt sich der beschwerlichen Lebenssituation indigener Familien in Bolivien an und unterstützt sie bei der Haltung von Lamas als wichtiges Wirtschaftsstandbein, um ihnen eine Lebensgrundlage zu bieten.

„Der Nikolaus-Besuch von ‚Bruder und Schwester in Not‘ hat mittlerweile schon Tradition. Wie es sich gehört, blickt der Nikolaus dabei auf die Arbeit der Tiroler Landesregierung im aktuellen Jahr zurück. Der Besuch dient aber in erster Linie dazu, für all jene Spenden zu sammeln, denen es nicht so gut geht wie uns: Heuer ist es die indigene Bevölkerung im Hochgebirge Boliviens. Durch die Haltung von Lamas haben sie ein Einkommen, mit dem sie sich selbst versorgen können und das ihnen eine Perspektive gibt. Deshalb werden wir – wie auch schon in der Vergangenheit – die Adventsammlung von ‚Bruder und Schwester in Not‘ unterstützen“, sagte Landeshauptmann Günther Platter.

„Bolivien ist ein Land der kulturellen und landschaftlichen Vielfalt – ein Land, in dem

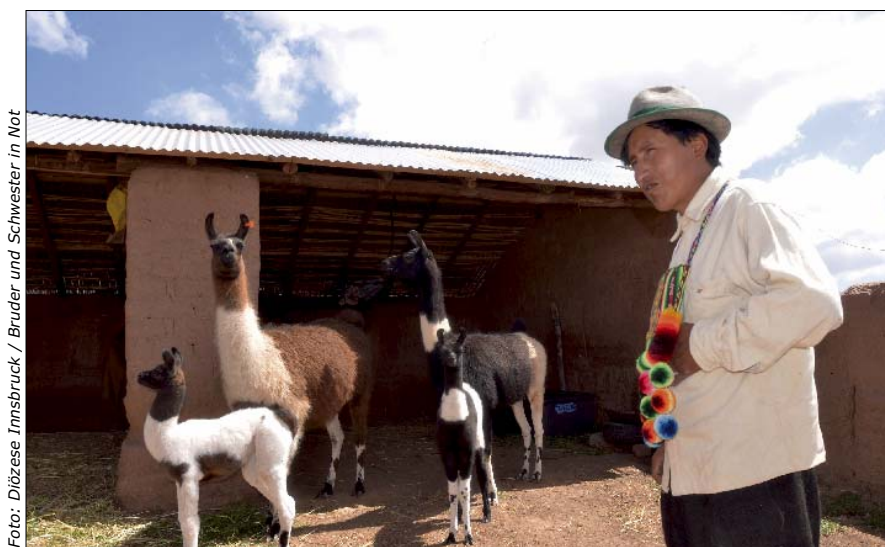


Foto: Diözese Innsbruck / Bruder und Schwester in Not

„Bruder und Schwester“ in Not unterstützt kleinbäuerliche Familien im kargen Hochland, die durch Haltung von Lamas ihren Lebensunterhalt und ihre Zukunft am Land sichern können.

sich die Menschen tagtäglich mit Einsatz und Lebensmut den zahlreichen Herausforderungen ihrer Existenz stellen. „Bruder und Schwester“ in Not unterstützt kleinbäuerliche Familien im kargen Hochland, die durch Haltung von Lamas ihren Lebensunterhalt und ihre Zukunft am Land sichern können. Mit unseren Partnerorganisationen vor Ort setzen wir dabei auf Nachhaltigkeit, Wirksamkeit und auf partnerschaftliche Zusammenarbeit“, erklärte Magdalena Wiesmüller, interimistische Leiterin von „Bruder und Schwester in Not“.

Mit den Spenden werden Stallungen für Lamas errichtet und Saatgut für Futter angepflanzt. Die Familien können sich mit der Milch und der Wolle der Lamas einerseits selbst versorgen, andererseits verfügen sie durch den Verkauf von überschüssiger Wolle oder einzelner Tiere über ein eigenes Einkommen, das ihnen eine grundlegende Gesundheitsfürsorge und Bildung ermöglicht. Dadurch können die Menschen in ihrer Heimat seßhaft bleiben. ■

<https://www.tirol.gv.at/>
<http://www.bsin.at/>

Inklusion und S-Bahn Bodensee im Fokus

Landtagspräsident Sonderegger bei Tagung der Parlamentarischen Bodenseekonferenz in Salenstein



Foto: Bettina Kunz, Informationsdienst der Staatskanzlei

Präsiden sowie Vertretungen der Landtage von Baden-Württemberg, Bayern, Liechtenstein und Vorarlberg sowie der Kantonsparlamente von Appenzell Auser rhoden, Appenzell Inner rhoden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich vor dem Napoleonmuseum Arenenberg in Salenstein TG.

Die Internationale Parlamentarische Bodenseekonferenz (IPBK) tagte am 15. November im Kanton Thurgau. Auf der Agenda der Parlamentarier standen Beratungen vor allem zur Überwindung von Grenzen: Einerseits wurde mit der „S-Bahn Bodensee“ der grenzüberschreitende Schienenverkehr thematisiert, andererseits beleuchtete ein Fachreferat die länderspezifischen Grenzen, denen Menschen mit Handicap begegnen.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Vorsitzenden, alt Großratspräsident Turi Schallenberg, sowie der Begrüßung durch den Direktor des Napoleonmuseums, Dominik Gügel, hielt Nationalrat Christian Lohr ein Inputreferat zum Thema „Wenn Grenzen zu doppelten Barrieren werden“. Danach sprachen Werner Fritschi, Mitglied der Geschäftsleitung der Regionalbahn Thurbo AG, sowie Stefan Thalmann, Leiter Öffentlicher Verkehr des Kantons Thurgau, zum ersten Schwerpunktthema „S-Bahn Bodensee – Vision, Utopie oder bereits Realität?“.

Der Vorsitzende zeigte sich im Namen des Steuerungsausschusses der IPBK über den gegenseitigen Austausch der beiden Steuerungsgremien IBK und IPBK, der in diesem Jahr zum ersten Mal in dieser Form stattge-



Foto: VLK / Vorarlberger Landtag

Landtagspräsident Harald Sonderegger (l.) und Alt-Großratspräsident Turi Schallenberg bei der Vorsitzübergabe

funden hat, sehr erfreut. Es brauche die Parlamente, damit die Ziele des Leitbilds der IBK für die Bodenseeregion umgesetzt werden können. Die Parlamente wiederum seien wertvolle Partner, indem sie frühzeitig auf Anliegen der Länder oder Kantone rund um den Bodensee aufmerksam machen können. Regierungsrätin Carmen Haag, Vorsitzende

der IBK, informierte die Konferenz über den Stand der Umsetzung des Leitbilds.

Weitere Inhalte der Herbstkonferenz der IPBK waren ein Bericht aus der Arbeitsgruppe zum Flughafen Zürich und Informationen der Internationalen Bodenseekonferenz zum Stand der Umsetzung ihres Leitbilds und den Zielsetzungen bis 2030. Außerdem wurden die von invasiven Neophyten verursachten Probleme und mögliche Lösungsansätze besprochen. Zum Abschluß wurde der Vorsitz feierlich vom Kanton Thurgau an Vorarlberg übergeben: Der Vorarlberger Landtag wird 2020 u.a. Gastgeber der beiden IBPK-Konferenzen sein, kündigte Landtagspräsident Harald Sonderegger an.

Zur Parlamentarischen Bodenseekonferenz

In dieser Konferenz treffen sich halbjährlich die Präsidentinnen und Präsidenten sowie weitere Abgeordnete der Landtage von Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und des Fürstentums Liechtenstein sowie der Kantonsparlamente von Appenzell-Ausser rhoden, Appenzell-Innerrhoden, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau und Zürich. ■

<https://vorarlberg.at/>
<https://bodenseeparlamente.org/>

»Smarter Together«

EU-Projekt in Simmeringer Grätzl mit Vorbildwirkung – ExpertInnen diskutierten unter dem Motto »Stadterneuerung in Zeiten der Klimakrise«

Mit einem Symposium im Rathaus wurde am 21. November eine Bilanz aus drei Jahren des erfolgreichen EU-Projekts „Smarter Together – Gemeinsam g'scheiter“ gezogen. Unter dem Motto „Stadterneuerung in Zeiten der Klimakrise“ gingen Fachleute, PartnerInnen und Beteiligte aus den verschiedenen Projektbereichen der Frage nach, wie die Stadt(-erneuerung) der Zukunft gestaltet werden kann. Mit dabei waren auch VertreterInnen der Smarter-Together-Partnerstädte – Bernhard Klassen aus München und Etienne Vignali aus Lyon.

Durch »Smarter Together« aufgewertet

„Im Stadtteil Simmering haben wir innerhalb von dreieinhalb Jahren ein Maßnahmenpaket mit ganzen 40 Einzelprojekten umgesetzt“, so die „Smarter-Together“-Schirmherrin und Stadträtin für Stadterneuerung Kathrin Gaal bei der Eröffnung. Und: „Ein gesamtes Grätzl in Simmering wurde durch die von der EU geförderte Stadterneuerungsinitiative aufgewertet. Ein Erfolgsgeheimnis ist die intensive Einbindung der Bevölkerung. Für die Bewohnerinnen und Bewohner bringt ‚Smarter Together‘ mehr Lebensqualität“, so Gaal und weiter: „Mit Smarter Together kommen die EU und die Smart City bei den Menschen im Grätzl an. Als erfolgreiches Pilotprojekt und Klimaschutz-Projekt hat ‚Smarter Together‘ Vorbildwirkung für künftige Projekte.“

Das Besondere am Projekt „Smarter Together“: Im Grätzl in Simmering zwischen Enkplatz und Geiselberg wurden innovative technische Lösungen in den Bereichen Energie, Mobilität und Sanierung verknüpft. In dem Gebiet leben rund 21.000 WienerInnen, die vom Erfolgsprojekt profitieren. Die Monitoring- und Evaluierungsphase von „Smarter Together“ läuft bis Anfang 2021.

„Die Bilanz unserer Arbeit kann sich sehen lassen. Mit den über 40 Einzelprojekten haben wir Pionierarbeit geleistet, Pilotprojekte umgesetzt und so manches schon in eine Nachhaltigkeit geführt. Die EU-Gelder haben uns dabei vieles ermöglicht. Deshalb es ist auch mir ein Anliegen, allen Projektbeteiligten für die tolle Zusammenarbeit zu danken. Viele haben ja schon den Wunsch ge-



Frauen- und Wohnbaustadträtin Kathrin Gaal, Projektleiter Stephan Hartmann, die beiden VertreterInnen der smarten Partnerstädte – Etienne Vignali aus Lyon und Bernhard Klassen aus München – und die ehemalige Smarter-Together-Projektleiterin Julia Girardi-Hoog

äußert, auch in Zukunft gemeinsam an Projekten zu arbeiten und ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten. Das würde uns sehr freuen“, so „Smarter-Together“-Projektleiter Stephan Hartmann.

40 smarte Einzelprojekte

Im Finale von „Smarter Together“ wurden im Herbst 2019 vier „Null-Energie-Turnsäle“ in den Neuen Mittelschulen am Enkplatz eröffnet. Die Sportfreifläche bietet nun auf 3.500 Quadratmetern Platz für 1.000 Schülerinnen und Schüler. Das „Smarte“ an der „Null-Energie-Bauweise“: Durch das besondere Haustechnikkonzept mit Photovoltaikanlage, Wärmepumpen mit Geothermie und einer thermischen Solaranlage wird überschüssige Energie ins Fernwärmenetz der Stadt Wien rückgespeist.

Weitere smarte Einzelprojekte reichen von Solarbänken zum Aufladen von Mobiltelefonen, E-Car-Sharing bis zum E-Bike-Sharing. Die erste WienMobil-Station der Wiener Linien – mit Carsharing, E-Ladesäule, Fahrradboxen und Elektro- und Lastenrädern – wurde etwa realisiert.

Neue Energielösungen wurden bei der thermischen Sanierung von drei Wohnhausanlagen von Wiener Wohnen und der BWSG (Hauffgasse, Lorystraße und Herbortgasse) und bei der Erweiterung der Neuen Mittel-

schulen (NMS) am Enkplatz eingesetzt. Rund 75.000 Quadratmeter an Geschoßfläche wurden saniert. Auswirkung: Die BewohnerInnen in den sanierten Wohnhausanlagen profitieren durch eine verbesserte Wohnqualität.

Dreieinhalb Jahre Erfolgsgeschichte

Die EU-geförderte Stadterneuerungsinitiative „Smarter Together“ bringt seit dem Startschuß 2016 mehr Lebensqualität für die BewohnerInnen in Simmering und trägt aktiv zum Klimaschutz bei. Zahlreiche „smarte“ Ideen wurden umgesetzt. „Smarter Together = Gemeinsam g'scheiter“ ist ein Projekt im Rahmen des EU-Programms „Horizon 2020“ mit einer Laufzeit von 2016 bis 2021, das mit den Städten München und Lyon umgesetzt wird.

Sieben Millionen Euro an EU-Fördergeldern konnten für die smarte Stadterneuerung genutzt werden. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt rund 80 Millionen Euro. 900 Arbeitsplätze wurden durch das Projekt gesichert und zum Teil neu geschaffen. Bisher haben im Projekt mehr als 22.000 Menschen persönlich an Veranstaltungen teilgenommen.

<https://www.wien.gv.at/>

<https://www.smartertogether.at/>

<https://www.smarter-together.eu/de>

Wien im Vorstand von EUROCITIES bestätigt

Jahreskonferenz von EUROCITIES, des Netzwerks der großen europäischen Städte

Vom 20. bis 22. November fand in Prag die jährliche Generalversammlung unter dem Titel „Städte am Scheideweg zu Transformation und Erneuerung“ statt, an der rund 500 VertreterInnen europäischer Großstädte teilnahmen. Wien war durch Gemeinderätin Marina Hanke und eine kleine Fachdelegation auf Verwaltungsebene vertreten.

Die Konferenz wurde sehr interaktiv abgehalten. Nach der Eröffnung boten Speed-Networking, Workshops und Ausstellungen die Möglichkeit, sofort in die Themen und Materien einzutauchen und sich auszutauschen. Zahlreiche Projekte, Prozesse und Leitlinien wurden von vielen Mitgliedstädten gezeigt.

Besonders gut besucht waren die Diskussionsrunden mit führenden StadtpolitikerInnen zu den Themen „Stadterneuerung“, „Gesellschaftswandel“, „Digitale Zukunft“ und „Tourismusüberflutete Städte“.

Besichtigungen des Zentrums für Architektur und Stadtplanung oder Kreativwirtschaft rundeten das Programm ab.

Wiederwahl in den Vorstand (Exekutivkomitee)

Erfreulich war, daß Wien erneut für drei Jahre in den Vorstand der Organisation gewählt wurde. Gemeinderätin Marina Hanke bedankte sich bei den Mitgliedsstädten: „Die Mitgliedschaft im Vorstand erhöht für Wien die Mitbestimmung nicht nur innerhalb des Netzwerkes, sondern auch auf europäischer Ebene.“

Pionier bei »Leistbarem Wohnen« und »Langjährigen Investitionen«

Wien reüssierte bei den Partnerstädten nicht nur durch die stete und aktive Mitarbeit, sondern war in zwei Bereichen federführend: Zu „Leistbares Wohnen für alle“ lieferte Wien die Blaupause für die Partnerschaft Wohnen der EU-Städteagenda. Diese wurde ab 2016 in Form von 14 EU-Städtepartnerschaften umgesetzt. In diesen Städtepartnerschaften („urban partnerships“) wurden für Städte wichtige Themen gemeinsam mit den EU-Institutionen, den Mitgliedsstaaten, Städten, ihren Netzwerken und Verbän-



Foto: MA 27

Gemeinderätin Marina Hanke, André Sobczak (Vizebürgermeister von Nantes) und Christian Specht („Erster Bürgermeister“ von Mannheim) bei einer Podiumsdiskussion

den sowie wichtigen StakeholderInnen kritisch analysiert, um Vorschläge zur Verbesserung in den Bereichen Rechtssetzung, Finanzierung sowie Know-how und Wissensaustausch zu entwickeln.

Die Stadt Wien koordinierte gemeinsam mit der Slowakei die EU-Städtepartnerschaft „Leistbares Wohnen“. Ergebnis der dreijährigen Arbeit ist ein Maßnahmenkatalog an den EU-Gesetzgeber. Hauptziel ist, wieder mehr Investitionen und Subventionen in bezahlbares Wohnen zu ermöglichen.

Auf Initiative Wiens wurde eine neue Arbeitsgruppe zu „Langfristigen öffentlichen Investitionen“ des Städtenetzwerks EURO-CITIES ins Leben gerufen. Sie besteht aus FinanzexpertInnen zahlreicher europäischer Großstädte. Sie wird Vorschläge entwickeln, wie aus Sicht der Städte die Budgetregeln der EU besser dazu beitragen können, daß

Städte in Zukunft wieder größere Investitionsspielräume gewinnen.

Wien aktiver Partner seit vielen Jahren

Über 30 Jahre besteht das Städtenetzwerk EUROCITIES, das derzeit 144 Städte als Vollmitglieder und 45 als Partnerstädte zählt. Den Vorstand stellen 12 Städte, die auf drei Jahre gewählt werden.

Die Stadt Wien trat bereits 1995 bei und wurde 2001 erstmals in das Exekutivkomitee gewählt. Die Wiener Stadtverwaltung ist in fast allen Foren und Arbeitsgruppen aktiv.

Auch bei der Jahreskonferenz in Prag brachten sich die Wiener VertreterInnen auf vielen Ebenen ein. Die Präsentation der Beziehungen zwischen Wien und China war bei den TeilnehmerInnen besonders gefragt. ■

<http://www.eurocities.wien/>

<http://www.eurocities.eu/>

»100 Jahre Salzburger Festspiele« in New York

Mit einer exklusiven Veranstaltung im Harvard Club von New York City machten SalzburgerLand Tourismus und die Salzburger Festspiele Stimmung für das große Jubiläum im kommenden Sommer.

Foto: SalzburgerLand Tourismus / Andres Valenzuela



v.l.: Heinrich Spängler (Präsident der Freunde der Salzburger Festspiele), Leo Bauernberger (Geschäftsführer SalzburgerLand Tourismus), Festspiel-Intendant Markus Hinterhäuser, Festspiel-Präsidentin Helga Rabl-Stadler und Baßbariton („Papageno“) Adam Plachetka

Der Eintritt in den Harvard Club von New York City ist üblicherweise nur einem ganz exklusiven Zirkel von New Yorker AbsolventInnen der weltberühmten Harvard University vorbehalten. In seiner langen Geschichte gingen hier schon prominente Mitglieder wie die Ex-US-Präsidenten John F. Kennedy, Franklin D. Roosevelt oder Theodore Roosevelt ein und aus.

Am 5. Dezember aber war der Harvard Club ganz in Salzburger Hand: Anlässlich des bevorstehenden großen 100-Jahr-Jubiläums der Salzburger Festspiele stellten Festspiel-Präsidentin Helga Rabl-Stadler, Festspiel-Intendant Markus Hinterhäuser rund 150 geladenen Gästen und ausgewählten MedienvertreterInnen das Jubiläums-Programm vor. Mitgastgeber Leo Bauernberger, Geschäftsführer der SalzburgerLand Tourismus GmbH (SLTG), verwöhnte mit feinen alpinen Gerichten aus Österreich und lud zu einem Besuch in Stadt und Land Salzburg ein.

Musikalische Überraschung mit »Papageno« Adam Plachetka

Besonderen Anklang fand der Auftritt des tschechischen Baßbaritons Adam Plachetka, der im Jubiläumsjahr als Papageno in der

Mozart-Oper Die Zauberflöte zu sehen sein wird. Im Zentrum der Präsentation in New York standen die Salzburger Festspiele als weltumspannendes Friedensprojekt, wie es – unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkriegs – die Gründungsväter Hugo von Hofmannsthal, Max Reinhardt und Richard Strauss aus dem Geist der Kunst erwachsen ließen.

Rabl-Stadler: »Salzburger und Gäste zusammenbringen«

„222 Aufführungen in 44 Tagen und ein spezielles Jubiläums-Programm wie die Landesausstellung im Salzburg Museum oder einer großen Jedermann-Tafel in den Straßen der Salzburger Altstadt am 22. August sollen Salzburger und Gäste zum 100. Geburtstag der Salzburger Festspiele zusammenbringen“, sagte Festspiel-Präsidentin Rabl-Stadler. Danach präsentierte Intendant Hinterhäuser die mit Spannung erwarteten Programm-Höhepunkte im kommenden Sommer.

Amerikanische Gäste lieben die Kultur

Daß das Festspiel-Jubiläum gerade in den USA auf großes Interesse stoßen wird, zeigte

sich jedenfalls bereits an diesem Abend. „Die amerikanischen Gäste in Stadt und Land Salzburg sind ja ganz besonders kulturaffin“, erklärt SLTG-Geschäftsführer Leo Bauernberger. „Sie kommen nicht nur traditionell wegen Mozart oder ‚The Sound of Music‘, sondern schätzen das hochklassige kulturelle Angebot vor allem auch während der Salzburger Festspiele.“

Mit knapp 400.000 Nächtigungen und 200.000 Ankünften im Jahr sind Gäste aus den USA im Jahr eine echte Größe für den Tourismus im SalzburgerLand. Das gilt vor allem für die Sommersaison, in der die Vereinigten Staaten bereits auf Platz fünf der größten Auslandsmärkte liegen.

Musical America Award für Salzburger Festspiele

Bereits am Abend zuvor wurden die Salzburger Festspiele von der renommierten Fachzeitschrift Musical America als „Festival of the Year“ ausgezeichnet. Der Award wurde in der Carnegie Hall von New York vergeben und Rabl-Stadler und Hinterhäuser entgegengenommen. ■

<https://www.salzburgerfestspiele.at/>
<https://www.salzburgerland.com/>

60 Jahre PaN im Wiener Rathaus

Der »Dachverband aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften – PaN« lud auf Einladung und unter der Schirmherrschaft von Wiens Bürgermeister Michael Ludwig zu einer großen Festveranstaltung



Foto: PaN / Florian Wieser

Wiens Bürgermeister und PaN-Schirmherr Michael Ludwig bei seiner Festansprache im großen Festsaal des Wiener Rathauses

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften PaN (Partner aller Nationen) feierte auf Einladung des Wiener Bürgermeisters am Abend des 26. November im großen Festsaal des Wiener Rathauses sein 60jähriges Bestandsjubiläum mit einer großen Festveranstaltung. Ein reichhaltiges, buntes Musik- und Kulturprogramm begleitete die Festreden von Bürgermeister Michael Ludwig, PaN-Präsident Hermann Mückler und Bundesrats-Vizepräsident Magnus Brunner.

Bürgermeister Michael Ludwig

„Der Geburtstag von PaN liegt mir am Herzen, weil PaN immer schon ein stiller Diplomat und Völkerverbinder ist und war“, sagte Bürgermeister Michael Ludwig anläß-



Foto: PaN / Florian Wieser

PaN – Partner aller Nationen

lich des Festakts im Wiener Rathaus, zu dem unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Ludwig das Präsidium des Dachverbands all seine bilateralen Freundschaftsgesellschaften, Sponsoren und Kooperationspartner in den Festsaal des Wiener Rathauses einlud.

Im Rahmen dieser festlichen Gala und im Beisein von rund 500 Ehrengästen aus Politik, Wirtschaft Kultur und Gesellschaft, des PaN-Ehrenpräsidiums, dem PaN-Ehrenkuratorium, den PaN-Beiräten, der jeweiligen PaN-Mitgliedsgesellschaften sowie RepräsentantInnen und UnterstützerInnen aus dem öffentlichen Leben, wurde ein buntes Programm an kulturellen Darbietungen ausgewählter Kontinente geboten: Die Militär-combo des Österreichischen Bundesheeres sowie die künstlerischen Beitragenden aus Afrika, Nord- und Südamerika, Indien, China und Österreich unterstrichen den internationalen, kulturell vielfältigen Charakter dieser Veranstaltung.

Alles Gute für weitere völkerverbindende Reise

Aufgebaut in den Nachkriegsjahren sei PaN Fahnenträger grenzüberschreitender Zusammenarbeit, ungeachtet parteipolitischer Interessen und im Einsatz für den Frieden gewesen, führte Ludwig aus. So wie die Menschen einst das Thema Frieden bewegt hat, das sich in einem geeinten Europa immer mehr gefestigt und gesetzt hat, bewegt uns



Fotos: PaN / Florian Wieser

Bürgermeister Michael Ludwig: „Der Geburtstag von PaN liegt mir am Herzen, weil PaN immer schon ein stiller Diplomat und Völkerverbinder ist und war.“

heute, ebenfalls grenzüberschreitend, der Klimaschutz.

„Internationale Solidarität ist die Zärtlichkeit der Länder im Umgang und des Dialogs“, so Ludwig. „Ich wünsche PaN auf seiner weiteren völkerverbindenden Reise alles Gute – möge der Dachverband weiterhin stiller Botschafter für den Frieden auf dieser Welt aber auch zur Sicherung unseres Planeten und Beweis dafür sein, daß man aus seiner Geschichte lernen kann“, schloß Wiens Bürgermeister.

PaN-Präsident Hermann Mückler

PaN-Präsident Univ.Prof. Hermann Mückler gab am Beginn seiner Ansprache seiner Freude Ausdruck, daß beinahe 500 Festgäste der Jubiläumsveranstaltung des Dachverbandes Folge geleistet hatten. Er begrüßte an der Spitze den Hausherrn und Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, als Vertreter des Parlaments den Bundesrats-Vizepräsidenten Magnus Brunner, die VertreterInnen des diplomatischen Corps, Landesamtsdirektor Erich Hechtner, Wiens Polizeivizepräsidenten



Fotos: PaN / Florian Wieser

PaN-Vorstand mit Vorstandsspitze der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft (ÖPG, v.l.): Walter J. Gerbautz (PaN-Generalsekretär), Botschafterin Petra Schneeberger (PaN-Vorstand), Prof. Johann Günther und Kari Kapsch (beide ÖPG-Vizepräsidenten), Landeshauptmann Michael Ludwig, Prof. Theo Kanitzer (Präsident der ÖPG), Alice Alsch-Harant (PaN-Vorstand), Prof. Hermann Mückler (PaN-Präsident), Oskar Wawra (PaN-Vizepräsident) und Greet Machek-Voss (PaN-Vorstand)

PaN – Partner aller Nationen

ten General Michael Lepuschitz, für die zahlreichen Vertreter der Kooperationspartnerschaft mit dem österreichischen Streitkräftekommando Generalleutnant Franz Reissner und stellvertretend für alle PräsidentInnen der bilateralen Freundschaftsgesellschaften den Doyen und Zeitzeugen bei der Gründung des Dachverbandes den Präsidenten der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft-PaN, Prof. Theodor Kanitzer.

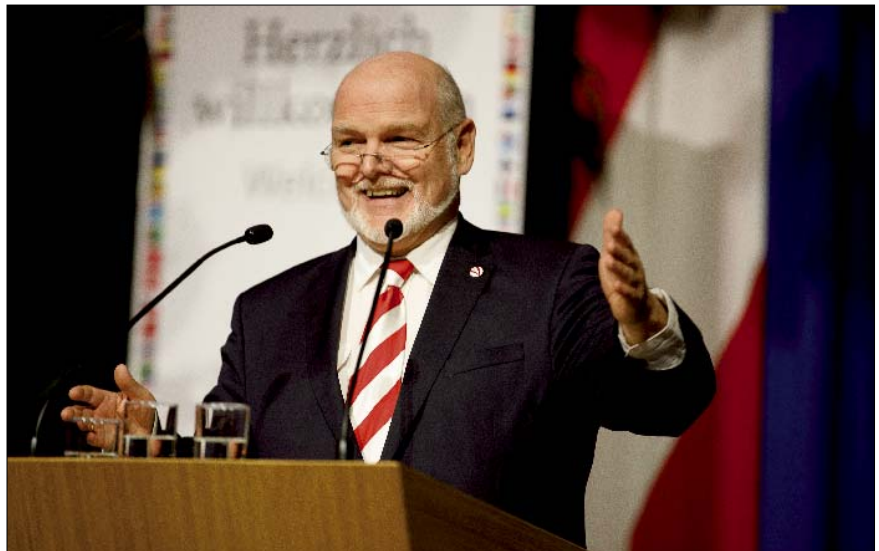
Es folgte eine Danksagung an alle bilateralen Gesellschaften und deren mehr als 1200 ehrenamtlich tätige Vorstandsmitglieder, ohne deren unermüdliche Aktivitäten das Netzwerk des Dachverbandes nicht diese gesellschaftspolitische Wertschätzung im Laufe von 60 Jahren erfahren hätte. „Mit 127 bilateralen Freundschaftsgesellschaft und mehr als 10.000 Mitgliedern hat der Dachverband-PaN seinen historisch höchsten Stand bei den Gesellschaften sowie an Mitgliedern erreicht und es sind noch weitere Gesellschaftsgründungen ante portas“, so Mückler.

„Der Dachverband könnte auch nicht funktionieren, wenn er nicht auf zahlreiche treue UnterstützerInnen und KooperationspartnerInnen zählen könnte, hier ist heute ein besonderer Dank an alle am Platz“, schloß Mückler. Die Aufzählung aller KooperationspartnerInnen und UnterstützerInnen hatte bereits Moderatorin Doris Wagner gebührend vorweg genommen, dennoch brandete neuerlich Applaus auf.

Präsident Mückler spannte dann einen historischen Bogen über die 60 Jahre Dachverband-PAN bis in die jüngste Vergangenheit.

Er dankt seinen Vorgängern als Präsident des Dachverbandes, insbesondere der beim Festakt anwesenden Langzeitpräsidentin bis 1997, Jutta Unkart-Seifert, deren Nachfolger Claus Walter sowie dem ebenfalls anwesenden und derzeitigen Vizepräsidenten des Dachverbandes-PaN, Oskar Wawra, für deren großartigen Einsatz im Sinne der Völkerverständigung – im Sinne der treffenden Aussage des Bürgermeisters: „Der Geburtstag von PaN liegt mir am Herzen, weil PaN immer schon ein stiller Diplomat und Völkerverbinder ist und war“. Mückler kündigte auch die Festschrift „60 Jahre Dachverband-PAN“ für das kommende Jahr an, wo im Detail und umfassend die Erfolgsgeschichte des Netzwerkes aller Österreichisch-Ausländischen Freundschaftsgesellschaften-PaN nachgelesen werden kann.

Letztendlich dankte Mückler dem gesamten Organisationsteam im Dachverband, dem Verwaltungs- und technischen Team des Wiener Rathauses und den SponsorInnen



PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler: „Der Dialog macht aus Feinden Gegner und irgendwann dann mal Freunde.“



Bundesrats-Vizepräsident Magnus Brunner bei seiner Festrede



Wiens Polizeivizepräsident General Michael Lepuschitz

Alle Fotos: PaN / Florian Wieser

PaN – Partner aller Nationen

des Sektempfanges und allen UnterstützerInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen für deren Darbietungen und die aufopfernden Vorarbeiten. „Ohne die starke Unterstützung durch Bürgermeister Michael Ludwig wäre dieser denkwürdige PaN-Galaabend Illusion geblieben“, dankte Mückler dem Hausherrn abschließend.

PaN-Persönlichkeitsaward an Hechtner

Im Rahmen des knapp dreistündigen Festakts wurde auch eine sehr seltene Auszeichnung vergeben, die, so wurde es seitens des Dachverbands mitgeteilt, man sich „wirklich erarbeiten muß“ und die eine „besondere Wertschätzung“ des Dachverbands sei: der PaN-Persönlichkeitsaward – wurde an den Magistratsdirektor der Stadt Wien, Erich Hechtner, für „seine jahrelange, großartige Unterstützung und sein Engagement“ verliehen.

<https://www.wien.gv.at/>



v.l.: PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler, Magistratsdirektor Erich Hechtner, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz bei der feierlichen Verleihung



PAN-Kooperationspartner Österreichisches Streitkräftekommando gratulierte ebenfalls zum 60 Jahr PaN-Jubiläum



Bravourös führte Moderatorin Doris Wagner durch die Festveranstaltung



Generalmajor Gerhard Christiner und PAN-Präsident Mückler bewunderten den festlich dekorierten Festsaal im Rathaus



v.l.: Beransch Hartunian-Tahmasians (PaN-Präsident Armenien), Walter J. Gerbautz, LH a.D. Hans Niessl (PAN-Präsident ÖVAEG), Sigurd und Henriette Bauer (Präsident/Vorstand der Niederländischen Ges.)

Alle Fotos: PaN / Florian Wieser

PaN – Partner aller Nationen



v.l.: Margareta Griessler-Hermann (Rathaus), Botschafter a.D. Walther Lichem (PaN-Präsident Bolivien) und Alena Sirka-Bred (Rathaus)



v.l.: Haydar Sari (Rathaus), Greet Machek-Voss (PAN-Vorstand), Mirjana Söhn und Walter Hildebrand (ÖVAEG-PAN Ehrenpräsident)



v.l.: Walter J. Gerbautz, Margareta Griessler-Hermann (Rathaus), ÖGCF-PaN-Ehrenpräsident Helmut Sohmen, Oskar und Gerlinde Wawra und Heinz Schinner (PaN-Präsident von Guinea)



v.l.: Angel L. Sanchez Baltanás (PaN-Generals. Spanien) und Tochter Marie-Sophie Sánchez, Renate Kordik (PaN-NL G.), Botschafter SE Juan Sunye Mendia und Victor Jimenez Lancho (ÖSG-PaN)



1. Reihe v.l.: Bundesrats-Vizepräsident Magnus Brunner, Generalleutnant Franz Reissner, Chef des Streitkräftekommandos des Österreichischen Bundesheeres mit Gattin; 1. Reihe ganz rechts: Botschafter Stefan Vavrik (BMEIA) mit Gattin.

PaN – Partner aller Nationen



SE Rafael Mariano Grossi, designierter Generaldirektor der IAEA und Botschafter Argentiniens und Ehrenpräsident der ÖAG-PaN und Nuntiaturret Msgr. George Panamthundil in Vertretung des Nuntius



v.l.: Alexander Persterer, Jutta Unkart-Seifert, Walter J. Gerbautz, Angelika Persterer-Ornig von „Prima la Musica Wien“, Martina Reiterer (Rathaus-MA 13) und Theo Kanitzer (PaN-Präsident von Polen)



v.l.: Haydar Sari (Rathaus), PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, Magistrats-Dir. Erich Hechtner, Talieh Wögerbauer (GS Deutsches Länderforum), WJGerbautz, Emese Kovacs (VAE-Botschaft Wien) und Wolfgang F. J. Wildberger (PaN-Präsident Bosnisch-HerzegowinischeG)



Die Shaolin Mönche mit Su Binglie (ÖGCF), Walter J. Gerbautz, Christl Ruth, Alice Alsch-Harant (PaN-Vorstand), Helmut Sohlen (ÖGCF-Ehrenpräsident) und Gerd Kaminski (PaN-Geschäftsführer der Vizepräsident der ÖGCF)



Übergabe der Kooperationsurkunde an Polizeivizepräsident General Michael Lepuschitz (v.l.): die Polizeihofräte Manfred Reinthaler und Walter Hladik, Michael Lepuschitz, PaN-Präsident Hermann Mückler, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und PaN-Vizepräsident Oskar Wawra

PaN – Partner aller Nationen



Die PaN-Delegation Burgenland (v.l.): GD Bert Jandl (Vila Vita Pannonia) mit Gattin, Walter J. Gerbautz, Herbert Wagner, Botschafterin Petra Schneebauer (PaN- Vorstand) mit Tochter Katharina, Festtagsmoderatorin Doris Wagner, Seewinkel-Nationalparkdirektor Johannes Ehrenfeldner, Melitta Wagner (GSSTV-ÖAG-PaN) und Hofrat Johannes Pinczolis (PaN-Vorstand / Präsident von San Marino)



v.l.: Bgm. Michael Ludwig, Alice Alsch-Harant (PaN-Vorstand), LH a.D. Hans Niessl, Abg.z.NR Reinhold Lopatka (PaN-Präsident Australien)



Traditionelle afrikanische Tanzgruppe aus Uganda



Indischer Tanz: Radha Anjali und die Natya Mandir Dance Company



Amerikanische Lieder von der Mezzosopranistin Solmaaz Adeli



Beeindruckende Darstellung von Shaolin Mönchen aus China



Das Streicher Kammerensemble von „prima la musica“ Wien

PaN – Partner aller Nationen wird 60

Für das Magazin Diplomacy and Commerce sprach Svetlana Nenadovic-Glusac mit PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler und Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz über Gründung, Tätigkeiten und Ziele dieses Verbandes.

Wie kam es zur Gründung des Dachverbands PaN und wer war der Initiator?

Hermann Mückler: Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs hatten sich die ersten bilateralen Gesellschaften gegründet, in enger Anlehnung und z.T. auf Anregung der vier alliierten Besatzungsmächte hin. Mit dem schrittweisen Anwachsen der Zahl der bilateralen Freundschaftsgesellschaften nach dem Krieg wurde schnell klar, daß eine Kommunikation der Gesellschaften untereinander zwar jederzeit erfolgen konnte, eine gemeinsame die Kooperation koordinierende übergeordnete Institution aber die Sichtbarkeit nach Außen und damit den Erfolg der Anliegen erhöhen könnte. Die beiden Generalsekretäre der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft und der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft hatten im Jahr 1959 eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, der nach und nach die anderen bereits existierenden bilateralen Gesellschaften beitraten. Diese Arbeitsgruppe galt als Teil des Arbeitsprogramms des „Palais Palfy – Österreich Haus“, wo diese auch ihren Sitz hatte. Der Vorsitzende des Österreich-Haus war gleichzeitig auch Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe, welche in ihrer Anfangsphase 20 Länder umfaßte. Man kann also sagen, daß die Mitglieder der Arbeitsgruppe die Initiatoren des Dachverbands waren.

Welche Verbände und Vereine waren die ersten Mitglieder des Dachverbands PaN?

Hermann Mückler: Es waren die vier Gesellschaften, die auf Anregung der vier alliierten Mächte gegründet worden waren, als die österreichisch-amerikanische, die österreichisch-sowjetische, die österreichisch-britische und die österreichisch-französische Gesellschaft. Eine der ganz „frühen“ Gesellschaften war die ebenfalls schon 1945 gegründete Österreichisch-Persische Gesellschaft. Die Österreich-Schweizerische Gesellschaft in Wien ist sogar, wenn man die Vor-

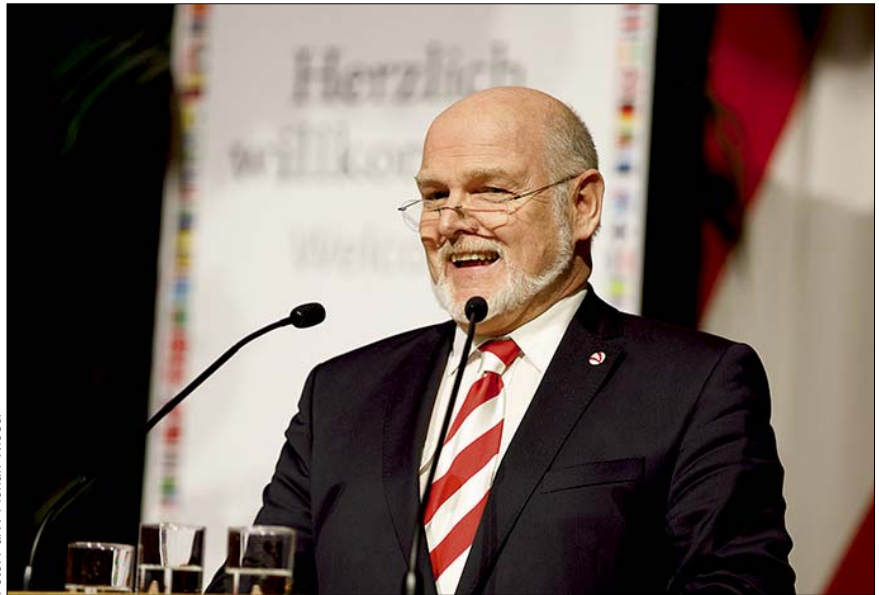


Foto: PaN / Florian Wieser

PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler

läufergesellschaft miteinbezieht, noch älter, denn diese ist bereits seit 1892 existent. Neben zahlreichen europäischen Ländern und – in Zeiten des Kalten Krieges wichtig – etliche Gesellschaften zu zentral- bzw. osteuropäischen Ländern, kamen in den von Entkolonisierung geprägten 1960er Jahren die ersten afrikanischen Gesellschaften hinzu. Die Österreichisch-Australische Gesellschaft wurde beispielsweise 1968 gegründet. Heute spiegelt sich die Vielfalt der Welt mit seinen sehr unterschiedlich strukturierten Staaten in der Vielfalt der bilateralen Freundschaftsgesellschaften wider, die im Dachverband organisiert sind und jede für sich einzigartig ist.

Der Dachverband PaN vereint 127 bilaterale österreichisch-ausländische Gesellschaften. Was ist seine Haupttätigkeit?

Hermann Mückler: Der Dachverband versteht sich als Schalt- und Schnittstelle zwischen den bilateralen Freundschaftsgesellschaften und dem „offiziösen“ Österreich, d.h. zu hochrangigen Stellen in den Bundes-

ministerien und der öffentlichen Verwaltung. Der Dachverband-PaN ist breit aufgestellt: Unter der Schirmherrschaft des österreichischen Bundespräsidenten agiert ein Ehrenpräsidium mit den jeweiligen PräsidentInnen des Nationalrats und den PräsidentInnen des Bundesrats sowie ein Ehrenkuratorium, welches durch die neun Landeshauptleute gebildet wird. Das operative Zentrum ist der Vorstand des Dachverbands. Dessen Präsident und ein Generalsekretär koordinieren die Kommunikation mit den Freundschaftsgesellschaften. Im Vordergrund steht die brückenbauende, völkerverbindende Rolle der Gesellschaften, die sich in deren Agieren widerspiegeln soll.

Der Dachverband achtet darauf, daß diese zentralen statutengeregelten Werte (nämlich überparteiliches, überkonfessionelles und unabhängiges Agieren) umgesetzt werden. Neuaufnahmen erfolgen erst nach einem längeren Beobachtungsprozeß. Der Dachverband ermuntert, berät und unterstützt die Gesellschaften und schafft Foren, bei denen sich die Gesellschaften untereinander sowie mit anderen Institutionen austauschen kön-

PaN – Partner aller Nationen

nen. Der Dachverband initiiert dazu Vernetzungstreffen und einschlägige Veranstaltungen und tritt zum Teil als Co-Organisator auf. Der Dachverband unterhält ein Generalsekretariat, welches Büro- und Sitzungsmöglichkeiten bietet, wobei letztere im Bedarfsfall auf Anfrage auch von den Gesellschaften genutzt werden können.

Welche Art von Unterstützung bietet PaN österreichisch-ausländischen Gesellschaften?

Hermann Mückler: Ermunterung, Beratung und Unterstützung für die Gesellschaften durch den Dachverband finden ihren sichtbarsten Ausdruck in den PaN-Unterstützungspreisen, mit denen wir die von einer unabhängigen Jury ausgewählten Projekte der Gesellschaften regelmäßig auszeichnen. Diese Förderung soll explizit nicht als Anschubfinanzierung dienen, sondern als Anerkennung für bereits geleistete erfolgreiche Arbeit stehen. Im Zuge dessen gewährt der Dachverband den Anliegen der jeweiligen Gesellschaften Sichtbarkeit durch die öffentliche Präsentation der Projekte im Rahmen einer Festveranstaltung. PaN-Persönlichkeits- und PaN-Gesellschaftspreise werden für verdiente Einzelakteure sowie die langjährige erfolgreiche Tätigkeit der Gesellschaften jedes Jahr aufs neue vergeben. Der Dachverband gibt einen großen Teil der von seinen Partnern erhaltenen Sponsorengelder unmittelbar weiter an die Gesellschaften, um deren gezielte Tätigkeiten zu fördern. Information, Service und die Möglichkeit sich zu vernetzen sind drei Säulen des Angebots an die Gesellschaften. Zu für die Gesellschaften relevanten Themen werden Vortragende eingeladen, die z.B. über Besonderheiten des Vereinsrechts referieren. Wer Mitglied im Dachverband ist, hat die potentielle Möglichkeit, dort mit den Mitgliedern von derzeit 125 bilateralen Freundschaftsgesellschaften in unmittelbarem, fruchtbaren Kontakt kommen zu können.

Welche Veranstaltungen und Aktivitäten organisiert der Dachverband PaN?

Walter J. Gerbautz: Der Dachverband aller österreichisch ausländischen Gesellschaften PaN ist eine Plattform, wo sich im Sinne seiner Statuten die Vertreter seiner derzeit 127 bilateralen Gesellschaften einerseits untereinander gut vernetzen können und die in seiner 60jährigen Bestandsgeschichte geschaffenen Kontaktstellen bzw. das professionelle Beziehungsgeflecht auch für ihre bilateralen



PaN-Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz

Aktivitäten nutzen können. Der gegenwärtige Dachverbandsvorstand sieht daher im Ausbau der beiden Hauptangebote, einerseits der „Vernetzungsevents“ und andererseits der „Serviceschiene“, die vordringlichste Aufgabe für die Zukunft.

Konkret organisierte der Dachverband jährlich im Zusammenhang mit dem Weltfrauentag am 8. März für seine bilateralen Gesellschaften Zusammenkünfte und Führungen u.a. durch das Parlament, Wiener Rathaus, Weltmuseum und Heeresgeschichtliche Museum mit anschließendem Gedankenaustausch.

Für den Weltfrauentag 2020 ist eine spezielle Sonderführung durch das Naturhistorische Museum in Planung.

Alljährlich im Frühjahr werden die PaN-Mitgliedsgesellschaften eingeladen, an dem PaN-Projektpreiswettbewerb teilzunehmen, um im Sinne von Anreizen für die Umsetzung von integrativen förderungswürdigen Projekten in den Bereichen Soziales, Karitatives, Kulturelles, Künstlerisches und auch Sportliches, den Mitgliedern finanzielle Unterstützung zu geben.

Im Rahmen einer Festveranstaltung im Wappensaal des Wiener Rathauses werden im Herbst die siegreichen Projekte von den einzelnen Gesellschaften vorgestellt und prämiert. Gleichzeitig wird bei diesem Event der PaN-Persönlichkeitsaward und PaN-Mitglieder-Jubiläums-Award vergeben.

Der PaN-Preis des BMEIA wird nach Rücksprache mit dem Dachverband und auf Vorschlag des Außenministeriums an eine ausgewählte bilaterale PaN-Gesellschaft vergeben.

Das PaN-Sommerfest erfreut sich alle Jahre großer Beliebtheit und regen Zuspruchs und fand heuer erstmalig anlässlich des PaN-60 Jahre-Jubiläums auf Einladung von Niederösterreichs Landesrat Martin Eichinger in den „Gärten Tulln“ statt.

Heuer wurde das 60jährige Bestehen des Dachverbandes -PaN mit einer abendlichen Festveranstaltung im Festsaal des Wiener Rathauses am 26. November auf Einladung des Landeshauptmannes von Wien begangen. Aus diesem Anlaß wurde auch das PaN-Mitgliederbooklet 2019 neu aufgelegt und auch an einer PaN-Jubiläums-Festschrift wird aus diesem Anlaß emsig gearbeitet.

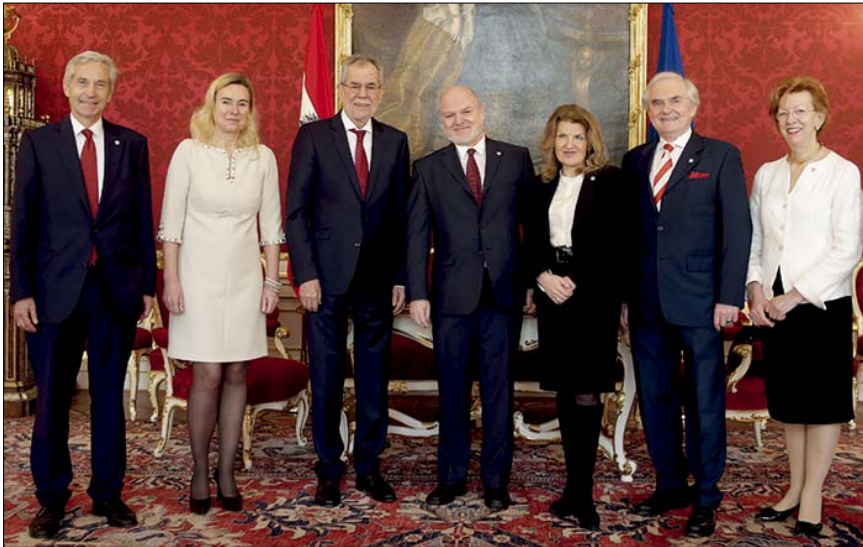
Aus welchen Ländern kommen die aktivsten Gesellschaften in Österreich?

Walter J. Gerbautz: Diese Fragestellung kann man mit einem Satz nicht beantworten, da jede unserer PaN-Gesellschaften auf ihre eigenständige Art und Weise Aktivitäten und Impulse setzt, die aber allesamt dem gemeinsamen Ziel der Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern dienen. Es gibt daher traditionelle Mitglieder, wie die Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft, die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft oder die Österreichisch-Polnische Gesellschaft, die seit ihrer Gründung im Jahr 1945/46 kontinuierlich eine rege bilaterale Vereinstätigkeit bis zum heutigen Tag entfaltet haben.

Aber auch die jüngeren Gesellschaften, wie das Österreichisch-Deutsche Länderforum-PaN, die Österreichisch-Britische Gesellschaft-PaN oder die Österreichisch – San

PaN – Partner aller Nationen

Foto: Präsidenschaftskanzlei



Der PaN-Vorstand beim Bundespräsidenten in dessen Amtsräumen in der Hofburg (v.l.): Vizepräsident Oskar Wawra, Botschafterin Petra Schneeberger, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Präsident Prof. Hermann Mückler, Marguerite Machek-Vos, Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz und Alice Alsch-Harant

Marino Freundschaftsgesellschaft-PaN zeigen auf, wie man auf vielfältige Weise durch wechselseitige Delegationsreisen in dem jeweiligen Land, mit Kultur- oder Informationsveranstaltungen das bilaterale Netz zwischen den beiden Ländern verstärken kann. Dabei ist auch die mediale Präsenz nicht zu vergessen, denn Veranstaltungen zu organisieren ist die eine Seite der Medaille, aber die anschließende nachhaltige Medienarbeit wird für unsere Gesellschaften, wie auch für den Dachverband, immer wichtiger.

Deshalb sind wir in den Folgejahren seit 2012 auch gezielte maßgeschneiderte Kooperationen eingegangen und planen auch für die Zukunft neue Kooperationen auf mehreren Ebenen, um unser PaN-Netzwerk für unsere Mitglieder noch attraktiver zu machen.

Schirmherr des Dachverbands PaN ist der Bundespräsident, sowie der Präsident des Nationalrates und der Präsident des Bundesrates. Hatte der Verband schon immer so große und wichtige Unterstützer?

Walter J. Gerbautz: Es gab schon von Anfang an bei den ersten bilateralen Freundschaftsgesellschaften engagierte Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens. So ist beispielhaft für alle damals schon bestehenden Freundschaftsgesellschaften die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft zu nennen, wo in der 1. Generalversammlung am 4. November 1945 im NÖ Landtagssaal zum ersten Vereinspräsident Univ. Prof. Dr. Otto Kauders gewählt wurde, das Ehrenpräsidium bestand aus den Herren Graf Ferdinand Col-

loredo-Mannsfeld, Staatssekretär Dr. Leopold Figl, Staatssekretär Ernst Fischer, Unterstaatssekretär Dr. Karl Gruber Generaldirektor Dr. Josef Joham, Bürgermeister General Theodor Körner und Minister a.D. Dr. Hans Pertner. Im Vorstand fanden sich noch Wissenschaftler, namhafte Ärzte wie Prof. Dr. Karl Fellingner, Vertreter der Kunst wie Generalsekretär Dr. Egon Seefehlner.

Als am 6. Jänner 1946 die ÖAG ihr halbjähriges Bestehen im Großen Musikverein feierte, sprach der damalige Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungskräfte in Österreich, General Mark Clark, bei seiner Begrüßung folgende Worte, daß „Amerika das Möglichste tun wird, um den kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau Österreichs weiter zu fördern“.

Neben hohen Offizieren der vier Besatzungsmächte nahmen auch Bundeskanzler Ing. Figl, die Bundesminister Dr. Hurdes und Helmer, sowie der Wiener Bürgermeister Körner an dem Festakt teil.

Bereits bei seinem 50jährigen Bestehen im Jahr 2009 hat sich der damalige Bundespräsident als Schirmherr des Dachverbandes PaN an die Mitglieder der Generalversammlung mit einer beeindruckenden Videobotschaft gewandt. Das Ehrenpräsidium bilden seit damals die jeweiligen PräsidentInnen des Nationalrates und die PräsidentInnen des Bundesrates.

Das Ehrenkuratorium umfaßt die neun Landeshauptleute. Landeshauptmann a.D. Hans Niessl wurde im Rahmen eines Festaktes im Europahaus wegen seiner außerordentlichen Verdienste für PaN während sei-

ner Amtszeit ad Personam zum Ehrenkurator ernannt.

Hat PaN anlässlich dieses Jubiläums auch schon neue Visionen und Ziele, die in der Zukunft verwirklicht werden sollen?

Walter J. Gerbautz: Bekanntlich gibt es keinen Stillstand und so ist auch der Dachverband-PaN ständig bemüht sich im Rahmen seiner finanziellen und personellen Ressourcen den geänderten Verhältnissen anzupassen. Ein aktuelles Beispiel ist der in aller Munde weltweit diskutierte Klimawandel, da führt natürlich kein Weg vorbei.

In einem unserer Partnerhotels mitten im grenzüberschreitenden Naturpark Neusiedlersee hält der Vorstand des Dachverbands seit Jahren im Herbst eine Strategiesitzung ab. Das „ÖKO Hotel“, so kann man die Freizeitanlage der Vila Vita in Pamhagen ohne weiteres bezeichnen, wurde unter größtmöglicher Schonung der Umwelt errichtet und ständig an die modernen umweltfreundlichen Errungenschaften angepaßt. Diese Hotel- und Freizeitanlage trägt unverkennbar die Handschrift seines Generaldirektors Bert Jandl. So war es auch, daß Generaldirektor Jandl mit dem PaN-Vorstand bei einer der PaN-Strategiesitzungen den Vorschlag machte, eine PaN-Insel im Badeteich der Anlage zu errichten. Diese Insel sollte auch die Klimafreundlichkeit der Freizeitanlage dokumentieren, indem man auf die rund 1000 Quadratmeter große Insel nur mit eigener oder fremder Muskelkraft, jedenfalls mit umweltfreundlichen Hilfsmitteln, gelangen soll. Mehr darf ich hier noch nicht verraten. Aber was noch als Vision zu diesem Plan hinzukommt, ist, daß unlängst im Rahmen der „Action for Climate Empowerment (ACE)“ eine „Burgenland Klima Deklaration“ in der Vila Vita von internationaler Experten erarbeitet und verabschiedet wurde. Federführend war die Generalsekretärin des Österreichisch Deutschen Länderforums-PaN und Botschafterin für ACE des Klimasekretariates der Vereinten Nationen, Magistra Talieh Wögerbauer.

Hier schließt sich der Kreis und wir sind schon sehr gespannt, wie dieses große Projekt als Zeichen des Klimaschutzes und der Völkerverständigung im nächsten Jahr seiner Bestimmung übergeben werden kann. ■ Das „Österreich Journal“ dankt „Diplomacy and Commerce Austria“ für die Genehmigung, dieses Interview ungekürzt übernehmen zu dürfen.

<http://diplomacyandcommerce.at/>

Arthur von Rosthorn-Medaille

Feierliche Verleihung im Stadtсенатssitzungssaal des Wiener Rathauses

Im Rahmen eines Festakts im Stadtсенатssitzungssaal des Wiener Rathauses wurden am 26. November sechs Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft mit der höchsten Auszeichnung, der „Arthur von Rosthorn-Medaille“, für ihre Verdienste um die Österreichisch-chinesischen Beziehungen geehrt.

Diese Ehre wurde auch einem verdienten PAN-Vorstand und langjährigen Protokollchef der burgenländischen Landesregierung, Hofrat Johannes Pinczolit, zuteil. Außer ihm erhielten diese Ehrung niemand Geringerer als der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, der steiermärkische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Oberösterreichs Landeshauptmann a.D. Josef Pühringer sowie den Verleger Walter Fehlinger (BACOPA Verlag) und Wolfgang Leitner, CEO der Andritz-AG.

Die Verleihungen nahmen der in Hongkong lebende österreichische Paradeunternehmer und Ehrenpräsident der Österreichisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft-PaN Helmut Sohlen sowie der Präsident der Österreichisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft-PAN, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer vor.

Die Laudationes auf die sechs Ausgezeichneten hielt in gewohnt launiger aber äußerst pointierter Form der geschäftsführende Vizepräsident der Österreichisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft-PaN, Professor Gerd Kaminski.

Die Ö.G.C.F. - Österreichische Gesellschaft für Chinaforschung

Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur VR China

Die ÖGCF wurde 1971 von den beiden Großparteien, den Interessensvertretungen sowie von Wissenschaftlern und Künstlern gegründet, um den gegenseitigen Austausch zwischen China und Österreich zu fördern. Sie ist die einzige vom Dachverband Österreichisch-Ausländischer Gesellschaften PaN anerkannte China-Gesellschaft.

In den Jahren 2006 und 2011 ist sie vom Österreichischen Außenministerium mit Planung und Durchführung eines China-Jahres beauftragt gewesen, welches 100 Events zum Themenbereich China umfaßte, die von zahlreichen Symposien, über Ausstellungen,



Foto: ÖGCF / Wurzer

v.l.: Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Hofrat Johannes Pinczolit und Helmut Sohlen



Foto: WJG / PaN

Mit großer Sorgfalt wurden die Ehrenurkunden – hier die für Bürgermeister Michael Ludwig – von Helmut Sohlen unterzeichnet.

Performing Art bis zu Straßenfesten reichte.

Jedes Jahr bietet die ÖGCF an die 60 Vortrags- und Seminarveranstaltungen sowie einen Chinesisch-Sprachkurs an. Außerdem offeriert sie erfolgreich wirtschaftliches und kulturelles Consulting und organisiert gemeinsam mit dem China-Reisebüro Donau-Sino besondere Reisen nach China.

Die ÖGCF führt auch die Geschäftsstelle der 2005 gegründeten Österreichisch-Chinesischen Juristischen Gesellschaft (ÖCJG).

Sie gibt mit zwei Nummern pro Jahr eine Zeitschrift heraus und publiziert gemeinsam mit dem Österreichischen Institut für China- und Südostasienforschung, welches ebenfalls bei der Gesellschaft angesiedelt ist, bereits über 70 Buchtitel und war in Kooperation mit dem ORF und chinesischen und europäischen Sendern für eine Reihe von Dokumentarfilmen über China wissenschaftlich verantwortlich. ■

<http://www.oegcf.com/>

48 National Day – United Arab Emirates



Foto: WJG-PaN

v.l.: Mouddar Khouja, Theo Kanitzer, Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Vizepräsident Omar Al Rawi, H.E. Botschafter Al Musharrahk, Präsident Hans Niessl, Vizepräsident Christian J. Koidl und Nikolaus Seiwald beim 48. National Day im Palais Ferstel

Mit der Überreichung des Beglaubigungsschreibens an Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm H. E. Ibrahim Salim Al Musharrahk eine Woche vor dem VAE National Day seine Amtsgeschäfte in Österreich auf.

Der Einladung von Ambassador of United Arab Emirates to Austria and Permanent Representative to UN & UNIDO H.E. Ibrahim Salim Al Musharrahk und Ambassador & Permanent Representative of United Arab Emirates to IAEA & CTBTO H.E. Hamad Al Kaabi zur Teilnahme an der repräsentativen Feier im Palais Ferstel am 2. Dezember folgte eine beeindruckende Gästeschar aus Diplomatie, Politik, Wirtschaft, Kunst und vor allem auch Freunden der VAE in Österreich.

Nach dem Abspielen beider Nationalhymnen ergriff Botschafter Al Musharrahk das Wort und lobte die dichten freundschaftlichen Bande zwischen beiden Ländern, die durch weitere wirtschaftliche und kulturelle Aktivitäten intensiviert und noch enger geknüpft werden sollen.

Mehr als ein Drittel des Vorstands der Österreich-Vereinigte Arabische Emirate Gesellschaft (ÖVAEG)-PaN war erschienen und

knüpfte die ersten Kontakte mit H. E. Botschafter Ibrahim Salim Al Musharrahk.

<https://www.oevaeg.at/>



Foto: WJG-PaN

Der Festsaal im Palais Ferstel war anlässlich des VAE-Nationalfeiertags mit den traditionellen Nationalfarben festlich illuminiert.

Längste Brettljause der Welt

Beim Countdown zum Steirerball 2020 Weltrekord in Wien geknackt

Passanten, Wien-Touristen und Freunde des Steirerballs wurden eingeladen, sich im Inneren Burghof der Wiener Hofburg mit steirischen Schmankerln am kulinarischen Weltrekordversuch zu laben.

Auf einer Gesamtlänge von 250 Metern wurden 1100 steirische Brettljausen mit Schinken, Speck, geselchten Würsteln, Käse sowie frisch geriebenem Kren und Bauernbrot aufgebaut. Damit hat der Verein der Steirer in Wien, Veranstalter des Steirerballs in der Wiener Hofburg, gemeinsam mit dem Tourismusregionalverband Süd- & Weststeiermark und den drei Regionen Südsteiermark, Schilcherland und Lipizzanerheimat, den bisherigen Weltrekord gebrochen. Beim jüngsten Versuch vor fünf Jahren in Graz waren es 674 Jausen auf 222 Metern gewesen.

„Daß wir den Weltrekord der längsten steirischen Brettljause der Welt in unsere Bundeshauptstadt geholt haben, ist mir eine besondere Freude. Es zeigt einmal mehr, daß Wien mit den mehr als 100.000 Steirerinnen und Steirern nicht nur eine würdige zweitgrößte steirische Stadt in Österreich ist, sondern auch, daß wir Steirerinnen und Steirern viel Spaß nach Wien bringen“, sagte Andreas Zakostelsky, Obmann des Vereins der Steirer in Wien. Nach der offiziellen Vermessung der aneinander gereihten Brettljausen durch den Notar Gerhard Schüssler wurde das steirische Buffet offiziell um 11:11 Uhr eröffnet.

Das Team des Tourismusregionalverbandes Süd- & Weststeiermark mit Obmann Guido Jaklitsch, Geschäftsführer Thomas Brandner und Eva-Maria Lindner, sorgte in Kooperation mit über 30 Betrieben aus der Süd- & Weststeiermark für die köstlichen Schmankerln und Weine: In Summe haben sie jeweils 33 Kilo Geselchtes, Speck, Würstel und Käse, 44 Kilo Bauchfleisch und Bauernschinken, 22 Kilo Verhackertes, 11 Kilo Kren sowie 1100 Pfefferoni und Cocktailtomaten auf den Brettljausen, und zum Trinken 200 Flaschen Wein vom weststeirischen Schilcher, frischen Junker bis hin zu den besten Weißweinen des Landes aus der Südsteiermark sowie 60 Liter Fruchtsäfte und Mineralwasser serviert.

Über den Verein der Steirer in Wien

Der Verein der Steirer in Wien besteht seit 1896 und blickt auf eine lange Tradition



Foto: Verein der Steirer in Wien / Richard Tanzer

v.l.: Elisabeth Hakel, Obmann-Stv. des Vereins der Steirer in Wien, die amtierende Weinkönigin der Steiermark Katrin die Erste, Andreas Zakostelsky, Obmann des Vereins der Steirer in Wien, Edith Müller, Obmann-Stv. des Vereins der Steirer in Wien und Guido Jaklitsch, Obmann des Tourismusregionalverbandes Süd- & Weststeiermark



Foto: Verein der Steirer in Wien / Richard Tanzer

zurück. Der Vereinsvorstand stellt in den kommenden Jahren die steirischen Werte „Herzlichkeit und Gemütlichkeit, aber auch Offenheit und Direktheit in der Umsetzung“ in den Mittelpunkt seiner Arbeit und will den Dialog unter SteirerInnen und den Austausch mit den anderen in Wien lebenden Menschen in Zukunft verstärken.

Karten für den Steirerball 2020

Vorverkaufskarten für den fröhliganten Bundesländerball am 10. Jänner 2020 in der

Wiener Hofburg gibt es um 89 Euro auf steirerball.com oder direkt im Ballbüro (KOOP Live-Marketing GmbH & Co KG, Bäckerstraße 3/6, 1010 Wien).

Online erhältlich sind auch Tickets für Studierende zum Preis von 45 Euro. Sitzplätze und Logen können über die Homepage reserviert werden. An der Abendkasse bekommen die Ballgäste eine Karte um 95 Euro.

<https://www.steirerball.com/>
<http://www.steirerinwien.at/>

Demokratie Monitor 2019

Systemvertrauen ist gesunken – Vertrauen in den Bundespräsidenten ist gestiegen – Ungleichheit bremst Demokratie

Seit 2018 erhebt der Österreichische Demokratie Monitor (ÖDM) die Einstellungen der Menschen in Österreich zur Demokratie sowie ihre politische und zivilgesellschaftliche Partizipation. Ziel des ÖDM ist es, den aktuellen Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung aufzuzeigen und dahingehende Entwicklungen zu beobachten. Der ÖDM ist daher als jährliches Erhebungsinstrument konzipiert – seine Indikatoren berichten den Zeitverlauf im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen. Grundlage ist eine jährliche Bevölkerungsumfrage.

Demokratie ist nach wie vor fest verankert

Wie im Jahr 2018 sind auch aktuell nahezu 9 von 10 Menschen davon überzeugt, daß die Demokratie die beste Staatsform ist. Ebenfalls weit verbreitet sind Forderungen nach einem Ausbau demokratischer Rechte – 60 % sprechen sich für mehr Beteiligungsmöglichkeiten, rund die Hälfte für eine stärkere Unabhängigkeit der Medien und rund ein Drittel für mehr Rechte für die Opposition aus.

Autoritäre Einstellungen: oberstes Drittel schließt auf

Das ökonomisch stärkste Drittel schließt jedoch hinsichtlich seiner autoritären Einstellungen zum Rest der Bevölkerung auf: Waren 2018 bevölkerungsweit 18 % der Ansicht, daß es einen starken Führer geben sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muß, sind es 2019 mit 22% etwas mehr. Interessant ist, daß dieser Anstieg nahezu ausschließlich im ökonomisch stärksten Drittel der Bevölkerung stattgefunden hat – das sind jene Menschen, deren Einkommen im obersten Einkommensdrittel liegen, die von ihrem Einkommen (sehr) gut leben können und deren finanzielle Absicherung für die Zukunft (sehr) gut ist. Von ihnen haben

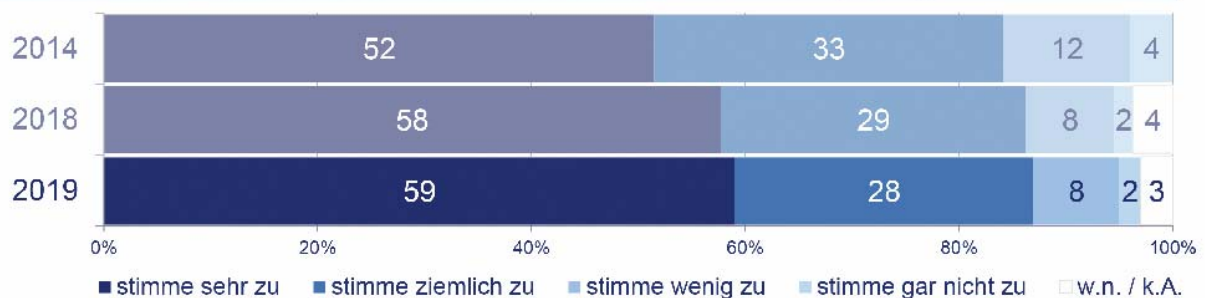
sich letztes Jahr 15 % für einen „starken Führer“ ausgesprochen, aktuell sind es 23 % – und damit gleich viel wie im mittleren und im ökonomisch schwächsten Drittel der Bevölkerung (21 % bzw. 23 %).

Anteil überzeugter DemokratInnen sinkt

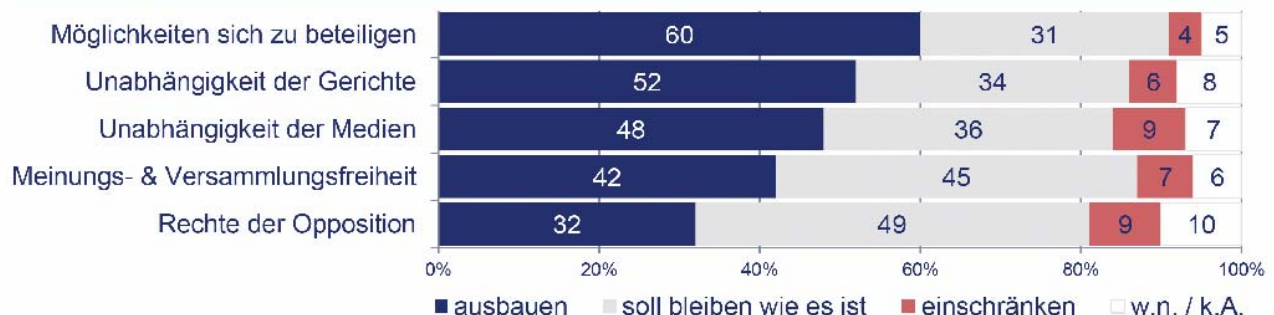
Bevölkerungsweit sinkt der Anteil überzeugter DemokratInnen (von 62 % auf 57 %), während der Anteil an Menschen mit autoritären Demokratievorstellungen etwas zugenommen hat (von 34 % auf 38 %). Überzeugte DemokratInnen stimmen dabei der Demokratie als bester Regierungsform zu und lehnen einen „starken Führer“ sowie eine Einschränkung demokratischer Rechte ab. Menschen mit autoritären/illiberalen Demokratievorstellungen stimmen der Demokratie als bester Regierungsform ebenfalls zu, können sich unter bestimmten Umständen jedoch einen „starken Führer“ vorstellen und/oder

Demokratie in Ö nach wie vor breit verankert & gleichbleibend starker Wunsch nach Ausbau von Rechten

„Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

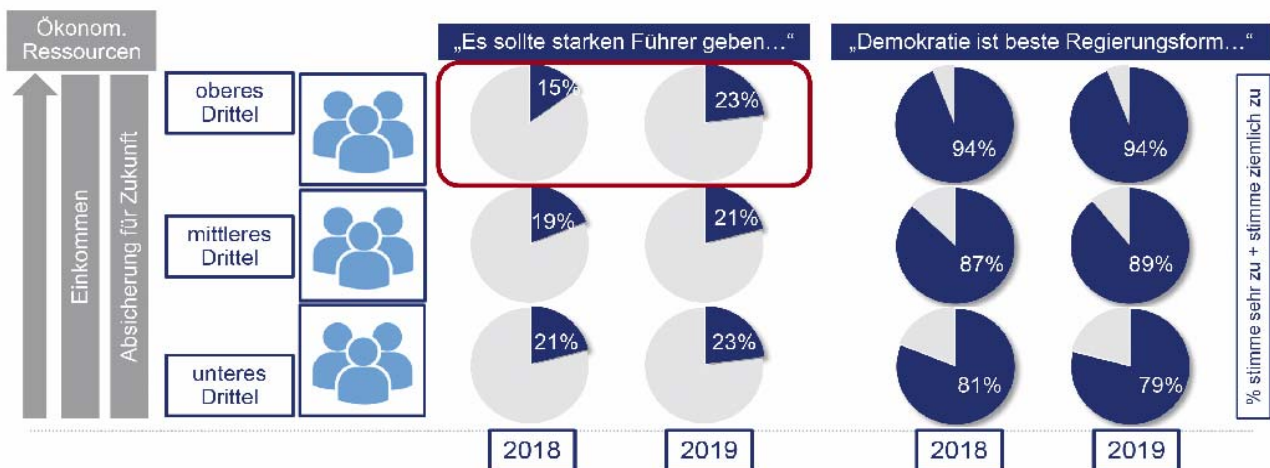
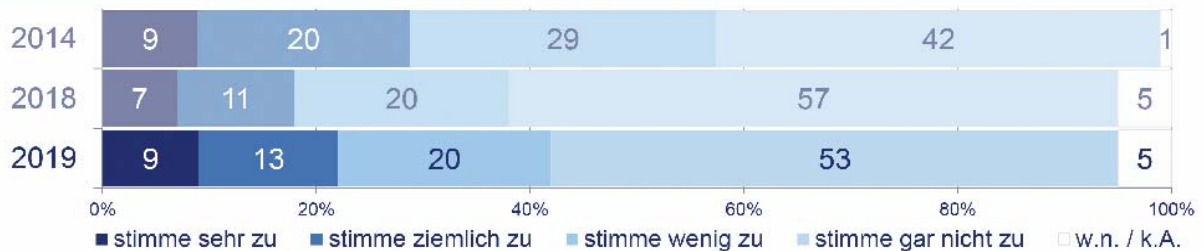


Soll die Regierung in Österreich die ... einschränken, ausbauen, oder soll alles so bleiben wie es ist?

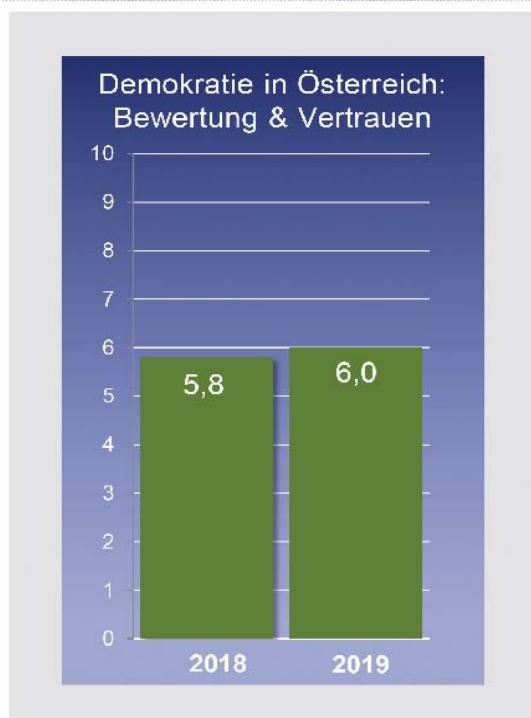


Aber: Anstieg bei Zustimmung zu Autokratie im ökonomisch stärksten Drittel der Gesellschaft

„Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“



Im Jahresvergleich INSGESAMT keine Veränderung in der Bewertung & im Vertrauen in die Demokratie in Ö



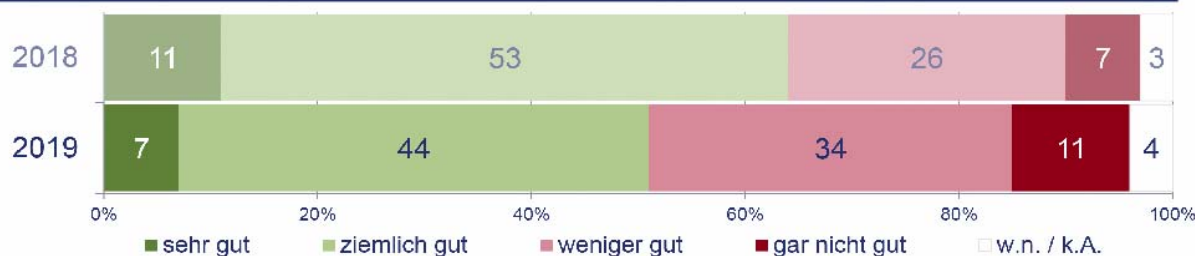
10 Punkte = 100% der Bevölkerung...

- denken politisches System funktioniert sehr gut
- denken Demokratie ist stark (vs. schwach)
- haben hohes Vertrauen in
 - Bundespräsident
 - Parlament
 - Polizei
 - Justiz
 - Behörden & Ämter

ABER das ist Ergebnis zweier gegenläufiger Entwicklungen, die innenpolitische Ereignisse spiegeln

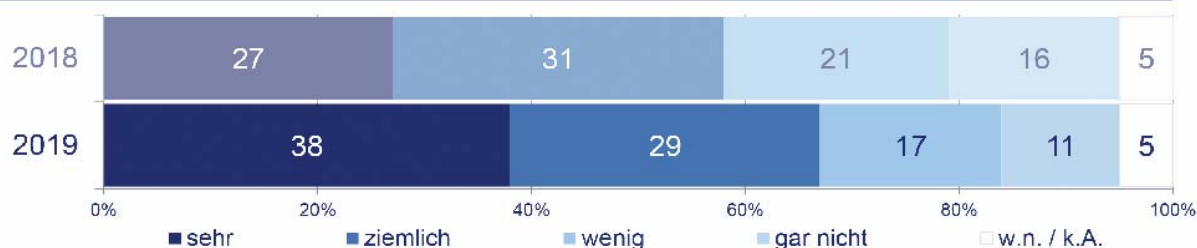
(1) Aus Sicht der Menschen funktioniert das politische System 2019 weniger gut:

Das politische System in Österreich funktioniert ...?



(2) Das Vertrauen in den Bundespräsidenten ist gestiegen:

Vertrauen Sie dem Bundespräsidenten ...?



sprechen sich für die Einschränkung demokratischer Rechte aus.

Innenpolitische Ereignisse wirken sich auf Bewertung der Demokratie aus

Zwei gegenläufige Entwicklungen in der Bewertung der Demokratie in Österreich spiegeln die innenpolitischen Ereignisse des Jahres 2019 wider: Zum einen funktioniert das politische System aktuell für deutlich weniger Menschen. Waren 2018 noch beinahe zwei Drittel (64 %) der Ansicht, daß das politische System in Österreich gut funktioniert, gilt dies aktuell für nur mehr rund die Hälfte (51 %). Zum anderen ist das Vertrauen in den Bundespräsidenten gestiegen: vergangenes Jahr vertrauten ihm 58 % der Menschen, 2019 sind es 67 %. Diese Entwicklung fällt unter den ÖVP-WählerInnen und im ökonomisch stärksten Drittel der Bevölkerung – also jenem, in dem autoritäre Einstellungen zugenommen haben – besonders stark aus.

Ökonomische Unsicherheit wirkt sich weiterhin stark auf Demokratie aus

Die aktuelle Erhebung zeigt – wie auch im Jahr 2018 – daß ökonomische Unsicherheit auf die Zufriedenheit mit der Demokratie drückt und politische Partizipation behindert:

So denken zwei Drittel (67 %) der Menschen im ökonomisch stärksten Drittel der Bevölkerung, daß das politische System in Österreich gut funktioniert, jedoch nur 36 % des ökonomisch schwächsten Drittels. Politische Partizipation ist ähnlich ungleich verteilt: 17 % des ökonomisch stärksten Drittels und 22 % des mittleren Drittels haben nicht an der vergangenen Nationalratswahl teilgenommen, selbiges gilt für 41 % des ökonomisch schwächsten Drittels.

Warnsignale verschärfen sich

Die beiden Warnsignale aus dem Jahr 2018 verschärfen sich somit:

- Erstens ist der Anteil an Menschen mit autoritären/illiberalen Demokratievorstellungen in den vergangenen 12 Monaten etwas angestiegen und liegt nun bei 38 %. Ob diese Entwicklung v.a. im ökonomisch stärksten Drittel der Bevölkerung eine vorübergehende oder nachhaltig ist, wird der ÖDM im kommenden Jahr zeigen.
- Zweitens stellt sich die Frage, ob Österreich auf dem Weg in eine Zwei-Drittel-Demokratie ist – in eine Demokratie, in der sich das ökonomisch schwächste Drittel kaum mehr an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse beteiligt.

Die Plattform hinter dem ÖDM

Der ÖDM wird von einer breiten Plattform von unterschiedlichen Institutionen und UnterstützerInnen getragen, denen die Demokratie im Land am Herzen liegt: Deloitte Österreich, Dr.-Karl-Renner-Institut, GW Cosmetics GmbH, Industriellenvereinigung, Initiative Neues Lernen der Köck Privatstiftung, MERKUR taxaid Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH, NEOS Lab – Das liberale Forum, Pädagogische Hochschule Wien, Österreichischer Gewerkschaftsbund ÖGB, Österreichische Nationalbank, Österreichischer Rundfunk ORF, Österreichischer Städtebund, PKF Centurion Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH, RD Foundation Vienna, SORA Institute for Social Research and Consulting, TRAIN Consulting GmbH und Zukunftsfonds der Republik Österreich.

<https://www.demokratiemonitor.at/>

Eckdaten zur repräsentativen Befragung 2019

Grundgesamtheit: Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich; Stichprobe: 2.185 Befragte, darunter 376 jungen Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren; max. Schwankungsbreite: +/- 2,1% für n=2.185 bzw. +/- 5,1% für n=376; Erhebungsmethode: Telefon- und Online-Interviews (durchgeführt von Jaksch & Partner); Erhebungszeitraum: August und September 2019

Finanzministerium erwartet gesamtstaatlichen Überschuß

Parlamentarischer Budgetausschuß befaßte sich mit aktueller Budgetentwicklung

Mit einer Diskussion über die aktuelle Budgetentwicklung hat der Budgetausschuß des Nationalrats am 11. November seine erste Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode beendet. Wie das Finanzministerium den Abgeordneten berichtet, läuft der Budgetvollzug gut. Die Einnahmen sind in den ersten neun Monaten des Jahres deutlich gestiegen, während die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht zurückgegangen sind. Allerdings warnt Finanzminister Eduard Müller vor zu viel Euphorie, da im letzten Quartal 2019 noch außerordentliche Zahlungen, etwa in Zusammenhang mit der Abschaffung des Pflegeregresses und dem EU-Beitrag Österreichs, anstehen. Ein gesamtstaatlicher Budgetüberschuß ist aber so gut wie sicher, darin sind sich alle ExpertInnen einig.

Vom Budgetausschuß vertagt wurden drei Anträge der FPÖ. Dabei geht es um die Vermeidung budgetärer Mehrbelastungen infolge des Brexit, die Reaktion der EU auf die türkische Militäroffensive in Nordsyrien und den Ausstieg Österreichs aus internationalen Abkommen zur Vermeidung von Staatenlosigkeit.

Steuereinnahmen sprudeln weiter

Gemäß dem Bericht des Finanzministeriums über die Entwicklung des Bundeshaushalts von Jänner bis September 2019, der im Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen wurde, lagen die Einnahmen in den ersten neun Monaten des Jahres um 2,9 Mrd. € über jenen im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Das entspricht einem Plus von 5,2 %. Grund dafür sind nicht nur sprudelnde Steuereinnahmen aufgrund der weiterhin guten Konjunktur, sondern auch mehrere Einmaleffekte. Dazu gehören etwa eine Rückzahlung von 1,2 Mrd. € aus dem Bayern-Vergleich und Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen im Telekom-Bereich. Bei den Ausgaben machen sich nicht zuletzt die niedrigen Zinsen bemerkbar.

Finanzminister Müller geht aufgrund der anstehenden Zahlungen dennoch davon aus, daß der Bund heuer keinen Budgetüberschuß erzielen, sondern mit einer schwarzen Null



Foto: BMF / Wilke

Finanzminister Eduard Müller

abschließen wird, wie aus der nach Brüssel gemeldeten Haushaltsplanung für 2020 hervorgeht. Gesamtstaatlich ist aber auch heuer wieder ein Budgetüberschuß von 0,3 % gemäß Maastricht-Kriterien zu erwarten. Dafür sollen die Länder (ohne Wien) mit einem Budgetplus von 0,2 % und die Sozialversicherungen (+0,1 %) sorgen. Nicht ganz so rosig sieht es hingegen beim strukturellen Budgetsaldo aus: Bereinigt um die Konjunktureffekte rechnet das Ministerium für heuer mit einem gesamtstaatlichen Defizit von 0,2 %. 2020 soll dann auch das Maastricht-Defizit mit -0,1 % leicht ins Minus rutschen. Die gesamtstaatliche Schuldenquote wird für 2019 mit 70 % prognostiziert.

Auch im Ausschuß unterstrich Finanzminister Müller, der Vollzug Jänner bis September lasse keine lineare Hochrechnung zu, weil heuer noch einige größere Ausgaben anstehen würden. Auf entsprechende Fragen von Kai Jan Krainer (SPÖ) und Andreas Hanger (ÖVP) betonte er, der Budgetvollzug der Vorgängerregierung sei strikt fortgesetzt worden, die aktuelle Bundesregierung würde sich die Budgetsituation nicht auf die Fahnen heften. Im Hinblick auf etwaige Einsparungen bei PrüferInnen in der Finanzverwaltung, die

Jakob Schwarz (Grüne) thematisierte, räumte Müller ein, daß man bei den Personalzahlen zwar hinten nach sei, aber auch nachbesetzt werde. Steigende KeSt-Einnahmen, die von Karin Doppelbauer (NEOS) und Kai Jan Krainer angesprochen wurden, haben dem Minister zufolge mehr mit steigenden Dividenden denn mit einem etwaig geänderten Sparverhalten zu tun.

Betreffend Pflegeregress sei die Höhe auch für 2020 mit 300 Mio. € gedeckelt worden, unterstrich der Finanzminister zur diesbezüglichen Diskussion. Im Hinblick auf den Familienbonus, der Doppelbauer zufolge nicht im erwarteten Ausmaß in Anspruch genommen wurde, werde sich im nächsten Jahr die Situation konkreter darstellen.

Vorsichtige Budgetschätzung

Aus Sicht des parlamentarischen Budgetdienstes sind die Einschätzungen des Finanzministeriums im Bericht sehr vorsichtig. Angesichts der bisher vorliegenden Zahlen sollte sich den BudgetexpertInnen zufolge heuer auch für den Bund ein Budgetüberschuß ausgehen. Auch das WIFO und die Europäische Kommission seien in ihren aktuellen Prognosen optimistischer als das Finanzministerium, machen sie in ihrer Analyse geltend. Laut Budgetdienst entwickeln sich vor allem die Lohnsteuer (+5,1 %), die veranlagte Einkommensteuer (+13,1 %), die Körperschaftsteuer (+4,2 %) und die Grunderwerbsteuer (+9,1 %) sehr dynamisch, während die Umsatzsteuer (+2,3 %) voraussichtlich unter dem für heuer veranschlagten Wert liegen wird. Ein Ausgabenplus ist unter anderem durch zusätzliche Aufwendungen für die Beamtenpensionen, die Erhöhung der Mittel für die Universitäten und Auszahlungsverchiebungen bei den ÖBB-Zuschussverträgen zu erwarten.

Die vom Parlament beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen werden sich voraussichtlich mit -0,2 % 2019 bzw. -0,3 % 2020 auf den Budgetsaldo auswirken, wobei laut Budgetdienst vor allem der Familienbonus, die Entlastung von GeringverdienerInnen im Zuge der Steuerreform und die außertourliche Pensionsanpassung zu Buche schlagen.

Innenpolitik

FPÖ will budgetäre Mehrbelastung infolge des Brexit vermeiden

Vom Budgetausschuß vertagt wurde ein Entschließungsantrag der FPÖ, der sich gegen eine Erhöhung des EU-Nettobeitrags Österreichs und gegen eine Kürzung von EU-Förderungen infolge des bevorstehenden Brexit wendet.

Der derzeit vorliegende Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027

müsse von der Regierung abgelehnt werden, fordern Norbert Hofer und seine FraktionskollegInnen.

Aus Sicht von Jakob Schwarz (Grüne) ist es verkürzt, nur über die Höhe des Beitrags zu diskutieren. Auch wenn über die Finanzierung der EU diskutiert werden könne, brauche es ein starkes EU-Budget im Hinblick auf anstehende Herausforderungen wie etwa Klimaschutz und Sozialunion.

Kai Jan Krainer (SPÖ) und Karin Doppelbauer (NEOS) sprachen sich gegen den Antrag aus – Krainer geht es um eine solidarische Aufteilung, Doppelbauer hob etwa die Themen Außengrenzschutz und Erasmus hervor. Andreas Hanger (ÖVP) plädierte im Zusammenhang mit Beiträgen und Leistungen für eine realistische Position der Mitte. ■

<https://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Verkehrsminister für weiteren Ausbau des Bahnangebots im Personennahverkehr

Österreich ist nach wie vor Europas Bahnland Nummer eins.“ Verkehrsminister Andreas Reichhardt konnte in der Sitzung des Bundesrats vom 5. Dezember eine positive Bilanz über die Entwicklung des Eisenbahnsektors in den letzten beiden Jahren ziehen und bekannte sich mit Nachdruck zum weiteren Ausbau des Angebots im Personennahverkehr auf der Schiene. Mit Stimmenmehrheit sprach sich die Länderkammer überdies für die Einführung eines so genannten 1-2-3-Klimatickets aus. Grundlage dafür bildete ein SPÖ-Vorstoß, der auch von der FPÖ unterstützt wurde.

Österreich bleibt europaweit Bahnland Nummer eins

Hintergrund der Debatte im Bundesrat war der Bericht der Schienen-Control 2018, der Österreichs Bahnen beträchtliche Zuwächse im Personenverkehr attestiert und, was den Schienengüterverkehr betrifft, von einer Verschiebung der Marktanteile in Richtung der Mitbewerber der ÖBB spricht.

Im Einzelnen konnten die Mitglieder des Bundesrats aus dem von Verkehrsminister Andreas Reichhardt präsentierten Bericht entnehmen, daß Österreich mit 1.435 zurückgelegten Bahnkilometern pro Einwohner und Jahr innerhalb der Europäischen Union erneut vor Frankreich (1.419 Kilometer) und Schweden (1.317 Kilometer) liegt. Aufgrund eines erweiterten Angebots im Nahverkehr fielen die Zuwachsraten im Schienenpersonenverkehr 2018 überdies wesentlich deutlicher aus als im vorangegangenen Jahr. So stieg die Anzahl der beförderten Personen um 6,6 % und übertraf mit 309,9 Millionen Fahrgästen den bisherigen Höchstwert von 290,6 Millionen. Im Schienengüterverkehr konnte der Rückgang beim Aufkommen (beförderte Nettotonnen) durch Steigerungen

bei der Verkehrsleistung (Netto- bzw. Bruttotonnenkilometer) kompensiert werden.

Reichhardt sieht Österreich in Sachen Mobilität auf dem richtigen Weg

„Die Zahlen zeigen, daß wir im Bereich Mobilität auf dem richtigen Weg sind“, resümierte der Verkehrsminister. So werde vor allem das erweiterte Angebot im öffentlichen Personennahverkehr auf der Schiene von der Bevölkerung angenommen, der Trend des Ausbaus sollte daher fortgesetzt werden, meinte er. Beim Güterverkehr sprach sich Reichhardt für eine Dynamisierung der Verlagerung von der Straße auf die Schiene aus, so zum Beispiel durch den Ausbau der Brenner-Achse. Darüber hinaus gelte es, durch entsprechende Verhandlungen über die EU-Wegekosten-Richtlinie der Kostenwahrheit bei der Bemauftragung des LKW-Verkehrs zum Durchbruch zu verhelfen.

ÖVP will Schienengüterverkehr attraktiver machen

Auch ÖVP-Bundesrat Ernest Schwind-sackl (ÖVP/St) zeigte sich erfreut über die Vorreiterrolle Österreichs im Bahnverkehr und erwartet sich eine zusätzliche Attraktivierung der Schiene durch die Fertigstellung des Semmering-Basistunnels. Handlungsbedarf sieht er allerdings beim Schienengüterverkehr. Wichtig sei es hier, die Beförderung von Gütern auf der Schiene lukrativer zu machen.

SPÖ fordert österreichweites Klimaticket für Öffis

Namens der SPÖ brachen Günther Novak (SPÖ/K) und Rudolf Kaske (SPÖ/W) eine Lanze für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene – dies auch mit Blick auf die Erfüllung der Klimaziele –, verwiesen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit von

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecken. Kaske forderte zudem weitere Investitionen in den Personenverkehr auf der Schiene und thematisierte mit kritischen Worten den Kostennachteil der Bahn gegenüber dem Flugverkehr auf dem Gebiet der Treibstoffbesteuerung. In einem Entschließungsantrag drängten die beiden SPÖ-Bundesräte auf die Einführung eines 1-2-3 Klimatickets für die österreichweite Nutzung sämtlicher öffentlicher Verkehrsmittel. Für ein einziges Bundesland sollten demnach Kosten von einem Euro pro Tag anfallen, die Variante für drei Bundesländer würde die Fahrgäste zwei Euro pro Tag, jene für das gesamte Bundesgebiet drei Euro pro Tag kosten.

Auch FPÖ und Grüne für weitere Impulse in Richtung Schienenverkehr

Gerd Krusche (FPÖ/St) kündigte die Unterstützung des SPÖ-Vorstoßes durch seine Fraktion an. Er bezeichnete es darüber hinaus als Wermutstropfen, daß es nach wie vor nicht gelungen sei, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, rechnet nun aber mit einem neuen Schub als Folge der Fertigstellung des Brennen-Basistunnels und der neuen Südbahn. Adi Gross (Grüne/V) hielt es für notwendig, durch faire Kostenberechnungen positive Rahmenbedingungen für eine weitere Attraktivierung der Schiene zu schaffen. Den SPÖ-Entschließungsantrag wird er, nicht unterstützen. Es sei nicht sinnvoll, in der entscheidenden Phase der Koalitionsverhandlungen sich „etwas auszurichten“. Gross zeigte sich aber zuversichtlich, daß es ein Klima-Ticket geben werde, wenn die Verhandlungen gelingen.

Der Bericht der Schienen-Control wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. ■

<https://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Die nächsten 15 Jahre auf Schiene

Wien, Niederösterreich und das Burgenland bekennen sich zu einer langfristigen Finanzierung und Planung des Schienenpersonennahverkehrs in der Ostregion

Für die nächsten zehn Jahre besteht das gemeinsame Bekenntnis von Ländern und Bund zu einer Steigerung der Leistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) von knapp 25 Prozent im Vergleich zum Fahrplanjahr 2019. Das bedeutet bessere Takte, mehr Kapazität und mehr Verbindungen für die heute über eine Milliarde Fahrgäste in der Ostregion. In enger Kooperation mit dem Bund als zentralem Partner in jeder nachhaltigen Planung und Umsetzung des Schienenpersonennahverkehrs schaffen die im Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) vereinten Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland Sicherheit und Verlässlichkeit für Fahrgäste, Wirtschaftspartner und die Gesamtregion. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit VertreterInnen des VOR gaben die Landeshauptleute Johanna Mikl-Leitner (Niederösterreich), Michael Ludwig (Wien) und Hans Peter Doskozil (Burgenland) am 13. Dezember den gemeinsamen Fahrplan zur Angebotsentwicklung im Schienenverkehr wieder.

Doskozil: Sicherheit und Planbarkeit

Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil: „Die Fahrgäste, aber auch die Unternehmen brauchen Sicherheit und Planbarkeit – und zwar langfristig, weit über Regierungsperioden hinaus. Daher schlagen wir hier und heute die Pfeiler ein für einen konsequenten Ausbau des Schienenverkehrs in einer Region, in der schon jetzt rund 60 Prozent der österreichischen Fahrgäste unterwegs sind. Burgenlands PendlerInnen und Pendler werden durch zusätzliche Verbindungen, eine Verdichtung des Fahrplans und mehr Qualität auf allen Strecken profitieren. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene.“

Der Landeshauptmann unterstreicht in seinem Statement, daß der öffentliche Sektor die Basisversorgung der Bevölkerung sichern müsse. Mit der Beauftragung der ÖBB wurde eine klare Entscheidung für die regionale Versorgung getroffen. Doskozil gibt ein klares Bekenntnis zur weiteren Direktvergabe von Verkehrsdienstleistungen an die ÖBB ab, da nur öffentliche Unternehmen garantieren, daß die Versorgung mit Verkehrsdienstleistungen auch im ländlichen Raum ge-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: VOR-Geschäftsführer Wolfgang Schroll, Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig, die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und VOR-Geschäftsführer Thomas Bohm

währleistet werde. Gleiches gelte auch für die Raaberbahn, die ab 2021 die gesamte Strecke von Deutschkreutz/Sopron bis zum Wiener Hauptbahnhof allein betreiben werde. Damit werde ein burgenländisches Unternehmen mit rund 150 Mitarbeitern gestärkt.

Das Burgenland profitiere mit der neuen Verkehrsdienste-Kooperation bis 2029 durch mehr Züge, bessere Verbindungen und mehr Qualität auf allen Strecken. Viele Verbesserungen werden schon mit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember spürbar. Darüber hinaus werde das Burgenland auch bei der Infrastruktur neue Wege gehen: Ziel seien zwei zentrale Verkehrsknoten – je einer im Süd- und Nordburgenland –, von denen aus PendlerInnen möglichst rasch per Bahn nach Wien kommen, erklärt der Landeshauptmann.

Ludwig: Erfolge sprechen für sich

„Wien als wachsende Bundeshauptstadt ist auch verkehrstechnisch in eine sich weiterentwickelnde Metropolregion eingebettet. Die Erfolge der letzten Jahre gerade im Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt sprechen für sich. Dennoch darf keiner die Augen verschließen vor den Herausforderungen der Klimakrise. Daher muß es weiterhin Schlag auf Schlag gehen – und zwar sowohl

was den Ausbau der Infrastruktur betrifft, als auch des klimafreundlichen Bahnangebotes“, erklärt Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig.

Mikl-Leitner: Ziehen an einem Strang

„Wir denken und handeln in Lebensräumen und stellen das gemeinsame Wohl der Menschen in den Mittelpunkt. Und der öffentliche Verkehr macht genauso wenig an Landesgrenzen halt wie der Mobilitätsbedarf der Menschen. Daher ziehen wir an einem Strang, wenn es darum geht, das Rückgrat eines jeden klima- und umweltfreundlichen Verkehrs zu stärken – nämlich den Schienenverkehr“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Fahrplan für die nächsten zehn bzw. 15 Jahre auf Schiene

Mit der Unterzeichnung eines 15jährigen Verkehrsdienstevertrages (VDV) zu den Leistungen der WLB (Wiener Lokalbahnen/Badner Bahn) durch VOR konnten Wien und Niederösterreich Anfang Dezember 2019 einen ersten wichtigen Schritt hin zu Sicherung und Ausbau der hochrangigen Schienenachse im Süden der Metropolregion Wien setzen. Der Vertrag gilt ab Dezember 2020 bis Dezember 2035 und legt Angebots-

Innenpolitik

entwicklung sowie Modernisierung der Fahrzeugflotte der Badner Bahn fest.

Auch bezüglich des Angebotes das die NÖVOG betreibt, welche neben einigen touristischen Bahn-Juwelen mit der Mariazellerbahn eine erfolgreiche Verkehrsachse von Mariazell über Laubenbachmühle bis St. Pölten anbietet, sind Weiterführung und Ausbau des Angebotes auf Schiene: Eine entsprechende Ankündigung wurde am 5. Dezember 2019 veröffentlicht. Ab Ende Dezember 2020 soll ein neues Angebot mit Ausweitung der Abendverkehre bis 23 Uhr, einem täglichen Studentakt bis Laubenbachmühle sowie dem bereits heute angebotenen Halbstundentakt morgens und einer Ausweitung auf einen Halbstundentakt auch nachmittags auf dieser Strecke gelten. Das Angebot auf der Citybahn Waidhofen soll auf einen Halbstundentakt werktags angepaßt werden.

Die Raaberbahn, ein Traditionsunternehmen, welches auch in historisch bewegten Zeiten verlässliche Verkehre z.B. von Deutschkreutz über Sopron nach Ebenfurth geführt hat, soll über einen vom BMVIT zu schließenden Verkehrsdienstvertrag eine Ausweitung der Verkehre in den Jahren 2021 bis 2029 erfahren. Konkret soll die Raaberbahn ab 2021 die Strecke Wien Hbf. – Ebreichsdorf – Ebenfurth – Sopron – Deutschkreutz in einem eigenen Los betreiben. Ein täglicher Studentakt Wien Hbf. – Deutschkreutz und Halbstundentakt Montag bis Freitag Richtung Wien und nachmittags von Wien nach Deutschkreutz soll für die Fahrgäste im Burgenland gesichert werden. Diese Bestellung ist durch den Bund (BMVIT) geplant und wurde bereits am 5. Dezember 2019 europaweit angekündigt. Entsprechend ist ein Vertragsabschluß mit Dezember 2020 für die fraglichen Strecken vergaberechtlich möglich.

Auch für die aktuell vom derzeit größten Verkehrsunternehmen des Landes (ÖBB) betriebenen Strecken ist eine Vergabe zusätzlicher Verkehre für die kommenden zehn Jahre eingetaktet. Während der kommende Fahrplan mit Start 15. Dezember 2019 mit seinen massiven Angebotssteigerungen über eine einjährige „Notvergabe“ seitens BMVIT gesichert ist, wurde bereits eine europaweite Ankündigung für das kommende Jahrzehnt bis 2029 veröffentlicht. Dieser heuer angekündigte Verkehrsdienstvertrag für die aktuell von der ÖBB in der Ostregion betriebenen Strecken soll neue Maßstäbe im Schienenpersonennahverkehr schaffen.

Neben einer Ausweitung im ersten Jahr von rund 3 Mio. Zug-km gegenüber dem

Jahr 2019 soll es im Zuge der Vertragslaufzeit bis 2029 gesamt über 9 Mio. zusätzliche Angebotskilometer für die Fahrgäste in der Ostregion geben.

Bohrn: Seit 35 Jahren Vorzeigemodell

„25 Prozent mehr Angebot bis 2029 bringen diese gemeinsamen Aktivitäten der Gebietskörperschaften und des Bundes für die Fahrgäste in der Ostregion – ein Plus für Umwelt und Klima genauso wie für Lebensqualität und Wirtschaftsstandort“, faßt VOR-Geschäftsführer Thomas Bohr zusammen. „Die Ostregion ist seit 35 Jahren ein VOR-zeigemodell – über den VOR tragen alle drei Bundesländer in laufender Abstimmung mit unseren Partnern im Bund Sorge für Gesamtlösungen im Sinne der Menschen – diese tiefe Kooperation ist ein Hauptgrund, warum unsere Region mit all ihren lokalen Unterschieden und Besonderheiten zu einer der lebenswertesten der Welt gehört“, unterstreicht auch VOR-Geschäftsführer Wolfgang Schroll.

Überblick über den Ausbau des Schienenangebotes in der Ostregion

1. ÖBB Ostregion

Auf den derzeit von der ÖBB betriebenen Strecken in der Ostregion sind unter anderem folgende Verbesserungen vorgesehen:

- 2026/2027 soll die Verbindungsbahn Wien Meidling – Wien Hütteldorf nach dem Infrastrukturausbau zukünftig alle 15 Minuten zwischen Wien Hütteldorf über Wien Meidling, Wien Hbf. nach Aspern Nord verkehren. Dadurch wird eine schnelle Stadttangente zur Verbindung

der westlichen und östlichen Bezirke geschaffen.

- Im Jahr 2026 kommt es auch zu Veränderungen auf der Südachse durch die geplante Inbetriebnahme der Koralmbahn, die sich bis Wien im Angebot auswirkt und zu Anpassungen im Nahverkehr auf der Südachse führt.
- Die Fertigstellung des Semmering-Basistunnels im Jahr 2027 führt zur Umstellung des gesamten Nahverkehrs im Süden Wiens mit Auswirkungen auf die Strecken bis Retz/Znojmo, Laa und Böeclav. Dabei kommt es zur wohl größten Angebotsänderung, vergleichbar mit der Fertigstellung der Neubaustrecke Wien – St. Pölten im Jahr 2012.
- Neben der Fertigstellung des Semmering-Basistunnels soll zur gleichen Zeit die Schleife Ebenfurth an der Pottendorfer Linie die Fahrzeit ins Burgenland verkürzen.
- Auch die Modernisierung der Mattersburger Bahn ist ein zentraler Baustein für die große Angebotsverbesserung aus dem Süden nach Wien.
- Der Knoten Wiener Neustadt soll durch halbstündliche schnelle REX-Verbindungen nach Wien (mit alleinigem Zwischenhalt Baden) attraktiv angebunden werden. Dabei werden auch zusätzliche umsteigefreie Verbindungen von Payerbach-Reichenau nach Wien geschaffen.
- Im Jahr 2028 soll letztlich die ausgebaute Nordbahn-Strecke fertiggestellt werden, die Fahrzeitkürzungen und Verbesserungen im Angebot mit sich bringen soll.
- Die Sitzplätze wachsen von rund 600.000 pro Tag im Jahr 2020 auf über 800.000



Die Fertigstellung des Semmering-Basistunnels im Jahr 2027 führt zur Umstellung des gesamten Nahverkehrs im Süden Wiens.

Innenpolitik

Foto: ÖBB / Roman Börsch



Der Wiener Hauptbahnhof im Zentrum des Verkehrsverbundes Ostregion

Sitzplätze pro Tag im Jahr 2029 (30% Zuwachs bis 2029).

- Abseits der Ausbauten der Hauptachsen sind viele weitere Verbesserungen geplant, die zahlreiche Angebotsverbesserungen mit sich bringen werden:
 - Auf der Franz-Josefs-Bahn soll 2021 der Bahnhof St. Andrä-Wördern mit vier S-Bahn-Zügen der Linie S40 in der Hauptverkehrszeit angefahren werden.
 - Im Jahr 2023 soll ein zusätzlicher Bahnsteig in Hadersdorf am Kamp eine Verbesserung der REX-Linie Wien FJB – Hadersdorf – Krens und der Regionallinie Horn – Hadersdorf – Krens – St. Pölten mit sich bringen.
 - Die Modernisierung der Kemptalbahn, Erlaufalpbahn, Traisentalbahn und Puchbergerbahn soll zukünftig Fahrzeitkürzungen und Verbesserungen im Angebot mit Halbstundentakten in der Hauptverkehrszeit und Erreichbarkeitsvorteile für die PendlerInnen ermöglichen.
 - Der Ausbau des Angebots auf der Innere Aspernbahn zwischen Wien – Kledering und Felixdorf soll eine zusätzliche Nahverkehrsachse im Süden Wiens schaffen. Hier ist ein Halbstundentakt bis 2027 in Planung.

- Die Angebote der Regionallinien rund um Wiener Neustadt werden ebenso weiter ausgebaut und verbessert.

2. Wiener Lokalbahnen

Bis Dezember 2023 (Fahrplan 2024) sukzessive Auslieferung von 18 neuen Triebwagen der Type 500, diese ersetzen die alten, nicht barrierefreien Triebwagen der Type 100 aus den 1970-1990er Jahren. Es bestehen weitere Optionen auf bis zu 16 neue Fahrzeuge, die bei Bedarf zum Einsatz kommen

- Ab Dezember 2023 (Fahrplan 2024)
 - Zeitliche Ausweitung des 7,5-Minuten-Taktes ab Wiener Neudorf nach Wien von 5 – 21 Uhr (1,5h früher als bisher; bis dahin erst ab 06:30)
 - Züge verkehren nach Wiener Neudorf in Doppeltraktion, daraus ergeben sich im 7,5-Minuten Takt 25% mehr Sitz- und Stehplätze pro Stunde und Richtung
- Option ab 2026: Verlängerung des 7,5-Minuten-Taktes bis Traiskirchen Lokalbahn
- Option ab 2028
 - Verlängerung des durchgängigen 7,5-Minuten-Taktes bis Baden Josefsplatz; damit durchgehender 7,5-Minuten-Takt Wien Oper – Baden Josefsplatz an Werktagen

3. NÖVOG

Auf den von der NÖVOG betriebenen Strecken sind unter anderem folgende Verbesserungen vorgesehen:

- Neues Angebot mit Ausweitung Abendverkehr bis 23 Uhr, neuem Nachtzug an Wochenenden
- Täglicher (Mo – So) Stundentakt bis Laubenbachmühle (Neu: Taktlückenschlüsse und Ausweitungen am Abend), weiterhin morgens Halbstundentakt in Hauptverkehrszeit (HVZ)
- zwischen Laubenbachmühle und Mariazell weiterhin 2-Stundentakt täglich mit saisonalen Verstärkerzügen (Wanderzüge)
- Option: ½-Stundentakt bis Kirchberg/ Pielach neu nachmittags (Mo-Fr, ganztägig); Taktverdichtungen saisonal

4. Raaberbahn

Das Angebot auf den von der Raaberbahn betriebenen Strecken soll abgesichert und ausgebaut werden:

- Ab 2021 verkehrt die Raaberbahn auf der Strecke Wien Hbf. – Ebreichsdorf – Ebenfurth – Sopron – Deutschkreutz in einem eigenen Los
- Täglicher Stundentakt Wien Hbf. – Deutschkreutz 5 - 23 Uhr (heute insb. am Wochenende deutlich weniger Angebot)
- Halbstundentakt Montag bis Freitag Richtung Wien und nachmittags von Wien nach Deutschkreutz

Der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR)

Als größter Verkehrsverbund Österreichs vereint VOR alle öffentlichen Verkehrsmittel in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. VOR ist in diesen drei Bundesländern mit der Planung, Koordination und Optimierung des öffentlichen Verkehrs für jährlich rund eine Milliarde Fahrgäste betraut. Zu den Kernaufgaben gehören die Tarif- und Fahrplangestaltung ebenso wie Kundenservice und die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen. Sämtliche Regional- und Stadtbusleistungen sowie ein Teil der Schienenverkehrsleistungen werden in der Ostregion durch VOR beauftragt.

Die ExpertInnen des Verkehrsverbundes sind auch über die Ostregion hinaus als Impulsgeber und Ansprechpartner für intelligente und intermodale Mobilität tätig. ■

<https://www.burgenland.at/>
<http://www.noel.gv.at/>
<https://www.wien.gv.at/>
<https://www.vor.at/>

Budget 2020: Rekord-Investitionen im Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil gab vor seiner Budgetrede eine persönliche Erklärung zu seiner Gesundheit ab

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat in seiner Funktion als Landesfinanzreferent am 14. November dem Burgenländischen Landtag den Landesvoranschlag für 2020 vorgelegt: Für kluges Wachstum im Land steht 2020 die Rekordsumme von 321,7 Mio. Euro bereit, gleichzeitig wird der Weg des Schuldenabbaus fortgesetzt, kündigte Doskozil an. Zuvor nutzte der Landeschef seinen ersten Redeauftritt nach seiner Stimmband-Operation auch für eine persönliche Erklärung – denn es sei „ein Gebot der Transparenz“, die Bevölkerung über seine gesundheitliche Verfassung zu informieren: Seine Stimme sei noch von einer Heiserkeit beeinträchtigt, die er mit Sprachtraining und anderen Maßnahmen bald in den Griff zu bekommen hoffe. Der Grund hierfür sei ein beeinträchtigter Stellknorpel im Kehlkopf, der im ersten Halbjahr 2020 nochmals operativ behandelt werden müsse. Er sei zuversichtlich, daß die Stimmprobleme dann endgültig behoben sind. „Ich sage auch ganz klar, daß ich keinen Krebs habe und es sich um keine lebensbedrohliche Krankheit handelt – um allen diesbezüglichen Gerüchten vorzubeugen“, so Doskozil. Er wolle kein scheinheiliges Mitleid von politischen Mitbewerbern und auch nicht, daß mit seiner Beeinträchtigung Politik gemacht werde. „Mir geht es um einen objektiven und fairen Umgang mit diesem Thema – nicht anders als vielen anderen Burgenländerinnen und Burgenländern, die auch gesundheitliche Probleme haben“, erklärte Doskozil. Die klare Botschaft des Landeshauptmanns, auch mit Verweis auf das Budget 2020: „Ich kann ihnen heute mit 100 Prozent Sicherheit sagen, daß meine angeschlagene Stimme kein Hindernis für mich darstellt, die notwendigen und richtigen Entscheidungen für das Burgenland zu treffen!“

Größte Einzelinvestitionen

Das Budget 2020 steht im Zeichen der größten Einzelinvestition, die das Burgenland je getätigt hat: Im kommenden Jahr erfolgt der Spatenstich für das neue Landeskrankenhaus in Oberwart. Dafür werden im



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei der Präsentation des Landesvoranschlags 2020 vor dem Burgenländischen Landtag

Landesvoranschlag 2020 erstmals Mittel in Höhe von 50 Mio. Euro für den Neubau budgetiert. Weitere Tranchen werden in den nächsten Jahren je nach Baufortschritt abgerufen.

Die gesamten Auszahlungen des Landes steigen im Budget 2020 von 1,16 auf 1,36 Milliarden Euro. Trotz der hohen Investitionssumme konnte Finanzreferent Hans Peter Doskozil dem Landtag für 2020 ein ausgeglichenes Budget vorlegen. Dieses stehe auch unter dem Motto „Versprochen – gehalten“ – weil neben dem Krankenhaus Oberwart auch der Pflegereform, dem Mindestlohn im Landesdienst und bildungspolitischen Initiativen, wie dem Gratiskindergarten, Rechnung getragen werde.

Investitionen in die Zukunft des Landes

Doskozil: „Mit diesem Budget setzen wir die Politik des klugen Wachstums für unser Land fort. Mein Ziel ist, das Burgenland in noch mehr Bereichen ganz nach oben zu bringen. Mit diesem Budget gehen wir nun in die Umsetzung. Wir investieren viel Geld in unsere Schwerpunkte wie Gesundheitsver-

sorgung, Bildung, Pflege, die Biowende und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Unsere Investitionsquote steigt von 23 Prozent auf den neuen Rekordstand von 23,7 Prozent, was einer Gesamtsumme von 321,7 Mio. Euro entspricht. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes, in die Stärkung der Infrastruktur und des Wirtschaftsstandortes und vor allem auch in sichere Arbeitsplätze.“

Schuldenabbau wird fortgesetzt

Dank guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, höheren Ertragsanteilen und einem verantwortungsbewußten Budgetmanagement steht das Burgenland finanziell derzeit gut da. Gleichzeitig wurde für bereits gestartete Schwerpunkte wie Gratis-Kindergarten oder Pflegereform schon im Nachtragsvoranschlag 2019 finanziell vorgesorgt. Entsprechend kann der Schuldenabbau weiter fortgesetzt werden. Doskozil: „Ich bin mir der großen Verantwortung für Burgenlands Steuerzahler bewußt. Daher gehen wir mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler weiter sorgfältig um. Wir machen keine neuen Schulden, sondern reduzieren den

»Burgenland Journal«

Schuldenstand im Jahr 2020 erneut um rund zwei Millionen Euro.“ Die äußerst solide Finanzbasis wurde am 25. Oktober auch von der Rating-Agentur Standard & Poor's bestätigt. Demnach ist die Bonität des Landes hoch und wird mit der zweitbesten Note AA bewertet.

Gut und sicher leben im Burgenland

Zusammenhalt ist uns im Burgenland viel Wert. Daher nimmt der Posten soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung mit 373,3 Mio. Euro auch 2020 den größten Anteil am Gesamtbudget ein. Die Mittel für die stationäre Pflege erhöhen sich von 92 auf 104,5 Mio. Euro, die Mittel für die Mobile Pflege von 22,3 auf 25,9 Mio. Euro. Auch die Gelder für die Wohnbauförderung werden 2020 von 126,9 auf 129,1 Mio. Euro aufgestockt.

Mehr Geld gibt es auch im Bildungsbe- reich, wo Schwerpunkte wie Gratiskinder- garten und kostenloser Englisch-Unterricht budgetiert werden. Die Mittel im Bereich Bildung steigen von 277,2 auf 290,4 Mio. Euro.

Größte Budget-Steigerung im Gesundheitsbereich

Den stärksten Anstieg bei den Auszahlun- gen gibt es im Gesundheitsbereich. Mit der Bereitstellung von 50 Mio. Euro für den Neu- bau des Krankenhauses in Oberwart steigen die Auszahlungen signifikant. Nach 116,8 Mio. Euro im Voranschlag 2019 sind im Vor- anschlag 2020 rund 172,6 Mio. Euro für den Gesundheitsbereich vorgesehen. Darin eben- falls enthalten sind unter anderem Mittel für die Akutordinationen im Land, Maßnahmen gegen den Landarztmangel wie Uni-Stipen- dien und ein Landesbeitrag für das Rettungs- wesen.

Ausgewogenes Budget mit Einsparungen

Den gestiegenen Investitionen in vielen Bereichen stehen auch Einsparungen gegen- über. Die Mittel für die Mindestsicherung reduzieren sich beispielsweise von 10,9 auf 9,6 Mio. Euro und die Kosten für die Flücht- lingshilfe reduzieren sich weiter von 14,9 auf 11,8 Mio. Euro.

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil erklärte abschließend: „Ich bin davon über- zeugt, daß ich dem Landtag heute ein ausge- wogenes Budget vorlegen konnte, mit dem wir die wichtigsten Vorhaben im Land 2020 aktiv angehen können. Dieses Budget unter- streicht, daß wir trotz anstehender Wahlen – wie angekündigt – bis zum Schluß für das Land arbeiten.“

Budget im Landtag beschlossen

Der Burgenländische Landtag hat nach einer zweitägigen Debatte am 12. Dezember den Landesvoranschlag 2020 beschlossen. Für kluges Wachstum im Land steht 2020 die Rekordsumme von 321,7 Millionen Euro bereit. Gleichzeitig wird der Weg des Schuldenabbaus fortgesetzt.

Das Budget 2020 steht mit 1,36 Milliar- den Euro aber auch im Zeichen der größten Einzelinvestition, die das Burgenland je getätigt hat. Trotz dieser hohen Investitions- summe konnte Finanzreferent Landeshaupt- mann Hans Peter Doskozil dem Landtag für 2020 ein ausgeglichenes Budget vorlegen. Dieses Budget steht auch unter dem Motto „Versprochen – gehalten“ – weil neben dem Krankenhaus Oberwart auch der Pflegere- form, dem Mindestlohn im Landesdienst, der Biowende und den bildungspolitischen Initiativen Rechnung getragen werde.

„Mit diesem Budget für das Jahr 2020 werden wir jene politischen Ziele umsetzen, die wir gemeinsam mit dem Koalitionspart- ner mit Handschlagqualität akkordiert haben. Mit diesem Budget setzen wir die Politik des klugen Wachstums für unser Land fort. Mein Ziel ist, das Burgenland in noch mehr Bereichen ganz nach oben zu bringen. Mit diesem Budget gehen wir nun in die Umsetzung. Wir investieren viel Geld in unsere Schwerpunkte wie Gesundheits- versorgung, Bildung, Pflege, die Biowende und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Unsere Investitionsquote steigt von 23 Pro- zent auf den neuen Rekordstand von 23,7 Prozent, was einer Gesamtsumme von 321,7 Millionen Euro entspricht. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes, in die Stärkung der Infrastruktur und des Wirtschaftsstandor- tes und vor allem auch in sichere Arbeits- plätze.“ ■

Güssing wird zur Schwerpunkt-BH



Landtagspräsidentin Verena Dunst (l.) mit Güssings Bezirkshauptfrau Nicole Wild

Ich freue mich über die großartige Chance, die die erste ‚Schwerpunkt-BH‘ für die Menschen im Bezirk Güssing bietet. Es ent- stehen neue wertvolle Arbeitsplätze, die die Region stärken“, erklärte Landtagspräsi- dentin Verena Dunst.

Ab Jänner 2020 erledigt die BH Güssing Verkehrsstrafen von Ausländern beziehungs- weise mit Auslandsbezug (die sogenannten CBE-Delikte – Cross Border Enforcement of road traffic offences) von Güssing aus für das gesamte Burgenland. Die Maßnahme schafft und sichert im Bezirk Güssing Arbeitsplätze.

Für das Jahr 2021 sind weitere Schritte in Richtung Dezentralisierung in Planung, wel- che im Augenblick überprüft werden. Es ist

geplant, daß ab 2021 alle Anonymverfügun- gen und weitere StVO-Verfahren von der BH Güssing für das gesamte Burgenland erledigt werden.

Zusätzliche Arbeitsplätze werden geschaf- fen, im Sinne der Dezentralisierung/Regio- nalisierung werden BH-Aufgaben im Süd- burgenland bzw. im ländlichen Raum zu- sammengefaßt und von dort aus für alle Be- zirke erledigt. Die komplexen Verfahren mit Auslandsbezug erfordern eine Spezialisierung und Bündelung des Know Hows an einer Dienststelle. Das läßt mehr Effizienz und eine Vereinheitlichung bei der Abwicklung er- warten.

<https://www.burgenland.at/verwaltung/bezirksverwaltungsbehoerden/bh-guessing/>

Neubau eines Spitals

LH Hans Peter Doskozil präsentierte Ergebnisse und erste Umsetzungsschritte des »Masterplans Burgenlands Spitäler«



Foto: Bgld. Landesmedien service

Präsentation des „Masterplans Burgenlands Spitäler“ (v.l.): KRAGES-Geschäftsführer Harald Keckeis, Projektleiter Johannes Zsifkovits, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Gesundheitsplaner und EPIG-Geschäftsführer Wolfgang Habacher.

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil kündigte gemeinsam mit KRAGES-Geschäftsführer Harald Keckeis, Projektleiter Johannes Zsifkovits und dem Gesundheitsplaner und EPIG-Geschäftsführer Wolfgang Habacher am 19. November den Neubau eines Spitals im Zentrum des Bezirks Neusiedl an: „Ab sofort wird ein Projektteam an der Standortsuche und allen nötigen Vorbereitungsarbeiten arbeiten. Auf der Basis eines EPIG-Gutachtens im Masterplan-Projekt haben wir den Raum zwischen Neusiedl, Weiden und Gols als möglichen Standort ins Auge gefaßt. Damit wird die Gesundheitsversorgung im Norden des Burgenlandes nachhaltig und langfristig auf höchstem Niveau gesichert – und zwar so, daß der gesamte Bezirk planerisch bestmöglich abgedeckt wird“, betonte Doskozil.

Wesentliches Argument sei der hohe Investitionsbedarf im Krankenhaus Kittsee. Auch die geographische Lage des Standorts Kittsee werde von den Experten des Grazer EPIG (Entwicklungs- und Planungsinstitut für Gesundheit) als gesundheitsplanerisch unzureichend eingeschätzt. „Der ins Auge gefaßte Standort deckt ein Einzugsgebiet von 30 Minuten Fahrzeit für 105.000 Menschen im Nordburgenland und angrenzenden Regionen ab – vor allem den gesamten Seewinkel“, wurde bei der Präsentation von EPIG-Geschäftsführer Wolfgang Habacher bestätigt.

KH Kittsee wird bis zur Verlegung weitergeführt

Beide Argumente, Investitionsbedarf und Erreichbarkeit, führten im Zuge des Projekts Masterplan zur Erkenntnis, daß eine Standortverlegung mit einem Neubau im Bezirk Neusiedl/See am sinnvollsten ist. KRAGES-Geschäftsführer Harald Keckeis betonte, daß das bestehende Krankenhaus Kittsee bis zur Verlegung in das neue Spital selbstverständlich weitergeführt und auf Stand gehalten werde.

Bedeutung eines neuen Standardspitals für das nördliche Burgenland

Das neue Spital wird von der KRAGES errichtet werden – mit einem Planungsteam wie beim Neubau des Krankenhauses Oberwart, der wie geplant kommendes Jahr starten werde. Im Unterschied zum südburgenländischen Leitspital neu soll die neue Klinik im Bezirk Neusiedl/See ein Standardspital werden, von der Größe her vergleichbar in etwa mit dem Krankenhaus Oberpullendorf – aber von Grund auf neu geplant, dem Bedarf des Bezirks mit der österreichweit am stärksten wachsenden Bevölkerung angepaßt.

Versorgung 24/7

Standardspital bedeutet: Es gibt eine Basisversorgung für das Einzugsgebiet. Das heißt im Wesentlichen: Die Notfalls- und Akutambulanz sowie die Interne Abteilung

inklusive einer Intensivüberwachung sind 24 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche in Betrieb. Unter der Woche werden Operationen mit geringerem Komplexitätsgrad sowie geplante Operationen durchgeführt. Terminambulanzen und Spezialambulanzen stehen ebenfalls Montag bis Freitag zur Verfügung. Weiters soll eine Akut-Geriatrie und die Remobilisierung nach Operationen für das gesamte Nordburgenland im neuen Standort Platz finden. Alles Weitere wird in der Bedarfsplanung festgelegt werden. Das Projekt starte ab sofort, so Landeshauptmann Doskozil. Als Eröffnungsdatum für ein neues Spital ist spätestens das Jahr 2030 realistisch.

Unfallambulanz Frauenkirchen wird in Planung berücksichtigt

In diese Bedarfsplanung einbezogen wird auch die bestehende Unfallambulanz in Frauenkirchen, die von den Barmherzigen Brüdern betrieben wird. Der Standort bleibt in jedem Fall als Gesundheitseinrichtung erhalten. Sowohl Kittsee als auch Frauenkirchen sollen als vorgelagerte Standorte bestehen bleiben und sollen mit Primärversorgungszentren ausgestattet werden, sodaß sowohl der Norden als auch der Süden des Bezirks ärztlich bestmöglich versorgt sind.

Fünffache Standortgarantie

Der Masterplan macht konkrete Vorgaben zur Zukunftsentwicklung aller fünf burgen-

»Burgenland Journal«

ländischen Spitalsstandorte. Für diese hat Doskozil eine Standortgarantie abgegeben. „Das war für mich immer außer Diskussion“, sagte er bei der Präsentation erneut. Was der Masterplan jedoch bringe, sei eine bessere Leistungsabstimmung nach dem Bedarf, den das Burgenland in Sachen Spitalversorgung habe. Hier haben die 21 Arbeitsgruppen des Masterplans im Laufe der vergangenen Monate „wirklich wertvolle Arbeit geleistet, für die ich mich bei allen Beteiligten noch einmal ausdrücklich bedanken will“, so der Landeschef.

Status quo ausbauen bei den beiden Leitspitälern

Eisenstadt und Oberwart werden als Schwerpunktkrankenhäuser mit umfassendem Leitungsspektrum für die Versorgungsregionen Burgenland Nord und Burgenland Süd positioniert bleiben. Die Standorte im Bezirk Neusiedl, Oberpullendorf und Güssing werden weiterhin die Rund-um-die-Uhr-Versorgung in Wohnortnähe gewährleisten. Sie werden ihre Leistungsspektren noch mehr auf den Bedarf der jeweiligen Region abstimmen, miteinander kooperieren, Terminambulanzen mit gewissen Schwerpunkten anbieten sowie vor allem geplante Operationen anbieten. Auch organisatorisch werde die KRAGES die Zusammenarbeit von Abteilungen der landeseigenen Krankenhäuser modernisieren.

Neuer Hubschrauber, neue Rettungstransporter, neue Versorgungsformen

Zur Verbesserung der Rettungssysteme soll es einen zusätzlichen Rettungshubschrauber mit Standort Bezirk Neusiedl am See und zwei zusätzliche Einsatzfahrzeuge für Verlegungstransporte im Nord- und Südburgenland geben.

Bei der Absicherung der wohnortnahen ärztlichen Versorgung will Doskozil neben den bereits eingeleiteten Maßnahmen überdies die KRAGES auch als Betreiber von Primärversorgungseinheiten positionieren, die nicht besetzbare haus- und fachärztliche Kassenstellen übernehmen, wenn diese von der BGKK ausgeschrieben werden.

Engere Kooperation KRAGES – Kurbad Tatzmannsdorf

Geplant ist auch eine verstärkte Kooperation der Burgenländischen Krankenanstalten-Ges.m.b.H. (KRAGES) mit der Kurbad Tatzmannsdorf AG. Beide sind unter dem Dach der Landesholding Burgenland vereint, weitere Schritte werden hierzu demnächst geprüft.

Verbesserte Gesundheitskompetenz

Weiters geplant seien: Maßnahmen zur generellen Verbesserung der Gesundheitskompetenz der Burgenländerinnen und Burgenländer, zur Vorsorge und zur Information über die Angebote der Spitäler und auch zur

weiteren Digitalisierung des Spitalswesens und die Umsetzung von innovativen Versorgungskonzepten wie „Fast Track Recovery“ nach geplanten Hüft- und Knie-Operationen.

Nächste Schritte

Die MitarbeiterInnen in den burgenländischen Spitälern werden laufend über die Masterplan-Maßnahmen informiert. Zur Standortverlegung im Bezirk Neusiedl am See werden KRAGES und die Landesimmobilienverwaltung BELIG noch im Dezember eine Projektgruppe bestimmen. Die Landesspitäler der KRAGES haben in einzelnen Bereichen bereits damit begonnen, organisatorische Schritte entsprechend des Masterplans zu setzen.

Kostendämpfung und Investitionen in die Zukunft

„Wir leiten strukturelle und organisatorische Maßnahmen zur Kostendämpfung ein, wir werden aber nicht einfach nur sparen, wo es um die Gesundheit der Bevölkerung geht. Wir wollen nachhaltig in die Gesundheit der Menschen im Burgenland investieren. Um das zielgerichtet und bedarfsgerecht tun zu können, war das Projekt Masterplan entscheidend. Der Masterplan zielt darauf ab, nachhaltig die Versorgungsqualität im gesamten Bundesland zu stärken und für die Zukunft abzusichern“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil abschließend. ■

BURGEF

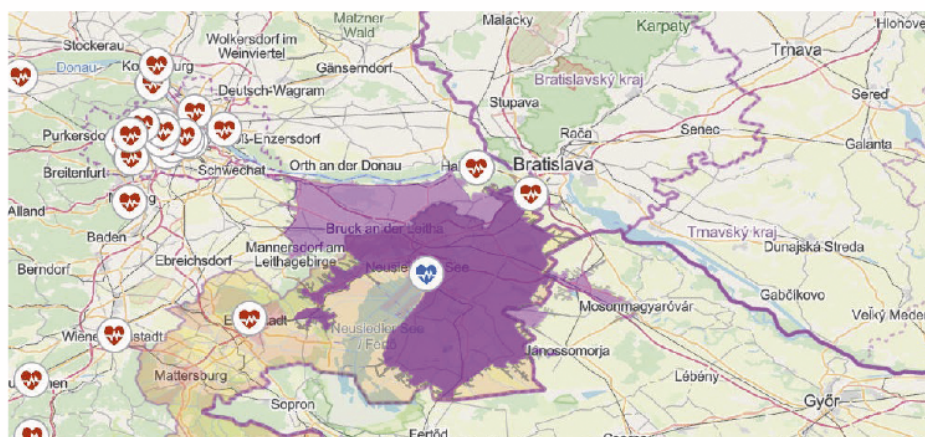
Burgenländischer Gesundheitsfonds

**NEUER
STANDORT
IM NORDEN**



**EPIG-
Berechnung für
Spitalsstandort
NEUSIEDL –
GOLS – WEIDEN**

MASTERPLAN Burgenlands Spitäler



Einzugsgebiet berechnet mit 30 Minuten Fahrzeit

- ⇒ Standort liegt nahe an zentralen Verkehrswegen und regionalen Ballungsräumen
- ⇒ Abdeckung der Bevölkerung: ca. 110.000 Einwohner, davon ca. 105.000 Einwohner aus Österreich bzw. ca. 67.000 Einwohner aus dem Burgenland

Erinnerung lebendig halten für eine friedliche Zukunft

Kranzniederlegung vor dem Landhaus im Gedenken
an die Opfer des Krieges und des Faschismus



Foto: Bgld. Landesmedien Service

v.l.: Landesrat Christian Illedits, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Walter Pronai von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, Susanne Steiger-Moser, Landesvorsitzende des Bundes der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

Der Burgenländische Landtag mit Landtagspräsidentin Verena Dunst an der Spitze, die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung und der Landesfonds für die Opfer des Krieges und Faschismus gedacht am 14. November mit einer feierlichen Kranzniederlegung vor dem Landhaus jener BurgenländerInnen, die von 1938 bis 1945 aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen dem Naziregime zum Opfer gefallen sind. Der Klassenchor 3C des BORG Kurzweide Eisenstadt umrahmte mit musikalischen Beiträgen die Gedenkfeier.

Illedits: Andenken bewahren

„Mit der Kranzniederlegung wollen wir jenen Menschen ein Andenken bewahren, die als Soldaten im Krieg gefallen sind oder unter der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten in der Zeit von 1938 bis 1945 aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer politischen Gesinnung verfolgt, misshandelt und getötet wurden. In der

heutigen Zeit finden radikale Positionen in Österreich, Deutschland und anderen westlichen Staaten im Zuge des aktuellen Weltgeschehens – wie Wirtschaftskrisen, jahrelang schwelenden Kriegen und Konflikten im Nahen Osten, Flüchtlingsströmen und vielem mehr – wieder verstärkt Zulauf. Besonders wahrnehmbar verläuft diese Entwicklung im Bereich des Rechtsextremismus und des extremistischen Islamismus. Haß, Rassismus und Radikalisierung im Netz, Mobbing, Stalking, die Gewalt in der Sprache, bewußt falsche Interpretation von Meinungsfreiheit – wie das Leugnen des Holocaust – gehören zu den Bedrohungsszenarien der heutigen Zeit“, erklärte Landesrat Christian Illedits. „Wir leben in Österreich seit über 70 Jahren in Frieden. Die Lehren, die wir aus der Geschichte ziehen sind, daß Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Intoleranz in unserer Gesellschaft keinen Platz haben dürfen – wir sind aufgerufen, uns der Gewalt und dem Faschismus entgegenzustellen. Es

ist unsere menschliche Pflicht, sich der Werte zu besinnen, die ein friedvolles und respektvolles Zusammenleben und gemeinsames Wirken garantieren.“

Dunst: Erinnerung und Genken sind Gütekriterien unserer Demokratie

Landtagspräsidentin Verena Dunst mahnte in ihrer Ansprache: „Erinnerung und Gedenken sind ausschlaggebende Gütekriterien unserer Demokratie. Wir dürfen nicht vergessen, daß die persönliche Freiheit unser wertvollstes Gut ist. Und wir dürfen keinesfalls zulassen, daß sich die Geschichte wiederholt. Besinnen wir uns darauf, was die Burgenländerinnen und Burgenländer der Kriegs- aber auch Nachkriegszeit geleistet haben und behalten wir die Schrecken des Krieges in mahnender Erinnerung. Nur so kann unsere Gesellschaft dauerhaft aus der Geschichte lernen und die heutige Jugend dadurch in der Gegenwart adäquat die Zukunft gestalten.“ ■

Leitbild für die ältere Generation 2030

Landesrat Christian Illedits: »Mit dem neuen Leitbild wollen das Land Burgenland und der Seniorenbeirat Verbesserungen für die ältere Generation erzielen.«

Seit Jahren ist in Europa ein Wandel in der Demografie und der Bevölkerungsstruktur festzustellen. Gerade das Burgenland ist davon besonders betroffen. Ein Vergleich aller österreichischer Bundesländer zeigt, daß das Burgenland derzeit mit 29,3 Prozent den höchsten Anteil der über 60-jährigen Wohnbevölkerung hat. „Der demografische Wandel und die zunehmende Digitalisierung fordern uns auf, Strategien zu entwickeln, um auf die Herausforderungen, die eine älter werdende Gesellschaft darstellt, entsprechend vorbereitet zu sein und darauf reagieren zu können. Die burgenländische Politik nimmt deshalb mit einem breit angelegten Diskussionsprozeß ihre hohe soziale Verantwortung gegenüber der älteren Generation im Land wahr“, so Soziallandesrat Christian Illedits, der gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Burgenländischen Landesseniorenbeirats, Helmut Bieler, die Erarbeitung eines „Leitbildes für die ältere Generation 2030“ präsentierte.

„Zu Jahresbeginn 2019 waren im Burgenland über 86.000 Personen über 60 Jahre alt. Das sind um 15.390 Personen mehr als im Jahr 2009, was einer Zunahme von fast 22 Prozent entspricht. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen“, erklärte Illedits die aktuelle Ausgangslage.

Bereits im Jahr 2008 wurde ein Leitbild aufgelegt

Bereits im Jahr 2008 wurde im Burgenland ein Leitbild für die ältere Generation aufgelegt. Viele der damaligen Handlungsempfehlungen wurden in der Zwischenzeit erfolgreich umgesetzt. Beispiele dabei sind etwa der Ausbau im Bereich des Betreuten bzw. betreubaren Wohnen, das Taxi 60plus, diverse Gemeindetaxis, die die Mobilität für ältere Menschen ohne Auto verbessert haben und natürlich auch die Aktivitäten im Pflegebereich, etwa die Ausweitung der Bettenkapazitäten im stationären Bereich, bessere Voraussetzungen für die Pflege durch Angehörige, eine bessere Ausbildung von Pflegekräften, usw.

„Gemeinsam mit dem Landesseniorenbeirat hat das Land Burgenland wieder einen



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Helmut Bieler (Vorsitzender Landesseniorenbeirat, l.) mit Soziallandesrat Christian Illedits

Prozeß zur Erstellung eines Leitbilds für die ältere Generation eingeleitet. In Workshops werden, in Begleitung von ÖIR, die Inhalte erarbeitet und diskutiert. Das Ziel ist es, das Bewußtsein für die Bedürfnisse und Anliegen der älteren Generation weiter zu präzisieren und einen Orientierungsrahmen für die Politik zu geben“, betonte Landesrat Illedits bei der Pressekonferenz am 26. November. Die Vielfältigkeit des Alters und die Abkehr von der Sichtweise, daß das Alter für die Gesellschaft belastend ist, soll bei der Bearbeitung im Vordergrund stehen.

Gut und sicher leben

Unter dem Titel „Gut und sicher leben“ werden beispielsweise Themen wie altersgerechtes Arbeitsumfeld und Pensionen sowie Konsumentenschutz und Sicherheit behandelt. „Die Menschen werden nicht nur älter, sie sind dabei auch aktiver, gesünder und verfügen über mehr Bildung als frühere Generationen. Handlungsempfehlungen zu Freizeit, Kultur, Sport, Lebenslanges Lernen und politische Partizipation setzen hier an. Mobilität, Wohnen im Alter sowie Gesundheit und Pflege sind weitere zentrale Themen. Anders

als für die Generationen davor, wird alt werden in der digitalen Welt zur Selbstverständlichkeit und braucht deshalb auch für diesen Aspekt spezielle Aufmerksamkeit“, so der Landesrat weiter.

Neue Projekte sollen in das neue Leitbild einfließen

Der Vorsitzende des Burgenländischen Landesseniorenbeirates Helmut Bieler nannte dabei einige vorgeschlagene Projekte, die in das neue Leitbild einfließen sollen: „Ein Magazin mit dem Titel ‚Beste Jahre‘; die Installation eines Ombudsmanns bzw. einer Ombudsfrau für die ältere Generation, der oder die sich für die Anliegen der älteren Generation kümmert; ein ‚Marktplatz der Generationen‘, wo gemeinsam mit Jugend- oder Trägerorganisationen unter dem Motto ‚voneinander und füreinander lernen‘ gemeinsam gearbeitet wird sowie eine Informationskampagne, welche die digitale Medienkompetenz der älteren Generation verbessern soll.“

Das neue Leitbild soll im ersten Quartal 2020 im Landesseniorenbeirat beschlossen werden.

<https://www.burgenland.at/themen/soziales/seniorenfoerderung/>

Spatenstich für das neue Blaulichtzentrum in Stegersbach

Am 24. November wurde der Spatenstich für das neue Blaulichtzentrum in Anwesenheit von Landtagspräsidentin Verena Dunst und Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz durchgeführt. Mit ihnen legten auch Bürgermeister Heinz-Peter Krammer und Feuerwehr-Kommandant Klaus Sabara den Spaten an. Dunst erklärte: „Wir blicken auf ein einzigartiges Projekt. Feuerwehr, Polizei und Rotes Kreuz werden sich in der Zukunft an einem Standort befinden. Die Gemeinde hat sich unglaublich entwickelt.“

Tschürtz sagte vor dem Spatenstich: „Der Zusammenhalt klappt in Stegersbach perfekt. Ich bedanke mich daher auch bei der Ortsbevölkerung, die sich gemeinsam mit der Gemeinde für das Projekt einsetzt und großes Interesse daran zeigt. Dieses Blaulichtzentrum ist einzigartig im Burgenland und gibt es in dieser Form noch nicht.“

Das moderne Blaulichtzentrum entsteht am Standort vom alten Sportplatz. Die Feuerwehr und das Rote Kreuz sowie elf betreubare Wohnungen werden unter einem Dach versammelt. Zusätzlich soll in einem weiteren Bauabschnitt der Polizeiposten gebaut werden. Die Verhandlungen dazu sind bereits



Foto: Bgld. Landesmedien service

Landtagspräsidentin Verena Dunst (3.v.l.), Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz (2.v.r.) mit Bürgermeister Heinz-Peter Krammer (3.v.r.), OSG-Direktor Alfred Kollar (2.v.l.), FF-Kommandant Klaus Sabara (l.) und Leo Radakovičs (Vizepräsident Roten Kreuzes Burgenland, r.)

sehr weit fortgeschritten, bei weiteren positivem Verlauf wird mit dem Bau Mitte 2020 gestartet. Die Fertigstellung der Feuerwehr ist für das Frühjahr 2021 geplant, der Start

für die anderen Teile des Projektes wird voraussichtlich im ersten Quartal 2020 erfolgen, je nachdem es die Witterung zulässt.

<http://gemeinde.stegersbach.at/>

Grundsteinlegung für XXXLutz Zentrallager in Zurndorf

In der nordburgenländischen Gemeinde Zurndorf erfolgte am 29. November durch Landesrat Christian Illedits (in Vertretung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil), Landeshauptmann a.D. Hans Niessl, Landesrätin Daniela Winkler, Landesrat Heinrich Dörner, Landesrat Alexander Petschnig, Bgm. LAbg. Werner Friedl, XXXLutz Unternehmenssprecher Thomas Saliger und Alois Knauseder, Leiter der XXXLutz Bauabteilung, die Grundsteinlegung für ein Zentrallagerprojekt des Möbelhauses XXXLutz. Die Gesamtinvestitionssumme beläuft sich auf 60 Millionen Euro. Nach Fertigstellung dient das Zentrallager als zentrale Warenversorgung für Mittel- und Südosteuropa sowie zum Teil auch als E-Commerce-Lager für die Onlineshops der XXXLutz Gruppe. Insgesamt werden 110.000 m² Lagerfläche geschaffen, die durch die Stapelfähigkeit im Lager eine Gesamtlagerfläche von 280.000 m² ergibt.

„Ein gutes Miteinander hat wesentlich dazu beigetragen, diese neue XXXLutz-Heimstätte zu realisieren, damit auch die wirtschaftliche Entwicklung im Burgenland voranzutreiben und die Schaffung von neuen



Foto: Bgld. Landesmedien service

v.l.: Alois Knauseder (XXXLutz), LR Heinrich Dörner, LRin Daniela Winkler, LR Alexander Petschnig, LR Christian Illedits, LH a.D. Hans Niessl, Bgm. LAbg. Werner Friedl und Thomas Saliger (XXXLutz)

Arbeitsplätzen im Fokus zu haben. Mit 107.000 unselbstständig Beschäftigten im ganzen Burgenland und einer parallel dazu sinkenden Arbeitslosenquote spiegelt sich dieses gute Miteinander insgesamt gesehen nicht nur in der Standort-, sondern auch in der Beschäftigungspolitik positiv wider“, so

Landesrat Christian Illedits beim Spatenstich in Zurndorf, wo in der ersten Phase etwa 120 Personen beschäftigt sein werden, im Endausbau werden es dann etwa 320 Personen sein.

<https://www.zurndorf.at/>

<https://www.xxxlutz.at/>

Eisenstadt: Gemeinderat beschließt Budget 2020

Schulterschuß für Eisenstadt von ÖVP, SPÖ und Grünen

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt



Insgesamt 27 Tagesordnungspunkte umfaßte die letzte Sitzung des Eisenstädter Gemeinderates für 2019.

Insgesamt 27 Tagesordnungspunkte umfaßte die letzte Sitzung des Eisenstädter Gemeinderates für 2019 am 12. Dezember. Hauptaugenmerk lag dabei auf dem Haushaltsvoranschlag für 2020, der mit einer breiten Mehrheit von ÖVP, SPÖ und Grünen beschlossen wurde.

„Seit Beginn meiner Amtszeit ist es mir ein Anliegen, neben der ÖVP auch andere Parteien zur Mitarbeit zu gewinnen. Es freut mich daher ganz besonders, daß sich erstmals drei Fraktionen bereits im Vorfeld der Gemeinderatssitzung auf eine Zusammenarbeit verständigen konnten. Über die Parteigrenzen hinweg herrscht die größtmögliche Bereitschaft, den Erfolgskurs der burgenländischen Landeshauptstadt fortzusetzen“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner.

Für Finanzstadtrat Michael Freismuth ging es darum, den soliden Budgetkurs für Eisenstadt fortzuführen: „Jedes Budget ist eine Herausforderung, geht es doch darum, sparsam und effizient mit dem Steuergeld umzugehen, gleichzeitig aber die notwendigen Grundlagen für Investitionen in die Lebensqualität der Eisenstädter sicherzustellen. Mit dem Budget 2020 können wir diesen Kurs halten, obwohl die Zahlungen der Stadt an das Land für Sozialausgaben und Landesumlage schon die 8,5 Millionen Euro-Grenze überschritten haben.“

2. Vizebürgermeisterin Lisa Vogl ergänzt: „Wir haben uns entschieden mitzugestalten und ein erster wichtiger Schritt lag hier in der Zustimmung des Budgets 2020. Jede Partei hat natürlich ihre eigenen Schwerpunkte, doch wenn man zusammenarbeiten will, muß man Kompromisse finden. Deshalb freut es mich, daß wir ausreichend Schnittmengen gefunden zu haben.“

Breiter Konsens für Budget 2020

In Vorgesprächen konnte eine Zusammenarbeit zwischen ÖVP, SPÖ und Grünen fixiert werden. Konkret konnten sich die drei Fraktionen darauf einigen, mehrere Initiativen im kommenden Jahr gemeinsam umzusetzen. Die SPÖ brachte sich mit der Schaffung eines Jugendtreffpunkts in der Innenstadt, neuen Initiativen im Kulturbereich so-



Bürgermeister Thomas Steiner (m.) gemeinsam mit der 2. Vizebürgermeisterin Lisa Vogl und Finanzstadtrat Michael Freismuth

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

»Burgenland Journal«

wie der Revitalisierung von Trinkbrunnen ein. Seitens der Grünen fließen die Themen Fahrradfahren, Präventionsarbeit für Jugendliche und die Schaffung von naturnahen Spielplätzen in den Jahreshaushalt 2020 ein.

Weitere wichtige Projekte für 2020

- Errichtung des neuen Kindergartens St. Georgen: Der bestehende Kindergarten in St. Georgen ist in die Jahre gekommen und bedarf größerer Umgestaltungen. Daher hat sich die Stadt Eisenstadt entschieden, gemeinsam mit der OSG, eine neue Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung auf der Pfarrwiese zu realisieren. Insgesamt betragen die Errichtungskosten für den neuen Kindergarten etwa 2,38 Millionen Euro.
- Umsetzung des Stadtbaumkonzeptes: Mit der Erstellung eines eigenen Stadtbaumkonzeptes nimmt Eisenstadt eine Vorreiterrolle in Österreich ein. Darin verzeichnet ist, welche Baumarten an welchen Standorten in der Stadt gepflanzt sind wo noch Potential für Bäume ist.
- Großinvestition entlang der B50 in die Kreuzungssituation Lobzeile/Feldstraße/Bahnstraße: Rund 800.000 Euro werden in die Aus- und Umbau des Kreuzungsbereichs investiert. Ampelanlagen und die Neugestaltung der Abbiegespuren sollen einerseits den Verkehrsfluss erhöhen und andererseits die Verkehrssicherheit aller Teilnehmer erhöhen.
- Relaunch der Jugendkulturtage: Die Eisenstädter Jugendkulturtage wurde heuer bereits zum 8. Mal durchgeführt und nutzen 2020 als kreative Schaffenspause. Gemeinsam mit Ideen und Ergänzungen aus der Eisenstädter Jugend soll das Format überarbeitet und neukonzipiert werden.
- Bürgerbudget: Das Bürgerbudget geht nächstes Jahr bereits in die zweite Runde. Wie auch im Vorjahr wurden Projektideen gesammelt und in Bürgerbudgetabenden diskutiert. Aus 104 eingereichten Ideen wurden für jeden Stadtbezirk Projekte für das Jahr 2020 erarbeitet.
- Sanierung Trakt D der NMS Rosental: In der neuen Mittelschule Rosental wird die Stadt als Schulerhalter den Trakt D im kommenden Jahr sanieren.
- Leichenhalle in St. Georgen: Im Stadtbezirk St. Georgen wird am Friedhof eine Überdachung errichtet, die bei Begräbnisfeierlichkeiten vor der Witterung schützt.

- Das Feuerwehrhaus der Kleinhöfleiner Florianijünger ist über die Jahre zu klein geworden und wird in den kommenden Jahren sukzessive um neue Räumlichkeiten erweitert.

Zahlen und Fakten

Der Voranschlag, mit einem Volumen von rund 42 Millionen Euro, enthält darüber hinaus die notwendigen budgetären Vorsorgen um erfolgreiche Initiativen fortzuführen bzw. neue Maßnahmen zu setzen. So sind etwa der Betrieb des Stadtbusses, das City Taxi, die Straßen- und Gehwegesanierung und die

Grünraumgestaltung inklusive Blumenwiesen selbstverständlich wieder im Budget 2020 abgebildet.

Bürgermeister Thomas Steiner erläutert: „Wichtig ist uns, daß trotz einer effizienten und sparsamen Budgetpolitik die notwendigen Investitionen erfolgen. Insbesondere Infrastruktur, Bildung, Kinderbetreuung, Jugend, Sport und Umwelt sind uns besonders wichtig. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, daß auch im Jahr 2020 alles getan werden kann, um die Lebensqualität in unserer Stadt weiter ausbauen zu können.“

<https://www.eisenstadt.at/>

Millionster Fahrgast im Stadtbus



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Begrüßten den millionsten Fahrgast (v.l.): Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister, Stadtbezirksvorsteherin Heidi Hahnekamp, Bettina Udovicic mit ihrer Tochter Clara, Bgm. Thomas Steiner, Vibgm. Istvan Deli und der Leiter der Partsch Verkehrsbetriebe, Manfred Krenn

Der Eisenstädter Stadtbus ist ein wahres Erfolgsprojekt und aus dem Stadtbild der burgenländischen Landeshauptstadt nicht mehr wegzudenken. Keine drei Jahre nach dem ersten Fahrgast begrüßte Bürgermeister Thomas Steiner am 2. Dezember die millionste Passagierin.

„Die Stadtbusse haben sich bestens etabliert und das Mobilitätsverhalten vieler Menschen in Eisenstadt stark beeinflusst. Gab es gerade zu Beginn der Planungsphase und auch noch vor der Einführung des Bussystems immer wieder kritische Stimmen, so können wir heute stolz darauf sein, daß eine Millionen Personen in den letzten drei Jahren mit Georg, Martin, Vitus und Fanny befördert wurden“, freut sich der Bürgermeister.

Symbolisch für den millionsten Fahrgast gratulierte Steiner der jungen Eisenstädter Mutter Bettina Udovicic und ihrer Tochter Clara. Sie erhielt eine Jahreskarte für den Stadtbus sowie Eintrittskarten für alle städtischen Einrichtungen, die vom Stadtbus angefahren werden.

Die Fahrgastzahlen haben sich seit der Inbetriebnahme sehr gut entwickelt und sind sukzessive gestiegen. An Wochentagen benutzen täglich rund 1.500 Passagiere den Stadtbus. Das bedeutet eine Steigerung der Fahrgäste seit Jänner 2017 um ca. 500 Personen pro Tag. Hochrechnet auf ein ganzes Jahr befördert der Stadtbus rund 380.000 Fahrgäste!

<https://www.eisenstadt.at/>

Bio-Innovationspreis erstmals verliehen

LRin Eisenkopf: »Die Biowende ist mehr als ein Erfolgsprojekt in Zahlen. Es ist auch ein emotionaler Prozeß, in dem außergewöhnliche Ideen, die der Biowende zugutekommen, ausgezeichnet werden.«

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Agrarlandesrätin Astrid Eisenkopf (Mitte) mit allen PreisträgerInnen im Landtagssitzungssaal in Eisenstadt

Vergangenes Jahr ist im Burgenland die Biowende ausgerufen worden. Ein 12-Punkte-Plan wurde im Frühjahr von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Agrarlandesrätin Astrid Eisenkopf für ein kluges Wachstum präsentiert. Einer dieser Punkte ist der Burgenländische Bio-Innovationspreis, der am 28. November im Landtagssitzungssaal erstmals feierlich verliehen wurde. Insgesamt wurden 27 Projekte aus allen Bereichen des Alltages eingereicht. Die Palette reichte von Gewerbebetrieben über Schulen bis hin zu KonsumentInnen sowie LandwirtInnen. „Die Biowende ist mehr als ein Erfolgsprojekt in Zahlen. Es ist auch ein emotionaler Prozeß, in dem außergewöhnliche Ideen, die der Biowende zugutekommen, ausgezeichnet werden. Dafür ist der Burgenländische Bio-Innovationspreis ins Leben gerufen worden. Hier werden 15.000 Euro dafür in die Hand genommen, um kreative Ideen, Projekte und innovative Strategien auszuzeichnen und die dahinterstehenden Personen vor den Vorhang zu holen“, so Eisenkopf. Die ersten Preise sie an die VertreterInnen der Volksschule Eisenstadt und jene der HAK Frauenkirchen, an den landwirtschaftlichen Meisterbetrieb Jugovits aus Schachendorf sowie an den Biohof Katona in Locken-

haus. In der Kategorie Leuchttürme wurden drei gleichwertige Preise an aHa bzw. den Neusiedler Winzer Andreas Haider, an die Pinktaler Lebensmittel Einkaufsgemeinschaft Foodcoop und die Pannatura GmbH, ein Unternehmen der Esterhazy Gruppe, vergeben.

„Beim Bio-Innovationspreis war mir wichtig, die Einladung für die Teilnahme so breit wie möglich auszusprechen und niemanden auszugrenzen. Das Ergebnis gibt mir recht“, sagte die Landesrätin. Um die Breite der Projekteinreichung nach den zuvor festgelegten Kriterien Innovation, Vorbildwirkung, allgemeine und spezielle Bedeutung für die Biowende im Burgenland zu beurteilen, war es auch notwendig, Personen mit den dafür erforderlichen Expertisen heranzuziehen. Dazu zählten PädagogInnen, erfahrene AgrarexpertInnen sowie spezielle Bio- aber auch WirtschaftsexpertInnen, erläuterte Eisenkopf.

Die Landesrätin zeigte sich bei der Verleihung begeistert von der Vielfalt und der Kreativität der eingereichten Preise: „Sie alle sind Gewinnerinnen und Gewinner. Sie alle tragen dazu bei, unser kleines Burgenland ganz groß zu machen. Sie haben sich Gedanken gemacht und ich weiß, Sie machen sich

täglich Gedanken, wie wir unser Land moderner, besser und einzigartiger machen können. Ich darf mich bei Ihnen allen für Ihre innovativen Ideen bedanken und gratuliere ganz herzlich“.

Mit der Biowende wurde ein noch nie dagewesenes Projekt ins Leben gerufen, um den BurgenländerInnen gesunde und regionale Lebensmittel höchster Qualität zur Verfügung zu stellen. „Das Echo und die Unterstützung dafür erlebe ich nahezu täglich in persönlichen Gesprächen und Diskussionen“, erzählte die Landesrätin bei der Verleihung. In kurzer Zeit habe man schon viel erreicht. Der Anteil von Bioflächen sei von 31 auf 37 Prozent gestiegen. Bereits 50 Betriebe haben dabei die Burgenländische Bio-Umstiegsprämie beantragt. Der Bioanteil in den öffentlichen Einrichtungen steigt laut Eisenkopf Woche für Woche. „Aktuell ist neben Eiern, Milchprodukten und Gebäck auch das Rindfleisch in Umstellung auf biologische Qualität begriffen“, berichtete Eisenkopf.

Der erste Preis ist mit je 1.500 Euro dotiert, für den zweiten Platz werden 750, für den dritten 500 Euro zur Verfügung gestellt. Die drei Sieger in der Kategorie Leuchttürme erhalten je 1.500 Euro. ■

Die Raaberbahn hat doppelten Grund zum Feiern

Landesrat Heinrich Dörner sieht die Raaberbahn als herausragendes Unternehmen mit beeindruckender Entwicklung im Interesse der burgenländischen PendlerInnen

Die Raaberbahn hat doppelten Grund zum Feiern – einerseits den bereits traditionellen „Mitarbeiterstag“, der heuer bereits zum 40. Mal abgehalten und in Neufeld/Leitha mit rund 200 Gästen in Anwesenheit von Landesrat Heinrich Dörner gefeiert wurde, und andererseits die Bestellung von drei weiteren Nahverkehrszügen und die Erweiterung des Verkehrsangebotes für die burgenländischen PendlerInnen. Diese drei neuen Gelb-Grünen Garnituren der Marke Siemens Mobility bieten in der S-Bahn Version mit sechs Türen pro Fahrzeugseite insgesamt 224 Sitzplätze und werden bis Ende 2021 ausgeliefert. „Die Raaberbahn mit Hauptstandort in Wulkaprodersdorf ist ein wirklich herausragendes Unternehmen, ein wichtiger Arbeitgeber mit einer beeindruckenden Entwicklung und permanenten Modernisierungsbestrebungen. Die Anschaffung dieser drei weiteren Nahverkehrszüge und die Erweiterung des Verkehrsangebotes bedeuten einen Schritt hin zu noch mehr Komfort für unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler beim Bahnfahren,“ betonte Dörner im Rahmen der Festveranstaltung. Eingesetzt werden diese neuen Züge im Burgenland und dem Großraum Wien. Alle drei Fahrzeuge können später mit Akkus ausgestattet und zu elektro-hybrid-Zügen hochgerüstet werden, damit sie auch auf nicht-elektrifizierten Strecken fahren können. Die ersten fünf Ventus Züge des Typs Desiro ML der Raaberbahn wurden im Jahr 2016 ausgeliefert. Derzeit hat das Unternehmen in Österreich fünf Fahrzeuge in Betrieb.

Einige Neuerungen bringt auch der neue Fahrplan, der per 15. Dezember 2019 in Kraft tritt, mit sich. „Es kommen mit den zusätzlichen Zugverbindungen, schnelleren Zügen und damit kürzeren Intervallen auch viele Vorteile für die Reisenden dazu,“ erklärte dazu Generaldirektorin-Stv. Hana Dellemann. Der neue Fahrplan im Detail: Auf der Strecke Wien Hauptbahnhof-Deutschkreutz werden zunächst die Abfahrtszeiten geändert. So verkehren die Züge von Wien Hauptbahnhof nach Deutschkreutz stündlich zur Minute 23, von Wien Meidling nach Deutschkreutz stündlich zur Minute 30.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

LR Heinrich Dörner gratulierte Generaldirektorin-Stv. Hana Dellemann zum herausragenden Unternehmen mit seiner beeindruckenden Entwicklung im Interesse der PendlerInnen

Auch an Sonn- und Feiertagen ändern sich die Abfahrtszeiten: So werden künftig an den Wochenenden ab Deutschkreutz nach Wien Hauptbahnhof Züge ab 15.13 Uhr im Stundentakt bis einschließlich 20.13 Uhr fahren.

Auch auf der Strecke zwischen Pamhagen und Wien Hauptbahnhof wird es, besonders im Frühverkehr, Änderungen geben: So werden die Abfahrten um 03.49 Uhr, sowie um 04.20 Uhr ab Pamhagen Richtung Wien Hauptbahnhof eingerichtet. Zusätzlich wird ein Zug täglich um 06.49 Uhr ab Pamhagen Richtung Wien Hauptbahnhof verkehren. In die Gegenrichtung kommen zwei zusätzliche Abfahrten dazu: An Werktagen – außer Samstag – um 16.48 Uhr, sowie täglich außer Samstag um 21.15 Uhr.

Der neue Fahrplan wird im Faltheftformat gedruckt und in den Service-Stellen an ausgewählten Bahnhöfen für Reisende zur Verfügung stehen sowie auf Plakaten abgedruckt und ebenfalls an den Bahnhöfen ausgestellt.

Für diese erweiterten Zugverbindungen sucht die Raaberbahn neue MitarbeiterInnen und bietet vielseitige und abwechslungsreiche Jobmöglichkeiten in den unterschiedlich-

sten Tätigkeitsbereichen. Der nächste Lokführerkurs der Raaberbahn startet am 23. März 2020. Dazu werden KandidatInnen gesucht, die nach dem etwa zehn Monate dauernden Kurs als LokführerInnen ihren Dienst aufnehmen sollen. Diese Tätigkeit besteht im großen Teil aus dem Führen von Triebfahrzeugen auf dem Streckennetz der Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn, und Neusiedler Seebahn sowie auf dem gesamten ÖBB Streckennetz der Ost-Region. Für die Instandhaltung der Bahninfrastruktur sind besonders Personen mit einer abgeschlossenen Schlosser- bzw. Maurer-Ausbildung herzlich willkommen.

Seit 1. Juli 2019 agiert die Raaberbahn am Bahnhof Wulkaprodersdorf auch als Postpartner und bietet die Möglichkeit, Pakete und Sendungen bequem in die Poststelle zu bestellen und hier flexibel abzuholen. Der neue Postpartner der Raaberbahn am Bahnhof Wulkaprodersdorf bietet eine Alternative zu herkömmlichen Pakettieförderungen. Personen, die sich im Internet Pakete bestellen, können diese zum Postpartner liefern lassen und bequem von dort abholen.

<https://www.raaberbahn.at/>

25 Jahre Esterhazy Stiftungen

Esterhazy Stiftungen feierten 25jähriges Jubiläum bei einer Festveranstaltung für GeschäftspartnerInnen und FreundInnen im Schloß Esterházy in Eisenstadt

Rund 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur erlebten die entscheidenden Entwicklungen aus den vergangenen 25 Jahren. Bereits am frühen Abend des 14. November fand im Schloß Esterházy eine Podiumsdiskussion zum Thema Mitteleuropa im Umbruch im Empiresaal statt. Namhafte Experten und fachlich interessiertes Publikum diskutierten lebhaft zu diesen vielschichtigen Themen.

Eva Komarek, Chefredakteurin Special Topics bei der Styria Media Group AG, moderierte auch den anschließenden Festakt im prächtig dekorierten Haydnsaal. Festredner waren der ehemalige Politiker Wilhelm Molterer, Vorstandsvorsitzender der Esterhazy Stiftungen Matthias Grün sowie Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner, Direktionsrat der Esterhazy Stiftungen Stefan Ottrubay und Landesrat Christian Illedits in Vertretung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

„Stellen Sie sich ein Burgenland ohne Esterhazy vor: Es gäbe kein Schloß, keine Burgen, keine Oper, keine Kulturschätze, keine Esterhazy-Produkte und auch die vielen hundert Arbeitsplätze nicht. Esterhazy ist ein ganz wesentlicher wirtschaftlicher und kultureller Motor des Landes, der ganz im Gedanken eines großen und vereinten Europas agiert. Happy Birthday!“ Ex-Vizekanzler Wilhelm Molterer brachte es auf den Punkt und Volksschauspieler Harald Serafin sekundierte: „Viel Geld und Grund besitzen viele, aber es wieder an die Bevölkerung in Form von Kultur, Arbeitsplätzen und Herzensbildung zurückzugeben, das macht Esterhazy für mich so bewundernswert...“

Direktionsrat der Esterhazy Stiftungen, Stefan Ottrubay: „Vor 30 Jahren ist die Mauer gefallen und vor 25 Jahren wurden die Esterhazy Stiftungen von Melinda Esterházy gegründet, um den Esterhazy Besitz für das Land und die Menschen und vor allem die Zukunft zu bewahren.“

Mit den geladenen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Kultur feierten beim Gala-Dinner im Schloß Esterházy u.a. Stefan & Agnes Ottrubay, Stefan Dörfler (Erste Group Bank), Michael J. Fazekas (OSCE), Martina Salomon (Kurier), Hans-Peter Rucker (Landesholding Burgenland), Wilhelm Molterer (Europ. Investitionsbank), Regina Rusz (Ös-



Foto: Esterhazy / Andreas Tischler

Stefan Ottrubay, Direktionsrat der Esterhazy Stiftungen (l.) und Georg Esterházy

terreichisches Kulturforum Budapest) sowie Wolfgang Böck, Konstanze Breitenbner, Mautsi & Harald Serafin und Daniel Serafin, Danielle Spera, Martin Traxl, Ex-Vizekanzler Wilhelm Molterer, Peter Edelmann und viele mehr.

Unternehmensgruppe und Stiftungsgründung

Esterhazy agiert seit vier Jahrhunderten als eine der wichtigen wirtschaftlichen Kräfte und als bedeutender Impulsgeber vor allem in der pannonischen Region. Der Name Esterhazy steht für Forst- und Landwirtschaft (insbesondere auch Wein), breite Naturschutzaufgaben, Immobilienverwaltung und -entwicklung im ländlichen Raum, aber ganz besonders für die Pflege und Aufwertung der wichtigen historischen Monumente und Denkmäler der Region sowie deren Bespiegelung: Neben der Vielzahl an Ausstellungen und Veranstaltungen im Schloß Esterházy, der Burg Forchtenstein oder im Schloss Lakenbach ist es vor allem die Musik, die hier im Vordergrund steht: Die Oper im Steinbruch St. Margarethen, das „Herbstgold-Festival“ in Eisenstadt oder die über das gesamte Jahr gehende classic.Esterhazy-Konzertreihe sind Beispiele dafür. Verbindendes Element ist stets der gruppenweite Anspruch

auf langfristige Werterhaltung und -erhöhung sowie ein qualitätsbewusstes Agieren auf allen Ebenen.

In seinem Testament bestimmte Paul V. Esterházy seine Gattin Melinda Esterházy zur Alleinerbin. Nach seinem Ableben 1989 trat sie dieses Erbe an und trachtete vor allem danach, dem wichtigsten Anliegen ihres verstorbenen Mannes nachzukommen: die bis Mitte des Jahrhunderts im Fideikommiss zusammengefaßten Besitztümer zu erhalten und dadurch die bedeutenden Kulturgüter für die Nachwelt zu bewahren.

Ab 1994 gründete Melinda Esterházy drei unauflösliche Stiftungen. Mit diesen wurde die Voraussetzung für wachstumsstarke Wirtschaftsbetriebe geschaffen, die heute den maßgeblichen Unternehmenserfolg bilden. Der Erfolg der Stiftungen und ihre Zielsetzung zum Ausbau der Wirtschaftsbetriebe und der Pflege der Kultur bauen auf strategischen Investitionen auf. Insgesamt wurden in den vergangenen 25 Jahren rund 109 Mio. Euro in den Kulturtourismus und die Region investiert. Die Esterhazy Kerngruppe erwirtschaftete 2018 auf konsolidierter Basis einen Gesamtumsatz von 55,8 Mio. Euro. Zum Erfolg der Esterhazy Unternehmensgruppe tragen mittlerweile 356 Mitarbeiter bei. ■

<https://esterhazy.at/>

Stefan Ottrubay erhält Komturkreuz für seine großen Verdienste

Mit dem Komturkreuz des Landes Burgenland wurde Stefan Ottrubay am 6. Dezember im Schloß Esterházy ausgezeichnet. „Der Name Esterházy und der Name Stefan Ottrubay stehen im heutigen Burgenland für sehr vieles: für die Erhaltung bedeutender Kulturgüter und historischer Denkmäler, für einen erfolgreichen und qualitativ hochwertigen Weg im Bereich Kultur und Tourismus, für einen bedeutenden Arbeitgeber in der Region mit insgesamt über 350 MitarbeiterInnen. Die Esterhazy Betriebe sind ein Vorreiter in vielen Bereichen, ich darf hier besonders die Landwirtschaft hervorheben, wo die Gruppe Esterhazy zeigt, wie biologische Landwirtschaft gewinnbringend funktionieren kann“, betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in seiner Festansprache vor zahlreichen Ehrengästen, darunter Botschafter Andor Nagy, Generalvikar Martin Korpitsch sowie weitere Gäste aus Verwaltung, Wirtschaft und Kultur und Familie und FreundInnen des Geehrten.

Stefan Ottrubay wurde am 13. August 1954 in Zürich geboren. Nach Ablegung der Reifeprüfung in Luzern studierte er an der Uni Fribourg und Zürich Rechtswissenschaften. Im Dezember 2000 wurde er mit der Leitung der Esterházy'schen Stiftungen betraut, seit 2002 ist er Generaldirektor der Esterhazy Betriebe GmbH. In seinem Wirken wurden in den letzten 25 Jahren rund 109 Mio. Euro in



Foto: Bgld. LandesmedienService

LH Hans Peter Doskozil (r.) verleiht Stefan Ottrubay das Komturkreuz des Landes Burgenland

den Ausbau der Wirtschaftsbetriebe und der Pflege der Kultur und damit ins Land investiert. Vor knapp zwei Jahren haben Ottrubay und Doskozil eine gemeinsame Grundsatzvereinbarung zur künftigen Zusammenarbeit unterzeichnet und damit den Startschuß für zahlreiche Kulturkooperationen gegeben, um das Kulturland Burgenland gemeinsam weiter voranzubringen. Doskozil dankte ihm für seine vielfältigen und herausragenden Ver-

dienste um das Land Burgenland und überreichte ihm die höchste Auszeichnung des Landes, das Komturkreuz. Ottrubay zeigte sich in seinen Dankesworten erfreut über die ausgezeichnete Gesprächsbasis zwischen ihm und dem Landeshauptmann und verließ seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Land und Esterhazy künftig noch weiter intensiviert und vertieft werde möge. ■

Verdiente Persönlichkeiten ausgezeichnet

Persönlichkeiten, die sich besondere Verdienste um das Land Burgenland erworben haben, standen im Mittelpunkt der Ehrenzeichenverleihung am 2. Dezember im Kulturzentrum Oberschützen. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz überreichten in Anwesenheit zahlreicher Fest- und Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung im Rahmen eines Festaktes an 38 Persönlichkeiten Ehrenzeichen. Sie hätten alle durch ihr Engagement Besonderes für das Burgenland geleistet. Dafür wolle man ihnen seitens des Landes Danke sagen. Mit dem Großen Ehrenzeichen des Landes Burgenland wurde Aristoteles Papajanopoulos aus Stadtschlaining ausgezeichnet, Direktor der HBLA Oberwart.

<https://www.hbla-oberwart.at/>

Vier Personen erhielten einen Berufstitel verliehen. Die Ehrenzeichenverleihung des Landesburgenland wurde heuer in drei Etap-



Foto: Bgld. LandesmedienService

LH Hans Peter Doskozil (l.) und LH-Stv. Johann Tschürtz (r.) mit Aristoteles Papajanopoulos

pen verliehen – am 11. November in Eisenstadt, am 18. November in Raiding und eben

am 2. Dezember in Oberschützen. Rund 100 verdiente Persönlichkeiten wurden geehrt. ■

Forschung im Burgenland – eine Erfolgsgeschichte

Die Leistungsfähigkeit der Forschung im Burgenland ist hoch wie nie zuvor. Fachhochschule und Forschung Burgenland sind dafür maßgeblich verantwortlich.

Die Forschung an der FH Burgenland und ihrem Tochterunternehmen Forschung Burgenland wächst. Auch die Prognosen für die nächsten Jahre sind vielversprechend. Beliefen sich die Forschungserlöse im Vorjahr auf rund 3,6 Mio. Euro, sind es zuletzt 4,0 Mio. Euro. Die Auftragsbücher weisen für die nächsten Jahre aktuell ein Auftragsvolumen von rund 22,0 Mio. Euro aus. „Hochschule und Forschung Burgenland sind eine der Motoren, die diese wichtigen Zukunftsbereiche voranbringen“, unterstreicht Forschungs-Landesrätin Astrid Eisenkopf: „Für uns ist das Zusammenspiel zwischen angewandter Forschung und den regionalen Unternehmen besonders wichtig – deshalb bauen wir die Forschungsmöglichkeiten weiter aus.“ In zwei neue Forschungszentren investieren Land, Bund und EU nun über 4,0 Mio. Euro. „Damit der Innovations-Motor weiter brummt und das Burgenland weiter aufholen kann“, sagt Eisenkopf.

Schwerpunkte in der Energie- und Umweltforschung bzw. der Informationstechnologie

„Es sind vor allem die Bereiche der Energie- und Umweltforschung und der IT-Forschung, die die Auftragsbücher füllen“, betont Silvia Ettl-Huber, Vizerektorin für Forschung und Innovation an der FH Burgenland. Eben in diesen Bereichen bringen sich Land, Bund und EU aktuell mit namhaften Geldern ein. Ein „Lowergetikum“ steht am Standort Pinkafeld kurz vorm Spatenstich, in Eisenstadt beschäftigen sich ForscherInnen zukünftig unter noch besseren Rahmenbedingungen mit dem Thema Datensicherheit im geplanten „Data Security Living Lab“.

Forschung auf internationalem Niveau

Aufhorchen lasse die FH Burgenland im Fachhochschulsektor auch durch die Erfolge in der renommierten EU-Förderschiene HORIZON 2020, in der nur wenige Fachhochschulen Projekte vorweisen können. Die FH Burgenland hat gleich sechs davon. Den Grund für den Erfolg sieht Ettl-Huber so: „Wir können Forscherinnen und Forscher mit



Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

v.l.: FH-Geschäftsführer Georg Pehm, Silvia Ettl-Huber, Vizerektorin für Forschung und Innovation, Landesrätin Astrid Eisenkopf und Forschung Burgenland Geschäftsführer Marcus Keding

FH Burgenland-Bezug halten und sogar neue ins Land holen. Verbunden mit einem überaus förderndem Klima für Wissenschaft und Forschung schaffen wir es damit, in der europäischen Forschungsliga gut mitzuspielen.“

Förderung an den Bund

Fachhochschule und Forschung Burgenland hätten sich in den vergangenen zehn Jahren zur bedeutendsten Forschungsplattform im Burgenland entwickelt, sagt FH-Geschäftsführer Georg Pehm: „Das ist gleichzeitig auch eines der spannendsten Kapitel einer besonderen Erfolgsgeschichte.“ Diesen Aufstieg könne man nicht „verordnen“, aber ermöglichen, ist Pehm überzeugt: „Wir punkten vor allem durch große Freiheiten in der Forschung und durch vielfältigen ‚Zündstoff‘ aus Lehre und Praxis.“

Die Daten belegten eindrucksvoll, daß sich Forschungsleistung in den letzten Jahren vervielfacht hat, sagt Pehm. Davon profitiere die Region als Wirtschaftsstandort ebenso wie StudentInnen. „Denn was in der Forschung an neuem Wissen erarbeitet wird, fließt unmittelbar in das Studium ein. Damit sorgen wir dafür, daß sich die Studiengänge immer wieder durch aktuelles Wissen selbst erneuern und eng mit den Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft verknüpft sind.“

Mit einem einstimmigen Beschluß der Landeshauptleutekonferenz im Rücken kämp-

fen die österreichischen Fachhochschulen nun um eine bessere finanzielle Beachtung seitens des Bundes, erläutert Pehm: „Wir fordern von der künftigen Bundesregierung nachhaltige Investitionen von 20 Mio. Euro pro Jahr in die Forschungsarbeit der Fachhochschulen.“ Diese Gelder seien nachweislich auch bestens investiert, weil sie sich in der Zukunft mehrfach rechnen würden.

Zukunftsforschung durch moderne Technik

Daß das Burgenland dank bestens qualifizierter ForscherInnen sowie moderner Infrastruktur fit für die Herausforderungen der Zukunft ist, bekräftigt Forschung Burgenland Geschäftsführer Marcus Keding: „Vor vier Jahren wurde um rund 2,4 Mio. Euro das Forschungsgebäude ‚Energetikum‘ am Campus Pinkafeld gebaut. Land, Bund und EU haben mit diesem Neubau damals eine große und bedeutende Investition in die Zukunft der Forschungsaktivitäten getätigt.“ Seither wurden 25 Forschungsprojekte im Ausmaß von mehr als 3,3 Mio. Euro abgewickelt, bei denen das Energetikum als Technologieträger eingebunden war bzw. ist. Durch die einzigartige Infrastruktur konnten dabei neue Dienstleistungen und Produkte für regionale und nationale KMUs entwickelt werden. ■

<https://www.fh-burgenland.at/>

20 Jahre »Best of Cabaret«

... in den Kulturzentren Burgenland – 24 Kabarett-Abende voller Witz & Humor

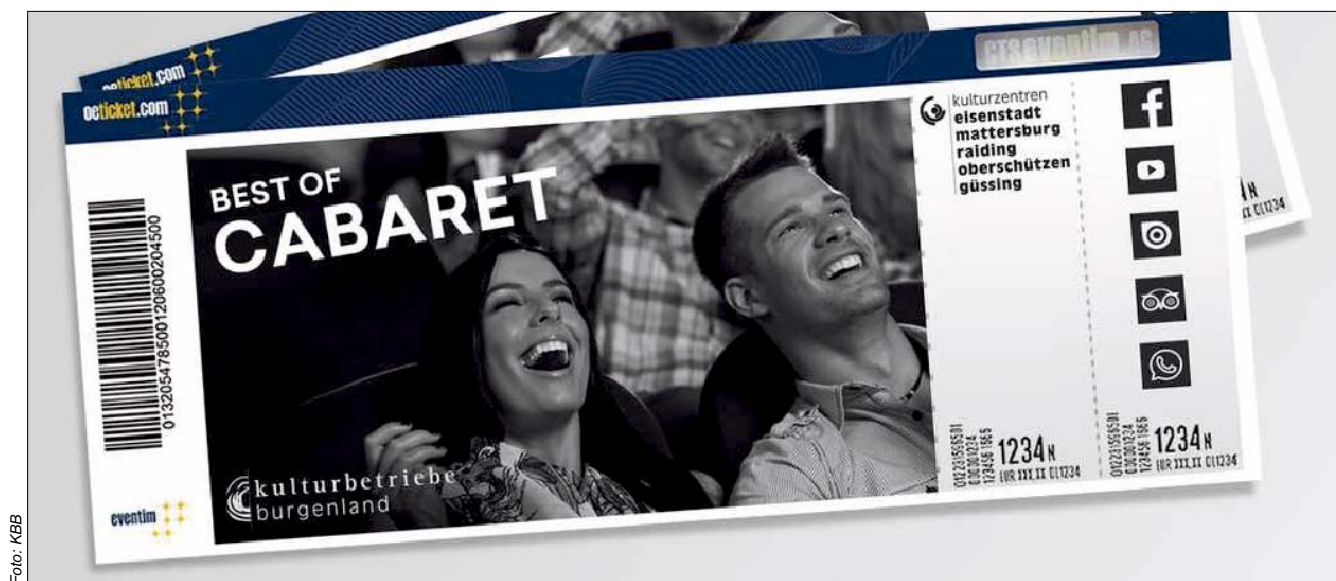


Foto: KBB

Die Kulturzentren Burgenland haben bereits in den 80er-Jahren mit einzelnen Kabarettveranstaltungen begonnen, ihre Häuser zu bespielen. Seit 20 Jahren werden Kabarettvorstellungen im Format „Best of Cabaret“ im Abonnement angeboten.

„Den Kulturzentren Burgenland gelingt es seit zwei Jahrzehnten, die Reihe ‚Best of Cabaret‘ mit einer bewährten Mischung aus Kabarettgrößen und Newcomern zu besetzen. Das bunte Programm trifft jeden Geschmack und möchte kabarettbegeisterte, junge offene Menschen im Burgenland ansprechen“, so Barbara Weisseisen-Halwax, Geschäftsführerin der Kultur-Betriebe Burgenland.

In den Anfangsjahren glichen die Vorstellungen eher einem privaten Wohnzimmer: „Pro Veranstaltung besuchten damals nur rund 30 bis 50 Personen unsere Häuser. In Mattersburger Kulturzentrum spielten wir zum Beispiel im Foyer in einer gemütlichen Atmosphäre vor dem Kamin“, so Klaudia Fritz, Direktorin der Kulturzentren Burgenland und für die Kabarett-Buchungen verantwortlich. Mit den Jahren konnten immer mehr Gäste begrüßt werden und so kam vor 20 Jahren die Entscheidung eine Abo-Serie anzubieten. Heute sind die Kabarettabende von Güssing bis Eisenstadt meist ausverkauft. „Mit einem abwechslungsreichen Programm, Granden aus der Kabarettzene, aber auch mit Newcomern füllen wir die Säle von Nord bis Süd“, so die Direktorin weiter.

In der Sparte „Best of Cabaret“ ist die



Foto: Moritz Schell

Zum Beispiel: Eva Maria Marold, »Vielseitig desinteressiert«, 19. 3. 2020 im KUZ Eisenstadt

Energie Burgenland ein langjähriger Partner der Kulturzentren.

„Unser Anspruch als Energie Burgenland ist es, nicht nur die Burgenländerinnen und Burgenländer mit Wärme und Licht zu versorgen, sondern wir wollen auch ein aktives Mitglied der Gesellschaft im Burgenland sein. Aus diesem Grund unterstützen wir gemeinsam mit den Kulturzentren Burgenland Kunst- und Kulturveranstaltungen, damit alle Burgenländerinnen und Burgenländer sich an den künstlerischen Höchstleistungen in unserem Bundesland erfreuen können“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der Energie Burgenland, Michael Gerbavits.

Auch 2020 kommen die Kulturzentren Burgenland mit Begeisterung ihrer Aufgabe nach, allen Gästen starke Kulturerlebnisse

zu leistbaren Preisen im Burgenland anbieten zu können.

Die Liste der auftretenden KabarettistInnen kann sich sehen lassen: Gerald Fleischhacker, Viktor Gernot, Alex Kristan, Lainer & Putscher, Magda Leeb, Eva Maria Marold, Tricky Niki, Pizzera & Jaus, Lukas Resetarits, Omar Sarsam, Gery Seidl, Andreas Vitásek.

Zusätzlich zu den oben genannten Vorstellungen wird auch in der kommenden Saison mit der Reihe „kritisch – komisch – kuz-comedy“ im KUZ Oberschützen erneut ein Format auf den Spielplan gesetzt, das der Newcomer-Generation eine namhafte Bühne bietet. Auf der Bühne mit Kaffeehaus-Charme werden diesmal Walter Kammerhofer und Christoph Fritz stehen.

<https://kulturbetriebe.at/>

Österreich kämpft 2020 gegen Schwäche der Weltwirtschaft

Nach einem Rückgang des Wirtschaftswachstums in Österreich auf 1,0 % im Jahr

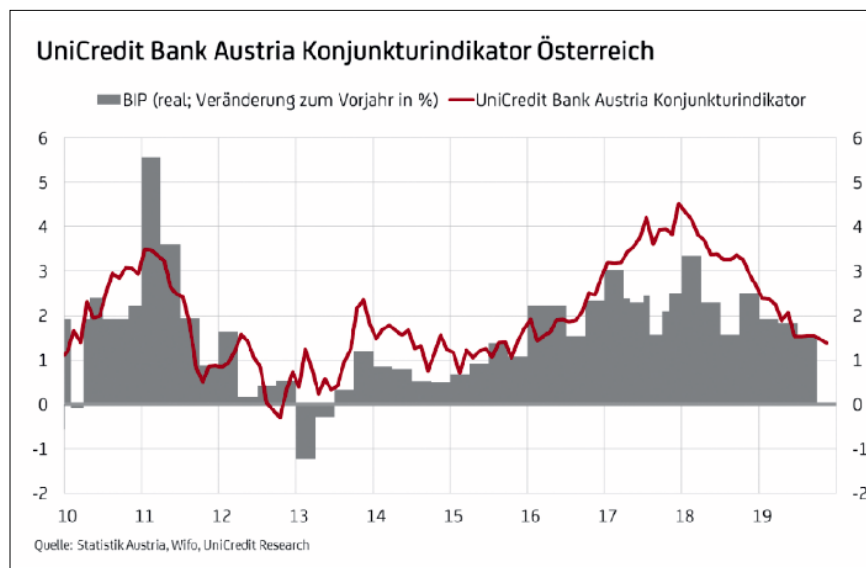
Nach der spürbaren Wachstumsabschwächung im Jahresverlauf 2019 wird sich das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahr 2020 auf einem geringeren Niveau stabilisieren“, sagt UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. „Die globale Abschwächung wird noch stärker auf die Inlandsnachfrage übergreifen, auch der Konjunkturabschwung in den USA wird das Wachstum in Österreich zusätzlich belasten. Wir erwarten daher einen Anstieg des BIP von moderaten 1 %. Das bedeutet zwar die geringste Dynamik der österreichischen Wirtschaft seit 2015, aber weiterhin ein höheres Wachstum als im Euroraum oder in Deutschland.“ Mit der moderaten globalen Erholung der Weltwirtschaft verbessern sich für 2021 auch die Wachstumsaussichten für die österreichische Wirtschaft.

„Mit 1,3 % erwarten wir aber auch im Jahr 2021 nur eine geringfügige Erhöhung des Wachstumstempos. Das bedeutet, daß die österreichische Wirtschaft ihr Potential auch 2021 nicht voll ausschöpfen kann“, so Bruckbauer.

„Das Wachstum der Weltwirtschaft wird sich 2020 weiter abschwächen und dürfte auch 2021 trotz einer beginnenden Erholung verhalten bleiben“, sagt Bruckbauer und ergänzt: „Nach unserer Einschätzung wird der zyklische Abschwung durch vier Faktoren gefördert. Die Dynamik des globalen Handels wird durch Handelskonflikte und politische Unsicherheiten beschränkt. Zudem nähert sich die US-Wirtschaft einer Rezession. Die Geldpolitik kann nur moderate Impulse liefern und die Unterstützung durch die Fiskalpolitik bleibt voraussichtlich begrenzt.“

Außenhandelschwäche versus Konsumstärke

Aufgrund der protektionistischen Handelspolitik und anhaltender politischer Unsicherheiten hat sich die globale Konjunkturstimmung 2019 spürbar verschlechtert und zu einer Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft auf den niedrigsten Wert seit der Finanzkrise 2009 geführt. Die abnehmende Investitionsneigung und die zurückgehende Nachfrage nach Investitionsgütern



haben die Schwäche des globalen Handels weiter verschärft. Die exportlastige Industrie befindet sich mittlerweile in einer Rezession. Bisher hat der private Konsum das Wirtschaftswachstum hoch gehalten, doch die Anzeichen verdichten sich, daß die Schwäche der Industrie, des Außenhandels und der Investitionen auf den Dienstleistungssektor übergreift. Für 2020 erwarten die Ökonomen der UniCredit Bank Austria deshalb eine Verlangsamung des globalen Wachstum auf 2,7 %, gefolgt von einer nur moderaten Erholung auf 3,2 % im Jahr 2021.

Rezessionsgefahr für US-Wirtschaft

Ein starker Einfluß auf das globale Wachstum wird vom zyklisch bedingten Abschwung der Konjunktur in den USA ausgehen, der durch das Auslaufen der fiskalischen Impulse verstärkt wird. „Nach dem historisch längsten Aufschwung wird die US-Wirtschaft in den kommenden Monaten deutlich an Schwung verlieren und könnte im zweiten Halbjahr 2020 sogar in eine leichte Rezession geraten. Im Jahresdurchschnitt wird der BIP-Anstieg mit 1,1 % 2020 und 0,9 % 2021 deutlich unter Potenzial liegen, wenn auch die US-Wirtschaft gegen Ende 2021 bereits wieder zu Wachstumsraten um 2 % zurückkehren dürfte“, meint Bruckbauer. Nach der Trendwende in der Zinspolitik

im Verlauf des Jahres 2019 wird die anhaltende Konjunkturabschwächung zu vier weiteren Zinssenkungen der US-Notenbank Fed im Jahr 2020 führen. In Trippelschritten von 25 Basispunkten wird der Leitzins von aktuell 1,75 % bei 0,75 % den Tiefpunkt erreichen. Mit Beginn der leichten Erholung 2021 wird die US-Notenbank vorerst abwarten und den Leitzinssatz voraussichtlich stabil halten.

Keine Zinsänderung im Euroraum und nur geringes Aufwärtspotential für den Euro

Während in den USA im Jahr 2020 weitere Zinssenkungen erfolgen dürften, ist für den Euroraum keine Änderung der Geldpolitik in den kommenden beiden Jahren zu erwarten. „Wir gehen davon aus, daß auch Ende 2021 der Leitzins der EZB bei null Prozent liegen wird und der Einlagenzinssatz bei minus 0,5 %“, meint Bruckbauer. Nur im Falle eines unerwartet starken US-Abschwungs mit entsprechenden Zinssenkungen der Fed und einem deutlichen Konjunktüreinbruch im Euroraum mit weiter sinkenden Inflationserwartungen wäre die EZB gefordert, dem laufenden Wertpapierkaufprogramm Zinssenkungen zur Seite zu stellen. Angesichts bereits negativer Zinsen wäre die Wirkung jedoch voraussichtlich begrenzt und

Wirtschaft

eher eine ungewünschte Aufwertung des Euros die eigentliche Stoßrichtung einer solchen Maßnahme. Die Abschwächung der US-Wirtschaft und die Verringerung der Zinsdifferenz zwischen den USA und dem Euroraum sprechen tendenziell für einen stärkeren Euro. Das Aufwärtspotenzial sollte allerdings nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria mit einem Anstieg im Jahresdurchschnitt von 1,12 US-Dollar zum Euro im Jahr 2019 auf 1,14 im Jahr 2020 und 1,17 im Jahr 2021 begrenzt sein.

Widerstandskraft der Inlandsnachfrage schwindet im Euroraum

Der Abschwung der US-Wirtschaft wird den Euroraum in einer bereits angespannten Konjunktursituation zusätzlich belasten. „Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Euroraum wird sich 2020 fortsetzen. Wir erwarten nur noch einen Anstieg des BIP um 0,8 % nach 1,2 % 2019“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Die Flaute des globalen Handels hält an und die Schwäche der Auslandsnachfrage schwappt zunehmend auf die Inlandsnachfrage über und damit verliert die wichtigste Konjunkturstütze der vergangenen Monate im Euroraum, der Konsum, an Kraft.“ Mit der leichten globalen Erholung und der Verbesserung der US-Konjunktur sollte sich 2021 das Wirtschaftswachstum im Euroraum leicht auf 1,0 % erhöhen.

Konjunkturampel auch in Österreich auf gelb gesprungen

„Nach drei Jahren mit kräftigen Wachstumsraten über der Marke von 2 % hat die österreichische Wirtschaft 2019 einige Gänge zurückgeschaltet. Die Schwäche des globalen Handels und die Konjunkturdelle in Deutschland hat die exportorientierte Industrie stark getroffen und die Investitionstätigkeit verlangsamt. Gestützt auf die gute Arbeitsmarktlage und fiskalische Impulse hat der Konsum gut dageengehalten und 2019 noch einen Anstieg des BIP um rund 1,5 % ermöglicht“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Im Jahresverlauf 2019 hat sich nach einem noch kräftigen Start die Konjunkturdynamik in Österreich allerdings spürbar verlangsamt, was sich auch in der Entwicklung des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators widerspiegelt. „Unser Konjunkturindikator ist innerhalb eines Jahres auf die Hälfte gesunken. Mit aktuell 1,4 Punkten erreicht er den tiefsten Wert seit rund 3,5 Jahren und liegt seit einem halben Jahr sogar

unter dem langjährigen Mittelwert. Die österreichische Wirtschaft wird deutlich träger ins Jahr 2020 wechseln als ins Jahr 2019 und für die kommenden Monate zeichnet sich eine weitere Abkühlung der Konjunktur ab“, meint Pudschedl.

Die anhaltende Schwäche des globalen Handels wird der österreichischen Exportwirtschaft 2020 weiter zusetzen. Darunter werden insbesondere einige Industriebranchen stark leiden. Bedingt durch die fehlende Auslandsnachfrage wird die Investitionstätigkeit 2020 verhaltener ausfallen, trotz der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen. Nicht nur die Ausrüstungsinvestitionen, bedingt durch die sinkende Kapazitätsauslastung, sondern auch die Bauinvestitionen werden an Tempo verlieren.

Der Konsum wird in den kommenden beiden Jahren folglich die bestimmende Wachstumsstütze sein. Zusätzliche fiskalische Impulse unter anderem durch die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Geringverdiener werden jedoch eine leichte Verlangsamung der Konsumdynamik nicht verhindern können.

Arbeitslosenquote steigt 2020

Angesichts der Abschwächung der Konjunktur wird sich die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt nicht mehr weiter verbessern. „Nach dem Rückgang auf 7,4 % im Jahresdurchschnitt 2019 erwarten wir erstmals seit 2015 wieder einen Anstieg der Arbeitslosenquote in Österreich. Mit 7,5 % im Jahr 2020 wird der Anstieg jedoch nur gering ausfallen und voraussichtlich 2021 stabil bleiben“, so Pudschedl.

Trotz der Konjunkturverlangsamung wird die Beschäftigung in Österreich weiter zunehmen, wenn auch mit geringerem Tempo. Zudem dürfte der Zuwachs des Arbeitskräftepotentials schwächer ausfallen als in den Vorjahren.

Inflation bleibt niedrig

Der Inflationsdruck bleibt aufgrund der schwächeren Konjunktur überschaubar, zudem dürfte der Ölpreis die Teuerung in Österreich entlasten. „Nach dem Rückgang der Teuerung auf 1,5 % im Jahresdurchschnitt 2019 erwarten wir auch für 2020 eine Inflationsrate von 1,5 %, die sich 2021 auf durchschnittlich 1,8 % erhöhen dürfte. Damit wird die Teuerung das neunte Jahr in Folge über dem Vergleichswert im Euroraum liegen. Von 2013 als Startpunkt gesehen wird sich bis 2021 insgesamt ein Inflationsaufschlag von mehr als 6 Prozentpunkten gegenüber dem

europäischen Durchschnitt aufbauen“, meint Pudschedl.

Spielraum für fiskalische Impulse wird nur wenig genutzt werden

Die trotz Abschwächung überdurchschnittlich hohen Wachstumsaussichten in Österreich im europäischen Vergleich sind auch fiskalischen Impulsen für den Konsum zu verdanken. Der österreichische Haushalt hat in den vergangenen Jahren vom niedrigen Zinsumfeld stark profitiert. Der durchschnittliche Zinssatz für die Staatsverschuldung ist von 4,8 % vor der Finanzkrise auf nur noch 1,9 % 2019 zurückgegangen. Hätte die Durchschnittsverzinsung noch Vorkrisenniveau, wären die Zinsausgaben des österreichischen Staates 2019 um fast 8 Milliarden Euro höher ausgefallen.

Kumuliert über den Zeitraum von 2007 bis 2019 beträgt der errechnete Zinsvorteil über 60 Milliarden Euro bzw. 7.300 Euro pro Kopf. Durch den Zinsvorteil hat sich ein Spielraum für weitere fiskalische Maßnahmen ergeben. Selbst bei einem Budgetdefizit von 1,5 % des BIP würde Österreichs Staatsschuldenquote 2020 immer noch ausreichend stark sinken, um den europäischen Regeln zur Verschuldungsreduktion zu entsprechen. Allerdings ist davon auszugehen, daß der vorhandene Spielraum 2020 nicht ausgenutzt werden wird.

Konjunkturrisiken, aber auch Chancen auf höheres Wachstum

Für das Konjunkturszenario der UniCredit Bank Austria bestehen eine Reihe von Risiken. Insbesondere die Möglichkeit einer weiteren Eskalation der Handelskonflikte ist gegeben, wobei eine Anhebung der US-Zölle auf Autos für die österreichischen Zulieferer eine besondere Belastung darstellen würde. Auch die Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit steht weiter im Raum, wenn auch mittlerweile nur noch für die Zeit nach dem Ablauf der Übergangsperiode Ende 2020. Zudem ist auch die Gefahr einer harten Landung der chinesischen Wirtschaft nach einer zu starken Kreditausweitung gegeben. „Bei einer Entspannung der Handelskonflikte und beim Ausbleiben einer Rezession in den USA könnte das kumulierte Wirtschaftswachstum im Zeitraum 2020 und 2021 in Österreich um rund 0,75 Prozentpunkte über unserer derzeitigen Prognose liegen: Es besteht also bei den Wachstumsaussichten der österreichischen Wirtschaft auch Potential nach oben“, meint Bruckbauer abschließend. ■
<https://www.bankaustria.at/>

Tourismusanalyse Sommersaison 2019

Sommersaison 2019 bringt Nachfragezuwächse für die österreichische Tourismuswirtschaft

Die seit 2010 zu beobachtenden, kontinuierlichen Zuwächse der mengenbezogenen Nachfrage setzten sich im vergangenen Sommer nahtlos fort. Der mittelfristige Trend bestätigt die hohe Dynamik, die den österreichischen Sommertourismus in diesem Zeitraum kennzeichnet: Im Durchschnitt der Sommersaisons 2010/2019 stiegen die Gästeankünfte um +2,6 %, die Zahl der Übernachtungen um +4,0 %. Mit 78,9 Mio. Übernachtungen wurde 2019 auch der historische Höchstwert der Sommersaison 1980 (78,2 Mio.) übertroffen. Die Zahl der Ankünfte erreichte mit 25,6 Mio. ebenso einen neuen historischen Höchstwert.

Die langfristige Entwicklung im österreichischen Sommertourismus ist von starken und länger andauernden Schwankungen geprägt: Nach einem deutlichen Rückgang der Nächtigungszahlen zwischen dem Rekordjahr 1980 und 1987 (-14,6 %) folgte ein Aufschwung, der seinen Höhepunkt im Jahr 1991 fand, in dem mit 78,1 Mio. Nächtigungen wieder annähernd das Niveau des Jahres 1980 erreicht wurde. Die folgenden 15 Jahre brachten einen neuerlichen Abschwung, die

Zahl der Nächtigungen verringerte sich bis 2006 um fast ein Viertel oder durchschnittlich 1,9 % pro Jahr. Erst seit 2010 nimmt die Nachfrage wieder deutlich und kontinuierlich zu. Das Nächtigungswachstum betrug im Durchschnitt 2,3 % pro Jahr. Damit liegen die Übernachtungen im heurigen Sommer um mehr als ein Viertel über dem Wert des Jahres 2006.

Während also die Nächtigungszahl seit Jahren fast kontinuierlich zunimmt, geht die Aufenthaltsdauer von Jahr zu Jahr zurück: Zwischen Mai und Oktober 2019 blieben die Übernachtungsgäste durchschnittlich 3,1 Nächte in derselben Unterkunft (-0,7 %) und damit nur noch halb so lang wie im Sommer 1980. Dies dokumentiert nicht nur einen langfristigen Trend zu kürzeren, aber häufigeren Reisen, sondern vor allem auch die Tatsache, daß UrlauberInnen während einer Urlaubsreise weniger lang in einer Destination verweilen, sondern vermehrt Orte und damit Unterkünfte wechseln.

Die klimatischen Bedingungen gestalten sich im abgelaufenen Sommer recht günstig, vor allem wenn man bedenkt, daß Ös-

terreichs alpine Regionen ideale Verhältnisse bieten, um der Hitze in Städten und dem flachen Land zu entkommen: Auf einen feuchtkühlen Saisonstart im Mai folgten fünf überdurchschnittlich warme Sommermonate, wobei die Temperatur im Oktober um 1,5 °C über dem klimatologischen Mittel der Jahre 1981 bis 2010 lag. Zudem wurde eine Häufung von Sommertagen mit mindestens 25 °C noch im letzten Monatsdrittel verzeichnet. Die Wachstumsdynamik im letzten Monat des touristischen Sommerhalbjahres 2019 (Ankünfte und Nächtigungen je +5,3 %), die maßgeblich von den internationalen Gästen bestimmt wurde (Ankünfte +8,2 %, Übernachtungen +7,2 %), könnte auch darauf zurückzuführen sein. Mit einem Gewicht von gut einem Zehntel der Sommernächtigungen ist der Einfluß des Oktobers – trotz steigender Bedeutung der Nebensaisonen – auf das Saisonergebnis jedoch relativ gering, sodaß das bisherige Ergebnis von Mai bis September 2019 (Ankünfte +3,3 %, Nächtigungen +2,6 %) für den gesamten Sommer 2019 nur jeweils 0,2 Prozentpunkte mehr Wachstum brachte.

Tourismusedwicklung in der laufenden Sommersaison

	Umsätze im Gesamt- reiseverkehr, nominell	Sommersaison 2018			Umsätze im Gesamt- reiseverkehr, nominell ¹⁾	Sommersaison 2019		
		Übernachtungen		Umsätze im Gesamt- reiseverkehr, nominell ¹⁾		Übernachtungen ²⁾		
		Insgesamt	Aus dem Inland			Aus dem Ausland	Insgesamt	Aus dem Inland
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Österreich	+ 5,7	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,9	+ 3,2
Wien	+ 7,2	+ 4,0	+ 4,7	+ 3,9	+ 6,4	+ 5,0	+ 3,2	+ 5,4
Niederösterreich	+ 5,5	+ 2,6	+ 0,8	+ 5,9	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,9
Burgenland	+ 2,1	- 2,1	- 3,1	+ 1,1	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,2	+ 4,9
Steiermark	+ 3,8	+ 1,1	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 5,2
Kärnten	+ 3,6	+ 0,1	+ 2,2	- 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,2
Oberösterreich	+ 8,9	+ 5,2	+ 4,6	+ 5,9	+ 5,7	+ 4,7	+ 3,0	+ 6,6
Salzburg	+ 5,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,3	+ 1,2	+ 4,0
Tirol	+ 6,3	+ 2,9	+ 1,1	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9
Vorarlberg	+ 4,1	+ 1,3	+ 2,9	+ 1,0	+ 2,5	+ 3,6	- 1,4	+ 4,4

Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes - ¹⁾ Schätzung laut WIFO ²⁾ Oktober 2019: Hochrechnung.

Wirtschaft

Die Umsatzschnellschätzung des WIFO¹⁾ ergänzt die Mengenänderungen (Zahl der Ankünfte und Übernachtungen) um einen monetären Indikator: Für die Sommersaison 2019 ergab sich demnach ein Anstieg der nominellen Umsätze von +3,1 % auf ein Niveau von 13,98 Mrd. €. Preisbereinigt wurde ein Zuwachs von 1,7 % erwirtschaftet. Damit übertrafen die Tourismuseinnahmen sowohl zu laufenden als auch zu konstanten Preisen die bisherigen Höchstwerte des Sommers 2018.

Nach Bundesländern differenziert entwickelten sich die Tourismusumsätze von Mai bis Oktober 2019 recht unterschiedlich: Am kräftigsten expandierten die Einnahmen im Sog des anhaltenden Städte-Booms in Europa mit +6,4 % in Wien.

Ebenfalls weit überdurchschnittlich fiel das Umsatzwachstum in Ober- und Niederösterreich aus (+5,7 % bzw. +4,5 %), während die Steigerungsraten des Burgenlandes (+3,3 %) und Salzburgs (+3,2 %) den Österreich-Wert nur knapp überstiegen. Hingegen konnten die Bundesländer Vorarlberg, Steiermark und Tirol mit nominell unterdurchschnittlichen Ergebnissen zwischen +1,9 % und +2,5 % auf preisbereinigter Basis nur schwache Umsatzzuwächse verzeichnen. Kärnten gelang es, mit kräftigen Nächtigungszuwächsen von +11,8 % im Oktober, die Einbußen in den Hauptsaisonmonaten Juli und August (-1,5 % und -1,0 %) und die bis dahin stagnierenden Einnahmen (Mai bis September 2019 +0,1 %) in ein leichtes nominelles Umsatzplus von +0,6 % zu verwandeln (Übersicht 1). In realer Rechnung konnte dieses Bundesland das Einnahmenniveau des Sommers 2018 jedoch nicht halten.

Der Nächtigungsanteil des internationalen Gästesegments lag im Zeitraum Mai bis Oktober 2019 bei 70,5 %; der Besuch ausländischer Gäste in Österreich leistet damit, wie auch im Winter (2018/19: 77,3 %), einen wesentlichen Beitrag zur Gesamtentwicklung des österreichischen Tourismus. Wie schon in den Jahren seit 2017 gestaltete sich die ausländische Nächtigungsentwicklung dynamischer als jene der inländischen Gäste (+3,2 % zu +1,9 %). Bei den Ankünften (+3,9 % zu +2,8 %) waren ähnliche Unterschiede in den

Wachstumsraten zwischen Auslands- und Inlandsnachfrage zu beobachten. Unter 15 ausgewählten Quellmärkten – die von Mai bis Oktober 2019 85,3 % der Nächtigungen aus dem Ausland stellten und zusammen mit +2,9 % leicht unterdurchschnittlich wuchsen – zeigte die Nachfrage aus den osteuropäischen Ländern Rumänien (+13,6 %), Polen (+10,8 %), Rußland (+9,5 %), Tschechien (+8,1 %) sowie aus Schweden (+6,1 %) die kräftigsten relativen Zugewinne (mit einem gemeinsam eher geringen Marktanteil von 6,1 %). Überdurchschnittliches Wachstum gab es auch bei Gästen aus den USA (+4,6 %, Marktanteil 2,3 %), Ungarn (+4,4 %, Marktanteil 1,6 %) und Dänemark (+4,2 %, Marktanteil 0,9 %). Reisende aus dem bedeutendsten Herkunftsmarkt, Deutschland (mit einem Marktanteil von 53,0 % an den internationalen Nächtigungen und einem Wachstumsbeitrag von 52,2 %), nächtigten um 3,2 % öfter in österreichischen Beherbergungsbetrieben als im Vergleichszeitraum 2018. Aus den Niederlanden (+3,1 %, Marktanteil 7,1 %) und Belgien (+1,8 %, Marktanteil 2,1 %) wurde ebenso ein Zuwachs verzeichnet, während die Nächtigungsnachfrage aus Frankreich (+0,2 %, Marktanteil 1,9 %) und der Schweiz (einschließlich Liechtenstein; -0,0 %, Marktanteil 4,8 %) stagnierte. Jene aus Ita-

lien ging leicht zurück (-0,6 %, Marktanteil 3,2 %). Der noch immer nicht vollzogene Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union dürfte eine zunehmende Verunsicherung bei den Konsumentinnen und Konsumenten hervorrufen, mit negativen Auswirkungen auch auf die Nachfrage nach Auslandsreisen: Der Nächtigungsrückgang bei Gästen aus dem Vereinigten Königreich belief sich im Oktober 2019 auf 18,1 % (Mai bis Oktober 2019 -6,9 %).

Von den einzelnen Unterkunftsarten erzielten im Sommerhalbjahr 2019 die gewerblichen Ferienwohnungen die höchsten Übernachtungszuwächse (+8,2 %). Auch private Ferienquartiere (+4,1 %) sowie die Top-Hotellerie (5/4-Stern +3,6 %) zeigten eine deutlich überdurchschnittliche Nachfragedynamik. In der 3-Stern-Kategorie entwickelten sich die Nächtigungszahlen schwach positiv (+0,6 %), in den 2/1-Stern-Betrieben stagnierten sie hingegen. In Privatquartieren gingen sie um 0,4 % zurück. In den übrigen Unterkunftstypen (Campingplätze, Unterkünfte für Kinder und Jugendliche, Kurheime, bewirtschaftete Schutzhütten und sonstige Unterkünfte) wurden von Mai bis Oktober 2019 um 2,9 % höhere Übernachtungszahlen registriert. ■

<https://www.wifo.ac.at>

Der Anstieg der Immobilienpreise schwächt sich österreichweit ab

Die aktuelle Ausgabe der Immobilienmarktanalyse der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zeigt eine merkliche Verlangsamung des Preisanstiegs für Wohnimmobilien im dritten Quartal 2019 österreichweit auf 5,2 % (im Jahresvergleich) – nach einem Plus von 7,3 % im zweiten Quartal. In Wien verringerte sich die noch im zweiten Quartal außergewöhnlich starke Preisdynamik auf +7,6 %. Im Bundesgebiet ohne Wien setzte sich das seit Jahresmitte 2018 beobachtete Nachlassen des Preisauftriebs fort: minus 2 Prozentpunkte auf +1,8 % im dritten Quartal (gegenüber dem zweiten Quartal). Allerdings verzeichneten sowohl in Wien (+8,2 %) als auch im restlichen Bundesgebiet (+3,8 %) die Preise für gebrauchte Eigentumswohnungen einen überdurchschnittlich starken Zuwachs.

Der Fundamentalpreisindikator der OeNB für Wohnimmobilien in Wien deutet im dritten Quartal 2019 auf eine Abweichung der Preise von den Fundamentalfaktoren um

26 % hin. Österreichweit liegt dieser Wert bei 14 %. In einer längerfristigen Perspektive kann die Preisentwicklung bei Wohnimmobilien – insbesondere in Wien – in zunehmenden Maß nicht durch Fundamentalfaktoren erklärt werden.

Seit dem Jahr 2017 beginnt sich die Lage auf dem österreichweiten Wohnimmobilienmarkt durch die stärkere Ausweitung der Bauleistung und die schwächere Nachfrage langsam zu entspannen. Die Wohnbauinvestitionen stiegen im Jahr 2018 um 6,2 %. In den ersten drei Quartalen 2019 wurde die Dynamik mit durchschnittlich +5,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum annähernd beibehalten. Damit hat die Bauwirtschaft auf den sich seit Jahren aufbauenden Nachfrageüberhang reagiert.

Die seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2017 sinkende Anzahl an Baubewilligungen deutet jedoch auf ein bevorstehendes Ende des Baubooms hin. ■

<https://www.oenb.at/>

¹⁾ Einen wesentlichen Parameter dieser Schnellschätzung stellt unter anderem die Entwicklung der Nächtigungen, nicht aber jene der TagestouristInnen dar; für letztere liegen keine konsistenten Informationen vor. Weicht das Wachstum der TagesbesucherInnen von jenem der Nächtigungen zu stark ab, kann es damit zu Verzerrungen in den Umsatzschätzungen kommen.

Positives reales Wachstum des Bruttoregionalprodukts

Überdurchschnittliches regionales Wirtschaftswachstum 2018 in Kärnten und Niederösterreich

Im Jahr 2018 verzeichneten laut Statistik Austria alle Bundesländer ein positives reales Wachstum des Bruttoregionalprodukts (BRP) zwischen +3,8 % (Kärnten) und +1,3 % (Burgenland) – bei einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,4 %.

Herstellung von Waren kurbelt Wachstum in Kärnten, Niederösterreich und der Steiermark an

Kärnten verzeichnete 2018 mit +3,8 % das stärkste reale Wachstum aller Bundesländer. Verantwortlich für die gute Performance war vor allem der Produzierende Bereich, der mit +8,7 % markant stärker als in allen anderen Bundesländern wuchs und deutlich über dem Österreichschnitt (+4,8 %) lag. Die

größte Dynamik zeigten dabei die Herstellung von Waren und die Energieversorgung. Entgegen dem Trend der vergangenen Jahre trugen auch positive Impulse im Dienstleistungssektor (+1,8 %) zur guten wirtschaftlichen Performance des südlichsten Bundeslands bei. Auch die niederösterreichische und die steirische Wirtschaft profitierten von der sehr guten konjunkturellen Entwicklung 2018 und erzielten im Produzierenden Bereich reale Zuwächse von 6,9 % (Steiermark) und 6,2 % (Niederösterreich).

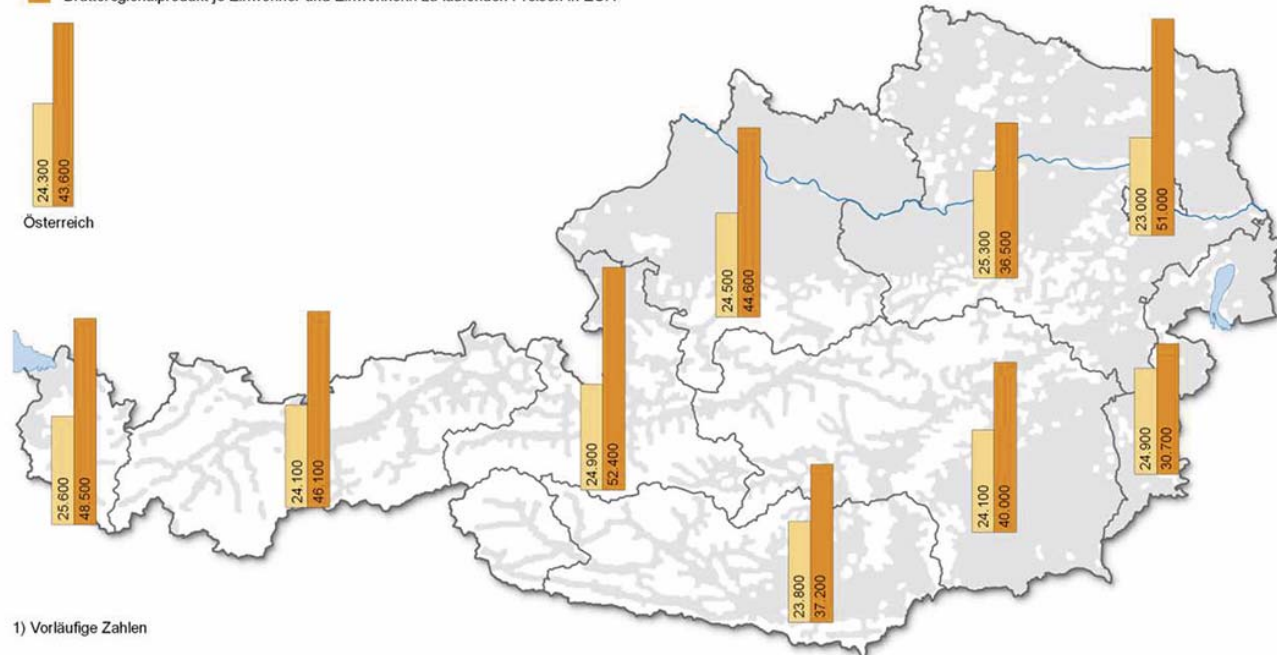
In Kärnten und Niederösterreich hatte die gute wirtschaftliche Entwicklung nur einen schwachen Effekt auf das Arbeitskräfteangebot – Kärnten bildete bei der Beschäftigtenentwicklung mit +1,1 % (+3.000 Beschäfti-

gungsverhältnisse) das Schlußlicht aller Bundesländer und auch Niederösterreichs Beschäftigung wuchs mit 1,6 % unter dem Österreichschnitt von 1,9 %. In der Steiermark verursachte das überdurchschnittliche BRP-Wachstum hingegen einen kräftigeren Beschäftigungsimpuls (+2,2 %). Von den 14.600 neu geschaffenen Jobs in der Steiermark entfielen rund 7.300 auf den Produzierenden Bereich, insbesondere auf die Herstellung von Waren. Auch in Vorarlberg, wo die Beschäftigung mit +2,2 % (+4.500) gleich stark anstieg wie die reale Wirtschaftsleistung, wurde 2018 fast jeder zweite Job im Produzierenden Bereich geschaffen.

Das Burgenland bildete 2018 mit einem BRP-Wachstum von 1,3 % das Schlußlicht

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und Bruttoregionalprodukt je EinwohnerIn 2018¹⁾

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und der POoE (privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) je Einwohner und Einwohnerin in EUR
Bruttoregionalprodukt je Einwohner und Einwohnerin zu laufenden Preisen in EUR



1) Vorläufige Zahlen

0 25 50 km

STATISTIK AUSTRIA - Regionale Gesamtrechnung

Wirtschaft

aller Bundesländer. Ausschlaggebend für das schwache reale Wirtschaftswachstum des Burgenlands war die im Vergleich zu den anderen Bundesländern gedämpfte Entwicklung im Produzierenden Bereich (+2,1 %). Auch bei der Entwicklung der Beschäftigung lag das Burgenland mit +1,6 % leicht unter dem bundesweiten Schnitt von +1,9 %, die größten absoluten Zuwächse gab es im Handel.

Genau im Durchschnitt lag Oberösterreich mit einem realen Wachstum von 2,4 %. Die sehr gute Entwicklung des oberösterreichischen Dienstleistungssektors konnte dort die leicht unter dem Österreichschnitt liegende Entwicklung im Produzierenden Bereich ausgleichen. Wachstumsimpulse kamen aus dem Bau und den bedeutendsten Dienstleistungsbereichen.

Grund für das schwächere reale Wachstum Tirols (+1,7 %) war ebenfalls die im Bundesländervergleich gedämpfte Entwicklung im Produzierenden Bereich von nur +2,4 %. Vor allem die Herstellung von Waren lag deutlich unter der österreichweiten Entwicklung, die Rückgänge im Bau verstärkten die unterdurchschnittliche Performance im Produzierenden Bereich. Dies hatte jedoch keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Tirol. Dieser erreichte 2018 ein im Österreichschnitt liegendes Plus von 1,9 % (+8.100 Beschäftigungsverhältnisse).

Wien: Wirtschaftsentwicklung unter, Beschäftigungszuwachs über dem Durchschnitt

Österreichweit nahm die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse 2018 um 1,9 % zu. Der stärkste Zuwachs in absoluten Zahlen war mit 23.600 Beschäftigungsverhältnissen in Wien zu beobachten, was einem Anstieg von 2,2 % entsprach. Die Dynamik kam hier vor allem aus dem Dienstleistungssektor, aber auch der Bau trug zu dieser Entwicklung bei.

Das reale Wirtschaftswachstum in Wien lag 2018 mit +2,0 % unter dem Österreichschnitt von +2,4 %. Sowohl die unterdurchschnittliche Entwicklung im Produzierenden Bereich, aber vor allem auch die schwache Entwicklung bei den öffentlichen Dienstleistungen wirkten sich hier dämpfend aus.

Beim BRP je Einwohner verzeichneten alle Bundesländer im Berichtsjahr 2018 ein positives reales Wachstum, das zwischen +3,8 % in Kärnten und +1,1 % im Burgenland lag und somit stark um den Österreichschnitt von +1,9 % streute. Das höchste BRP je Einwohner erzielte Salzburg mit rund

52.400 Euro, gefolgt von Wien mit rund 51.000 Euro (siehe Kartogramm). Wie auch in den Jahren zuvor lagen die östlichen und südlichen Bundesländer unter dem Österreichschnitt von 43.600 Euro.

Vorarlbergs Pro-Kopf-Einkommen 2018 wieder am höchsten

Die privaten Haushalte in Vorarlberg konnten auch 2018 wie in den Vorjahren das höchste verfügbare Einkommen pro Kopf mit 25.600 Euro verzeichnen. An zweiter Stelle lag Niederösterreich mit 25.300 Euro, gefolgt von Salzburg und dem Burgenland mit je 24.900 Euro. Leicht über dem Österreichschnitt von 24.300 Euro finden sich die Pro-Kopf-Einkommen der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher mit 24.500 Euro. Tirol und die Steiermark konnten 2018 dem Trend der letzten Jahre entsprechend beim verfügbaren Einkommen je Einwohner etwas aufholen und lagen mit 24.100 Euro nur noch leicht unter dem Österreichschnitt.

Unterdurchschnittliche Einkommen verzeichneten die privaten Haushalte in Kärnten

mit 23.800 Euro pro Kopf. Faktoren wie eine überdurchschnittliche Zunahme der Wiener Bevölkerung und eine schwache Entwicklung des Arbeitnehmerentgelts sowie der monetären Sozialleistungen trugen wesentlich zum Ergebnis der Bundeshauptstadt bei, die ein verfügbares Einkommen von nur 23.000 Euro pro Kopf aufwies. Im Gegensatz zum BRP, das auf den Arbeitsort abzielt, wird das verfügbare Einkommen nach dem Wohnort ausgewiesen.

Regional tiefer gegliederte Ergebnisse 2017

Für die Jahre 2000 bis 2017 gibt es regional tiefer untergliederte Ergebnisse für die 35 NUTS-3-Regionen Österreichs. Es stehen Bruttoregionalprodukt bzw. Bruttowertschöpfung und Beschäftigung zur Verfügung. Beim Bruttoregionalprodukt je Einwohner 2017 lag die Landeshauptstadtregion Salzburg und Umgebung mit einem BRP je Einwohner in der Höhe von 54.500 Euro vor Linz-Wels (52.800 Euro) und Wien (49.500 Euro). ■

<http://www.statistik.at/>

Wirtschaftsparlament der WKÖ beschließt ausgeglichenes Budget 2020

WKÖ-Finanzreferent Schenz: Bildung, Innovation und Internationalisierung sind 2020 wesentliche Themenschwerpunkte

Die Wirtschaftskammer Österreich hat im zu Ende gehenden Jahr eine Senkung der Kammerumlagen umgesetzt. Aufgrund sparsamen Wirtschaftens gelingt es trotz dadurch sinkender Einnahmen in diesem Bereich, für 2020 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen“, berichtete WKÖ-Vizepräsident und Finanzreferent Richard Schenz am 28. November vor dem Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich, dem höchsten Gremium der WKÖ. „Der Budgetvoranschlag für das kommende Jahr ist geprägt von Themenschwerpunkten wie insbesondere der Fortführung der Bildungsoffensive, der Umsetzung der Innovationsstrategie sowie der nachhaltigen Schaffung der bestmöglichen Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft durch finanzielle Entlastung und Bürokratieabbau“, hielt Schenz weiter fest. Zudem verwies er auf die Euro Skills, „die Europameisterschaften der Berufe, die im September kommenden Jahres zum ersten Mal in Österreich, in der steirischen Landeshauptstadt Graz, ausgetragen werden.“

Voranschlag mehrheitlich beschlossen

Für 2020 wird mit Kammerumlagen in der Höhe von 212,9 Millionen Euro gerechnet. Das entspricht einer Steigerung um 3,9 Prozent gegenüber dem Planwert 2019. Neben den Kammerumlagen gibt es Waren- und Leistungserlöse in Höhe von 21,3 Millionen Euro und sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 36 Millionen Euro.

„Den Einnahmen stehen 137,2 Millionen Euro an Personalaufwand und 139,2 Millionen Euro an Sachaufwendungen gegenüber. Per Saldo ergibt das ein negatives Betriebsergebnis in der Höhe von 6,2 Millionen Euro, hinzu kommt ein Finanzerfolg in Höhe von 1,3 Millionen Euro. Nach Abzug von 0,3 Millionen Euro an Kapitalertragssteuer und einer Rücklagenauflösung in Höhe von 5,1 Millionen Euro kommen wir zu einem ausgeglichenen Voranschlag für 2020“, faßte der WKÖ-Finanzreferent den Budgetvoranschlag 2020 in Zahlen.

Der Voranschlag der Wirtschaftskammer Österreich wurde vom Wirtschaftsparlament mehrheitlich beschlossen. ■

Bevölkerungsprognose 2019

Österreichs Bevölkerung wächst und altert weiterhin

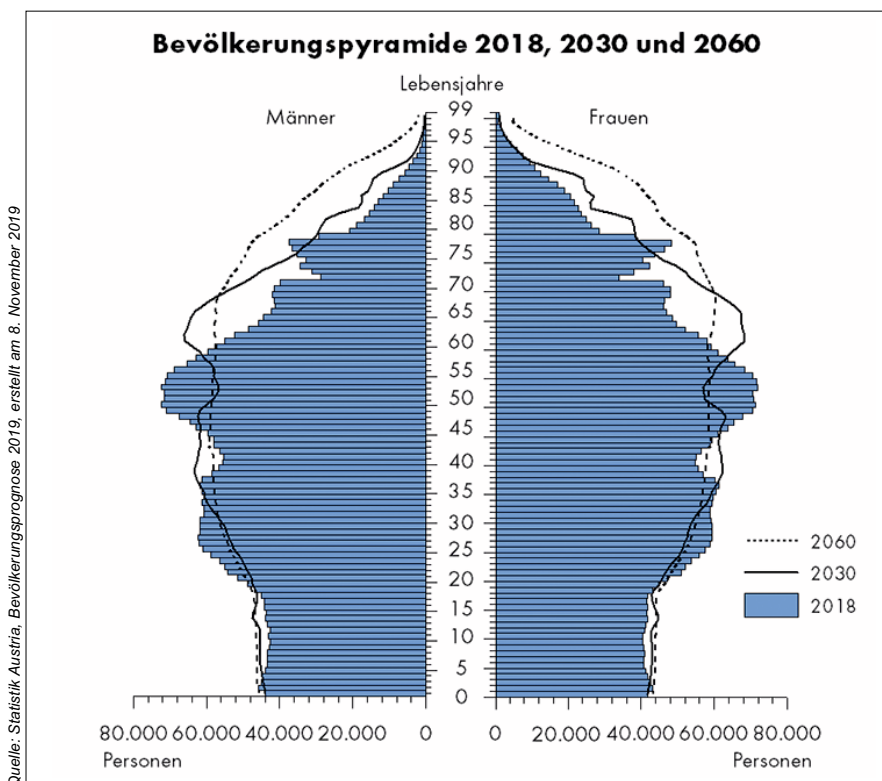
Die aktuelle Entwicklung einer wachsenden und alternden Bevölkerung Österreichs wird sich auch in Zukunft fortsetzen, wie aus der heute veröffentlichten Bevölkerungsprognose von Statistik Austria hervorgeht. Demnach wird die Bevölkerungszahl Österreichs von 8,84 Mio. (2018) bis 2040 um 7 % auf 9,43 Mio. wachsen, bis 2080 schließlich um 12 % auf 9,93 Mio. Zugleich steigt der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren von 18,8 % (2018) auf zunächst 26,3 % (2040) und schließlich 29,3 % (2080).

Zuwanderung kompensiert erwartete Geburtendefizite

Der prognostizierte Bevölkerungsanstieg ist im Wesentlichen auf erwartete Wanderungsgewinne von jährlich rund 30.000 Personen zurückzuführen. Damit wird ein langjähriger Trend fortgeschrieben: Auch in der jüngeren Vergangenheit ist die Einwohnerzahl Österreichs vor allem durch Wanderungsüberschüsse gestiegen. 1960 zählte Österreich noch 7 Mio. EinwohnerInnen, im Jahr 2000 waren es 8 Mio. Bis 2018 ergab sich eine weitere Zunahme um 10 % auf 8,8 Mio. Von diesem Zuwachs seit der Jahrhundertwende entfielen nur rund 5 % auf Geburtenüberschüsse, der größte Teil waren Wanderungsgewinne. Dementsprechend ist zu erwarten, daß die Geburtenbilanzen, die vorerst noch ausgeglichen sind, bald negativ werden – d. h., daß es dann mehr Sterbefälle als Geburten geben wird. Dennoch wird die Bevölkerungszahl im Jahr 2023 die 9-Mio.-Grenze überschreiten. Auch für die Zeit danach ist ein weiterer Anstieg wahrscheinlich, da die prognostizierten Wanderungsgewinne die Verluste aus der Geburtenbilanz deutlich übertreffen werden.

Die Zahl der Bevölkerung im Erwerbsalter sinkt

Zugleich wird die Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren zahlen- und anteilmäßig stark an Gewicht gewinnen. Dafür sind neben stagnierenden Geburtenzahlen und einer vermutlich weiterhin steigenden Lebenserwartung insbesondere die starken Geburtsjahrgänge der 1950er und 1960er Jahre verantwortlich, die in den kommenden Jahren sukzessive ins Pensionsalter wech-



seln. 2040 dürfte die Bevölkerung im Alter von 65+ um 50 % (bzw. mehr als 800.000 Personen) größer sein als 2018. Zugleich erhöht sich ihr Anteil an der Bevölkerung von derzeit 19 % auf 26 % (2040). Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren wird bis 2022 noch geringfügig über dem Niveau von 2018 liegen, danach bis 2040 jedoch um knapp 300.000 Personen (-5 %) unter den derzeitigen Wert absinken. Nach 2040 bleibt die Zahl der Erwerbsfähigen der Prognose zufolge weitgehend konstant. Die Zahl der unter 20jährigen wird zwar noch leicht zunehmen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt jedoch von 19,4 % (2018) auf 18,8 % (2040).

Langfristig wird ein Viertel der Bevölkerung im Ausland geboren sein

Die Zahl der im Ausland geborenen Bevölkerung Österreichs wird unter der Annahme fortgesetzter internationaler Zuwanderung künftig weiterhin zunehmen. 2018 lebten im Bundesgebiet 1,71 Mio. Menschen, die nicht in Österreich zur Welt kamen (19 % der Gesamtbevölkerung). Bis zum Jahr 2040 steigt ihre Zahl der Prognose zufolge auf

2,22 Mio. (+30 %), bis 2080 schließlich auf 2,67 Mio. (+56 % gegenüber 2018). Der Anteil der nicht in Österreich geborenen Personen wächst somit bis 2040 auf 24 % und bis 2080 auf 27 %.

Die Ostregion Österreichs wächst am stärksten

Das prognostizierte insgesamt starke Bevölkerungswachstum Österreichs in den nächsten Jahrzehnten wird sich regional sehr unterschiedlich verteilen. Überdurchschnittlich starkes Wachstum ist in Wien zu erwarten. Die Bundeshauptstadt wird im Jahr 2028, wie zuletzt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die 2-Mio.-Marke überschreiten. Weitere Bevölkerungsverluste werden dagegen für Kärnten erwartet, wodurch die Einwohnerzahl ab 2021 hinter die von Salzburg zurückfallen wird. Neben Wien wird auch für Niederösterreich, das Burgenland und Oberösterreich ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum prognostiziert, während der Trend in Vorarlberg, Tirol, Salzburg und in der Steiermark unter dem Bundesschnitt liegt. ■

<https://www.statistik.at>

ORF-Friedenslicht

... an Oberösterreichs Landesregierung und Landtagspräsidium übergeben:
»Auftrag an die Politik, stets das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.«



Foto: Land OÖ / Denise Singlmayr

Oberösterreichische Landesregierung mit Günther Madlberger (ORF) und Friedenslichtkind Victoria Kampenhuber

In der vorletzten Sitzung der Oberösterreichischen Landesregierung, hat die elfjährige Victoria Kampenhuber aus Enns am 16. Dezember das ORF-Friedenslicht an die Regierungsmitglieder übergeben. „Das ORF-Friedenslicht hat sich zu einem international bekannten Friedenssymbol entwickelt und gibt weltweit unzähligen Menschen Halt. Es erinnert uns aber auch daran, dass Frieden keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist, sondern daß wir jeden Tag daran arbeiten müssen, um in Frieden leben zu können“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Zusammenarbeit als verfassungsmäßigen Auftrag stärker leben

Das Friedenslicht sei auch Auftrag an die Politik, stets das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Daß dies ganz gut funktioniert, zeige auch die aktuelle Beschlußstatistik der oberösterreichischen Landesregierung, betont Stelzer: Rund 98 Prozent der Regierungsbeschlüsse erfolgten im Jahr 2019 einstimmig. „Das Jahr 2019 war bundesweit von Wahlen und politischen Auseinandersetzungen geprägt. Je turbulenter es auf Bundesebene oder aber auch auf internationaler Bühne zugeht, desto wichtiger ist es, in Oberösterreich gemeinsam für unser Land zusammenzuarbeiten. Das ist unser verfassungsmäßiger Auftrag als Gemeinschaftsregierung und das ist es, was sich die Oberösterreichinnen und Oberösterreicher – zurecht – von

uns Landespolitikerinnen und -politikern erwarten.“

Das Friedenslichtkind Victoria Kampenhuber und ORF-Redakteur Günther Madlberger überreichten auch dem Landtagspräsidenten KommR Viktor Sigl und seinen VertreterInnen Adalbert Cramer und Gerda Weichsler-Hauer das Friedenslicht aus der Geburtsgrube Jesu in Bethlehem.

„Als einmalige Aktion für „Licht ins Dunkel“ ins Leben gerufen, zieht das Friedenslicht nun seit mehr als 30 Jahren als

Symbol des Weihnachtsfriedens eine erwärmende Spur durch die europäischen Länder“, so die drei Landtagspräsidenten Sigl, Cramer und Weichsler-Hauer.

Am Heiligen Abend wird das Friedenslicht in ganz Österreich und in nahezu 30 europäischen Ländern vom Roten Kreuz, den Feuerwehren, den Pfadfindern und vielen anderen Organisationen an die Bevölkerung verteilt.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://ooe.orf.at/v2/studio/stories/2880503/>



Foto: Land OÖ / Sabrina Liedl

v.l.: Zweiter Landtagspräsident Adalbert Cramer, Landtagspräsident KommR Viktor Sigl, Friedenslichtkind Viktoria, Dritte Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer und ORF-Redakteur Günther Madlberger

Christkindlmarkt am Wiener Rathausplatz

Wiens Bürgermeister Ludwig und Salzburgs Landeshauptmann Haslauer eröffneten mit Illuminierung des Christbaums aus dem Salzburger Pinzgau

Ein Knopfdruck und es war offiziell Weihnachten in Wien: Am 16. November hat Wiens Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig gemeinsam mit seinem Amtskollegen aus Salzburg, Wilfried Haslauer, den Wiener Weihnachtsbaum auf dem Rathausplatz feierlich illuminiert.

Begleitet wurde die Zeremonie von der Gardemusik Wien und der Trachtenmusikkapelle Embach. Der diesjährige Weihnachtsbaum für Wien stammt aus dem Salzburger Pinzgau. Seit 1959 schenken die Bundesländer und Südtirol den Wienerinnen und Wienern einen Baum für die Weihnachtszeit.

„Der schönste Christkindlmarkt wäre nicht komplett ohne einen strahlenden Baum. Mein Dank gilt daher dieses Jahr Salzburg, für ihr Geschenk. Weihnachten ist die Zeit der Besinnlichkeit und des Miteinanders. Ich lade alle Wienerinnen und Wiener und die Gäste in unserer lebenswerten Stadt ein, den Zauber dieser Jahreszeit hier gemeinsam am Wiener Weihnachtstraum zu genießen“, sagte Ludwig.

„Salzburg sendet mit diesem Baum herzliche Weihnachtsgrüße nach Wien. Die über 30 Meter hohe Fichte soll mit ihren 2.000 LED-Lampen den Besucherinnen und Besuchern des Adventmarktes vor dem Rathaus viel Freude bringen“, so Haslauer. „Der Baum stammt aus nachhaltiger Waldwirtschaft, ein Stück grünes Salzburg für die Bundeshauptstadt.“

Das Einschalten der Lichter am 32 Meter Hohen Baum vor dem Rathaus war – wie jedes Jahr – auch der Startschuß für den Wiener Weihnachtstraum und den Christkindlmarkt auf dem Wiener Rathausplatz. 152 Marktstandln am prominentesten Christkindlmarkt der Stadt locken wieder mit Kunsthandwerk, vorweihnachtlichem Naschwerk, traditionellen Schmankerln, Punsch und Glühwein und versprühen Advent-Stimmung.

Dazu gibt es auch heuer wieder den „Kleinen Eistraum“ im Rathauspark mit 3.000 Quadratmetern Eisfläche für Kufen-Fans.

Zudem gibt es wieder einen besinnlichen Krippenpfad, den Adventkranz der Diakonie



Die über 30 Meter hohe Fichte ist mit 2.000 LED-Lampen beleuchtet.



Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (l.) und Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer eröffneten mit dem Wiener Christkindl den traditionellen Christkindlmarkt am Rathausplatz.

und für die jüngsten BesucherInnen die Weihnachtswelt im Rathauspark mit Ringelspiel, „Weihnachtsexpress“ und vielem mehr.

Nicht nur am Rathausplatz gingen die Weihnachtslichter auf: Stadt und Wirtschaftskammer Wien sorgen gemeinsam für Weihnachtsstimmung in den Wiener Ein-

kaufsstraßen, sie unterstützen die Einkaufsstraßen finanziell zu gleichen Teilen bei der Montage, Demontage oder Anschaffung neuer Weihnachtsbeleuchtung mit 1,2 Mio. Euro für die diesjährige und kommende Weihnachtssaison. ■

<https://www.wienerweihnachtstraum.at/>

Das schenken ÖsterreicherInnen zu Weihnachten

85 Prozent kaufen mindestens ein Geschenk online – Favoriten sind unverändert Geld, Reisen und Gutscheine – Keine Freude kommt bei Socken und Unterwäsche auf – Frauen wünschen sich deutlich mehr Aufmerksamkeit

Weihnachten ohne Geschenke ist für die meisten Menschen undenkbar. Abgesehen davon sind die Vorstellungen der ÖsterreicherInnen aber recht unterschiedlich: Was wird gerne verschenkt? Worüber freut man sich selbst? Wie viel wird gekauft – und wo? Diesen und weiteren Fragen geht das Österreichische E-Commerce-Gütezeichen in seiner aktuellen Weihnachtsstudie auf den Grund.

Wie die Befragung zeigt, sind die ÖsterreicherInnen grundsätzlich keine Last-Minute-Shopper: Ein Viertel (25,6 %) besorgt ab Anfang Dezember Geschenke, 21,6 % beginnen schon im November damit und immerhin 15,7 % kaufen sogar das ganze Jahr lang Präsente, wenn es sich ergibt. Kurz vor dem Heiligen Abend stürmen lediglich 2,6 % los.

Männer: Augen auf bei der Geschenkewahl

Trotz der langen Vorlaufzeit scheint sich aber manch eine/r nicht allzu viele Gedan-

ken über das passende Geschenk zu machen: Mehr als ein Drittel (34,3 %) betont, daß das „perfekte Geschenk“ auf die eigenen Vorlieben bzw. Persönlichkeit eingehen soll. „Bei den Frauen liegt dieser Anteil sogar bei 39,9 % – eine Steigerung von satten 10 % gegenüber dem Vorjahr“, berichtet Thorsten Behrens, Geschäftsführer des Österreichischen E-Commerce-Gütezeichens, und fügt augenzwinkernd hinzu: „Bei der Geschenkeauswahl sind wir eindeutig nicht das stärkere Geschlecht.“

Wer seiner Liebsten wirklich eine Freude machen möchte, kann auch etwas mit symbolischem Wert auswählen – oder einfach etwas, was auf ihrem Wunschzettel steht. Männer hingegen freuen sich durchaus auch über praktische Geschenke.

Geschenkeanzahl steigt, Frauen schenken mehr

Im Durchschnitt wollen die Österreicherinnen heuer sieben Packerl – das ist eines mehr als 2018 – verschenken, wobei Männer

sechs und Frauen acht Präsente planen.

Der Großteil davon bleibt in der Familie: 63,9 % der Befragten beschenken ihre/n PartnerIn, 61,5 % die Eltern, 57,1 % die eigenen Kinder und 36,9 % ihre Geschwister. Immerhin noch 31,2 % überlegen sich etwas für ihre Freunde. Arbeitskollegen hingegen werden nur von 9,4 % beschenkt, Tanten und Onkel (8,9 %) sowie Nachbarn (3,7 %) sollten sich keine großen Hoffnungen machen.

Geld ist top, Socken ein Flop

Wie erwähnt, wünschen sich die Österreicherinnen vor allem Geschenke, die auf ihre persönlichen Vorlieben eingehen. Dennoch stehen ganz oben auf den Wunschlisten drei Allzeit-Favoriten der eher materiellen Art: Bargeld (15,7 %), Reisen (14,5 %) und Gutscheine (13,9 %). Ebenfalls beliebt: Erlebnisse/Ausflüge und Karten für Veranstaltungen. Etwas Selbstgemachtes wünschen sich hingegen nur 3,7 % der Befragten.

Die Liste der unbeliebtesten Weihnachtsgeschenke führen einmal mehr Socken und

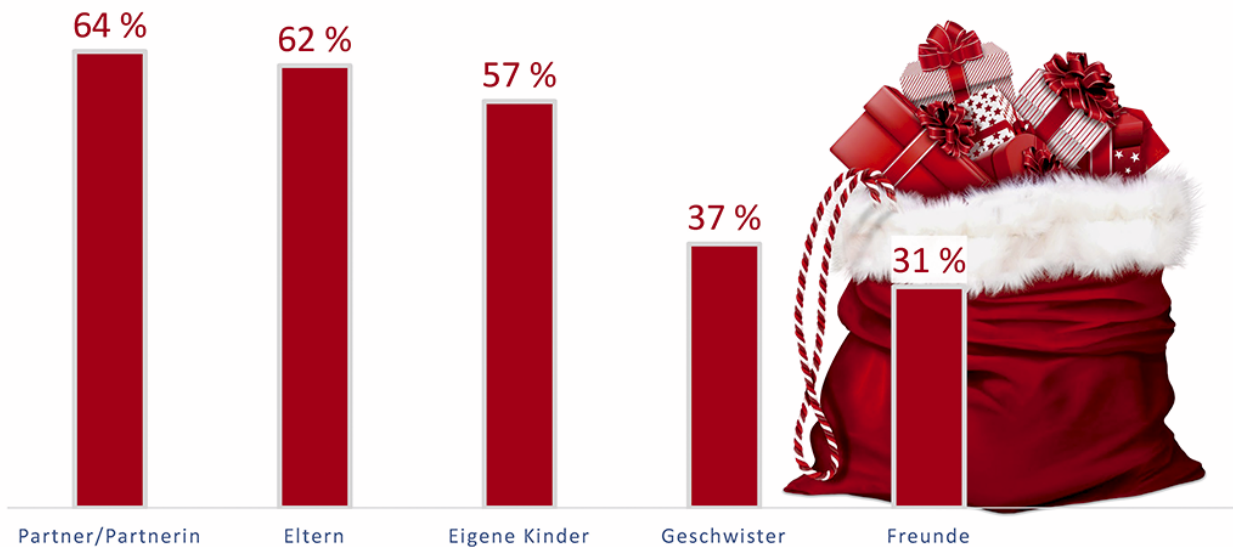
Das perfekte Geschenk



Studie Österreichisches E-Commerce-Gütezeichen 11/2019, n=1.006



Wen beschenken die Österreicher zu Weihnachten



Studie Österreichisches E-Commerce-Gütezeichen 11/2019, n=1.006



Unterwäsche an (21,2 %). Elektrowerkzeug bzw. Heimwerker-Ausrüstung und etwas Praktisches für den Haushalt wollen 8,6 % der Befragten lieber nicht aus dem Geschenkpapier wickeln. Und bei jeweils 6,8 % lösen Kosmetika oder Kinderartikel keine Jubelstimmung aus.

Jene 29,4 %, die in diesem Jahr planen, Kinderartikel und -spiele zu verschenken, sollten also nochmals gut überlegen, wem sie diese zukommen lassen. Am liebsten

schenkt man hierzulande übrigens Gutscheine (43,6 %), auch Karten für Veranstaltungen (20,3 %) und Bücher (20,0 %) werden gerne gekauft.

Weihnachtsshopping zunehmend online – Gütezeichen bietet Sicherheit

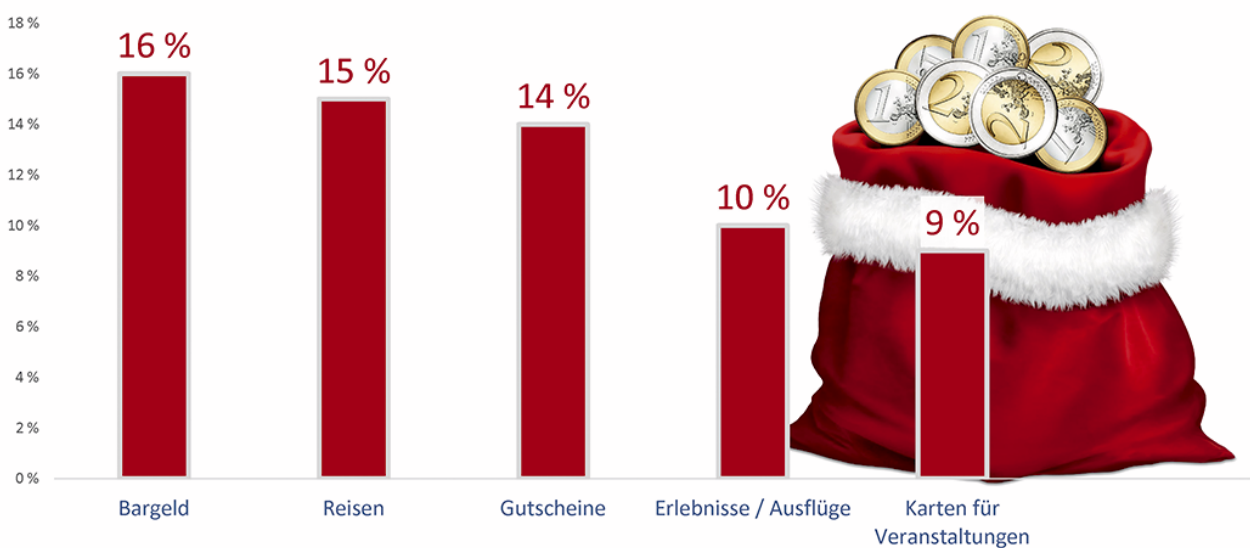
Immer mehr Menschen wollen den „Geschenke-Stress“ in der Adventszeit reduzieren und greifen daher auf Online-Shopping zurück: Bereits 85 % der Österreicher

rinnen kaufen mindestens ein Weihnachtsgeschenk im Internet.

Bei der Wahl der Anbieter spielt einerseits der Preis eine wichtige Rolle (gut die Hälfte der Käufer entscheidet sich aus monetären Gründen für einen bestimmten Web-Shop). Ausschlaggebend sind aber insbesondere auch die Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit eines Online-Shops (42,9 %).

„Leider gibt es im Internet auch immer wieder unseriöse Anbieter. Deshalb empfeh-

Das wünschen sich die Österreicher zu Weihnachten



Studie Österreichisches E-Commerce-Gütezeichen 11/2019, n=1.006



Chronik

Das wollen die Österreicher zu Weihnachten lieber nicht bekommen



Studie Österreichisches E-Commerce-Gütezeichen 11/2019, n=1.006



len wir, bei Einkäufen im Internet sorgsam vorzugehen, um sich die Weihnachtsstimmung nicht durch unerfreuliche Überraschungen verderben zu lassen“, sagt Behrens. Das Österreichische E-Commerce-Gütezeichen bietet hier einen wichtigen Wegweiser: Die zertifizierten – und jährlich überprüften – Anbieter erfüllen hohe Qualitätsstandards und Konsumenten können auf eine seriöse und professionelle Dienstleistung vertrauen.

Beliebte Entscheidungshilfe:

82 % finden Zertifizierung wichtig

Zu den Kriterien bei der Vergabe des Gütezeichens zählen unter anderem klare Preisauszeichnung, sichere Bezahlmethoden und ein transparenter Bestellvorgang. „Die Träger des Gütezeichens werden streng geprüft und jährlich kontrolliert. Das ermöglicht es Konsumenten, seriöse Online-Shops sofort zu erkennen“, erklärt Behrens. Daß sich eine Zertifizierung auszahlt, belegen die Studier-

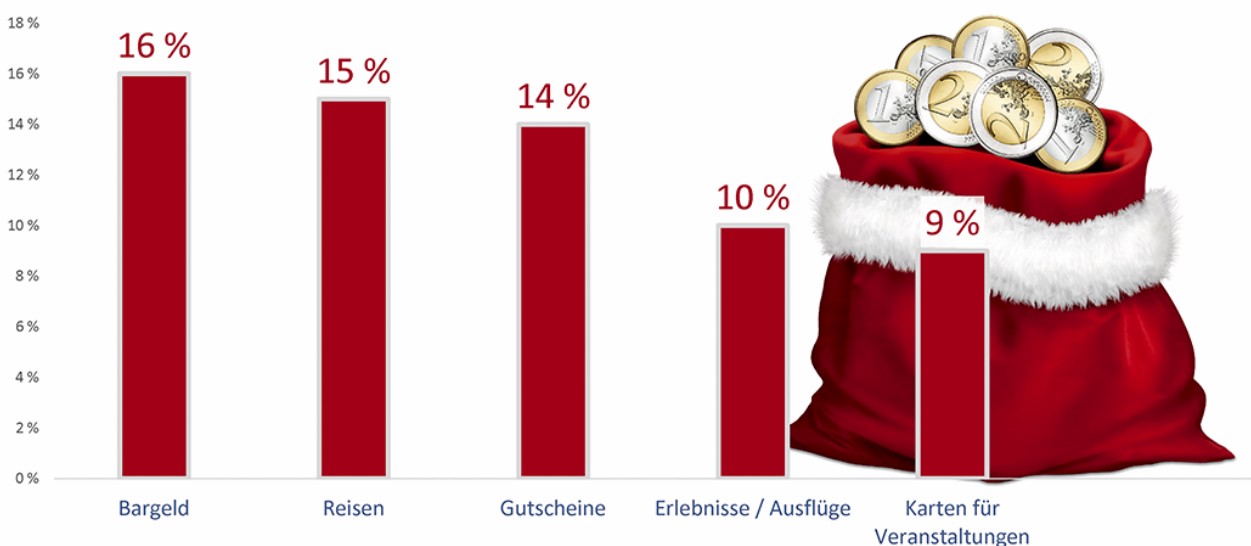
gebnisse: Weit mehr als drei Viertel der Befragten (82 %) finden eine solche Kennzeichnung von Online-Anbietern wichtig.

Über die Studie

Die repräsentative Weihnachtsstudie des Österreichischen E-Commerce-Gütezeichens wurde von Marketagent.com im November 2019 mittels Online-Befragung unter 1.006 ÖsterreicherInnen durchgeführt.

<https://www.guetezeichen.at/>

Das wünschen sich die Österreicher zu Weihnachten



Studie Österreichisches E-Commerce-Gütezeichen 11/2019, n=1.006



Der Jahrgang 2019

Fruchtbetont und ausgezeichnet!



Foto: ÖWM / Marcus Wiesner

Die Berglage „Reifring“ am Leithaberg im burgenländischen Donnerskirchen

Nach der letztjährigen frühesten Lese aller Zeiten fand die Ernte heuer wieder zum üblichen Zeitpunkt statt. Besonders erfreulich war das gute Lesewetter, sodaß die Ernte in Ruhe und planvoll eingebracht werden konnte. Das warme Jahr mit Trockenperioden brachte eine sehr gute Traubenreife und eine durchschnittliche Menge, wobei die kühlen Herbstnächte für exzellente Fruchtigkeit und gute Säurestruktur sorgten.

Der Witterungsverlauf 2019

Die Monate Jänner, Februar und März waren überdurchschnittlich mild und sehr trocken, Kälteperioden wie im Vorjahr blieben aus. Bei frühen Sorten begann das Knospschwellen aufgrund der milden Witterung teilweise bereits Ende März. Im wechselhaften, aber warmen April (1,5 °C über dem langjährigen Durchschnitt) wurde nur die Steiermark mit ausreichend Regen bedacht, der kälteste Mai seit 1991 verzögerte

die Entwicklung der Reben. Die Reblüte setzte dadurch etwa zehn Tage später als im Vorjahr ein, was im langjährigen Schnitt einen Normalzeitpunkt bedeutet. In allen Weinbaugebieten wurde die Blüte bis Mitte Juni relativ zügig beendet.

Der wärmste, sonnigste und trockenste Juni aller Zeiten (4,7 °C über dem Durchschnitt seit Beginn der Messungen 1767) war ein Monat für die meteorologischen Geschichtsbücher, auch Juli und August waren überdurchschnittlich warm. Mehrere Hitzewellen mit teils schweren Gewittern und sintflutartigen Regenfällen prägten diese Sommermonate. Von größeren Hagelschäden blieb man heuer zum Glück aber verschont.

Die Ernte gestaltete sich durch den milden September und warmen Oktober sehr angenehm. Es konnte in Ruhe und wie geplant gelesen werden, Schlechtwetterfronten blieben aus und nötigten somit nicht zu even-

tuell vorzeitigen Lesedurchgängen oder Erntepausen. Die gute Nachtabkühlung sorgte auch für die Förderung der Fruchtigkeit und den Erhalt der Säurestruktur

Niederösterreich

Nach dem Erntepplus des letzten Jahres gab es heuer bedingt durch Hitze und wenig Niederschlag etwas weniger Trauben, die dafür vollreif und sehr gesund waren; die erwartete Qualität ist ausgezeichnet. Die Weingartenarbeit verlief heuer im normalen Rahmen, es waren keine speziellen Maßnahmen notwendig, um die Traubenqualität zu erhalten. Das anhaltende gute Lesewetter erlaubte eine gute Planung und selektive Ernte der jeweiligen Tagesmenge. Mitte Oktober neigte sich die Lese dem Ende zu. Die Kellerarbeit läuft aktuell reibungslos, die Jungweinverkostungen lassen die Vorfreude auf einen großen Jahrgang wachsen. Weniger erfreulich ist die Tatsache, daß der Handel nicht

Gastronomie & Kulinarisches

bereit war, die gute Qualität und die geringere Menge auch preislich zu honorieren.

Die 2019er-Weine zeichnen sich durch einen angenehmen Trinkfluß und eine ausgeprägte Sortentypizität aus. Der gehaltvolle Charakter wird von einem moderaten Alkoholgehalt unterstützt, die gute Säurestruktur fördert zudem die Fruchtigkeit.

Burgenland

Vom Norden bis ins Südburgenland freut man sich über die hervorragende Traubenqualität. Nach dem überdurchschnittlichen Ernteergebnis 2018 sind heuer aber rund 30 Prozent weniger Menge zu verzeichnen. Die Saftausbeute war aufgrund der hohen Temperaturen im Sommer sehr gering, die Trauben dafür umso intensiver im Geschmack. Auch im Burgenland herrschte während der Erntezeit durchgehend schönes Wetter, das einen entspannten Leseablauf ermöglichte.

Bei Traubenpartien, die zur Erlangung höherer Reife länger hängen gelassen wurden, mußten sich die Winzer mancherorts auch mit Staren als unerwünschten „Lesehelfern“ auseinandersetzen und Vorkehrungen treffen.

Die Jungweine zeigen sich sehr aromatisch und mit einem sehr guten Säuregerüst, das besser als 2018 beurteilt wird. Vielversprechend ist auch das Reifepotenzial, sodaß der Jahrgang 2019 sicher noch länger für ausgezeichneten Genuß sorgen wird.

Steiermark

Auf den kältesten Mai folgten der heißeste Juni mit einer sehr kurz andauernden Rebblüte sowie ein eher trockener Sommer. Gerade ausreichend Regen entschärfte den Wassermangel in den Böden, kalte Nächte bremsten das Wachstum der Reben. Im Gegensatz zu anderen Weinbaugebieten führte der Regen in der Steiermark nach aktuellen Schätzungen zu einer etwas größeren Erntemenge als 2018.

Die Weinlese begann Mitte September bei optimalem Wetter und dauerte – ohne die gefürchteten Niederschläge – bis in den Oktober an. Gesunde Trauben, deren Reife heuer in einem etwas späteren und somit kühleren Zeitraum erfolgte, lassen sehr harmonische, ausgewogene und besonders fruchtige Weine erwarten.

Ein klassisch steirischer Jahrgang mit frischer Säure und moderatem Alkoholgehalt wartet auf die Weingenießer.

Intensive Aromen nach frisch geerntetem Kernobst wie Apfel, aber auch Zitrusnoten, die durch kühle Nachttemperaturen während



Foto: ÖWM / Gerhard Elze

Ein Blick über die Weingärten des Nußbergs oberhalb Wiens auf die Donau

der Reifezeit stark ausgebildet wurden, prägen den Steirischen Junker – ein guter Vorbote für den Jahrgang 2019.

Wien

Auch Österreichs Hauptstadt konnte heuer hervorragende Qualitäten in etwas geringerer Menge als im Vorjahr einbringen. Die Witterung während der Vegetation verlief fast deckungsgleich wie in den anderen Weinbaugebieten, auch wurden die Wiener

Weingärten von größeren Wetterunbilden verschont. Ebenso erlaubte das schöne Lese-wetter zügiges Arbeiten ohne Unterbrechungen, und so war man auch in Wien Mitte Oktober mit der Ernte fertig.

Der „Junge Wiener“ gibt bereits einen sehr guten Vorgeschmack auf die Weine, die zu erwarten sind: fein, sortentypisch, mit ausgeprägter Trinkigkeit und guter, schön eingebundener Säure. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

Fakten

Witterungsverlauf 2019

- Jahresbeginn überdurchschnittlich mild und sehr trocken
- Einsetzen der Rebblüte zu Normalzeitpunkt durch kalten Mai
- Sommer historisch heiß und trocken, teils heftige Gewitter, aber keine größeren Hagelschäden
- Milder September/Oktober mit guter Nachtabkühlung:
 - Förderung der Fruchtigkeit, Erhalt der Säurestruktur
 - Sehr gute Lesebedingungen
- Ernte: ausgezeichnete Traubenqualität, durchschnittliche Menge

Niederösterreich

- Traubenmaterial vollreif und sehr gesund
- Weine mit angenehmem Trinkfluß und ausgeprägter Sortentypizität,

gehaltvoll bei moderatem Alkoholgehalt, guter Säurestruktur und Fruchtigkeit

Burgenland

- Hervorragende Traubenqualität
- Sehr geringe Saftausbeute, dafür intensiver Traubengeschmack
- Weine sehr aromatisch mit sehr gutem Säuregerüst und Reifepotenzial

Steiermark

- Trauben sehr gesund, reiften etwas später
- Sehr harmonische, ausgewogene und besonders fruchtige Weine

Wien

- Trauben in ausgezeichneter Qualität
- Feine, sortentypische Weine mit angenehmer Säure

90. Geburtstag von Eric Kandel

Der Bundespräsident überreichte dem Medizin-Nobelpreisträger das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern – Festakt in der Universität Wien –
Wiens Bürgermeister verlieh ihm den Goldenen Rathausmann –



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und der US-Neurobiologe Eric Kandel nach der Verleihung

Bei einem Fest an der Universität Wien wurde am 7. November der 90. Geburtstag des renommierten Wissenschaftlers gefeiert – und der US-Neurobiologe Eric Kandel wurde von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern ausgezeichnet. Der von den Nazis als Kind aus seiner Heimatstadt Wien vertriebene Medizin-Nobelpreisträger erhielt diese für Wissenschaftler selten vergebene hohe Auszeichnung exakt zu seinem 90. Geburtstag.

„Von ganzem Herzen alles Gute zum 90. Geburtstag, lieber Eric Kandel! Es war mir eine Freude, das Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik zu überreichen. Möge Sie dieser Stern noch lange begleiten. Mögen Sie, lieber Eric Kandel, uns noch lange begleiten“, so der Bundespräsident.



Foto: HBF / Carina Karlovits

„Oh my God“, war Eric Kandels Reaktion auf die hohe, seltene und hochverdiente Auszeichnung. „Man kann keinen schöneren Geburtstag haben, als ich ihn diesmal habe.“

Personalia

„Oh my God“, war Kandels Reaktion darauf: „Man kann keinen schöneren Geburtstag haben, als ich ihn diesmal habe“, freute sich das Geburtstagskind, das mit zahlreichen Mitgliedern seiner Familie nach Wien gekommen war. Der Zeithistoriker Oliver Rathkolb, der durch den Abend führte, schlug gleich einen Besuch des Opernballs vor, „um den Orden auszuführen“.

Die Universität Wien und die Medizinische Universität Wien hatten unter dem Motto „Happy Birthday, Eric“ die Feier im Festsaal der Uni Wien veranstaltet. Die beiden Rektoren Heinz Engl und Markus Müller betonten, daß es angesichts seines Lebenslaufs nicht selbstverständlich sei, daß Kandel seinen Geburtstag gerade in Wien feiere.

Kandels Frau Denise zeigte sich in ihren persönlichen Worten an das Geburtstagskind besorgt, daß in Österreich und der EU nationalistische, antisemitische und rassistische Tendenzen wieder erstarken, die 1939 zu Kandels Vertreibung aus seiner Heimatstadt geführt haben.

Hellwacher, unbestechlicher Zeitzeuge

Alt-Bundespräsident Heinz Fischer, den eine persönliche Freundschaft mit Kandel verbindet, bezeichnete Kandel als „hellwachen, unbestechlichen Zeitzeugen“. Er erinnerte – wie viele andere Redner auch –, daß es Kandels „ungeheurer Hartnäckigkeit“ zu verdanken gewesen sei, daß just jenes Stück der Ringstraße, an dem das Hauptgebäude der Uni Wien liegt und das nach dem Wiener Bürgermeister und Antisemiten Karl Lueger benannt war, umbenannt wurde und nun „Universitätsring“ heißt.

Der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Anton Zeilinger, erinnerte in seiner Laudatio an die zu jener Zeit „revolutionäre Idee“ Kandels, den menschlichen Geist durch die Biologie zu erforschen. Kandel hat in seiner wissenschaftlichen Arbeit wesentliche Mechanismen der Gedächtnisbildung enthüllt und wurde im Jahr 2000 „für Entdeckungen zur Signalübertragung im Nervensystem“ mit dem Medizinnobelpreis ausgezeichnet.

Wissenschaftsministerin Iris Rauskala betonte in ihrer Rede die enormen Verdienste des Forschers, Humanisten und Nobelpreisträgers. „Kandel stellte sein Leben konsequent in den Dienst der Wissenschaft“, so Rauskala, „und man spürt seine Leidenschaft für Forschung auch heute, mit 90 Jahren, noch. Seine Verdienste um die Hirnforschung und die moderne Medizin können nicht hoch genug geschätzt werden.“



Foto: HBF / Carina Karlovits

Als weitere Überraschung gab es eine Geburtstagstorte in Form eines maßstabgetreuen Modells der Wiener Secession der K.u.K. Hofzuckerbäckerei Gerstner.

„Es ist mir eine Ehre und Freude, diesen großen Menschen würdigen zu dürfen. Für die kommenden Jahre wünsche ich ihm, daß er seine Neugierde und Forschungslust auch weiterhin behält und künftigen Generationen Vorbild in seinem umfassenden Wirken ist“, so Rauskala.

Als weitere Überraschung gab es eine Geburtstagstorte in Form eines maßstabgetreuen Modells der Wiener Secession der K.u.K. Hofzuckerbäckerei Gerstner, die Kandel gleich die Frage entlockte: „Kann man die wirklich essen?“

Empfang bei Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein

Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein hat Eric Kandel gemeinsam mit seiner Familie im Bundeskanzleramt begrüßt. „Es ist mir eine besondere Freude und Ehre, daß Eric Kandel an seinem heutigen 90. Geburtstag gemeinsam mit seiner Frau Denise und Mitgliedern seiner Familie meine Einladung ins Bundeskanzleramt angenommen hat“, sagte Bierlein.

„Eric Kandel gehört zu den herausragendsten Wissenschaftlern unserer Zeit und



Foto: BKA / Andy Wenzel

Empfang im Bundeskanzleramt (v.l.): Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein, Eric und Denise Kandel und die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend, Ines Stilling

Personalia

ich gratuliere ihm herzlich zu den hoch verdienten Würdigungen durch die österreichische Ärztekammer, die Stadt Wien, die Universität Wien und die Medizin-Universität Wien“, betonte Bierlein.

Trotz der leidvollen Erfahrung durch das NS-Regime und die erzwungene Flucht habe sich Kandel stets „für Versöhnung und Verständigung eingesetzt“ und sich damit besonders um die Republik Österreich verdient gemacht. „Dafür gebührt ihm mein herzlichster Dank und mein großer Respekt“, so die Bundeskanzlerin abschließend.

Goldener Rathausmann für Eric Kandel

Bürgermeister Michael Ludwig hat bereits am Tag zuvor, am 7. November, den Goldenen Rathausmann an Eric Kandel verliehen. Der in Wien als Erich Richard Kandel geborene, von den Nazis vertriebene Medizin-Nobelpreisträger nahm einen Tag vor seinem 90. Geburtstag die Ehrung des Wiener Bürgermeisters im Bürgermeister-Büro entgegen. An der Feier nahmen Kandels Gattin Denise und Tochter Minouche sowie Kultur- und Wissenschaftsstadträtin Veronica Kaup-Hasler und Gesundheitsstadtrat Peter Hacker teil.

Der Psychiater, Physiologe, Neurowissenschaftler und Verhaltensbiologe wurde im Jahr 2000 mit dem Nobelpreis für Entdeckungen von Signalübertragungen im Nervensystem ausgezeichnet. Kandel ist Professor für Neurowissenschaften an der Columbia University in New York City und dort immer noch aktiv. Er gilt als einer der führenden Experten in der Demenz-Forschung weltweit. Sein Buch „Was ist der Mensch?“ ist das österreichische Wissenschaftsbuch des Jahres 2019 in der Kategorie Medizin. Kandel ist Träger des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst und seit 2009 Ehrenbürger der Stadt Wien.

Bürgermeister Ludwig würdigte bei der Überreichung des Goldenen Rathausmanns die wichtigen Leistungen Kandels im Bereich der Wissenschaft. „Heute ist aber auch die Gelegenheit sich zu bedanken, daß Sie der Stadt Wien, trotz der negativen Erinnerungen die Sie in ihrer Kindheit gemacht haben, verbunden geblieben sind“, sprach der Bürgermeister die Vertreibung Kandels aus Wien durch die Nazis an.

1939 flüchtete Kandel als Neunjähriger mit seinem älteren Bruder in die USA zu seinen Großeltern. „Ich hatte Furcht davor, die Straße zu überqueren, aber ich ging mit meinem 14jährigen Bruder über den Atlantik“, berichtete er. Zu den Neurowissenschaften



Foto: Medizinische Universität Wien

Während des Festakts in der Universität Wien (v.l.): Erwin Rasinger, Abg. zum Nationalrat a.D., Univ.-Prof. Markus Müller, Rektor der MedUni Wien, Prof. Anton Zeilinger, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Denise und Eric Kandel, Bundesministerin Iris Rausalka, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Prof. Heinz W. Engl, Rektor der Universität Wien, und Zeithistoriker Oliver Rathkolb



Foto: PTD / C. Jobst

Bürgermeister Michael Ludwig (r.) überreicht Eric Kandel den Goldenen Rathausmann

kam Kandel auch durch sein Interesse an Sigmund Freud, dessen berühmte Praxis in der Berggasse sich ganz in der Nähe der Elternwohnung Kandels befand. Der Wissenschaftler ist auch im hohen Alter immer noch beruflich aktiv und begibt sich fünfmal wöchentlich an seinen Arbeitsplatz in der Columbia University. Den Weg zwischen Wohnort und Universität legt er dabei immer zu Fuß zurück. „Ich gehe viel, das hält mich jung“, verrät Kandel das Geheimnis seiner körperlichen und geistigen Fitness.

Kandel betonte in seinen Dankesworten, daß ihm diese Auszeichnung große Freude bereite, da er mit Wien „nicht nur bittere, sondern auch süße Erinnerungen an meine Kindheit“ verbinde. Deshalb seien ihm die Ehren-

bürgerschaft der Stadt Wien und der Goldene Rathausmann unter seinen zahlreichen Preisen, die er im Laufe seines Lebens erhalten habe, „besonders wichtig“.

„Ich habe mich mittlerweile mit Österreich versöhnt, meine Liebe zu Wien ist in den vergangenen Jahrzehnten immer größer geworden“, so Kandel. 1945 wurde er nach seinem erzwungenen Weggang amerikanischer Staatsbürger, nahm aber vor wenigen Jahren wieder die österreichische Staatsbürgerschaft an.

<https://www.bundespraesident.at>

<https://www.wien.gv.at/>

<https://www.meduniwien.ac.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Eric_Kandel

Quellen: PRK, BKA, PTD, APA/cm/hai - RED meduni wien, BMBWF

Hohe Ehrung für George Soros

Bürgermeister Michael Ludwig unterstrich Einsatz des Philanthropen für offene Gesellschaft und Demokratie und begrüßte die Ansiedelung der CEU in Wien

Wiens Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig hat dem Investor und Philanthropen George Soros am 14. November das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreicht. Anlaß war die Ansiedelung der Central European University (CEU) in Wien. Der Bürgermeister begrüßte die Ansiedelung der von George Soros gestifteten Universität und strich dessen Einsatz für eine offene Gesellschaft und Demokratie hervor. Gleichzeitig zeigte sich Ludwig besorgt über demokratiefeindliche Entwicklungen in den Nachbarländern, die zum Standortwechsel der Uni geführt haben.

An der Ehrung im Wiener Rathaus nahmen zahlreiche honorierte Gäste teil, z.B. die ehemalige ungarische Außenministerin Kinga Gönz, der ehemalige Außenminister von Tschechien Karel Schwarzenberg, CEU-Rektor Michael Ignatieff und Prof. Paul Lendvai. Die Laudatio hielt Bundespräsident a.D. Heinz Fischer.

Ludwig drückte in seiner Begrüßung die Freude darüber aus, daß die von George Soros gegründete CEU ihren Standort nun in Wien habe. Eine der Verbindungen zwischen Soros und Wien seien die Ideen von Sir Karl Popper, die Soros sein Leben lang inspiriert haben. Ludwig drückte seinen Respekt darüber aus, daß Soros seine finanziellen Ressourcen für die Unterstützung weltoffener, demokratischer Geisteshaltungen einsetze, dazu gehöre auch die Stiftung der CEU. Ludwig zeigte sich gleichzeitig besorgt über demokratiefeindliche Entwicklungen in Nachbarländern und bedauerte, daß der Ansiedlung der CEU in Wien politische und antisemitische Anfeindungen gegen Soros vorgegangen seien. Wien würde immer die Werte der offenen und demokratischen Gesellschaft verteidigen, stellte Ludwig klar.

Bundespräsident a.D. Heinz Fischer betonte in seiner Laudatio, daß die CEU eine der Top 100 Universitäten weltweit sei. Diese Qualität spiegle sich nicht nur in der wissenschaftlichen Lehre wider, sondern auch in der Vermittlung demokratischer Werte und einer offenen Geisteshaltung.

George Soros betonte in seiner Dankesrede, daß er äußerst dankbar sei für die Etablierung der CEU in Wien und sich beson-



Foto: PID / C. Jobst

Bürgermeister Michael Ludwig (r.) überreicht George Soros das Große Goldene Ehrenzeichen



Foto: CEU Wien

Architekten-Rendering des neuen Wiener Campusgebäudes der CEU

ders über die hohe Auszeichnung freue. Er erzählte, daß er in seiner Wahlheimat London vom Gedankengut Sir Karl Poppers geprägt worden sei, der auch sein wissenschaftlicher Tutor war. Er freue sich, daß künftig Studierende aus rund 100 Ländern in Wien an der CEU studieren würden.

George Soros

George Soros, Investor und Philanthrop, wurde 1930 in Budapest geboren. Er überlebte den Holocaust und ging mit 17 Jahren nach England, um zu studieren. Einer seiner Lehrer war der gebürtige Wiener Sir Karl Popper, dessen Gedankengut Soros sehr prägte.

Dessen Idee von der offenen Gesellschaft ist bis heute die Triebfeder für das gesellschaftspolitische Engagement von Soros. Sein Vermögen, das er als Investor verdiente, setzt er zum Großteil für dieses Engagement ein. George Soros ist Gründer und wichtigster Unterstützer der international renommierten Central European University (CEU) mit Sitz in New York und nun auch in Wien. Die CEU wird von der Grundidee der Weltoffenheit und Demokratie geprägt. Die Ansiedlung dieser weltweit angesehenen Universität stärkt sowohl den Wissenschafts- als auch den Wirtschaftsstandort Wien. ■

<https://www.ceu.edu/>

90er von Arnulf Rainer

LH Mikl-Leitner gratulierte Arnulf Rainer zum 90. Geburtstag und zu zehn Jahren Rainer-Museum – »Sind stolz, einen so großartigen Künstler und ein so großartiges Museum in Niederösterreich zu haben«



v.l.: Bundesminister Alexander Schallenberg, Rainer-Tochter Clara, Arnulf Rainer, Ehefrau Hannelore, Ausstellungskurator Helmut Friedel und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner beim großen Künstlerabend in Baden zu Ehren des weltbekannten Jubilars

Arnulf Rainer feiert heuer seinen 90. Geburtstag und vor 10 Jahren, am 25. September 2009, wurde das Arnulf Rainer Museum in Baden eröffnet. „Wir sind stolz darauf, einen so großartigen Künstler und ein so großartiges Museum wie das Rainer-Museum in Niederösterreich zu haben“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am Abend des 6. November bei einem Künstlerfest in Baden zu Ehren des Jubilars und gratulierte Arnulf Rainer zum bevorstehenden runden Geburtstag. Er sei ein „wichtiger Botschafter und Türöffner“, sein Werk und sein künstlerisches Schaffen werde in den herausragendsten Museen der Welt gezeigt. Mit dem Arnulf Rainer-Museum in seiner Geburtsstadt werde das künstlerische Schaffen dieses weltbekannten österreichischen Malers gewürdigt, sein Werk mit wichtigen internationalen Positionen in einen spannenden Dialog gesetzt und auch eine Brücke in die Zukunft geschlagen, betonte Mikl-Leitner. Sie hoffe, daß Rainer auch in Zukunft ein „künstlerischer Serientäter“ bleibe und überreichte dem Jubilar das „Silberne Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“.

Kaum ein anderes Bundesland in Österreich habe in den letzten Jahren und Jahr-

zehnten dem Thema Kunst und Kultur so viel an Bedeutung geschenkt wie Niederösterreich, so die Landeshauptfrau weiter. Kunst und Kultur sei heute 365 Tage im Jahr in Niederösterreich erlebbar und spürbar und führe den Wert von Traditionen vor Augen, mache offen für Neues und sei auch der Nährboden für Weltoffenheit, Kreativität und Innovation.

Bundesminister Alexander Schallenberg bezeichnete Arnulf Rainer als „großen Kulturbotschafter Österreichs“, der seit vielen Jahren „nachhaltig und viel“ für Österreichs Kulturlandschaft geleistet habe. Als Praktiker habe Rainer als Lehrender an der Akademie der bildenden Künste sein „unbezahlbares Wissen“ an Generationen von Kulturschaffenden weitergegeben und sei für viele ein Vorbild. Als Dank und Anerkennung für seine Verdienste überreichte Schallenberg dem Künstler das „Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“.

Das Arnulf Rainer Museum in Baden ist bis 26. April 2020 auch Schauplatz der Jubiläumsausstellung „REVUE“. Anhand von 90 Werken aus acht Jahrzehnten – alle Leihgaben kommen direkt aus dem Atelier des Künstlers – bietet die Ausstellung einen umfassenden Einblick in das malerische Schaffen Arnulf Rainers.

Arnulf Rainer wurde am 8. Dezember 1929 in Baden geboren. Er zählt zu den international renommiertesten und erfolgreichsten Künstlern Österreichs. In den 1950er Jahren beginnt er mit seinen monochromen Übermalungen, mit denen er weltberühmt wurde. 1977 nahm er an der „documenta 6“, der größten je veranstalteten Kunstausstellung in Deutschland teil, ein Jahr später vertrat er Österreich bei der Biennale von Venedig. 1981 übernimmt Rainer auch eine Professur an der Akademie der bildenden Künste in Wien (bis 1995). Ein Höhepunkt in der Würdigung seines Werks war 1993 die Eröffnung des Arnulf Rainer-Museums in New York. Darüber hinaus würdigten die herausragendsten Museen der Welt die künstlerische Arbeit des Malers mit zahlreichen Personalen und Retrospektiven – vom Centre Pompidou in Paris (1984) über das Guggenheim in New York (1989) bis zur Pinakothek der Moderne in München, die Rainer 2002 einen eigenen Raum widmete. 2009 wurde in Baden, seiner Geburtsstadt, das eigens ihm gewidmete Museum im einstigen Frauenbad eröffnet. ■

<https://www.arnulf-rainer-museum.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Arnulf_Rainer

<http://www.noel.gv.at/>

Personalia

Verabschiedung von Landtagspräsident Viktor Sigl

Für seinen jahrzehntelangen Einsatz für Oberösterreich dankte Landeshauptmann Thomas Stelzer am 5. Dezember dem scheidenden Landtagspräsidenten KR Viktor Sigl: „Er hat als Unternehmer, als Präsident der Wirtschaftskammer Oberösterreich und vor allem als Politiker nie sein Sensorium für die Anliegen Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher verloren. Sein Fokus war und ist immer auf die großen und kleinen Sorgen der Menschen gerichtet. ‚Vik‘ ist ein Politiker mit Herz und Kompetenz, aber vor allem auch ein Freund, der mir stets mit gutem Rat zur Seite steht.“

All seine beruflichen Stationen habe er stets so ausgeübt, daß der Interessensausgleich und das Zusammenführen trotz unterschiedlicher politischer Positionen im Mittelpunkt stand, so der Landeshauptmann weiter: „Die Funktionen des Viktor Sigls haben sich oftmals in seiner Karriere verändert, niemals aber sein Zugang zur Politik – ob als Bürgermeister, als Landtagsabgeordneter, als Wirtschaftslandesrat und vor allem als Präsident des oberösterreichischen Landtages.“

Besonders würden seine Fähigkeit, Ressorts strategisch zu führen, aber auch seine Dienste als ‚oberster Demokratielehrer‘ in



Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

Landeshauptmann Thomas Stelzer (r.) dankte dem scheidenden Landtagspräsidenten KR Viktor Sigl, „dem Freund und großen Oberösterreicher“.

Erinnerung bleiben. „Und natürlich auch die Weitsicht, mit der Viktor Sigl den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort durch die schweren Jahre der Wirtschaftskrise 2008/2009 führte. Oberösterreich hat die Wirtschaftskrise ohne gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt verkraftet. Da hatte auch viel mit der Politik von Viktor Sigl zu tun“, so der Lan-

deshauptmann. „In den politischen Geschichtsbüchern Oberösterreichs wird Viktor Sigl einen festen Platz als großer Oberösterreicher einnehmen. Wir sind dankbar für seine jahrzehntelange Arbeit“, betonte Stelzer.

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Viktor_Sigl

Kärntner Landeswappen für Kärntner Abwehrkämpferbund

Landtagspräsident Reinhart Rohr überreichte den Kärntner Abwehrkämpferbund und überreichte an den Traditionsverband bzw. deren Obmann, Fritz Schretter, am 13. Dezember die Urkunde zur Führung des Kärntner Landeswappens.

Rohr würdigte in seiner Rede die Verdienste des langjährigen Obmanns – er war von 1984 bis 1999, über drei Legislaturperioden, ein engagierter Abgeordneter im Kärntner Landtag – der vor wenigen Tagen seinen 80. Geburtstag gefeiert hat. „Als langjähriger Obmann des Kärntner Abwehrkämpferbunds hat Schretter im Laufe der Jahre viel für die Traditionspflege, die Förderung der kulturellen Vereine im Grenzland und die Vermittlung der Kärntner Geschichte getan. Dazu zählt auch das Bewußtsein und Gedenken für den Kärntner Abwehrkampf und die daraus resultierende Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 für die demokratische Einheit unseres Heimatlandes. Auch wenn es in der Vergangenheit manche Polarisierung gab, steht für die Zukunft der Weg der Völkerverständigung und das gemeinsamen Bemühen für ein erfolgreiches Europa



Foto: Kärntner Landtag

Landtagspräsident Reinhart Rohr (r.) überreichte die Urkunde an KAB-Obmann Fritz Schretter

der Vielfalt im Vordergrund“, sagte der Landtagspräsident.

In seinen Dankesworten hob Schretter im Namen des KAB die Wertschätzung durch das Land Kärnten gegenüber dem Traditionsverband besonders hervor: „Diese Wertschätzung gilt auch den zahlreichen Abwehr-

kämpfern, die vor nunmehr 100 Jahren durch Ihren Einsatz erreicht haben, daß die Kärntnerinnen und Kärntner das Recht für sich durchsetzen konnten, über ihre Zukunft im Rahmen der Kärntner Volksabstimmung demokratisch zu entscheiden.“

<https://www.kab-or.at>

40 Jahre IGGÖ

Islamische Glaubengemeinschaft feierte ihr 40jähriges Bestehen



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und IGGÖ-Präsident Ümit Vural nach der Feier im Wiener Rathaus

Mit einem Festakt und unter Teilnahme hochrangiger Vertreter von Staat, Religionsgemeinschaften und Gesellschaft, hat die Islamische Glaubengemeinschaft in Österreich (IGGÖ) am 18. November in Wien den 40. Jahrestag ihrer Gründung als Körperschaft öffentlichen Rechts gefeiert. Die zweitgrößte staatlich anerkannte Religionsgesellschaft zählt heute rund 500.000 Mitglieder. An dem Festakt im Wiener Rathaus nahmen u.a. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bürgermeister Michael Ludwig und zahlreiche Vertreter aus den Religionsgemeinschaften teil. Darunter waren unter anderen der Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ), Thomas Hennefeld, der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka, der römisch-katholische Weihbischof Franz Scharl, der Wiener evangelische Superintendent Matthias Geist, der altkatholische Bischof Heinz Lederleitner, Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister, der griechisch-orthodoxe Militärseelsorger Alexander Lapin, der Präsident der buddhistischen Religionsgesellschaft, Gerhard Weißgrab, sowie Kultus- und Ausseminister Alexander Schallenberg.

Vural: »Islam mit österreichischem Gesicht«

Der Präsident der IGGÖ, Ümit Vural, betonte, daß der Islam heute eine in Österreich heimische Religion sei. Die gesetzliche Anerkennung der IGGÖ vor 40 Jahren sei

ein „Privileg, um das uns viele Muslime im Ausland beneiden“ und eine „Qualitätsidee altösterreichischer Prägung“, unterstrich Vural. Heute gelte es, manch in den letzten Jahren aufgerissene Gräben wieder zuzuschütten, denn: Es gebe auch Diskriminierung von Muslimen und einen „antiislamischen Rassismus“ in der Gesellschaft: „Ich bin angetreten vor einem Jahr, um den Islam in Österreich ein europäisches, österreichisches und wienersches Gesicht zu geben“ und um so das vorherrschende Zerrbild von Muslimen zu korrigieren, strich Vural heraus. Freiheit, Demokratie, Religionsfreiheit und Selbstbestimmung seien Werte, die die Muslime leben und stärken wollten.

Van der Bellen: Muslime nicht das »ewig Fremde« in Österreich

Bundespräsident Van der Bellen erinnerte in seiner Ansprache an das eigentliche Datum, das Jahr 1912, auf dem das positive Verhältnis zwischen Staat und Muslimen in Österreich basiere: Es war dies das Datum der Verabschiedung des Islamgesetzes, durch das der Islam in der Donaumonarchie anerkannt wurde und wodurch Österreich eine Pionierrolle im Umgang mit dem Islam eingenommen habe. 107 Jahre später sei es nun „an der Zeit, Muslime und Musliminnen nicht als das ewig Fremde in Österreich anzusehen.“ Heute gelte es zu erkennen, daß eine Verfassung und ein liberaler Rechtsstaat allein nicht ausreichen, um das Zusammenleben

positiv zu gestalten: Den Religionen komme als „wichtige Stimme in der Gesellschaft“ eine wichtige Funktion zu.

Ludwig: »Vorzeigeprojekt« Campus der Religionen

Der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig erinnerte in seiner Ansprache daran, daß vor 40 Jahren nicht nur die IGGÖ anerkannt wurde, sondern auch die erste Moschee in Wien auf der Donauinsel „mit Minarett“ errichtet wurde. Sorge und Ängste löse heute in der Bevölkerung nicht die IGGÖ aus, sondern Konflikte im Ausland, so Ludwig. Leider versuchten jedoch Kräfte in Österreich die Vorurteile gegenüber Muslimen zu schüren. „Ich werde allen Versuchen von Rassismus und Islamfeindlichkeit in Wien eine Absage erteilen“, unterstrich Ludwig.

Als ein „Vorzeigeprojekt“ für gelingende Kooperation und Zusammenleben bezeichnete Ludwig den geplanten „Campus der Religion“ in der Seestadt Aspern, an dem sich auch die IGGÖ beteiligt. In der Bundeshauptstadt leben rund 300.000 der insgesamt rund 500.000 Muslime in Österreich.

Die Feier begann mit einer Koranrezitation und der Präsentation eines Imagefilmes. Darin wird IGGÖ-Präsident Vural zitiert: „Einheit in Vielfalt. Stärke im Zusammenhalt. Der österreichische Weg zu einer europäischen muslimischen Identität.“ ■

<http://www.derislam.at/>

Quelle: <https://evang.at/>

Bischofsweihe in Klagenfurt

Papst Franziskus hat Caritasdirektor Marketz zum 66. Bischof der Diözese Gurk-Klagenfurt ernannt – er wird am 2. Feber 2020 geweiht werden

Papst Franziskus hat Kärntens Caritasdirektor Msgr. Josef Marketz zum 66. Bischof der Diözese Gurk-Klagenfurt ernannt. Das hat der Heilige Stuhl am 3. Dezember im „Bollettino“, dem Pressedienst des Vatikans, offiziell bekannt gegeben. Das Sakrament der Bischofsweihe wird Msgr. Marketz durch Erzbischof Franz Lackner, Metropolit der Salzburger Kirchenprovinz, zu der auch die Diözese Gurk gehört, am 2. Februar 2020, dem Fest „Maria Lichtmeß“, um 14 Uhr im Dom zu Klagenfurt empfangen.

Schönborn: Ernennung von Marketz »starkes Zeichen«

Kardinal Christoph Schönborn hat erfreut auf die Ernennung von Josef Marketz reagiert. Es sei dies eine „gute, erfreuliche Entscheidung“, sagte der Vorsitzende der Öster. Bischofskonferenz in einer ersten Reaktion gegenüber „Kathpress“, in der er auf Marketz' langjährige Erfahrung als Priester, Seelsorger, Pastoralamtsleiter und zuletzt auch als Kärntner Caritasdirektor verwies. Er glaube, daß Marketz „sehr positiv“ in Kärnten als Bischof aufgenommen werde, „und daß er diesen Dienst wirklich zum Wohl und zur Freude der Menschen wahrnehmen wird“. Daß nach langen Jahren wieder ein gebürtiger Kärntner dort Bischof werde und daß dieser nun erstmals der slowenischen Volksgruppe angehöre, sei ein „wichtiges Zeichen für Österreich“, so der Wiener Erzbischof weiter. Die Volksgruppen erhielten durch die Bischofsernennung einen besonderen Akzent.

Lackner: »Erfahrener Leiter«

„Außerordentliche Freude“ signalisierte der Salzburger Erzbischof Franz Lackner, der bei der Bischofsweihe am 2. Februar 2020 der Hauptkonsekrator sein wird, über die Ernennung des Kärntner Bischofs. Marketz sei ein „Kenner der Diözese“, ein „erfahrener Leiter“ und habe „das Ohr bei den Menschen“, so der frühere Visitator der Diözese Gurk-Klagenfurt in einer Stellungnahme. Er selbst habe den künftigen Bischof als „besonnenen und auf Ausgleich bedachten Priester in der Diözesanleitung erlebt, auch in unruhigen Zeiten“. Marketz werde ein „verbindender Bischof für die Kärntnerinnen und Kärntner“ sein.



Foto: Katholische Kirche Kärnten

Msgr. Josef Marketz

Landau gratuliert »Mann des Dialogs«

Als „Bischof ganz im Sinne von Papst Franziskus“ bezeichnete Caritas-Präsident Michael Landau den neuen Kärntner Oberhirten. Marketz zeichne sich durch „einfachen Lebensstil und persönliche Bescheidenheit aus“, zudem kenne er ihn als „Priester, der auf Menschen zugeht, für den Glaube viel mit Freude und Weite zu tun hat“ und als „Mann des Dialogs“. Das Herz des künftigen Bischofs schlage für die Armen und für gelebte Nächstenliebe. Den Papst-Sager „lieber eine ‚verbeulte‘ Kirche, die verletzt und beschmutzt ist, weil sie auf die Straßen hinausgegangen ist, als eine Kirche, die aufgrund ihrer Verschllossenheit und ihrer Bequemlichkeit, sich an die eigenen Sicherheiten zu klammern, krank ist“, habe Marketz oft zitiert.

Militärbischof Freistetter:

»Freue mich außerordentlich«

Der Apostolische Administrator Militärbischof Werner Freistetter sagte: „Ich freue mich außerordentlich über die Ernennung von Msgr. Dr. Josef Marketz zum neuen Bischof der Diözese Gurk-Klagenfurt durch den Heiligen Stuhl. Als langjähriger Direktor der Caritas in Kärnten ist er mit den Menschen und der Kirche in Kärnten eingehend vertraut, und ich bin davon überzeugt, daß er den Weg zu einem versöhnten Miteinander in der Kirche in Kärnten weiter beschreiten wird. Ich habe die Aufgabe des Apostolis-

chen Administrators in Kärnten Ende Juni in dem Verständnis übernommen, daß mein Wirken nur ein Teil dieses Weges sein kann. Nun sehe ich es als eine meiner letzten Aufgaben hier in Kärnten an, dem neuen Bischof einen guten Start zu ermöglichen und ihn – bis zu seiner Weihe – mit den mir zur Verfügung stehenden Kräften zu unterstützen. Ich bin mir sicher, daß die Katholikinnen und Katholiken in Kärnten mit Josef Marketz einen ausgezeichneten neuen Bischof bekommen, und ich wünsche ihm für diese Aufgabe alles Gute und Gottes Segen.“

Msgr. Marketz: »In aller Demut und im Vertrauen auf die Hilfe Gottes...«

Msgr. Josef Marketz sagte zu seiner Ernennung: „Papst Franziskus hat mich zum neuen Bischof der Diözese Gurk-Klagenfurt berufen. Ich habe mich lange allein schon gegen den Gedanken gewehrt, daß das Amt mir anvertraut werden könnte, da ich mit Leib und Seele Direktor unserer Caritas in Kärnten bin. Nun ist es trotzdem soweit gekommen. In aller Demut und im Vertrauen auf die Hilfe Gottes und vieler Menschen, die mich unterstützen werden, möchte ich diesen so wichtigen, aber gewiss nicht einfachen Dienst in unserer Diözese antreten. Ich freue mich auf die zukünftigen Begegnungen mit den Menschen unseres Landes, die Zusammenarbeit mit den Mitbrüdern im priesterlichen und diakonalen Dienst, den OrdenschristInnen, den vielen LaienmitarbeiterInnen in Diözese und Bistum, einfach auf alle, die sich beruflich und ehrenamtlich für die Kirche in Kärnten engagieren. Ich danke allen, die in der langen Zeit der Sedisvakanz mit Arbeit und Gebet Verantwortung für die Diözese übernommen haben und bitte alle Kärntnerinnen und Kärntner um ihr Gebet und um tatkräftige Unterstützung bei meinem Hirtenamt im Dienst der Menschen in unserem Land, insbesondere der Armen und Ausgegrenzten. Vsem slovensko govorečim vernikom se zahvaljujem za spremstvo v dosedanjih službah in prosim vse ljudi dobre volje tudi v prihodnje za molitev in sodelovanje.“

<https://www.kath-kirche-kaernten.at/>

<https://www.caritas-kaernten.at/>

Quellen: Diözese Graz-Seckau, Kathpress

Christen und Juden im Burgenland

Diözesan Jubiläum im Burgenland soll auch kollektive Erinnerungslücken füllen –
Zsifkovics ein Jahr nach Ökumenischem Hirtenbrief zu Novemberpogromen:
»Nicht einfach zur Tagesordnung übergehen!«

Das im November begonnene Eisenstädter Diözesan Jubiläum will auch die Erinnerungskultur im Burgenland stärken. In dem vor einem Jahr veröffentlichten Ökumenischen Hirtenbrief, den Bischof Ägidius J. Zsifkovics und Superintendent Manfred Koch im Blick auf den „Anschluß“ 1938 und die Novemberpogrome unterzeichneten, rufen die Kirchen ausdrücklich zu einer kritischen Erinnerungskultur und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie mit Fragen der Schuld und Mitschuld an den damaligen Verbrechen auf.

»Blutende Wunde«

Auch das neue Burgenländische Jahrbuch 2020, das „martinus“-Chefredakteur Franz Josef Rupprecht zusammengestellt hat und das seit Mitte November erworben werden kann, thematisiert den Hirtenbrief und zeigt Hintergründe dazu auf. Der ökumenische Brief von 2018 fordert die Gemeinden des Burgenlandes auf, sich der eigenen Geschichte zu stellen und der „Diskriminierten, Verfolgten, Ermordeten“ zu gedenken – durch „Zeichen der Reue und Aufarbeitung im öffentlichen Raum“, wie etwa Mahnmale. Zugleich wird jenen Gemeinden gedankt, die solche Schritte bereits gesetzt haben.

Das Burgenland kann im kommenden Jahr aber auch an den 350. Jahrestag des Beginns der planmäßigen Ansiedlung der Juden in den Esterházyischen Sieben-Gemeinden (Schewa Kehilot) erinnern. 268 Jahre später gingen diese Gemeinden tragisch im Zuge der Verfolgung durch das NS-Regime unter.

Der Ökumenische Hirtenbrief steht hier zum Download bereit:

https://www.martinus.at/dl/Lqr7JKJLKMJqx4KJK/HIRTENBRIEF_2018kl.pdf

Bischof: Auch burgenländische Erinnerungskultur »ausbaufähig«

Bischof Zsifkovics ermahnt im Hintergrundgespräch zu Wachsamkeit: „Die Überreste jüdischen Lebens im Burgenland sind eine nach wie vor klaffende und blutende Wunde in der gesellschaftlichen Realität

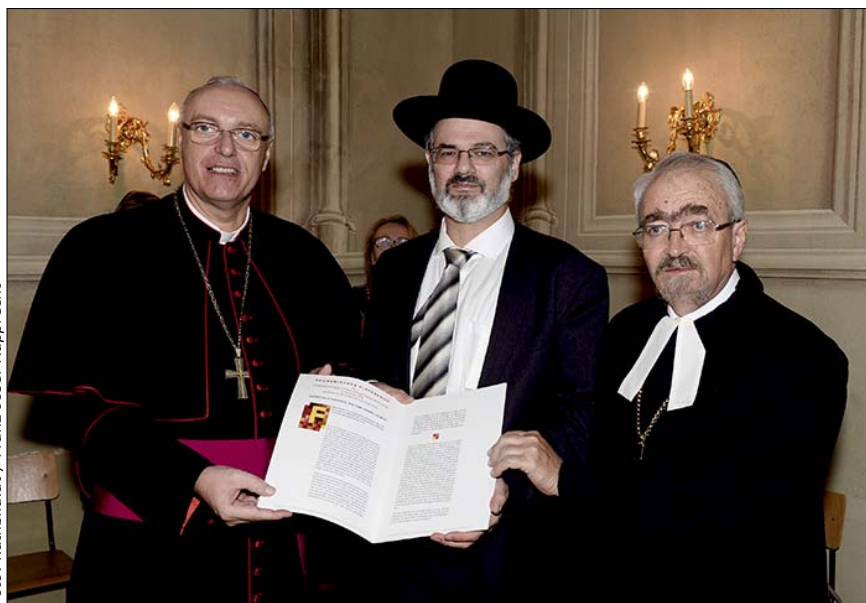


Foto: kathbild.at / Franz Josef Rupprecht

v.l.: Eisenstadts Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics, Arie Folger und Manfred Koch bei der Präsentation des Ökumenischen Hirtenbriefes im November 2018

Pannoniens. Wir dürfen nicht glauben, daß es genügt, an die Novemberpogrome und andere Abscheulichkeiten termingerecht zu erinnern und dann wieder zur Tagesordnung übergehen zu können. So erkenne ich ein Jahr nach dem 80-Jahre-Gedenken der Novemberpogrome in einigen Gemeinden des Burgenlands, wo einst jüdisches Leben zu Hause gewesen ist, einen Willen zur Erinnerung und zu entsprechenden Mahnmalen, der, höflich gesagt, durchaus noch ausbaufähig ist. Vor dem Hintergrund eines in vielen Gesellschaften wieder erstarkenden Antijudaismus ist das für mich beunruhigend und beschämend.“

Orieschnig: Martinsfest auch schmerzhaftes Erinnerung an christliches Versagen

Wie der Pressesprecher der Diözese Eisenstadt, Dominik Orieschnig, betont, kann als ein „gutes Zeichen für die nachkonziliare Neuorientierung der Kirche“ im Blick auf ihre Wurzeln und auf ihre „älteren Brüder“ gedeutet werden, daß „an den gleichen Novembertagen, an denen des Heiligen der

Barmherzigkeit, Martin, gedacht wird, jedes Jahr von christlichen Gemeinden auch an das Versagen von Mitmenschen“ – Stichwort Novemberpogrome 1938 – erinnert wird. Bei den Pogromen waren Dutzende Synagogen angezündet und Dutzende österreichische Juden ermordet worden.

Heuer leitete Bischof Michael Chalupka (ev. A.B.) den großen Ökumenischen Gedenkgottesdienst in Wien am 9. November. Ein Jahr zuvor hatte Bischof Zsifkovics ein eindrucksvolles Gebet in der Eisenstädter Wertheimersynagoge gesprochen.

Juden als unverzichtbarer Teil burgenländischer Kultur

Die ersten jüdischen Siedler gab es im Burgenland schon im 14. Jahrhundert. Doch das jüdische Leben erblühte in den Dörfern erst, als Fürst Paul I. Esterházy (1635-1713) vor 350 Jahren 3.000 Juden aufnahm, die wegen der von Kaiser Leopold im Jahr 1670 verfügten Enteignung und Vertreibung – „Zweite Geserah“ (die erste fand 1420 statt) – aus Wien fliehen mußten. Rund 3.000 Personen, die sich zum orthodoxen Judentum bekann-

Religion und Kirche

ten, erhielten in den „Sieben-Gemeinden“ das Ansiedlungsrecht. Die Gebildeten unter ihnen lebten in Mattersburg und Deutschkreutz, wo sich bedeutende Lehranstalten (Jeschiwot) befanden.

Erinnerungsleistungen jüngerer kirchlicher und politischer Geschichte

Ebenfalls ins Diözesan Jubiläum hineingenommen werden kann ein jüdisch-christlicher Meilenstein für die Regionalgeschichte, aber weit darüber hinaus: Es war vor 50 Jahren, im Herbst 1969 und kurz vor dem 300-Jahr-Jubiläum der „Sieben-Gemeinden“, als der Plan des Bibelwerks-Präsidenten Prof. Kurt Schubert (1923-2007) zur Errichtung eines jüdischen Museums in Eisenstadt konkrete Formen annahm.

Kurt Schubert war 1938 bis 1945 im österreichischen katholischen Widerstand der Gruppe um Prälat Karl Strobl engagiert. Er wurde dann Pionier und Doyen der Judaistik im deutschsprachigen Raum. Die politische Initiative kam vom damaligen Landesrat für Kultur und späteren Bundeskanzler Fred Sinowatz. Er war dann später, von 1999 bis zu seinem Tod im Jahr 2008, Präsident des Vereins „Österreichisches Jüdisches Museum in Eisenstadt“.

Eisenstadt hatte erstes jüdisches Museum nach 1945

Das Museum wurde 1972 als erstes jüdisches Museum in Österreich nach 1945 eröffnet. Das Österreichische Jüdische Museum hatte das große Glück, sich in einem historischen Gebäude der ehemaligen Judengasse von Eisenstadt einrichten zu können. Es befindet sich im „Wertheimer'schen Freihaus“, somit in einem Gebäude, das jahrhundertlang ein wichtiges Haus in der großen jüdischen Gemeinde war.

Prof. Schubert ist auch die von Kardinal Schönborn im Oktober 1998 eingeweihte Gedenktafel auf dem Judenplatz in Wien mitzuverdanken. Sie enthält ein Eingeständnis des christlichen Versagens angesichts der Ermordung der europäischen Juden und nimmt Bezug auf die „Erste Geserah“ vor aktuell genau 700 Jahren (1419-1421), die mit der grausamen Verbrennung der Nicht-Taufwilligen auf dem Scheiterhaufen geendet hatte.

Christliche »Hasspredigten« des Mittelalters und neue Gefahren des Antijudaismus

Dem schrecklichen Akt vorangegangen war – so die Theologen und Historiker Martin Jäggli (Präsident des christlich-jüdischen

Koordinierungsausschusses), Birgit Wiedl, Eveline Brugger, Markus Himmelbauer, Wolfgang Treitler, Regina Polak, Agnethe Siquans und Regina Pollak bei einem Studententag an der Wiener Katholisch-Theologischen Fakultät – eine massive Ausbreitung antijüdischer Stereotype in der kirchlichen Verkündigung mithilfe einer theologischen Lehrtätigkeit, die zum Haß aufstachelte. Ähnliches hatte sich auch während der Kreuzzüge ereignet. In einer von Brigitte Krautgartner (ORF) moderierten Diskussion bei dem Studententag wurde herausgearbeitet, daß An-

tisemitismus eine aktuelle Gefahr geblieben ist und auch entscheidende theologische Antworten fordert. Die Pastoral sei gefordert, die bereits erzielten Einsichten in den Gemeinden wirklich zur Geltung zu bringen. Die Theologie wiederum müsse sich bemühen, die Diskrepanz zwischen einer nachkonziliaren Offenheit für das Judentum und einer mitunter problematischen Lehrtradition im Blick auf das Volk Israel zu überwinden. ■

<https://www.martinus.at/>

<https://www.ojm.at/>

Kardinal Christoph Schönborn reichte Rücktrittsgesuch ein



Kardinal Christoph Schönborn bei einer Predigt im Wiener Stephansdom

Kardinal Christoph Schönborn hat während der Amazonien-Synode in Rom im Oktober Papst Franziskus persönlich sein Rücktrittsgesuch übergeben. Das hat er am 8. November bei einer Pressekonferenz in Wien zum Abschluß der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz betont. Laut Kirchenrecht müssen Diözesanbischöfe dem Papst mit Vollendung des 75. Lebensjahres ihren Rücktritt anbieten. Im Falle von Schönborn wäre dies der 22. Jänner 2020. Er wollte aber nicht nur einen entsprechenden Brief schreiben, sondern die Chance bei der Synode nützen, dies persönlich bei Papst Franziskus vorzubringen. Freilich: „Die Entscheidung trifft jetzt der Papst.“ Und das halte er auch für gut so, „daß der Papst das letzte Wort hat“.

Schönborn bestätigte Medienberichte, wonach es drei Möglichkeiten gibt. Der Papst könnte das Rücktrittsgesuch sofort annehmen, oder die Amtszeit des Wiener Erzbischofs noch um einige Zeit, beispielsweise zwei Jahre, verlängern, oder: Papst Franziskus nimmt den Rücktritt „nunc pro tunc“ (= „jetzt für später“) grundsätzlich an, verlängert zugleich aber die Amtszeit um eine gewisse Periode. Wann immer dieser Rücktritt nun kommen wird, relativ bald oder erst in vielleicht zwei Jahren, „er wird kommen“ und es sei „ein offenes Spiel“. Das ganze sei für ihn natürlich auch ein „sehr emotionaler Akt“, so Schönborn, der seit 28 Jahren Bischof ist. ■

<https://www.erzdioezese-wien.at/>

Quelle: kathpress

Der Blick in das Grab

Kooperation des Kunsthistorischen Museums Wien und der Dombauhütte:
Ein Forschungsprojekt zur Bestattung Kaiser Friedrichs III. in St. Stephan



Foto: Dombauhütte zu St. Stephan

Blick in das Innere der Grabkammer gegen Westen mit dem Sarg aus glasierten Keramikplatten, den Schrifttafeln an Nord- und Südwall sowie der die Deckplatten überragenden Grabkrone

Gräber ehemaliger Herrscher fanden bei Räubern wie Historikern von jeher großes Interesse. Unter den 14 Begräbnisstätten von Königen und Kaisern des Heiligen Römischen Reiches im späten Mittelalter gibt es nur eine einzige, die in späterer Zeit nie geplündert oder aus anderen Gründen verändert wurde: jene Kaiser Friedrichs III. (1415–1493) im Wiener Stephansdom.

Durch eine kleine Öffnung in der Wandung konnten im Jahr 2013 erstmals Aufnahmen im Inneren des berühmten Grabmonuments angefertigt werden. Diese sensationellen Bilder dokumentieren die aufwendigste bislang bekannte Herrscherbestattung des europäischen Mittelalters.

Drei KuratorInnen des Kunsthistorischen Museums, Katja Schmitz-von Ledebur, Heinz Winter und Franz Kirchweyer, wur-

den eingeladen, sich an der Bearbeitung der damit erstmals dokumentierten Ausstattung zu beteiligen. Im Rahmen der Forschungskonferenz „Nahaufnahme des Kunsthistorischen Museums“ wurden die wichtigsten Ergebnisse des Projekts zusammen mit Teilen dieses bislang weitgehend unbekannten Fotomaterials präsentiert.

Das Projekt

Für Fachleute, die sich vor allem mit der Kunst- und Kulturgeschichte des europäischen Mittelalters sowie der frühen Neuzeit befassen, ist es eine absolute Ausnahme, daß sie meinen, für einen Moment die Gefühlslage nachempfinden zu können, in der sich Howard Carter befunden haben muß, als er auf die Reichtümer im Grab des Tutanchamun stieß.

Für einige ExpertInnen des Kunsthistorischen Museums Wien ergab sich dieser Moment im Zuge der Erstsichtung des Bildmaterials, das die Dombauhütte zu St. Stephan im Jahr 2013 angefertigt und ihnen später vorgelegt hatte, um über eine mögliche Kooperation zur Erforschung und Publikation des damit dokumentierten Bestandes zu sprechen. Unter den insgesamt 14 Begräbnisstätten von Königen und Kaisern des Heiligen Römischen Reiches im späten Mittelalter war nur jene Kaiser Friedrichs III. (1415–1493) im Laufe der Jahrhunderte nie geplündert oder aus anderen Gründen verändert und dabei in Hinblick auf ihren Inhalt so dokumentiert worden, daß konkrete Aussagen zum Inhalt möglich gewesen wären. Daher konnte im 20. Jahrhundert auch das Gerücht entstehen, daß das Grab im Ste-

phansdom leer sei und der Kaiser dort gar nicht bestattet worden wäre.

Diese Vermutungen gaben 1969 den Anlaß, eine kleine Öffnung in der Wandung des berühmten Hochgrabes anzulegen. Über diesen Weg ließen sich mit Hilfe von Lampen und Spiegeln zwar der Leichnam im Grab und ein kleiner Teil der Ausstattung erfassen; Fotos konnten damals jedoch keine angefertigt werden. Diese entstanden erst im Jahr 2013 nach nochmaliger Öffnung des zwischenzeitlich vermauerten kleinen Durchbruchs. Diese Aufnahmen stehen im Zentrum des Projektes und der Publikation, die Beiträge internationaler ExpertInnen zum historischen Kontext und zum derzeitigen Kenntnisstand bezüglich des Inhalts enthalten wird. Selbst übliche Teile einer Herrscherbestattung, wie die dem Toten beigegebenen Funeralinsignien – Krone, Szepter und Reichsapfel – sowie die Textilien, die den Leichnam bedecken, geben in diesem Fall einen außergewöhnlichen Aufwand zu erkennen.

Überhaupt einzigartig sind die grossen vergoldeten Metallplatten mit Texten, welche die Leistungen Friedrichs, vor allem aber jene seines Sohnes Maximilians I. preisen, der das Grabmonument nach dem Tod des Vaters vollenden und dessen Leichnam im Jahr 1513, also 20 Jahre nach dem Ableben, darin bestatten ließ. Einzigartig in dieser Zeit ist auch die Verwendung eines Sarges im Inneren aus glasierten Keramikplatten, bei dem vielleicht ebenso wie bei den im Grab befindlichen münzähnlichen Prägnungen, die aus Anlaß der Umbettung 1513 entstanden, bewußt auf antike Bestattungspraktiken zurückgegriffen wurde.

Eine gänzliche Öffnung des Grabes war 2013 nicht möglich und ist auch für die nä-

here Zukunft nicht zu erwarten. Das große Gewicht der zum Teil tonnenschweren Ein-

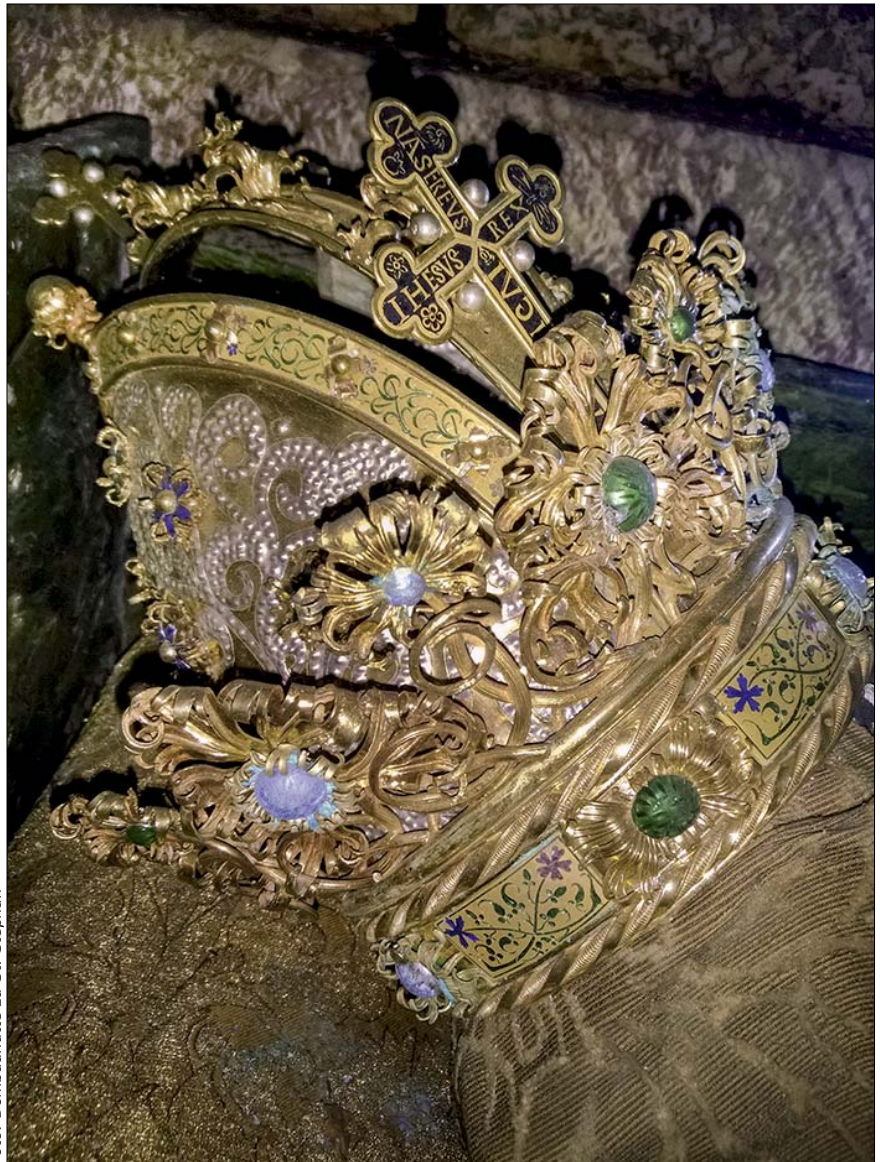


Foto: Dombauhütte zu St. Stephan

Bild oben: Blick auf die Mitrenkrone über dem mit Leinenbinden umwickelten und von einer Stoffbahn bedeckten Schädel mit dem Emaildekor des Stirnreifs und dem Blütenkranz darüber

Bild links: Die Grabplatte mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs III., Ausschnitt, Nicolaus Gerhaert von Leyden, 1467-1473



Foto: KHM-Museumsverband

zelteile und die komplexe Bauweise des künstlerisch so bedeutenden Hochgrabes setzen hier Grenzen, die sich ohne Gefährdung des Bestandes auch heute noch nicht überwinden lassen. Die Erkenntnisse und Ergebnisse zur Situation im Inneren des Grabes beruhen daher fast ausschließlich auf der Analyse der Fotos. Nur kleine Bruchstücke vom Keramiksarg und ein winziger Teil von einem Textil im Grab wurden entnommen und konnten daher auch naturwissenschaftlich untersucht werden. Im Rahmen des Forschungsprojektes ließen sich daher bei wei-

tem nicht alle Fragen klären und abschließend beantworten. Dennoch erschien es den Beteiligten richtig, das Fotomaterial und die daraus gewonnenen Erkenntnisse zusammenzuführen und als einzigartige Dokumentation einer nach wie vor im ursprünglichen Zustand befindlichen Bestattung eines Kaisers des Heiligen Römischen Reiches für die weitere Forschung verfügbar zu machen.

Das Material gewährt im wahrsten Sinn des Wortes bislang unbekannte Einsichten, die nicht nur das Interesse der historischen Forschung zu Kaiser Friedrich III. und zu seinem Sohn und Nachfolger Kaiser Maximilian I. (1459-1519) verdienen, sondern auch jenes einer breiteren Öffentlichkeit.

Als wichtige Ergebnisse und Erkenntnisse lassen sich etwa benennen:

- der Umstand, daß erstmals Bilder von der einzigen Kaiserbestattung des späten Mittelalters im Heiligen Römischen Reich vorliegen, deren Form und Inhalt in den größten Teilen bis dahinvöllig unbekannt war und dabei einen nach wie vor authentischen Zustand zeigt.
- das neu gewonnene Verständnis für den großen Einfluß, den Maximilian I. und sein humanistisches Umfeld auch auf die Ausstattung des Grabes bei der Umbettung 1513 nahmen, die Friedrich III. – ganz im Gegensatz zu dem, wie Maximilian I. selbst bestattet werden wollte – auch im Grab als „Kaiser der Römer“ erkennbar machen sollte.
- das Wissen um das erste erhaltene Beispiel des Typus der Mitrenkrone, das aufgrund der weiteren historischen Entwicklung bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches (1806) mit dem Haus Habsburg verbunden bleiben sollte und in formaler Hinsicht als Vorläufer der sog. Rudolfskrone von 1602 gelten kann, die 1804 zur Krone des Kaisertums Österreich wurde (heute in der Wiener Schatzkammer ausgestellt).

Publikation

Eine umfassende wissenschaftliche Publikation zu diesem Forschungsprojekt wird im Dezember 2019 erscheinen: „in hoc precioso monumento“. Die Bestattung Kaiser Friedrichs III. im Wiener Stephansdom, hrsg. von Franz Kirchweyer, Katja Schmitz-von Ledebur, Heinz Winter und Franz Zehetner (Schriften des Kunsthistorischen Museums, Band 20, hrsg. von Sabine Haag) ■

<https://www.khm.at/>

<https://www.dombauwien.at/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_III._\(HRR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_III._(HRR))

Foto: Dombauhütte zu St. Stephan



Bild oben: Ansicht des Reichsapfels mit Kreuz und Beschriftung sowie Detail des Szepters zur Rechten des Leichnams

Bild unten: Das Grabmal Kaiser Friedrichs III., Nicolaus Gerhaert mit Werkstatt und Nachfolger, Wien und Wiener Neustadt, zwischen 1467 und 1513/1517, im Südchor der Dom- und Metropolitankirche St. Stephan

Foto: KHM-Museumsverband



Ein heiliger Hügel gibt faszinierende Funde frei

Den Klosterfrauenbichl in Lienz in Osttirol haben bereits Kelten und später die Römer als heiligen Platz genützt



Foto: Institut für Archäologien, Universität Innsbruck

Ausgrabungsarbeiten im Tempel auf der Hügelkuppe des Klosterfrauenbichls

Der keltische Stamm der Laianken hat den etwa 150 Meter hohen Hügel vor Lienz erstmals als Heiligtum genützt. Bereits in der zweiten Hälfte des ersten Jahrhunderts vor Christus wurden an dem magischen Ort heilige Riten und Weihungen durchgeführt. Mit der Besetzung durch die Römer um die Zeitenwende wurde der Hügel zu einem römischen Heiligtum transformiert. Heute ist der unter Denkmalschutz gestellte Klosterfrauenbichl in Besitz der Dominikanerinnen, die ihre Zustimmung zu den Grabungen gegeben haben. „Durch intensive Prospektionen eines Heimatforschers wurde die Fundstelle überhaupt erst entdeckt. Daraufhin wurde das Denkmalamt und die Universität Innsbruck informiert und erste Grabungen in Auftrag gegeben“, erläutert Gerald Grabherr, Professor am Institut für Ar-



Foto: Institut für Archäologien, Universität Innsbruck

Als Prunkstück der Forschungen 2019 wurde eine Bronzestatue des Gottes Jupiter geborgen.

chäologien die Fundgeschichte, der gemeinsam mit Barbara Kainrath und einem Team von ExpertInnen seit dem Jahr 2014 archäologische Grabungen an diesem einzigartigen Platz durchführt. Seit 2018 wird das Projekt vom Institut für Kulturgeschichte der Antike der Österreichischen Akademie der Wissenschaften unterstützt. „Mit jeder Grabung hat sich der Platz als noch bedeutender erwiesen, als bisher vermutet“, freut sich der Archäologe. Die zahlreichen Funde werden derzeit restauriert und wissenschaftlich bearbeitet, um sie dann in weiterer Folge auch den Menschen vor Ort zugänglich zu machen.

Keltische Tradition

Fibeln, Votivbleche aus Bronze, Münzen und sogar Teile einer keltischen Kriegstrompete, einer sog. Carnyx, haben die Forsch-

rInnen gefunden. Der keltische Stamm der Laianken hat in Lienz, dessen Ortsname sprachwissenschaftlich auf den Namen des Stammes zurückgeführt werden kann, seine Spuren hinterlassen. Auch eiserne Feuerböcke mit Stierkopfen wurden als Weihgaben am Heiligtum deponiert. „Wir konnten erstmals in Österreich auch Fragmente einer Carnyx, mit Wildschwein- oder Drachenkopf, bergen. Allgemein bekannt wurde diese auch in den Comics von ‚Asterix und Obelix‘, in denen Troubadix diese Carnyx mit sich führt“, so Kainrath. In keltischer Zeit wurde der Hügel als Stammesheiligtum genutzt, wobei die Archäologinnen und Archäologen die Siedlung des Stammes noch nicht kennen.

„Wahrscheinlich hat sich diese an dem Platz befunden, wo heute Lienz steht. Mit dem Fund des Heiligtums haben wir überhaupt erst den ersten Hinweis auf die Laianken“, verdeutlicht die Expertin. Daß dieser keltische Stamm im Lienz Becken beheimatet war, sei laut Grabherr und Kainrath bereits bekannt. Allerdings fehlten bisher eindeutige Hinweise auf deren Leben. „Wir haben in Lienz nun das erste Heiligtum entdeckt, das noch nicht von anderen Bauwerken überbaut worden ist. So haben wir erstmals die Möglichkeit, auch die Nutzungsgeschichte dieses Ortes zu rekonstruieren“, so Grabherr. Unterstützt durch eine topographische Vermessung von Thomas Weinold, Professor am Arbeitsbereich Geometrie und Vermessung, konnten sich die Archäologinnen und Archäologen ein besseres Bild des Geländes machen und haben festgestellt, daß das dazugehörige Gebiet weitaus größer ist als bisher vermutet. Die archäologischen Untersuchungen des Teams brachten unzählige Fundstücke zutage. „Bei unseren Grabungen sind wir auf eine aus der Erde ragende Hand gestoßen und konnten dann eine bronzene Kriegerstatuette aus der keltischen Zeit freilegen“, ist der Wissenschaftler begeistert. Neben Schmuck, Feuerböcken und Münzen wurden auch Waffen als Weihgaben identifiziert. Lanzen spitzen oder Teile von Schwertern stammen noch von den Laianken. „Der Stamm hat seine Waffen auch gegen die Römer gebraucht, auch wenn sie sich wahrscheinlich relativ rasch ergeben haben“, so Grabherr weiter. Waffenfunde und zahlreiche Schuhnägel römischer Legionäre legen kriegsartige Auseinandersetzungen zwischen den einheimischen Kelten und der römischen Armee im Zuge des Alpenfeldzuges der römischen Armee und der anschließenden Okkupation nahe.



Foto: Institut für Archäologie, Universität Innsbruck

Die kleinen Feuerböcke wurden als Weihgaben am Heiligtum deponiert.

Die Römer in Noricum

Nach der Eroberung durch Rom wurde das Heiligtum monumentalisiert. Der Hügel wird terrassiert, Mauern werden gezogen und die für antike Heiligtümer typische Umfassungsmauer, die das sogenannte Temenos begrenzt, entsteht. „So wurde der sakrale vom profanen Raum getrennt. Die Römer haben den heiligen Platz der Kelten übernommen und an ihre Traditionen angepaßt“, erläutert Kainrath. Der Platz verwandelte sich von einem mit Wald bewachsenen Hügel zu einer pyramidenartigen Anlage, die mit weiß verputzten Bauten gestrahlt haben soll. So, wie das Heiligtum römisch wurde, so sahen sich auch die Menschen mit neuen Einflüssen und Traditionen konfrontiert. „Römisch war die Gegend primär durch die Zeitstellung. Die Menschen, die hingehen, sind noch immer dieselben“, so die Wissenschaftlerin. Doch auch aus dieser Zeit konnten die ArchäologInnen interessante Funde freilegen. Dazu gehören unzählige kleine Zinnfiguren, sogenannte Votivstatuetten. Die römischen GöttInnen, wie Viktoria, Minerva, Merkur, Fortuna oder Jupiter, wurden am ehemaligen keltischen Heiligtum den Göttern geweiht. „Insgesamt konnten wir rund 600 Fragmente in unterschiedlicher Größe und unterschiedlichem Erhaltungszustand bergen. Diese Figuren stellen das umfangreichste Ensemble solcher Zinnstatuetten im gesamten römischen Weltreich dar“, sind Kainrath und Grabherr begeistert.

Weiters fanden die Expertin und der Experte mit ihrem Team über tausend archäologische Fundstücke der römischen Epoche – ein einzigartiges Repertoire für Tirol und ganz Österreich. Dazu zählen unter anderem Münzen, Schuhnägel, Schmuck und Fibeln.

„Besonders schön sind auch Ringe mit Gemmen, also Ringsteinen aus Glas, mit eingeritzten Motiven“, so Kainrath. Ergänzend zur keltischen Kriegerstatuette konnten die Wissenschaftlerin und der Wissenschaftler das römische Pendant in Bronze freilegen. „Als Prunkstück der Forschungen im Jahr 2019 wurde eine Bronzestatue des Gottes Jupiter geborgen. Er ist bartlos dargestellt und hält in seiner rechten Hand das Blitzbündel, das Attribut in seiner Linken ist nicht mehr erhalten. Auch hier haben wir zuerst die Hand entdeckt, die sich uns entgegen gestreckt hat“, so Grabherr. Die enorme Anzahl an Funden ist für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein großer Erfolg.

Besonders interessant ist für sie die Transformation des Hügels von der keltischen in die römische Zeit. „Es gab eine monumentale Umgestaltung durch die Römer und doch bleibt vieles in der keltischen Tradition bestehen“, so Grabherr. Das keltische Stammesheiligtum wurde unter römischer Herrschaft weitergeführt, verlor aber sukzessive an Bedeutung. „Der denkmalgeschützte Hügel soll nicht zur Gänze freigelegt werden. Es gibt aber noch einige offene Fragen, die wir gerne noch klären möchten“, betont Kainrath. Der Klosterfrauenbichl wird die Wissenschaft noch länger beschäftigen, bevor die Erkenntnisse und dieser mystische Platz wieder der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Zur Unterstützung der Grabungen vor Ort soll ein gemeinnütziger Förderverein in Lienz gegründet werden, der nicht nur die Forschungen am Klosterfrauenbichl, sondern auch die öffentliche Präsentation der archäologischen Fundstelle und deren Fundstücke unterstützt.

<https://www.uibk.ac.at/archaeologien/>

Weltrekord-Material macht aus Wärme Elektrizität

Ein neuartiges Material erzeugt aus Temperaturunterschieden sehr effizient elektrischen Strom. Damit können sich Sensoren und kleine Prozessoren kabellos selbst mit Energie versorgen.

Thermoelektrische Materialien können Wärme direkt in elektrische Energie umwandeln. Das liegt am sogenannten Seebeck-Effekt: Wenn zwischen den beiden Enden eines solchen Materials ein Temperaturunterschied besteht, wird elektrische Spannung generiert und Strom kann fließen. Wie viel elektrische Energie bei einer gegebenen Temperaturdifferenz gewonnen werden kann, wird mit Hilfe des sogenannten ZT-Wertes gemessen: Je höher der ZT-Wert eines Materials ist, umso besser sind seine thermoelektrischen Eigenschaften. Beste bisherige Thermoelektrika kamen auf ZT-Werte von etwa 2,5 bis 2,8. An der TU Wien gelang es nun, ein völlig neues Material zu entwickeln, mit einem ZT-Wert von 5 bis 6. Es handelt sich dabei um eine dünne Schicht aus Eisen, Vanadium, Wolfram und Aluminium, aufgetragen auf einem Silizium-Kristall.

Das neue Material ist so effektiv, daß man es in Zukunft verwenden könnte, um Sensoren oder auch kleine Computerprozessoren mit Energie zu versorgen. Anstatt kleine elektrische Geräte an Kabeln anzuschließen, könnten sie ihren eigenen Strom aus Temperaturdifferenzen generieren. Im Fachjournal „Nature“ wurde es nun erstmals präsentiert.

Elektrizität und Temperatur

„Ein gutes thermoelektrisches Material muß einen großen Seebeck-Effekt besitzen und daneben zwei Anforderungen erfüllen, die schwer miteinander vereinbar sind“, sagt Prof. Ernst Bauer vom Institut für Festkörperphysik der TU Wien. „Einerseits soll es elektrischen Strom möglichst gut leiten; andererseits soll aber Wärme möglichst schlecht transportiert werden.“ Das ist eine Herausforderung, denn gewöhnlich hängen elektrische Leitfähigkeit und Wärmeleitfähigkeit eng miteinander zusammen.

Am Christian-Doppler-Labor für Thermoelektrizität, das Ernst Bauer 2013 an der TU Wien eröffnete, wurde in den letzten Jahren intensiv an unterschiedlichen thermoelektrischen Materialien für unterschiedliche Ein-

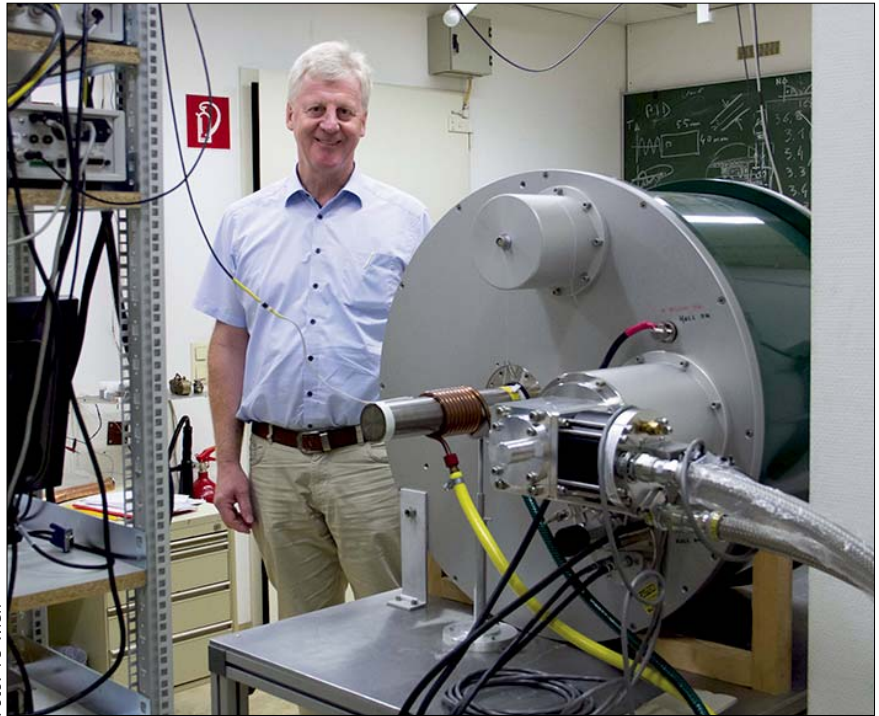


Foto: TU Wien

Prof. Ernst Bauer im Labor

satzzwecke gearbeitet. Und dabei stieß man nun auf ein ganz besonders bemerkenswertes Material – eine Kombination aus Eisen, Vanadium, Wolfram und Aluminium.

„Die Atome in diesem Material sind normalerweise streng regelmäßig angeordnet, in einem sogenannten flächenzentrierten kubischen Gitter“, sagt Ernst Bauer. „Der Abstand zwischen zwei Eisenatomen ist immer gleich groß, dasselbe gilt für die anderen Atomsorten. Der ganze Kristall ist daher völlig regelmäßig aufgebaut.“ Wenn man das Material allerdings als dünne Schicht auf Silizium aufträgt, passiert etwas Erstaunliches: Die Struktur verändert sich radikal. Zwar bilden die Atome auch auf Silizium immer noch ein kubisches Muster, allerdings mit raumzentrierter Anordnung. Daher ist die Verteilung der unterschiedlichen Atomsorten nun völlig zufällig. „Da können zwei Eisenatome nebeneinandersitzen, die Plätze daneben sind von Vanadium oder Aluminium besetzt, und es gibt keine Regel mehr, die

vorschreibt, an welchen Orten im Kristall wieder das nächste Eisenatom zu finden ist“, erklärt Bauer.

Durch diese Mischung aus Regelmäßigkeit und Unregelmäßigkeit der Atomanordnung verändert sich auch die elektronische Struktur, die bestimmt, wie sich Elektronen im Festkörper bewegen. „Die elektrische Ladung bewegt sich dann auf eine andere Weise durch das Material, sodaß sie von Streuprozessen geschützt ist. Man spricht hier von sogenannten Weyl-Fermionen“, sagt Ernst Bauer. Auf diese Weise erreicht man einen sehr geringen elektrischen Widerstand. Gitterschwingungen hingegen, die die Wärme von Orten hoher zu Orten niedriger Temperatur transportieren, werden durch diese Unregelmäßigkeiten im Kristallaufbau gestört. Die Wärmeleitfähigkeit sinkt. Das ist wichtig, wenn aus einem Temperaturunterschied dauerhaft elektrische Energie gewonnen werden soll – denn wenn Temperaturunterschiede sehr schnell ausgeglichen werden könn-

Wissenschaft & Technik

ten, hätte bald das gesamte Material überall dieselbe Temperatur und der thermoelektrische Effekt käme zum Erliegen.

Strom für das »Internet of Things«

„Eine derart dünne Schicht kann natürlich keine beliebig großen Energiemengen generieren – aber dafür ist sie extrem kompakt und anpassungsfähig“, sagt Ernst Bauer. „Wir wollen damit eine Energieversorgung für Sensoren und kleine elektronische Anwendungen ermöglichen.“ Der Bedarf dafür wird immer größer: Im „Internet of Things“ werden unterschiedlichste Geräte online miteinander verknüpft, damit sie ihr Verhalten automa-

tisch aufeinander abstimmen. Besonders zukunftsreich ist das in großen Produktionsanlagen, wo eine Maschine dynamisch auf den Zustand der anderen reagieren soll.

„Wenn man in einer Fabrik eine große Anzahl an Sensoren benötigt, kann man die nicht alle verkabeln, das würde irgendwann ein unüberblickbares Chaos ergeben“, meint Bauer. „Viel klüger ist es, wenn sich die Sensoren ganz von selbst mit Energie versorgen, etwa über ein kleines, effizientes thermoelektrisches Element, daß die Abwärme einer Maschine nutzt. Damit kann auch gleich ein kleiner Prozessor betrieben werden, der die Daten auswertet und dann per WLAN zur

zentralen Steuereinheit schickt.“ Genau diesen Markt soll das neue thermoelektrische Material nun voranbringen.

Die Forschungsarbeiten finden im Rahmen des Christian-Doppler-Labors für Thermoelektrizität an der TU Wien statt. Unternehmenspartner ist die Firma AVL Graz, wissenschaftliche Partner das „National Institute of Material Science, NIMS“, Japan und der „Chinese Academy of Sciences“, China. Gemeinsam mit dem Unternehmenspartner wurden bereits zwei Patente eingereicht – mit Unterstützung der Forschungs- und Transfersupports der TU Wien. ■

<https://www.tuwien.at/>

Ultraschneller Nano-3D-Drucker

Im Rahmen des Projekts Additive Manufacturing for Medical Research (M3dRES) wurde der erste ultraschnelle Nano-3D-Drucker NanoOne an der Medizinischen Universität Wien installiert und erfolgreich in Betrieb genommen. Die Technologie für den Drucker stammt aus Österreich und wurde von Wissenschaftlern der TU Wien gemeinsam mit UpNano, einem Spin-off-Unternehmen dieser Universität, entwickelt. Sie setzt völlig neue Maßstäbe im hochauflösenden 3D-Druck.

Neue Dimension im Nano-3D-Druck

„NanoOne ist das einzige 3D-Drucksystem, mit dem wir unsere hochkomplexen Testkörper im Submikrometer-Bereich mit dieser Geschwindigkeit herstellen können“, erklärte Prof. Francesco Moscato, Leiter von M3dRES, nach der Inbetriebnahme des Systems. Mit dem Drucker wird das Center for Medical Physics and Biomedical Engineering der Medizinischen Universität Wien alle forschenden Abteilungen mit Bauteilen im Mikro- und Mesomaßstab beliefern. Ein Projekt etwa befaßt sich mit Oberflächen, die eine Besiedelung mit Bakterien verhindern und somit den Einsatz von Antibiotika reduzieren sollen.

Preisgekrönte Technologie

Peter Gruber, Technologiechef und Gründer von UpNano, verdeutlicht die Präzision von NanoOne: „Mit unserem Drucker können wir ein komplex modelliertes Schloss mit einer Gesamtgröße von nur 0,2 Millimetern auf die Spitze eines Bleistifts drucken. Das Schloß enthält alle strukturellen Details, bis hin zu tragenden Säulen mit einem Durch-



Foto: UpNano GmbH / Peter Gruber

UpNano Mastermind Peter Gruber bei der Auslieferung des ersten ultraschnellen Nano-3D-Druckers an die Medizinische Universität Wien

messer von weniger als einem tausendstel Millimeter.“ Mit dem Projekt „Castle on a Pencil Tip“ hatte UpNano bereits 2017 die Wiki Science Competition gewonnen.

Klein, schnell, leistungsstark

Moderne Forschung benötigt immer kleinere und präzisere Bauteile, die mit herkömmlichen Produktionstechnologien kaum effizient erzeugt werden können. Um die Präzision zu erhöhen, setzt UpNano auf sogenannte 2-Photonen-Polymerisation (2PP). Dabei härtet ein Ultrakurzpuls-Laser Photopolymere an jedem beliebigen Punkt im Raum aus. Auf diese Weise lassen sich mit NanoOne Strukturen im Größenbereich von

100 Nanometer bis 10 Millimeter drucken.

Hinzu kommt, daß UpNano die Druckgeschwindigkeit der 2PP-3D-Drucktechnologie mit dem serienreifen NanoOne auf bis zu 20 mm³/h erhöhen konnte und damit die Herstellung von Mikrobautteilen erstmals auf eine wirtschaftliche Basis stellte. Gleichzeitig wurde das Gerät so optimiert, daß es als Tischgerät im Labor eingesetzt werden kann. An NanoOne kann außerdem ein Inkubator angeschlossen werden, sodaß auch Biomaterialien und Mischungen aus Polymeren und lebenden Zellen direkt gedruckt werden können.

Medizinische Universität Wien, M3dRES

Das Ziel des von der Medizinischen Universität Wien geleiteten M3dRES-Projekts ist es, eine Infrastruktur zu schaffen, welche die Vorteile von 3D-Druck (z. B. für die Herstellung von „maßgeschneiderten“ medizinischen Geräten, für die medizinische Bildgebung und Diagnostik sowie für Tissue Engineering und regenerative Medizin) in enger Zusammenarbeit mit medizinischen Einrichtungen vorantreibt. Zudem soll bestehendes Know-how in Österreich in Richtung medizinischer Anwendungen von 3D-Druck vertieft werden. Innerhalb des Projekts sind Geräte für verschiedene Materialien und Bauformen (Polymer-, Metall-, Keramik-, Nano- und Bio-Drucker) sowie Software für die Erfassung medizinischer Bilddaten und die Gestaltung technischer Konstruktionen verfügbar.

Das Projekt wird von der österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) unterstützt. ■

<https://www.meduniwien.ac.at/>

Gustav Mahler Privatuniversität für Musik feierlich eröffnet

Kulturreferent LH Kaiser: Kärnten kann stolz auf diese Universität sein –
Mit Phantasie, Mut und Entschlossenheit gelang die Verwirklichung



Foto: LPD Kärnten / Helge Bauer

Eröffnungszereemonie Gustav Mahler Privatuniversität für Musik mit Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser

Mit einer feierlichen Eröffnungszereemonie im Beisein von fast 500 Gästen wurde am 22. November die Gustav Mahler Privatuniversität für Musik (GMPU) im Konzerthaus Klagenfurt offiziell eröffnet.

Seitens des Landes gab Kulturreferent Landeshauptmann Peter Kaiser den Anwesenden bekannt, daß er keine Festrede halten werde, sondern Freudesworte von ihm zu hören sein werden. „Der heutige Tag ist ein großer Tag für Kärnten und Klagenfurt. Er ist gleichzeitig ein Wimpernschlag im Bereich der tertiären Bildung, der Universitätsgeschichte und somit auch ein historischer Augenblick“, so Kaiser.

Der musikalische Beginn des Festaktes mit Verdis Overtüre „Die Macht des Schicksals“, paßte für den Landeshauptmann auch zum gesamten Akkreditierungsprozeß der

neuen Musik-Privatuniversität. „Die gestrenge Akkreditierung der ‚Agentur für Qualitätssicherung‘ und der ‚Akkreditierung Austria‘ waren für mich, das Land und die Univerantwortlichen ein arbeits- und zeitintensiver Gewaltakt, der herausfordernd und nicht immer leicht war. Wir haben es dennoch geschafft, und nun haben wir diese Universität, die sich Privatuniversität nennen darf“, stellte er fest. Hervorgehoben wurde von Kaiser auch der Unterschied zwischen österreichischen Privatuniversitäten und den „Public schools“ im anglo-amerikanischen Raum: „Genauso wie im anglo-amerikanischen Raum ‚public schools‘ keine öffentlichen Schulen in unserem Sinn sind, sondern teure Privatschulen, ist eine Privatuni nach österreichischem UOG eben keine ‚public school‘ nach englischem oder US-Muster. Die neue Gustav Mahler

Privatuniversität ist im Vergleich mit ihren 400 Euro Studiengebühren pro Semester preiswert. Damit soll weiterhin ein sozial, gerechter Zugang gewährleistet werden“, hob Kaiser hervor.

Ein wichtiger Meilenstein in der Bildungslandschaft Kärntens ist für den Landeshauptmann auch der 1. Oktober 2019. „An diesem Tag begann offiziell das erste Studienjahr mit der Enthüllung der Universitätstafel der Musikuniversität. Damit erfolgte eine wichtige Erweiterung des akademischen Ausbildungsprogrammes in Kärnten. Das ist durchaus vergleichbar mit der Eröffnung der Alpen Adria Universität Klagenfurt vor 49 Jahren“, stellte er fest.

Um die Kreativität der künftigen AbsolventInnen, die ersten beenden 2021 ihr Bachelorstudium, macht sich Kaiser keine Sor-

Wissenschaft & Technik

gen. „Ich hoffe, das der Geist, die Lebensfreude und die Schaffenskraft des Namensgebers der neuen Universität, Gustav Mahler, zukünftig in diesem Haus walten wird“, schloß er seine Rede.

An Roland Streiner, dessen Bescheidenheit hervorgehoben wurde, verlieh der Landeshauptmann das offizielle Rektor-Ernen-nungsdekret für die Privatuniversität.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen gratulierte der neuen Musik-Privatuniversität mit einer Videobotschaft. „Sie bietet nicht nur eine Erweiterung der beruflichen Möglichkeiten in Kärnten, sondern auch neue Kooperationen im Kunst- und Wissenschaftsbereich im Alpen-Adria-Raum und eröffnet jungen Menschen neue Perspektiven“, so das Staatsoberhaupt.

In Vertretung von Bildungsministerin Iris Rauskala überbrachte Wilhelm Brandstätter, Leiter der Abteilung IV/7 im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Grußworte. Ulrike Sych, Rektorin der Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien (MDW) stellte sich ebenfalls als Gratulantin ein. Sie übergab an Streiner, der mehr als überrascht war, die Partitur einer Komposition der MDW.

Streiner beleuchtete mit einer Zeitreise die österreichische Musikgeschichte ab 1717. Er hob dabei auch die Gründung des Musikvereins in Klagenfurt im Jahr 1828, die Errichtung des Konzerthauses in Klagenfurt (1900) bzw. die Gründung des Konservatoriums im Jahr 1932 hervor. Die neue Musik-Privatuniversität stellte er als offene, europäische, internationale und interregionale Bildungseinrichtung vor. „Sie beherbergt 79 Lehrende, 30 Mitarbeiter in der Verwaltung und Studenten aus 17 Nationen“, so der Rektor. Sein spezieller Dank galt dem Landeshauptmann, der sich seit 2013 konsequent für die Privatuniversität einsetzte, und allen am Megaprojekt beteiligten Dienststellen des Landes.

Der Rektor überreichte am Ende des Festakts an alle Festredner Originalpartituren der Komponisten Stephan Kühne, Thomas Modrej und Jakob Gruchmann. Das neunköpfige Ensemble Minui und Studierende der Gustav Mahler Privatuniversität umrahmten die Eröffnungsfeier mit musikalischen Beiträgen der drei Komponisten.

Moderiert wurde der Festakt von ORF-Kulturchef Martin Traxl und Barbara Frank (ORF Kärnten). Ihm wohnten zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wissenschaft, Kultur und der Verwaltung bei.

<http://gmpu.at/>



Foto: LPD Kärnten / Helge Bauer

v.l.: Vizerektor Johannes Brummer und Rektor Roland Steiner (beide GMP), Rektorin Ulrike Sych (Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien) und Landeshauptmann Peter Kaiser



Foto: LPD Kärnten / Helge Bauer

Eröffnungszeremonie Gustav Mahler Privatuniversität für Musik



Foto: GMPU / Christine Wultsch

Außenansicht der Gustav Mahler Privatuniversität für Musik in Klagenfurt

Die Frauen der Wiener Werkstätte

...in Ausstellungshalle des Museums für angewandte Kunst in Wien von 27. Mai bis 20. September 2020



Foto: MAK

Charlotte Billwiller, Mathilde Flögl, Susi Singer, Marianne Leisching und Maria Likarz, Fotografie, 1924/25

Mit der Ausstellung „Die Frauen der Wiener Werkstätte“ lenkt das MAK den Blick auf bisher wenig beachtete Gestalterinnen, die das Spektrum der Wiener Werkstätte wesentlich erweitert haben. Das Schaffen der Künstler der Wiener Werkstätte (WW, 1903–1932), allen voran Josef Hoffmann, Koloman Moser und Dagobert Peche, genießt weltweites Renommee. Den Künstlerinnen galt dagegen bisher nur vereinzelt Interesse. Gudrun Baudisch, Vally Wieselthier oder Mathilde Flögl sind bekannt. Aber wer waren Martha Alber, Karoline Fink oder Paula Lustig? Mehr als 600 Exponate geben Einblick in das nahezu unbekannte und bisweilen radikale weibliche Design in Wien

zwischen 1900 und 1930, das die einzigartige Stellung der WW zwischen Jugendstil und Bauhaus mitbegründet hat.

Eindrucksvoll belegt die MAK-Ausstellung den Ideenreichtum der Entwerferinnen und ihre maßgebliche Beteiligung an der Entwicklung des Wiener Kunsthandwerks. Chronologisch wie thematisch geordnet, zeichnet die MAK-Schau den Weg der Künstlerinnen von der Ausbildung bis zur Rezeption in den 1920er Jahren nach. Mit den Recherchen zu „Die Frauen der Wiener Werkstätte“ leistete das MAK Pionierarbeit: 180 Künstlerinnen wurden als Mitarbeiterinnen der WW identifiziert, zu rund 140 davon erstmals Biografien erarbeitet.

Ausbildung und Vereinigung »Wiener Kunst im Hause«

Knapp 100 der Künstlerinnen sind mit Werken in der Schau vertreten. Sie arbeiteten auf allen Gebieten des Kunsthandwerks und studierten mehrheitlich an der Wiener Kunstgewerbeschule, die von Anbeginn das Frauenstudium erlaubte. Die Studentinnen wurden zunächst in Blumen- und Dekorationsmalerei ausgebildet, später in den Spezialateliers für Emailarbeiten und Spitzenzeichnen, also in traditionell „weiblichen“ Bereichen. Den Zugang zu Architektur und Bildhauerei öffnete der 1899 bestellte Direktor Felician von Myrbach. Er verpflichtete die Secessionskünstler Hoffmann und Moser

Foto: MAK



Mela Koehler, Postkarte der Wiener Werkstätte (Nr. 523), 1908

als Leiter der Fachschulen für Architektur und Malerei. Im Sinne der Gesamtkunstwerk-Idee weiteten sie die Lehre auf das gesamte Kunstgewerbe aus und banden die Schülerinnen in die Zusammenarbeit mit Produzenten ein.

Viele dieser Arbeiten fließen in die Ausstellung ein, darunter Service von Jutta Sika und Therese Trethan, ausgeführt von der Porzellanmanufaktur Josef Böck, oder Stoffmuster von Else Unger, ausgeführt von Joh. Backhausen & Söhne. Unger entwarf auch Möbel, Gisela von Falke bemerkenswerte Keramiken. Gemeinsam mit Marietta Peyfuss und fünf Studienkollegen gründeten sie 1901

die Vereinigung „Wiener Kunst im Hause“, einen direkten Vorläufer der Wiener Werkstätte.

Erste Arbeiten für die Wiener Werkstätte

Ein Schwerpunkt der MAK-Ausstellung sind früheste Arbeiten der WW-Künstlerinnen wie Entwürfe für Postkarten, die die Wiener Werkstätte ab 1907 vertrieb. Die Sujets zeigen Glückwünsche, Städtebilder, Landschaften, Kinderspiele und vor allem Mode. Besonders kreativ waren hier Mela Koehler und Maria Likarz, die die Gebrauchsgrafik der WW bis zuletzt prägte.

1910 entstand die Stoffabteilung der WW, 1911 folgte die Modeabteilung. Die umfangreichen Modeentwürfe dokumentiert das Mappenwerk Mode Wien 1914/5, an dem mehrheitlich WW-Künstlerinnen beteiligt waren, darunter Lotte Frömel-Fochler oder Rosa Krenn. Bei der großen Modeausstellung 1915 im Museum für Kunst und Industrie unternahmen sie mitten im Ersten Weltkrieg den Versuch, sich gegenüber der französischen Konkurrenz zu behaupten. Hier fanden sich bereits alle Namen, die man gemeinhin mit den WW-Künstlerinnen verbindet: Mathilde Flögl, Hilde Jesser, Fritzi Löw, Reni Schaschl, Felice Rix oder Vally Wieselthier.

Die Künstlerwerkstätte

Die im November 1916 von der WW gegründete eigene Künstlerwerkstätte wurde in der Presse aufgrund der Einbindung der Künstlerinnen spöttisch beäugt. „Ein Emailierofen, eine Nähmaschine, ein Treibischchen für Metallarbeiten, Kleistertöpfe, ein Batikapparat [...] ein Schrank voll von geheimnisvollen Tiegeln wie in einer Zauberküche, dazwischen eine Schar lachender, junger Mädchen und ganz selten einmal ein männliches Wesen, – so sieht es in der Künstlerwerkstätte aus“, berichtete dazu etwa das „Neue Wiener Journal“.



Foto: MAK / Katrin Wiskirchen

Mathilde Flögl (Dekor) und Josef Hoffmann (Form), Exglas, 1919

Tatsächlich waren hier, auch kriegsbedingt, anfänglich vor allem Frauen tätig. Als „Ideenlaboratorium“ bot die Künstlerwerkstätte Möglichkeiten zum uneingeschränkten Experimentieren, die Ergebnisse wurden von der WW angekauft oder abgelehnt. Von Buntpapieren, Perlarbeiten und bemalten Gläsern über Stickereien, Schmuck und Elfenbeinschnitzereien bis zu Spielzeug und figürlicher Keramik reichte das Produktionsspektrum.

Arbeiten in größerem Maßstab ermöglichte die Gestaltung der WW-Filiale in der Kärntner Straße 32, die 1918 für den Verkauf von Spitzen, Stoffen und Lampen eingerichtet wurde. Die Wände und Decken wurden von Hilde Jesser, Reni Schaschl und Felice Rix mit Natur- und szenischen Motiven bemalt und werden in der Ausstellung fotografisch dokumentiert.

Zwischen Anerkennung und Kritik

Der Ausstellungsparcours mündet in die Rezeption der „weiblichen“ WW-Kunst in den 1920er Jahren. Im Zuge des Ersten Weltkriegs erforderte die wirtschaftliche Situation



Foto: MAK / Katrin Wiskirchen

Gudrun Baudisch, Keramikfigur (WW-Originalkeramik Nr. 5941), 1927



Foto: MAK

Susi Singer, Postkarte der Wiener Werkstätte (Nr. 631), 1912

der Frauen Erwerbstätigkeit und ließ einen neuen Typus Frau entstehen: eigenständig und souverän. In der zeitgenössischen Literatur wird er u. a. durch die kurzhaarige, rauchende und extravagant gekleidete „Kunstgewerblerin“ versinnbildlicht. Diesen Beruf umgab etwas Elitäres: Er garantierte keinen guten Verdienst und war eine Domäne für Frauen aus begüterten Verhältnissen. Adolf Loos sah in ihnen gelangweilte höhere Töchter, die sich „Künstlerinnen“ nennen, weil sie batikieren können“. Die Kritik kulminierte in der Bezeichnung „Wiener Weiberkunstgewerbe“ durch den Grafiker Julius Klinger.

Dieser radikalen Kritik stand die Würdigung bei großen Ausstellungen der Zwi-

schenskriegszeit, etwa der Deutschen Gewerbeschau in München (1922) oder der Art-déco-Ausstellung in Paris (1925), gegenüber.

Der von Gudrun Baudisch, Mathilde Flögl und Vally Wieselthier gestaltete Katalog zum 25-Jahr-Jubiläum der Wiener Werkstätte 1928 führte das grafische und plastische Können noch einmal beispielhaft vor Augen.

Die Ausstellung „Die Frauen der Wiener Werkstätte“ wird von einer gleichnamigen Publikation begleitet, die die vom MAK recherchierten Biografien zu den Künstlerinnen enthält.

<https://www.mak.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Wiener_Werkst%C3%A4tte

War Albrecht Dürer in Wien?

Neuentdeckung eines bedeutenden Wandbildes im Wiener Stephansdom

Das gotische Bischofsstor an der Nordseite des Wiener Stephansdoms stand in letzter Zeit im Fokus des wissenschaftlichen und denkmalpflegerischen Interesses. Dabei lenkte das Bundesdenkmalamt die Aufmerksamkeit auch auf eine kaum bekannte und wenig beachtete Kostbarkeit in der Vorhalle des Bischofsstors. Es handelt sich hierbei um eine großformatige Wandmalerei aus dem frühen 16. Jahrhundert, die einen an die Wand gemalten Flügelaltar darstellt. An den Altarflügeln sind die Heiligen Katharina und Margarethe wiedergegeben; reiche Ornamentik und Putti begleiten die gemalte Altarkomposition. Durch spätere Veränderungsprozesse ist vor allem die Unterzeichnung erhalten geblieben, die sich durch unglaublichen Detailreichtum auszeichnet. Die besondere künstlerische Qualität läßt auf einen großen Meister schließen, der hier eine „Zeichnung an der Wand“ hinterlassen hat.

Konservierungs- und Forschungsprojekt des Bundesdenkmalamtes

Zur Erhaltung und Erschließung dieses Meisterwerks hat die Abteilung für Konservierung und Restaurierung des Bundesdenkmalamtes im Zusammenwirken mit der Dombauhütte St. Stephan ein Konservierungs- und Forschungsprojekt aufgesetzt. Projektleiter im Bundesdenkmalamt war Markus Santner, die Zuständigkeit in St. Stephan lag bei Dombaumeister Wolfgang Zehetner.

Nach umfangreichen Arbeiten zur Voruntersuchung und Dokumentation des Zustandes der Wandmalerei wurde ein Konzept zur Konsolidierung und Reinigung der Wandmalerei entwickelt. Die fotografische Dokumentation schloß eine Vielzahl von Aufnahmemethoden ein, um das Wandbild in allen seinen Details ausleuchten zu können. Damit unter die oberste Haut der Wandmalerei geblickt werden kann, wurden kleinste Proben genommen und die chemische Zusammensetzung der Farben und des darunterliegenden Verputzes sowie den Aufbau der Malerei analysiert.

Bei der Restaurierung des Wandbildes in der Vorhalle des Bischofsstores im Stephansdom wurde der viele Jahrhunderte alte Schmutzschleier abgenommen und dadurch die Unterzeichnung deutlich sichtbar. Wegen des hohen künstlerischen Anspruchs ver-

zichtete man auf weitergehende Eingriffe zur Rekonstruktion des ursprünglichen Zustandes.

Kunsthistorische Einordnung

Bereits der erste Eindruck nach der Reinigung bestätigte die herausragende Qualität der Unterzeichnung auf den beiden Seitenflügeln des dargestellten Altars. Nach dem eingehenden Studium des Bestandes be-

schloß das Bundesdenkmalamt, gemeinsam mit der Dombauhütte St. Stephan das Wandbild mit externen FachexpertInnen im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung am 15. November zu diskutieren und erstmals der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Die vorab diskutierten Ergebnisse der Forschungen versprechen spannend zu werden. Erwin Pokorny, der als Dürer-Spezialist auch am Katalog zur aktuellen Dürer-Aus-



Foto: BDA / Irene Dworak

Die Wandzeichnung wurde am Bischofsstor an der Nordseite des Doms entdeckt

Kultur

stellung der Albertina mitarbeitete, sieht in der Unterzeichnung ein eigenhändiges Werk von Albrecht Dürer: „Die Frage ist nicht ob, sondern wann Dürer in Wien war. Die virtuose Pinselführung läßt eindeutig seine Handschrift erkennen.“ Der Kunsthistoriker Michael Rainer stellt fest: „In Joachim Sandrarts Biographie von Albrecht Dürer befiehlt Kaiser Maximilian I. dem Künstler, daß er ‚ihm etwas Großes auf die Mauer abzeichnen soll‘. Wir könnten nun den Ort dieser bislang als bloße Legende verkannten Anekdote gefunden haben.“

Christoph Basil, Präsident des Bundesdenkmalamtes, dankt dem Dombaumeister Zehetner für die Zusammenarbeit und betont: „Mit der Hilfe des Bundesdenkmalamtes war es möglich, dieses außergewöhnliche Kunstwerk zu sichern und im Zuge der Tagung der Öffentlichkeit vorzustellen.“ Die Ergebnisse des Projekts und der Tagung werden in einem Band der „Österreichischen Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege“ veröffentlicht werden.

<https://bda.gv.at/>

<https://www.stephanskirche.at/>



Foto: BDA / Irene Dworak

Detail aus der Wandzeichnung am Bischofstor an der Nordseite des Doms

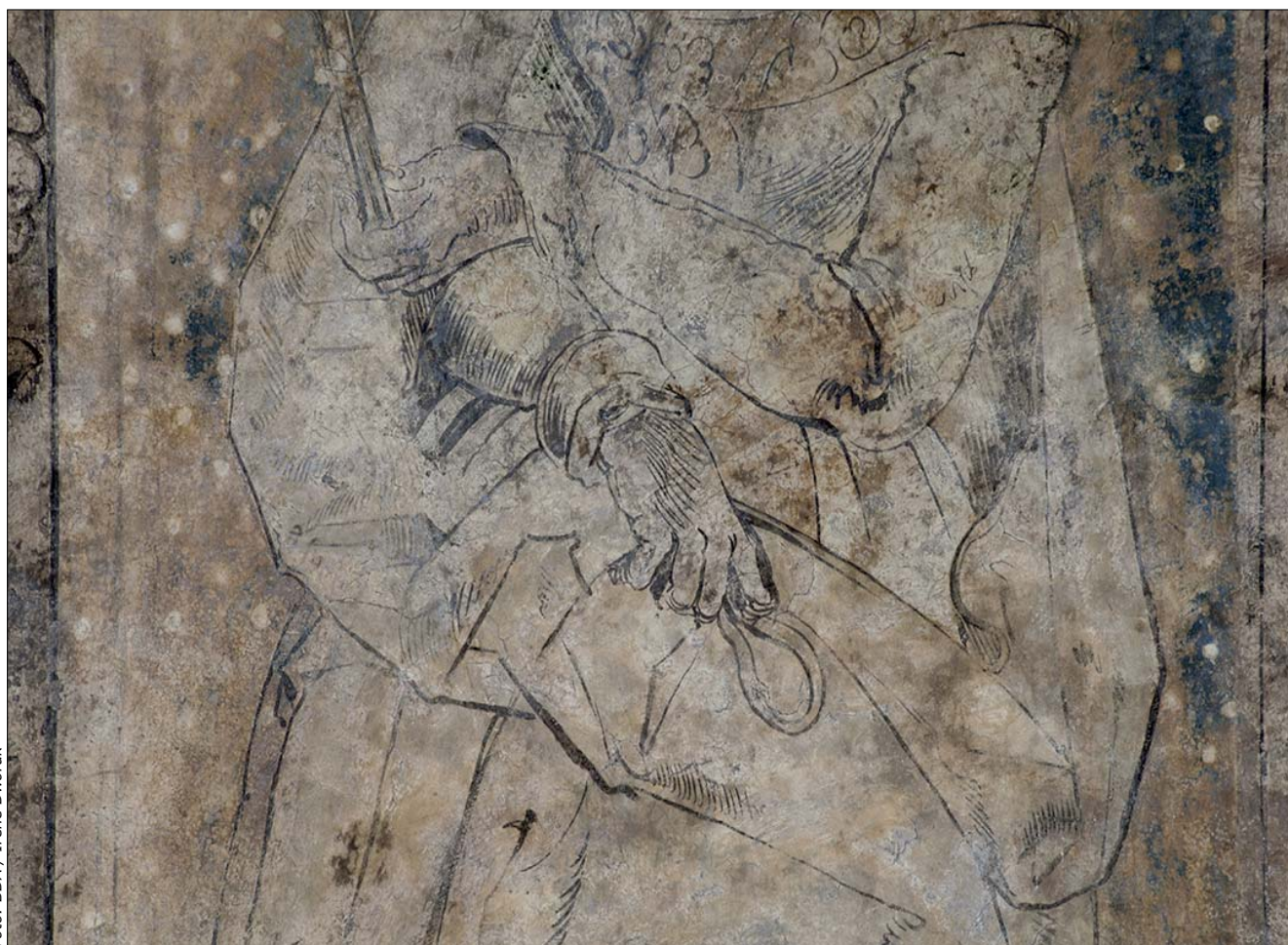


Foto: BDA / Irene Dworak

Erwin Pokorny: „Die Frage ist nicht ob, sondern wann Dürer in Wien war. Die virtuose Pinselführung läßt eindeutig seine Handschrift erkennen.“

»Lady Bluetooth. Hedy Lamarr«

Neue Ausstellung im Jüdischen Museum Wien bis 10. Mai 2020



© Anthony Loder Archive

Hedwig Kiesler, Österreich, um 1932

Das Jüdische Museum Wien, ein Museum der Wien Holding, präsentiert von 27. November 2019 bis 10. Mai 2020 die Lebensgeschichte der Hollywood-Ikone und genialen Erfinderin Hedy Lamarr. Die Ausstellung im Museum Judenplatz zeigt die facettenreiche Biographie und setzt einen besonderen Schwerpunkt auf ihre Lebensjahre in Wien und Berlin.

Ein filmreifes Leben

Hedy Lamarr zählte zu den strahlenden Hollywood-Stars. Lange Zeit unbekannt blieb jedoch, daß sie die Erfinderin des Frequenzsprungverfahrens war, auf dem Mobilfunk, Bluetooth und WLAN basieren.

1914 als Hedwig Kiesler in Wien geboren, wurde die Tochter eines jüdischen Bankdirektors aus dem Wiener Nobelbezirk Döbling von Max Reinhardt für das Theater ent-

deckt. 1933 avancierte sie durch eine Nacktszene im Film Ekstase zum internationalen Star. Im selben Jahr heiratete Hedwig Kiesler den einflussreichen Munitionsfabrikanten und Waffenhändler Fritz Mandl. Vor seinem herrischen Wesen und seiner Eifersucht flüchtete sie 1937 nach Hollywood. Auf Anraten von Filmmogul Louis B. Mayer wurde ihr Name in Hedy Lamarr geändert. Gleich ihr erster Spielfilm Algiers machte sie weltberühmt. Nach dem Kriegseintritt der USA engagierte sie sich im Kampf gegen die Nazis, zu dem auch ihre mit dem Komponisten George Antheil ausgearbeitete Funkfernsteuerung für Torpedos beitragen sollte.

Sie galt als schönste Frau der Welt und war insgesamt sechs Mal verheiratet. In späteren Jahren fiel die Diva durch Schönheitsoperationen und Ladendiebstahl auf und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück.

Seit 2018 verleiht die Stadt Wien den Hedy-Lamarr-Preis an innovative Wissenschaftlerinnen. Hedy Lamarr starb 2000 und ist in einem Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt.

Von Hedy Kiesler zu Hedy Lamarr

Schon im Alter von knapp 16 Jahren gelang es Hedy Kiesler, zum ersten Mal in einem Spielfilm auf der Kinoleinwand zu erscheinen. Bald nach ihrem Filmdebüt verließ sie die Schule und widmete sich ganz der Schauspielerei.

Max Reinhardt, der zu ihren Förderern gezählt wird, soll sie das „schönste Mädchen der Welt“ genannt haben. In den Illustrierten wurde sie bereits als der kommende junge Schauspielstar gefeiert.

Ihre erste Hauptrolle verkörperte Hedy Kiesler im tschechoslowakischen Spielfilm

Frequenzsprungverfahren gilt heute als Vorläufer für Drahtlostechnologien wie Bluetooth und Mobilfunk. Ihr Patent verschwand damals in den Schubladen und blieb für viele Jahre ungenutzt.

Eine Wienerin bleibt eine Wienerin

Neben ihren filmischen Rollen, spielte Hedy Lamarr häufig verschiedene Rollen in ihrem Privatleben. Von der ersten Rolle als höhere Tochter einer gutsituierten, assimilierten jüdischen Familie in Wien-Döbling, zur Schauspiel-Ikone, schönste Frau der Welt, Hausfrau, Ehefrau, Mutter, Unternehmerin, Erfinderin bis hin zur Rolle der verletzlichen Diva, der Zurückgezogenen und aus österreichischer Perspektive besonders interessanten Rolle, der der Österreicherin bzw. Wienerin.

In zahlreichen Interviews sprach Hedy Lamarr davon, daß Wien ihre eigentliche Heimat sei und sie sich nicht als Amerikanerin, sondern als Österreicherin betrachtete. Tatsächlich kam sie aber nach ihrer Emigration 1937 nur noch ein einziges Mal in das Land ihrer Geburt zurück: Im Sommer 1955. Das österreichische Medienecho auf ihren Besuch zeigte, daß man stolz auf den aus Wien gebürtigen Weltstar war, und gerne hob man hervor, wie sehr sie immer noch eine Wienerin war. Auch, wenn sie in Interviews immer wieder davon sprach, wiederkommen zu wollen, so tat sie es doch nie wieder. ■

<http://www.jmw.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Hedy_Lamarr

© Anthony Loder Archive



Hedy Lamarr und ihre Dänische Dogge, USA, 1939

Ekstase, 1933. Durch eine nur wenige Sekunden dauernde Nacktszene sowie die Darstellung eines Orgasmus wurde die künstlerisch höchst avancierte Produktion zum „Skandalfilm“, mit dem ihr der Durchbruch in Europa gelang.

Im gleichen Jahr heiratete sie den um 13 Jahre älteren, reichen Munitionsfabrikanten und Waffenhändler Fritz Mandl. Er umgab seine junge Frau mit Reichtum, verbot ihr aber die Schauspielerei und hütete sie eifersüchtig. Mehrmals soll sie erfolglos versucht haben, ihrem besitzergreifenden Ehemann zu entkommen. Im September 1937 gelang ihr die Flucht aus ihrer Ehe.

Im August 1937 befanden sich die ehemalige Schauspielerinnen Hedy Mandl-Kiesler und der Hollywood-Filmproduzent Louis B. Mayer von Metro-Goldwyn-Mayer bei den Salzburger Festspielen. Ihn führten seine Geschäfte von Salzburg weiter nach Eng-

land. Hedy folgte Mayer in der Hoffnung auf einen Vertrag, der sie nach Hollywood bringen sollte. Sie ging aufs Ganze und bestieg den Luxusdampfer Normandie, auf dem Mayer in die Vereinigten Staaten zurückfuhr. Während der Reise gelang es ihr nicht nur, einen guten Vertrag mit MGM auszuhandeln, sie erhielt auch einen neuen Künstlernamen: Hedy Lamarr.

Lady Bluetooth

Hedy Lamarr kann als Hobby-Erfinderin bezeichnet werden. Sie erfand sowohl kleine Helfer als auch komplexe Waffensysteme. Für ihren Freund Howard Hughes entwarf sie einen Flugzeugrumpf, der Schnelligkeit mit guten Flugeigenschaften vereinte. Mit George Antheil erfand sie eine störungssichere Funkfernsteuerung für Torpedos, die sie sich patentieren ließen, um sie der US-Navy zu schenken. Das dafür entwickelte



© Anthony Loder Archive

Hedwig Kiesler, Salzburg, um 1935

Barbara Krafft Porträtistin der Mozartzeit

Neue Sonderausstellung im Salzburg Museum bis 9. Februar 2020



Foto: Salzburg Museum

Kuratorin Regina Kaltenbrunner und Museumsdirektor Martin Hochleitner vor Barbara Kraffts Bildnis von Wolfgang Amadeus Mozart

Barbara Krafft (1764–1825), geborene Steiner, ist als Schöpferin des posthum geschaffenen, bekanntesten Mozartporträts jeder/jedem präsent, aber vermutlich kaum jemandem namentlich ein Begriff. Die Ausstellung ist die erste umfassende Präsentation ihres sehr umfangreichen Werkes und versteht sich als monographische Schau, die sich an den Lebensstationen der Malerin orientiert. Ein Hauptaugenmerk liegt auf Kraffts Mozartporträt.

Der Malerin und vor allem ihrer „männlichdreisten Manier“ wurde zu Lebzeiten sehr viel Anerkennung entgegengebracht. Mithilfe von Zeitungsinseraten für eine Verkaufsausstellung können die wirtschaftlichen Überlebensstrategien einer Künstlerin an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert veranschaulicht werden, der die Aufnahme an die Akademie noch verwehrt war.

Das Salzburg Museum besitzt eine herausragende und umfangreiche Sammlung von Werken der Künstlerin Barbara Krafft. So war es auch ein langgehegter Wunsch des

Museums, der Malerin eine eigene Ausstellung zu widmen. Die Präsentation liefert einerseits Einblicke in das Leben und Werk der Künstlerin. Andererseits würdigt die Ausstellung das besondere Vermögen von Barbara Krafft, im 18. Jahrhundert als Frau eine erfolgreiche künstlerische Karriere zu verfolgen. Gemäß dem Jahresmotto des Salzburg Museum „Edle Gäste“ treffen sich hier nun Arbeiten aus allen Lebensstationen der Malerin: Wien – Salzburg – Prag – Salzburg – Bamberg. In diesen ehemaligen Residenzstädten fand die Künstlerin ein reiches Aufgabengebiet: vom Hohen Adel über Klerus und Gelehrte bis hin zu BürgerInnen. Leider haben sich kaum Beispiele ihrer sogenannten Holländer Stücke (Studien des bauerlichen Milieus) und keine Darstellungen aus der griechischen Mythologie erhalten. Ihr Œuvre reicht vom Miniatur- bis zum Altarbild.

Der Untertitel ist dem wohl bedeutendsten Gast dieser Ausstellung gewidmet: Wolfgang Amadeus Mozart wurde posthum von Barbara Krafft gemalt. Dieses Bildnis gilt, nach

dem Zeugnis von Nannerl Mozart, als das trefflichste aller Mozart-Bildnisse.

Wie bei allen folgenden Lebensstationen der Malerin läßt sich der Grund der Übersiedelung nicht nachweisen, sondern nur vermuten. Sicher fand Barbara Krafft in Salzburg weniger Maler-Konkurrenz als in Wien vor, wo nicht einmal ihr Vater Johann Nepomuk Steiner (1725–1793) als k.k. Kammermaler überleben konnte.

In der fürsterzbischöflichen Stadt Salzburg mit ihren ca. 16.000 EinwohnerInnen herrschte bereits der Geist der Aufklärung. Dennoch spricht Kraffts erster Auftrag noch eine barocke Bildersprache (Porträt Graf Kuenburg), wie sie es von ihrem Vater gelernt hatte. In ihren Bürgerporträts hingegen bezeugen einzig die reichen Stoffe und der prachtvolle Schmuck die gesellschaftliche Bedeutung der Dargestellten. Nahezu alle posieren vor einem neutralen Hintergrund.

Trotz der kurzen Dauer ihres ersten Aufenthalts in Salzburg sind relativ viele Arbeiten nachweisbar.

Die Jahre in Prag 1797–1804

Wieder kann man über den Grund der Übersiedlung nur Vermutungen anstellen. 1784 waren die vier Städte Altstadt, Neue Stadt, Kleinstadt und Hradschin zu einer Stadt (Alt-Prag) vereint worden. Damit war die kulturell rege Stadt kleiner als das kaiserliche Wien und größer als das fürsterzbischöfliche Salzburg.

Die Privatgesellschaft patriotischer Kunstfreunde hatte 1796 die Gründung einer Kunstakademie, der eine Gemäldegalerie und eine Zeichenschule angeschlossen wurden, initiiert. Die dort als Historien- und Porträtmalerin gemeldete Künstlerin hatte kaum Konkurrenz zu fürchten – vielleicht hatte auch die von Krafft porträtierte Familie Kuenburg mit ihren Beziehungen nach Böhmen eine Vermittlerrolle übernommen.

In diesen Jahren schuf Barbara Krafft für die Pfarrkirche von Bubeneč, einem Stadtteil von Prag, ihr einziges Altarbild und die nur schriftlich belegten Holländer Stücke.

Bei Barbara Kraffts Rückkehr nach Salzburg wurden ihre Prager Jahre als artistische Reise (Studienreise) bezeichnet. Sie fand ein anderes Salzburg vor und erlebte wesentliche Neuordnungen: Das geistliche Fürsterzbistum war ein weltliches Kurfürstentum geworden. 1806 kam Salzburg unter österreichische, 1809 unter französische, 1810 unter bayerische und ab 1816 endgültig unter österreichische Verwaltung. 1818 muß die Malerin Augenzeugin des großen Stadtbrands auf der rechten Salzachseite geworden sein.

Im zunächst darniederliegenden Kunst- und Kulturleben dürfte das Bürgerporträt vielleicht die einzige Möglichkeit gewesen sein, um als KünstlerIn leben zu können. Kraffts AuftraggeberInnen während ihres ersten Salzburger Aufenthalts hatten nun wichtige Positionen übernommen, was sich sicher günstig auf ihre Auftragslage auswirkte.

Die Jahre in Bamberg 1821–1825

Barbara Krafft, die mit ihrem bereits als Künstler arbeitenden Sohn Johann August (Nepomuk) und ihrer minderjährigen Tochter Barbara nach Bamberg übersiedelt war, porträtierte ab 1821 Persönlichkeiten dieser Stadt. Bamberg hatte ein ähnliches Schicksal wie Salzburg erlitten. Bis 1802 war sie Residenzstadt des gleichnamigen Hochstifts gewesen, danach erhielt sie eine kurfürstliche und schließlich eine königliche Stadtverwaltung. 1806 bezog der Wittelsbacher Herzog Wilhelm in Bayern die Bamberger Residenz.

In Bamberg lebten um 1804 in etwa 8600 EinwohnerInnen, die sich vorwiegend aus



Barbara Krafft (1764–1825), Porträt einer vornehmen Salzburger Bürgerin, 1795, Öl auf Leinwand

Militär-Angehörigen, Beamten, BürgerInnen und Handwerkern zusammensetzten. Damals entstand ein reges Kulturleben (Gründung des Theaters, der Bibliothek, der Lesegesellschaft Museum etc.). In diesem Umfeld fand Barbara Krafft ihre AuftraggeberInnen. Auch wenn es wenig glaubhaft klingt, laut Nekrolog schuf sie in Bamberg 145 Porträts.

Eine Ausstellung voller Geschichten

Das Salzburg Museum ist ein attraktiver Lernort für alle Generationen. Unter dem Motto „Kunst für Kinder“ haben junge Gäste, Jugendliche und Familien die Möglichkeit, die Sonderausstellung aktiv zu erleben. Kinderbereiche geben Einblicke zum Thema Porträt und laden dazu ein, Mode-Trends zu erfinden, mit einem Fächer zu „sprechen“, Selfies zu malen oder mit einem „Mitmach-

Katalog“ lustige Porträt-Experimente zu wagen. Interaktive generationsübergreifende Führungen haben das Ziel, den Museumsbesuch zu einem Erlebnis für die ganze Familie werden zu lassen.

Zur Sonderausstellung bietet das Team der Kunstvermittlung im Salzburg Museum auch Kindergarten- und Schulkindern aller Schultypen altersgerechte und lehrplanorientierte Angebote. Bei der Konzeption der didaktischen Programme wurde darauf Wert gelegt, daß den jungen Gästen verschiedene Blickwinkel und Zugänge ermöglicht werden. Das Thema „Porträt“ führt unweigerlich auch zu Fragen der Selbstdarstellung und Inszenierung. Aspekte, die im Leben von Jugendlichen eine Rolle spielen und schnell in die Welt der Sozialen Medien führen. ■

<https://www.salzburgmuseum.at/>

Bruno Haberzettl

Karikaturen aus 25 Jahren »Krone bunt«
bis 1. März 2020 im Karikaturmuseum Krems



Foto: Karikaturmuseum Krems

Bruno Haberzettl: „Ich habe einen Stil entwickelt, eine persönliche Handschrift, die mir eine möglichst große Bandbreite an Anwendungsmöglichkeiten bietet.“

Der Zeichner und Illustrator Bruno Haberzettl, 1965 im niederösterreichischen Horn geboren, ist seit den 1990er-Jahren nicht aus der österreichischen Karikaturistenszene wegzudenken. Haberzettls Karriere begann beim Jugendmagazin „Rennbahn-Express“, später arbeitete er dann für den „Wiener“. Seine farbenfrohen Karikaturen sind gesellschaftskritisch und treffen immer ins Schwarze.

Haberzettl betätigt sich nicht nur als politischer Karikaturist, sondern ist auch ein großer Kritiker von Jagdtourismus und Sonntagsjägern. Ökologie und Umweltschutz sind ihm eine Herzensangelegenheit, und seine Zeichnungen zu diesen Themen haben mittlerweile international Kultstatus.

Das Karikaturmuseum Krems zeigt die erste umfassende Personale des Karikaturisten von Österreichs auflagenstärkster Zeitung. Die rund 230 Originalwerke aus dem



Foto: Karikaturmuseum Krems

Seit über 30 Jahren betreibt Bruno Haberzettl mit seiner Frau Nora einen naturnahen Garten mit 14 verschiedenen Feuchtbiotopen

Privatbesitz des Künstlers werden um Arbeiten aus den Landessammlungen Niederösterreich ergänzt.

Der Kurator und künstlerischer Direktor Karikaturmuseum Krems, Gottfried Gusenbauer, über Bruno Haberzettls Œuvre: „Mit seinen kunstvoll gestalteten Karikaturen führt Haberzettl die Tradition der österreichischen, farbig-manieristischen Ausführung nach Erich Sokol, Horst Haitzinger, Erich Eibl, Manfred Deix und Gerhard Haderer eigenständig weiter. Seinen unverkennbaren Stil entwickelte er im Laufe der Zeit. Er sieht sich selbst als sein größter Kritiker. Das beflügelt seine Kreativität und schützt ihn, nach eigenen Worten, vor Selbstüberschätzung.“ Karikaturen müßten übertreiben und Grenzen ausloten, so Gusenbauer, „sonst beschneiden wir unsere Meinungsfreiheit. Dafür brauchen Zeichnerinnen und Zeichner auch den Rückhalt ihrer Zeitungsredaktionen.“

Seiner Arbeit bei der Wiener Handelskammer in den 1980er-Jahren, wo er für Auskünfte zu Arbeitsrecht und Kollektivvertragswesen zuständig war, verdankt Haberzettl sein Interesse für gesellschaftspolitische und juristische Themen. Aber statt das begonnene Jusstudium fortzuführen, faßte er den Entschluß, als Illustrator und Karikaturist in der österreichischen Print- und Medienszene mitzumischen.

Seit bald 25 Jahren zeichnet Bruno Haberzettl für die „Kronen Zeitung“, genauer für die „Krone bunt“. Als die Krone-Redaktion und Manfred Deix 1995 ihre Zusammenarbeit beendeten, bewarb er sich mit eigenen Karikaturen. Sie wurden sofort ange-



Foto: Bruno Haberzettl, „Krone bunt“

Bruno Haberzettl, *Gerechte Jagd ...*, 2003

nommen und die Zusammenarbeit besteht – ohne schriftliche Vereinbarung – bis heute.

Karikaturist und Umweltschützer

Haberzettl sieht den Schutz der Natur als unbedingtes Ideal. Darum ist ihm das fehlende Engagement der EntscheidungsträgerInnen in der Umweltpolitik unverständlich und zuwider. Für ihn muß der nachhaltige Umgang mit der Natur außer Frage stehen.

Seit über 30 Jahren betreibt er mit seiner Frau Nora einen naturnahen Garten mit 14 verschiedenen Feuchtbiotopen, um die Lebensbedingungen der natürlich vorkommenden Amphibienarten zu verbessern. Er selbst sagt in einem Interview mit Gottfried Gusenbauer: „Unsere abstrahierte, digitale, virtuelle, urbane Lebensweise läßt uns unsere alternativlose Abhängigkeit von der Natur nur allzuleicht vergessen. Und da der Trend ge-

nau in diese Richtung geht, befürchte ich, daß die emotionale Bindung zur Natur gekappt wird.“ Damit gehe auch ein instinktives Verständnis und Gefühl für natürliche Zusammenhänge verloren.

„Ich habe einen Stil entwickelt, eine persönliche Handschrift, die mir eine möglichst große Bandbreite an Anwendungsmöglichkeiten bietet. Die Zeichentechnik sollte, meinem Harmoniebedürfnis entsprechend, möglichst bunt, reich an Details und in jedem Fall verständlich rüberkommen“, so Haberzettl.

„Wer von seinem kritischen Zeichenstift erfaßt wurde, hat es wohl geschafft, er spielt eine wichtige Rolle in dem Land. Wer in seine Liste nicht aufgenommen ist, muß darauf noch warten“, so Christoph Dichand, Herausgeber der „Kronen Zeitung“.

<https://www.karikaturmuseum.at/>
<https://www.krone.at/>

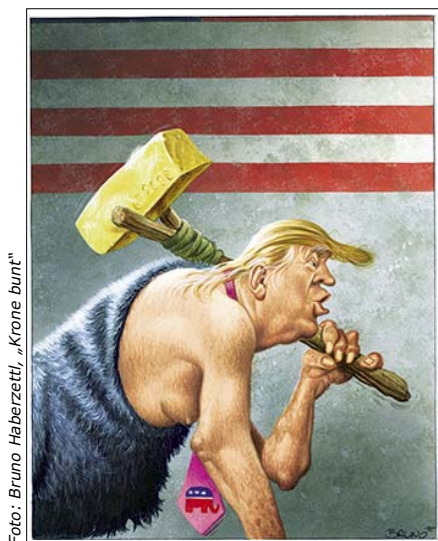


Foto: Bruno Haberzettl, „Krone bunt“

Wer das Gold hat, bestimmt die Regeln – und so betritt immer mehr ein neuer Politikertyp die öffentliche Bühne..., 2015

Österreich Fotos

Galerien-Auswahl

Stifte und Klöster

Kirche

Museen

Schiene

Niederösterreich

Salzkammergut

Südsteiermark

Innsbruck

Wien

Tiere

Österreich Journal Magazin

Österreich Journal Kiosk

Kontakt

Willkommen in unserem schönen Land!



Stifte und Klöster

- Stift Altenburg
- Stift Göttweig
- Zisterzienserstift Heiligenkreuz
- Stift Herzogenburg
- Stift Klosterneuburg
- Stift Lilienfeld
- Mechitaristen Congregation Wien
- Stift Zwettl

Bitte klicken Sie auf das Bild oder [hier >](#)



Kirche

- Hofkirche zu Innsbruck
- Kathedrale zum hl. Nikolaus in Wien

Bitte klicken Sie auf das Bild oder [hier >](#)



Museen

- Akademie der bildenden Künste
- Heeresgeschichtliches Museum
- Kusthistorisches Museum
- Naturhistorisches Museum
- Österreichische Nationalbibliothek
- Phantasten Museum
- Schloß Ambras bei Innsbruck
- Technisches Museum Wien
- Zeughaus Graz

Bitte klicken Sie auf das Bild oder [hier >](#)



Schiene

- Schneebergbahn
- Wiener Westbahnhof
- Wiener Südbahnhof
- Liliputbahn im Prater

Bitte klicken Sie auf das Bild oder [hier >](#)



Innsbruck

- Spaziergang durch die Stadt
- Ausflug zum Hafelekar
- Hofkirche zu Innsbruck
- Schloß Ambras

Bitte klicken Sie auf das Bild oder [hier >](#)

Das Looshaus in Wien



Fotos vom Looshaus mit einem Link auf einen Beitrag über dessen Geschichte...

Das Haus ohne Augenbrauen

Das Haus ohne Augenbrauen ist ein bekanntes Wahrzeichen Wiens. Es befindet sich in der Opernring-Strasse und ist ein Beispiel für die Wiener Secession.

